

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

27. Sitzung vom 4. Oktober 2012

---

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	9. 02991-2012/0001-GKU; MA 7, P 9: Subvention Theaterverein Odeon Abstimmung	S. 44
2. Fragestunde			
1. Anfrage (FSP – 03351-2012/0001 – KVP/GM)	S. 3	10. 02989-2012/0001-GKU; MA 7, P 14: Subvention Verein der Freunde der American Austrian Foundation Abstimmung	S. 44
2. Anfrage (FSP – 03347-2012/0001 – KGR/GM)	S. 5		
3. Anfrage (FSP – 03346-2012/0001 – KFP/GM)	S. 9	11. 02949-2012/0001-GIF; MA 57, P 1: Förderung Verein Courage Berichterstatterin GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 44
4. Anfrage (FSP – 03344-2012/0001 – KSP/GM)	S. 12	Redner: GR Mag Wolfgang Jung	S. 44
5. Anfrage (FSP – 03348-2012/0001 – KVP/GM)	S. 16	GR Dr Kurt Stürzenbecher Berichterstatterin GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 44
3. AST/03392-2012/0002-KVP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Wiens Wirtschaft am absteigenden Ast – 9,2% Arbeitslosigkeit und 100% Ahnungslosigkeit bei Rot-Grün" Rednerinnen bzw Redner: GRin Mag Barbara Feldmann GRin Dr Monika Vana GR Mag Johann Gudenus, MAIS GR Ing Christian Meidlinger GRin Ing Isabella Leeb GR Dipl-Ing Martin Margulies StR DDR Eduard Schock GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 19 S. 20 S. 21 S. 22 S. 23 S. 24 S. 24 S. 25	12. 02950-2012/0001-GIF; MA 57, P 2: Förderung Verein Kolping Österreich Abstimmung	S. 45
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 26	13. 02951-2012/0001-GIF; MA 57, P 3: Förderung Verein Österreichische Gesellschaft für Familienplanung Abstimmung	S. 45
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 26	14. 02892-2012/0001-GSK; MDR-VD, P 16: Äußerung an den Verfassungsgerichtshof hinsichtlich Anfechtung Flächenwidmungs- und Bebauungsplan Plandokument Nr 6944 in Wien 13 Berichterstatter GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 45
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 26	Redner: GR Ing Mag Bernhard Dworak Berichterstatter GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 45 S. 46
7. 02985-2012/0001-GKU; MA 7, P 8: Subvention Verein Künstlergruppe Dynamo Berichterstatterin GRin Susanne Bluma Rednerinnen bzw Redner: GRin Ing Isabella Leeb GR Mag Klaus Werner-Lobo GR Mag Gerald Ebinger GR Mag Rüdiger Maresch (tatsächliche Berichtigung) GR Petr Baxant, BA GR Mag Gerald Ebinger (tatsächliche Berichtigung) GR Ing Mag Bernhard Dworak GRin Uta Meyer GR Ernst Woller GR Senol Akkilic Abstimmung	S. 26 S. 26 S. 26 S. 28 S. 34 S. 37 S. 37 S. 39 S. 40 S. 40 S. 41 S. 43 S. 44	15. 02753-2012/0001-GSK; MA 21B, P 17: Plan Nr 8012: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 21, KatG Strebersdorf Berichterstatterin GRin Susanne Bluma Redner: GR Wolfgang Irschik GR Mag Christoph Chorherr Berichterstatterin GRin Susanne Bluma Abstimmung	S. 46 S. 46 S. 46 S. 47 S. 47
8. Ordnungsruf an GR Senol Akkilic	S. 44	16. 02696-2012/0001-GSK; MA 21B, P 19: Plan Nr: 7917 Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 23, KatG Atzgersdorf Abstimmung	S. 47
		17. 02796-2012/0001-GSK; MA 28, P 20:	

Grundstücksankauf in 11, Medwedweg Abstimmung	S. 47	Gudenus, MAIS, GR Michael Dadak, GR Karl Baron und GR Wolfgang Irschik betreffend Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstände, hervorgerufen durch "Fahr- rad-Rowdies"	
18. 03121-2012/0001-GSK; MA 21A, P 28: Plan Nr 1987: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 14, KatG Weidlingau Berichterstatter GR Erich Valentin	S. 47	Begründung durch GR Wolfgang Irschik	S. 49
Redner:		Rednerinnen bzw Redner:	
GR Mag Christoph Chorherr	S. 47	GR Anton Mahdalik	S. 51
Abstimmung	S. 47	GR Dr Wolfgang Ulm	S. 53
		GR Mag Christoph Chorherr	S. 55
19. 02229-2012/0001-GGU; MA 42, P 29: Errichtung Helmut Zilk-Park		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 57
Berichterstatter GR Heinz Hufnagl	S. 48	GR Mag Jürgen Wutzlhofer	S. 59
Rednerin bzw Redner:		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 62
GR Ing Udo Guggenbichler	S. 48	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 63
GRin Mag Karin Holdhaus	S. 48	GRin Henriette Frank	S. 64
Berichterstatter GR Heinz Hufnagl	S. 48	GR Wolfgang Seidl	S. 66
Abstimmung	S. 49	GR Gerhard Haslinger	S. 67
		GRin Birgit Hebein	S. 68
		GR Mag Gerald Ebinger	S. 69
20. PGL-03434-2012/0001-KFP/MDGAT: Dringlicher Antrag von GR Mag Johann		21. Ordnungsruf an GR Wolfgang Seidl	S. 67

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 27. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GR Dadak, GRin Hatzl, GR Dipl-Ing Stiftner. Weitere zwei Kolleginnen und Kollegen sind zumindest für einen längeren Zeitraum entschuldigt, nämlich GRin Korosec ab 12 Uhr und GR Valentin ab 14.30 Uhr. Einzelne Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind für einige Stunden entschuldigt.

Wir kommen zur Fragestunde.

.Die 1. Frage (FSP – 03351-2012/0001 - KVP/GM) wurde von Frau GRin Ingrid Korosec gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. *(In den letzten Wochen gab es heftige Diskussionen – ausgelöst durch Äußerungen der Wiener Patientenanwältin Dr Sigrid Pilz – zur Behandlungsqualität von Patienten mit Zusatzversicherung in Privatspitälern beziehungsweise zur Bestrebung der Stadt Wien, den Anteil der Sonderklassenpatienten im Wiener Krankenanstaltenverbund von derzeit etwa 5 auf 11 Prozent zu heben. Der KAV konnte diesen Anteil seit Jahren nicht signifikant heben. Muss sich hier die Stadt Wien nicht de facto selbst eingestehen, dass sie auf diesem Gebiet durch jahrelange Versäumnisse den Anschluss an die Privatspitäler verloren hat?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Korosec!

Sie stellen mir bezüglich der Behandlung von Menschen mit Zusatzversicherungen die Frage – und verbinden damit auch ein bisschen ein Postulat –, ob der Krankenanstaltenverbund und damit die Stadt Wien nicht den Anschluss an die Privatspitäler durch jahrelange Versäumnisse verloren haben. – Dem Grunde nach ist es so, dass die Spitäler der Stadt Wien medizinische Versorgung auf Spitzenniveau für alle Menschen, unabhängig von der Frage, ob sie Zusatzversicherungen haben oder nicht, anbieten.

Die ganz konkrete Aufgabe der Privatspitäler, die ausschließlich dafür geschaffen wurden und betrieben werden, ist es, zusatzversicherten Patientinnen und Patienten mit dem Wunsch nach freier Arztwahl, vor allem aber hinsichtlich einer höheren Hotelkomponente, besseren Essens mit mehr Auswahl, schönerer Vorhänge und so weiter und so fort ein entsprechendes Angebot auf dem Markt zu liefern. Privatspitäler wurden ja ausschließlich dafür gegründet und sind ausschließlich dafür in Betrieb.

Der wesentliche Punkt ist schlicht und ergreifend – und Sie wissen das –, dass die durchschnittliche Bausubstanz der Wiener Krankenanstalten bei 80 Jahren liegt, und Sie wissen auch und vertreten das ja auch mit, dass wir Großinvestitionen vor uns haben und auch die bauliche Struktur sehr stark verbessern werden.

Was mir ganz besonders wichtig erscheint, ist, dass

wir – wie soll man sagen? – die Kirche im Dorf lassen und überlegen, was sozusagen das Wichtige und Relevante ist und wofür die Spitäler der öffentlichen Hand eigentlich da sind. – Dazu muss man sagen, dass 95 Prozent unserer Patientinnen und Patienten keine Zusatzversicherung haben und dass es Aufgabe, und zwar primäre Aufgabe, ist, für alle Patientinnen und Patienten die beste Leistung zu erbringen.

Wesentlich erscheint mir auch, hier darzustellen, dass das Vorhandensein von Privatspitälern doch ein Wiener Spezifikum ist. Die Tatsache, dass in anderen Bundesländern in den öffentlichen Spitälern der Anteil an Privatpatienten höher ist, ist einfach auf die andere Struktur zurückzuführen. In einem Flächenbundesland ist das ganz anders als in der Stadt.

Man darf sich aber auch nicht sozusagen von Prozentzahlen täuschen lassen. Man muss sich einmal ansehen, wie viel 5 Prozent im Wiener Krankenanstaltenverbund sind: Die Zahlen des Jahres 2011 sind da, und wir haben demgemäß derzeit 5 Prozent Privatversicherte. Das sind 125 000 Belagstage. Ich habe mir das durchgerechnet: Wenn man die 125 000 Belagstage durch 365 Tage dividiert, dann reden wir von einem Bedarf von rund 340 Betten pro Tag. Das ist die Bettenzahl von 2 bis 3 Privatspitälern. Der gesamte Sektor der Privatspitäler in Wien umfasst 700 Betten. Das heißt, schon jetzt ist die Hälfte aller Privatpatienten – und der Markt ist nicht so groß in Wien – im KAV. 5 Prozent klingt wenig, aber man muss dabei immer fragen: 5 Prozent wovon? Und 5 Prozent von einer großen Zahl ist relativ viel!

Das heißt, 50 Prozent aller Privatpatienten werden derzeit schon im KAV versorgt, und durch alle von uns gemeinsam beschlossenen Umstrukturierungen und auch durch die Anhebung der Hotelkomponente wie zum Beispiel im Krankenhaus Nord werden wir noch weitere Möglichkeiten haben. Daher kann ich mir vorstellen, dass wir mit der Investition in die neue Infrastruktur im Krankenhaus Nord den Anteil von 5 Prozent auf 10 Prozent ab Eröffnung des Krankenhauses Nord im Jahr 2015 in den folgenden 10 Jahren erhöhen können werden. Mehr gibt der Markt nicht her.

Außerdem muss man sich auch überlegen – obwohl das meine geringste Sorge ist, wie ich Ihnen ganz ehrlich sage –, ob es, sollten wir alles abschöpfen, dann noch Privatspitäler gibt. Man kann natürlich sagen, dass das nicht unsere Sorge ist, aber vielleicht ist das dann Ihre Sorge! Ich bin nicht ganz überzeugt, ob dann alle beim Wirtschaftsbund ganz glücklich sind!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Korosec. Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Guten Morgen, Frau Stadträtin.

Sie streben 10 Prozent an, und wir sind uns ja durchaus einig, dass das in etwa die Quote sein könnte. – Allerdings war etwas sehr interessant: Sie haben mediale Aussagen gemacht, und einige Tage später hat die jetzige Patientenanwältin in einer sehr populistischen Art und Weise mehr oder weniger gesagt: Geht ja nicht in ein Privatspital, denn da seid ihr eures Lebens nicht

sicher! – Mir ist dabei abgegangen, Frau Stadträtin, dass Sie zu diesem eindeutigen – wie kann man sagen? – „negativ campaigning“ öffentlich überhaupt nichts gesagt haben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich habe jetzt gerade kurz überlegt – wobei ich das jetzt natürlich nicht recherchiert habe –: Ich bin seit fünfeneinhalb Jahren ressortzuständige Stadträtin, aber ich bin ziemlich sicher: Sie werden keine einzige Aussendung oder Meldung von mir finden, in der ich den unabhängigen Patientenanwalt oder jetzt die unabhängige Patientenanwältin kommentiert habe, und ich werde das auch zukünftig nicht tun.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von GR Univ-Prof Dr Frigo gestellt. – Bitte schön.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Zu den Sonderklassen habe ich natürlich auch eine Frage: Ich glaube, Sie sehen das ein bisschen zu optimistisch. Ich glaube, es ist ein bisschen schwierig mit den Sonderklassen. Ein Sonderklassepatient will natürlich nicht stundenlang in der Ambulanz warten, wie es jetzt leider noch der Fall ist. In diesem Zusammenhang steht auch meine Frage: Der Trend zur Tageschirurgie ist klar, ist erfreulich und international zu beobachten. Wir bauen Betten ab und Tageschirurgie auf. Aber wie Sie wissen, wird die Sonderklasse nach wie vor nach stationärem Aufenthalt bezahlt.

Jetzt meine konkrete Frage: Gibt es diesbezüglich Verhandlungen mit den Zusatzversicherungen? Denn es ist ja elend, dass der Patient, der sich einem kleinen Eingriff unterzieht, über Nacht bleiben muss, damit die Zusatzversicherung etwas bezahlt. Das ist im Privatspital so, das ist aber auch im öffentlichen Spital so. Es wäre jetzt natürlich interessant, diesen Trend zur Tageschirurgie auch von der Sonderklasse her zu unterstützen. Sehen Sie da in naher Zukunft Lösungen? Gibt es Verhandlungen in diese Richtung?

Etwas werden die Gemeinderäte vielleicht nicht wissen: Die Abrechnung der Spitäler im LKF-System erfolgt auch über die stationären und nicht über die ambulanten Aufenthalte. Das heißt, es überwiegt immer noch der stationäre Aufenthalt über Mitternacht. Die gesamten Abrechnungen laufen über die stationären und nicht über die ambulanten Aufenthalte.

Nun noch einmal meine Frage: Sehen Sie da in naher Zukunft eine Änderung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich meine, der Terminus technicus Zusatzfrage passt in diesem Zusammenhang nicht ganz, aber ich beantworte Ihre Frage trotzdem sehr gerne.

Dem Grunde nach gibt es eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen dem KAV und den Privatversicherungen. Es gibt ein Übereinkommen, das bis 2015 gilt.

Zu mehreren weiteren Punkten, die Sie angesprochen haben: Erstens haben Sie gesagt, dass die Men-

schen ins Privatspital gehen, weil sie in der Ambulanz sonst warten müssen. Dazu muss man sagen: Das ist insbesondere in Notfallambulanzen notwendig. Sonst hängt es ganz stark davon ab, wie die Klinikleiter und die verantwortlichen Ärzte und Ärztinnen ihre Ambulanz organisieren. Es gibt Ambulanzen, und zwar auch Ambulanzen im AKH, wo die Organisation so gut ist, dass es eigentlich nahezu keine Wartezeiten gibt. Es gibt aber auch Ambulanzen im AKH, wo alle für 7.30 Uhr bestellt werden, obwohl der Arzt erst um 9 Uhr kommt. Das heißt, es liegt schon sehr viel daran, ob die Frage nach der Patienten- und Patientinnenfreundlichkeit jeweils wichtig genommen wird oder nicht. – Das ist der eine Punkt.

Ein weiterer Punkt, den Sie dargestellt haben, stimmt so nicht: Es gibt im LKF-System sehr wohl Null-Tages-Patienten, die auch so abrechenbar sind und hinsichtlich welcher keine Notwendigkeit besteht, dass es sozusagen auch eine Nächtigung gibt. Aber im Grunde ist es so, dass die Ambulanzleistungen pauschaliert abgegolten werden. Das ist ein wesentliches Thema, mit welchem wir uns jetzt im Rahmen der Diskussionen um eine Gesundheitsreform beschäftigen, insbesondere mit der Frage, wie wir diesen Bereich besser steuern können, weil es natürlich keinen Sinn macht, dass Patientinnen und Patienten übernachten, wenn das nicht notwendig ist.

Tatsache ist aber auch, dass wir hier präziser werden müssen, und zwar dahin gehend, dass Patientinnen und Patienten nur dann über Nacht bleiben, wenn es auch medizinisch indiziert ist, und in diesem Punkt sind wir – das muss ich sagen – noch nicht so effizient, wie es sein soll.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Zusatzfrage wird von GRin Korosec gestellt. – Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin! Derzeit bezahlen die Patienten für maximal 28 Tage 73 Cent in KAV-Spitälern und auch in gemeinnützigen Privatspitälern, jedoch nicht in Privatspitälern wie Hera und so weiter.

Patientenanwalt Dr Brustbauer hat seit Jahren immer wieder darauf hingewiesen, weil es natürlich einerseits wichtig wäre, dass das auch in Privatspitälern bezahlt wird, dass es aber andererseits auch einen Entschädigungsfonds gibt. Mir ist bewusst, dass das in Zusammenarbeit mit dem Bund gemacht werden muss. Das wäre allerdings sehr sinnvoll, und daher frage ich Sie: Werden Sie Initiativen setzen, dass man das Gesetz entsprechend ändert?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich bin sehr dafür. Wir müssen überlegen, ob das sozusagen zuständigkeitsmäßig geht. Ich hätte aber auch gar nichts dagegen einzuwenden, wenn wir möglicherweise zu diesem Thema einen Vier-Parteien-Antrag zustande bringen könnten, um einfach auszudrücken, dass uns das wichtig ist, ohne dass der Gemeinderat oder Landtag dafür zuständig ist. Das würde nämlich sicherlich die Position derer,

die das gerne wollen, unterstützen. Sie haben schon erwähnt, dass sich Dr Brustbauer bereits seit vielen Jahren dieser Thematik sehr stark angenommen hat, aber eigentlich immer auf taube Ohren oder auf Widerstand bei den Privatspitälern, die nicht gemeinnützig sein, gestoßen ist. – Ich bin jedenfalls sehr dafür, dass das auch für die Privatspitäler gilt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Frage.

Wir kommen nun zur 2. Frage (FSP – 03347-2012/0001 - KGR/GM). Sie wurde von Herrn GR Senol Akkilic gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal gerichtet. (Die Wiener Zuwanderungskommission war ein ExpertInnen-gremium, das mehrere Jahre lang sehr erfolgreich an der Versachlichung der Debatten um Migration und Integration gearbeitet hat. Nun wird die Arbeit der Zuwanderungskommission unter dem Namen „forum wien.welt.offen“ fortgesetzt. Welche politischen Zielsetzungen sind mit der Neuausrichtung dieses wichtigen Dialogforums von ExpertInnen und PolitikerInnen verbunden?)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Guten Morgen, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordneter!

Sie fragen mich zur Weiterentwicklung des ExpertInnen-gremiums der Wiener Zuwanderungskommission. – Wir haben mittlerweile seit einigen Jahren die Anstrengung unternommen, einen wesentlichen Beitrag zur Versachlichung der Debatte im Zusammenhang mit der Integrationsfrage zu leisten, denn gerade diese Integrations- und Zuwanderungsdebatte wird sehr emotional geführt.

Uns ging es im Jahr 2009, als wir das Wiener Integrationskonzept formuliert haben, darum, in diesem Fundament darzustellen, dass wir eine Versachlichung dieser Debatte und klare, transparente Regeln anstreben. Allerdings wollten nicht wir diese Regeln, nicht von Seiten der Politik allein, formulieren, sondern in einem politischen Bündnis, und zwar mit ExpertInnen aus der Arbeitsmarktpolitik, aus den Bereichen der Wirtschaft, der Bildung et cetera.

Wir haben in den Jahren 2009 bis 2011 in der Zuwanderungskommission einerseits Grundlagen für diese Versachlichung unserer Arbeit, aber andererseits auch Grundlagen für neue Sichtweisen gerade im Zusammenhang mit dem Thema der Migration und der internationalen Mobilität erarbeitet. Wir wissen mittlerweile nämlich, dass es nicht die eine Migrantinnen- oder Migranten-gruppe, aber auch nicht den einen Strom von Migrantinnen und Migranten gibt. Das ist für uns mittlerweile durch internationale, natürlich auch politische Bewegungen zum Teil nicht beeinflussbar, das beschäftigt uns aber natürlich immer wieder, und wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie wir auch als Stadt Wien mit dieser Mobilität umgehen, die da entsteht.

Es ist uns gelungen, in einem breiten Bündnis der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN diese Wiener Zuwan-

derungskommission ins Leben zu rufen. Es ist dies eine von der Stadtregierung und den Gemeinderatsklubs beauftragte Zuwanderungskommission, die sich mit Integrations- und Internationalisierungsfragen auseinandersetzt. Ganz wichtig ist uns, dass dieses Forum ein unabhängiges Forum ist, und wir haben damit Schule gemacht. Wir haben uns das anhand der Süssmuth-Kommission angeschaut, die es in Deutschland gegeben hat, die in der politischen Umsetzung dann allerdings zwei Mal gescheitert ist, ein Mal an den Konservativen und ein Mal an den Sozialdemokraten. Aber die Idee dieser Zuwanderungskommission an sich und der Versachlichung war sehr, sehr gut.

Auch unser jetzt seit einem Jahr im Amt befindlicher Staatssekretär Kurz hat eine Expertenkommission zusammengestellt, von der er sich beraten lässt, weil unsere Erfahrungen aus Wien ihn schon auch dazu bewegt haben, dass er gesagt hat, ja, es macht auch auf der Bundesebene Sinn, in diesem Versachlichungsbereich zu arbeiten. Und nicht durch Zufall sind viele Personen, die jetzt in der Expertenkommission von Sebastian Kurz sitzen, auch in unserem Expertengremium, und das ist gut so, weil sich sowohl Bund als auch Land wirklich groß vorgenommen haben, zur Versachlichung beizutragen.

Es gab natürlich mittlerweile einige Ergebnisse, die wir umgesetzt haben, etwa die Angebote auch für die EU-BürgerInnen zu erweitern. Wir haben mit dem Expert Centre ein Portal für Leute geschaffen, die kommen wollen und Expertinnen und Experten sind, weil es immer auch darum gegangen ist, den Wettbewerb um die besten Hände und Köpfe zu gewinnen.

Nun geht es einfach darum, dass wir uns in diesem unabhängigen Forum auf der einen Seite als moderne, internationale, integrative Weltstadt präsentieren und auf der anderen Seite natürlich auch die Arbeit in dieser Kommission ausbauen und da und dort vertiefen wollen, gerade zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Thema der Mehrsprachigkeit. Daher haben wir diese Zuwanderungskommission zum „forum wien.welt.offen“ weiterentwickelt, und zwar wiederum in diesem breiten Bündnis und als unabhängiges Forum.

An den ersten Zwischenergebnissen wird gearbeitet, und wir werden sie bereits am 5. Dezember miteinander präsentieren. Viele dieser Fragen sind natürlich mit der Herausforderung und der Frage verbunden, wie wir uns integrationspolitisch, standortwirtschaftlich, gesellschaftspolitisch, bildungspolitisch, kommunikativ, aber auch sehr serviceorientiert als Stadt präsentieren und auch sozusagen rüsten können, denn unsere städtische Agenda beinhaltet ja auch, dass wir gerade zu diesem Thema einen sehr strukturierten Dialog führen und führen wollen. Und ich glaube, gerade in diesem Bereich einen strukturierten Dialog nicht in einer so versachlichten Form wie mit diesem Forum zu führen, ist politisch nicht relevant. Genau aus diesem Grund brauchen wir das.

Aber wir brauchen noch etwas. Bitte verstehen Sie mich jetzt nicht falsch! Eine solche ExpertInnenkommission und der entsprechende Dialog sind natürlich total

wichtig, aber es geht in diesem breiten politischen Bündnis nicht nur um eine sehr intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Thema, sondern – und das meine ich, wenn ich sage, dass Sie mich nicht falsch verstehen sollen – es auch geht um Strategieentwicklung und vor allem um alltagstaugliche Vorschläge, wo man konkrete Maßnahmen setzen kann, etwa im Grätzl, in der Schule, in der Arbeitswelt. Dort muss man dann sagen: Genau das müssen wir tun, damit wir integrationspolitisch hier auch entsprechend gute Ergebnisse erzielen können.

Das heißt, diese Alltagsumsetzung ist mir ganz wichtig. Das Dialogforum ist damit in Wirklichkeit eine logische Weiterentwicklung dessen, was wir seit 2009 mit der Zuwanderungskommission begonnen haben. Das Fundament dieses Integrationskonzepts, in dem jetzt auch das „forum wien.welt.offen“ enthalten ist, besteht aus vier Säulen: Bildung, Arbeitsmarkt, Sprache und Zusammenleben. Das muss auch gemessen werden, und wir haben eben auch immer noch das Dach. Natürlich agiert auch dieses „forum wien.welt.offen“ im Sinne der klaren Haltung der Stadt gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, im Sinne des Erfassens der vorhandenen Potenziale und mit einer positiven Einstellung in Richtung Vielfalt. Das wird uns weiterbringen, und ich glaube, das wird uns nur so weiterbringen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Akkilic. Bitte schön.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sie haben gesagt, dass das auch im Bund beispielgebend war und dass Sebastian Kurz jetzt auch die ExpertInnen, die früher die Stadt Wien beraten haben, für sich in Anspruch nimmt. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der Zuwanderungskommission beziehungsweise dem „forum wien.welt.offen“ und der Kommission auf Bundesebene?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Ich habe es vorher beschrieben: Sebastian Kurz hat sich mehrere Expertinnen und Experten geholt. – Man muss zu diesem Austausch natürlich auch dazusagen, dass es in diesem Land halt sozusagen eine Hand oder zwei Hände voll Expertinnen und Experten gibt, die wir alle kennen und die sehr wertvolle Arbeit geleistet haben. Wenn man im Sinne der Versachlichung ExpertInnen heranziehen will, dann achtet man natürlich darauf, dass man diese namhaften Expertinnen und Experten in seine Runde bekommt, und das haben wir in Wien getan, und das hat natürlich auch Sebastian Kurz auf Bundesebene getan. Die ExpertInnen sorgen, indem sie einmal hier und einmal da arbeiten, selbstverständlich dafür, dass es tatsächlich einen Wissensaustausch gibt, und Sebastian Kurz ist natürlich sehr bemüht, mit uns im Dialog zu stehen.

Wir haben zum Teil natürlich unterschiedliche Ansätze. No na! Wien ist das Bundesland mit der größten integrationspolitischen Herausforderung, und wir haben kommunalpolitisch schon sehr viel in die Gänge gebracht. Daher muss unsere ExpertInnenkommission auch anders arbeiten. Bei uns herrscht eine besondere

arbeitsmarktspezifische Situation. Gerade jetzt in Zeiten der Krise müssen wir mit unserer Qualifizierungsoffensive ganz massiv darauf schauen, wie wir den Wettbewerb um die besten Hände und Köpfe gewinnen können, weil das essentiell für unseren Wirtschaftsstandort ist. Wir wissen, dass wir schon im Jahr 2016 einen irrsinnigen Gap zwischen Menschen, die nur Pflichtschulabschluss haben, und Menschen, die man, obwohl sie ausschließlich Pflichtschulabschluss haben, tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt unterbringen kann, haben werden. Dafür brauchen wir die Qualifizierungsoffensive.

Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass wir unheimlich viele Leute aus dem tertiären Bildungsbereich und aus dem Facharbeiterinnen- und Facharbeiterbereich brauchen, und dort brauchen wir natürlich die gut ausgebildeten Migrantinnen und Migranten. Es ist eben nicht nur ein Wettbewerb um die besten Köpfe, sondern auch um die besten Hände, und daher wird sich dieses „forum wien.welt.offen“ auf der einen Seite mit dem Thema der Internationalisierung der Mobilität auseinandersetzen müssen, auf der anderen Seite aber natürlich auch ganz massiv mit dem Thema der Kompetenzen und im Besonderen auch mit dem Thema der sprachlichen Kompetenzen und der Sprachenvielfalt, weil wir wissen, dass diese Mehrsprachigkeit schon allein arbeitsmarktpolitisch essentiell für uns sein wird.

Daran arbeiten die Expertinnen und Experten. Die ExpertInnenrunde hat Sebastian Kurz jetzt ein paar Vorschläge gemacht, die in Richtung Bildung gehen. Wir in Wien müssen uns aber natürlich über diesen ersten Bildungsweg hinaus, im Hinblick auf welchen wir in Wien gut aufgestellt sind, überlegen, wie wir diese Mobilität in unsere Programme inkludieren können, wenn es darum geht, die Qualifizierungsoffensive für Wien zu formulieren. Deswegen ist die Zusammenarbeit des Wirtschaftsressorts einerseits, des Bildungsressorts andererseits und unseres integrationspolitischen Ressorts ganz essentiell.

Es geht darum, nicht nur zu überlegen, wie wir Menschen integrieren können. Das tun wir zum Beispiel über dieses „Start Wien“-Programm durch die Zuwanderungskommission, wo auch die Ermunterung besteht, das auch für EU-BürgerInnen anzubieten. Wir müssen allerdings in weiterer Folge darauf achten, dass es nicht nur um das Aufnehmen von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch um das Inkludieren von Menschen mit Migrationshintergrund in eine Kommune geht. Und das ist eine Herausforderung, hinsichtlich welcher ich hoffe, dass uns diese ExpertInnenkommission viele gute Ergebnisse bringen wird.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage stellt GR Mag Jung. Bitte schön.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender. – Frau Stadträtin!

Wenn man sich die entsprechende Internetseite anschaut, dann unterscheidet sich diese etwas von dem, was Sie gesagt haben. Sie legen mit Recht sehr starken Wert auf die Praxis. Das ist ja das Wesentliche, die Theorie soll höchstens den Unterbau liefern. Auf dieser Internetseite wird allerdings sehr wortreich und ein biss-

chen kompliziert und überwissenschaftlich erklärt, was der Verein oder die Organisation tun soll.

Dort steht auch, dass das Diversitätsmonitoring ein innovatives, 2009 erstmalig eingesetztes Instrument zur Sichtbarmachung von Erfolgen bei der Umsetzung der Diversitätspolitik ist. – Dieses wurde 2009 zum ersten Mal eingesetzt, und es werden jetzt am 11. Oktober in einer Veranstaltung irgendwelche Ergebnisse des Ganzen vorgestellt werden. Im Hinblick darauf, dass der Gemeinderat dabei sicherlich nicht zur Gänze anwesend sein wird, und auch für uns hier als Institution stelle ich daher folgende Frage: 2009 gab es das erste Monitoring. Welche wesentlichen Veränderungen und vor allem Verbesserungen haben sich auf Grund dieser zweiten Messung bis heute ergeben, und werden diese in irgendeiner konkreten Form mit Zahlen publiziert?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Danke für diese Frage. – Ich finde es eigentlich recht mutig, dass wir uns in einem Wahljahr entschlossen haben, diesen Integrationsmonitor und Diversitätsmonitor ins Leben zu rufen! In weiterer Folge sind wir dann bei der Festlegung der Indikatoren draufgekommen, dass es einen Migrationsmonitor, einen Integrationsmonitor und einen Diversitätsmonitor gibt. Es ist uns nämlich nicht nur darum gegangen, zu schauen, wie viele Männer und wie viele Frauen in welchem Alter mit welcher Berufsausbildung hierher gekommen oder hier geboren sind und jetzt so oder so auf dem Arbeitsmarkt verankert sind oder nicht. Bei einer solchen Messung der Migration kann man zum Beispiel sehen, ob aus einer Gruppe mehr und aus einer anderen Gruppe weniger Leute gekommen sind oder ob wir bei der Zuwanderung sozusagen jünger oder älter geworden sind. Das ist wichtig für das Archiv, das insbesondere ein Anliegen der GRÜNEN ist. Wir haben aber mit diesem neuen Monitor, dem Integrationsmesser, auch versucht, Indikatoren aufzustellen, anhand welcher wir sehen, ob unsere Maßnahmen, die wir im Integrationsbereich setzen, auch tatsächlich etwas nützen.

Da geht es etwa um Fragen wie: Haben unsere Alphabetisierungsangebote etwas gebracht, ja oder nein? Nützen unsere Maßnahmen im Bereich der sprachlichen Frühförderung etwas, ja oder nein? Wenn man diese Messinstrumente das erste Mal 2009 und das nächste Mal 2011 einsetzt und dann da sogar noch ein paar Indikatoren dazugibt, ist das eigentlich noch nicht wirklich wissenschaftlich aussagekräftig, aber es nützt uns politisch auf jeden Fall, weil wir zum Beispiel sehen können, was wir brauchen, um niedrigschwelligere Angebote für Frauen machen zu können, um diese dann tatsächlich in einen „Mama lernt Deutsch“-Kurs zu bekommen et cetera.

Veränderungen zeichnen sich schon jetzt im Bereich des Diversitätsmonitors ab. Mit dem Diversitätsmonitor messen wir ja die eigene Ausrichtung der Stadt auf diese Mobilitätssituation. Und es sind nicht nur bis 2011 mittlerweile mehr Bereiche der Stadt dazugekommen, die sich dieser Diversitätsorientierung verpflichtet haben, sondern wir haben gesehen, dass es auch Bereiche gibt,

wo wir zum Beispiel in der Ausrichtung unseres Personals keine Fortschritte gemacht haben und uns daher bemühen und mehr anstrengen müssen. Wir haben aber auch gesehen, dass wir in Bereichen, in denen es um Schulung, Serviceorientierung und konkrete Angebote geht, sehr wohl auch Fortschritte machen konnten. – Das heißt, in manchen Bereichen, die wir schon das letzte Mal gemessen haben, gibt es teilweise Stagnation, in anderen Bereichen haben wir hingegen gute Fortschritte gemacht.

Das ist eben so, wenn man sich misst: Wenn man anfängt, sich zu messen, befindet man sich eigentlich auch immer in einem Wettbewerb, und das halte ich in diesem Zusammenhang – wenn ich ehrlich sein darf – für gesund. Und selbstverständlich wird nicht nur der Ausschuss die Ergebnisse und die Zahlen, die wir da gewonnen haben, bekommen, sondern wir werden die Publikation, wenn wir sie druckfrisch haben, beim nächsten Termin selbstverständlich auch dem gesamten Gemeinderat zur Verfügung stellen beziehungsweise auf einen Link hinweisen und die Möglichkeit anbieten, das auch auf Papier haben zu können. – Selbstverständlich geht dieser Monitor an Sie alle!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3. Zusatzfrage wird vom GRin Graf gestellt. – Bitte schön.

GRin Ilse **Graf** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Das „forum.wien.welt.offen“ ist ja von einem breiten politischen Bündnis getragen, das sich zum Ziel gesetzt hat, im Dialog mit ExpertInnen Empfehlungen für die Integrations- und Diversitätspolitik in dieser Stadt zu erarbeiten. Wie wichtig ist es, dass sich SPÖ, GRÜNE und ÖVP gemeinsam um konstruktive Vorschläge für die weltoffene und vielfältige Stadt bemühen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Ich habe zu Beginn darzustellen versucht, dass ich, als wir diese Zuwanderungskommission entwickelt haben, die Gelegenheit hatte, einmal Rita Süßmuth zu treffen und mit ihr ein bisschen länger zu plaudern. Sie hat gesagt, dass die größte Herausforderung in der tatsächlichen Umsetzung der Ergebnisse war, dass diese Kommission politisch nicht breit genug aufgestellt war.

Daher war es für den Herrn Bürgermeister und für mich sehr klar, dass wir versuchen müssen, ein breites politisches Bündnis herzustellen. Damals war die SPÖ noch nicht in einer Koalition. Es war aber dankenswerterweise für die ÖVP ganz schnell auch zu einem Zeitpunkt, als es noch keinen Staatssekretär gab, den die ÖVP gestellt hat, klar: Das interessiert uns, da sind wir dabei, wir möchten auch einen Beitrag dazu leisten. – Da gerade in Vorwahlzeiten, wie wir alle wissen, die Debatte manchmal auch bis hin zu ungesteuert werden kann, war klar, dass es allemal Sinn macht, eine Versachlichung zu haben. Und daher haben wir alle im Gemeinderat vertretenen Parteien eingeladen, dabei zu sein und dieses breite Bündnis zu schaffen. Und die Tür ist noch immer nicht zu. Eine Partei ist ja nicht dabei, nämlich die FPÖ.

Was hat uns zu diesem Projekt so inspiriert? – In diesem Zusammenhang setzte man ja auch Schritte auf ein Terrain, dessen Grund noch unbekannt ist und wo man erst einmal Erfahrungen sammeln und schauen muss, wie man das hinkriegt. Uns ist es vor allem darum gegangen, dass alle dieses Projekt gemeinsam tragen und sich wirklich redlich bemühen, versachlichte, konkrete Vorschläge auf den Tisch zu legen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass wir diese zukunftsorientierte Stadt auch tatsächlich weiterbringen.

Unter dem Vorsitz von Dr Oliva, der lange Jahre auch in der Industriellenvereinigung Erfahrungen gesammelt hat, ist dann echt etwas weitergegangen. Und das Schöne war auch, dass sich die Expertinnen und Experten noch intensiver mit der Stadt auseinandergesetzt haben und jetzt auch BotschafterInnen dessen sind, was wir alles haben. Denn da besteht natürlich auch immer eine große Gefahr: Das Bessere ist zwar natürlich immer der Feind des Guten, aber man muss ja erst einmal zählen, was man alles Gutes tut! Ich erlebe das auch in den eigenen Reihen immer wieder: Man sieht bei Auslandsaufhalten das eine oder andere Projekt, und dann kommt man zurück und sagt: Das ist super! Du musst dir einmal anschauen, was die Hamburger machen! – Aber keiner weiß, dass wir das in Wien schon seit fünf Jahren haben.

Das heißt, es geht auch ein bisschen darum, dass man zeigt, was in der MA 17 weitergegangen ist und welche Maßnahmen wir dort gesetzt haben. Und eine solche Versachlichung ist natürlich nur in einem breiten Bündnis möglich, wobei nicht gleich unterstellt werden darf, dass das ein taktisches Kalkül ist. Ich denke, das ist das Erfolgsrezept der Zuwanderungskommission und jetzt des „forum.wien.welt.offen“.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 4. Zusatzfrage stellt GRin Mag Anger-Koch.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen.

Das ist auch für uns ein gutes Projekt, und wie Sie schon erwähnt haben, sind wir ebenfalls von Anfang an dabei gewesen. Sie haben vorhin drei für mich sehr wichtige Stichworte genannt, und zwar haben Sie die Wichtigkeit einer alltagstauglichen Umsetzung, gut ausgebildeter Migranten und entsprechender Vorschläge im Bildungsbereich betont.

Wie wir wissen, wurde jetzt betreffend Bildungsbereich erhoben, dass zirka 8 000 Kinder als außerordentliche Schüler in Wien gemeldet sind. Ein Großteil davon sind Migranten, das ist auch erwiesen. Die Forderung von Sebastian Kurz lautete jetzt, dass Deutsch quasi als Teil der Schulreife anerkannt werden soll, dass man also, wenn keine entsprechenden Deutschkenntnisse im Schulbereich vorliegen, in die Vorstufe zurückstuft, bis Deutsch als Schulreife anerkannt werden kann.

Jetzt meine Frage: Setzen Sie sich auch in Wien für diese Forderung von Sebastian Kurz ein?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: In weiten Teilen sage ich Ja. Ich werde jetzt versuchen, herauszuarbeiten, wo der Unterschied liegt. Ich habe das mit Sebastian

Kurz nämlich unlängst auf den Österreichischen Medientagen diskutiert.

Es verhält sich so: Die Vorstellungen, die sich Sebastian Kurz von der Integration von Kindern in das primäre Bildungssystem macht, decken sich, wie ich jetzt einmal sagen möchte, mit den Wiener Vorstellungen. Er möchte im Kindergarten gern diese Sprachlichkeit und auch die Mehrsprachigkeit fördern. Das tun wir. Seine Idee ist, das in den Vorschulklassen zu verstärken. Wir wissen, dass ein Großteil der Kinder in den Vorschulklassen, wenn sie Probleme haben, konkret Probleme im Bereich der deutschen Sprache haben. Es gibt dort aber auch andere Defizite von Kindern, die wir in dieser primären Bildungsphase auszugleichen versuchen.

Die weitere Idee ist – und auch ein solches Modell haben wir sehr wohl in der Stadt –, dass ein Kind, wenn es nach dem Kindergarten und der Vorschule in die 1. Klasse Volksschule kommt und dann das Ausmaß seiner Sprachkenntnisse noch nicht ausreicht, mit diesem 1+1-Modell immer noch die Möglichkeit hat, in den ersten zwei Jahren noch einmal ein zusätzliches Jahr dieser Eingangsphase – wie ich es jetzt ausdrücken möchte – ins Bildungssystem zu absolvieren.

Überdies haben wir natürlich ein Programm für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger. Eigentlich sind nämlich diejenigen, die hier geboren werden oder mit drei, vier oder fünf Jahren hierher kommen und in unser Bildungssystem einsteigen, nicht das große Problem. Das größere Problem sind vielmehr die SeiteneinsteigerInnen, die mit sechs, sieben oder acht Jahren kommen und ins Schulsystem einsteigen. Aber auch für diese haben wir Programme.

Der einzige Unterschied zwischen den Maßnahmen von Sebastian Kurz und unseren ist, dass wir dafür sind, dass all diese für die Kinder so wichtigen Angebote im Klassenverband umgesetzt werden. So haben wir es bis jetzt ausgerichtet. Sebastian Kurz hat sich das System in Kanada angeschaut. Dort gibt es eine Art Einschleifklassen, in welche alle Kinder mit Migrationshintergrund zuerst gehen, um in der Unterrichtssprache fit gemacht zu werden, bevor sie in den Klassenverband integriert werden. Das ist ein anderer Zugang. Wir wollen dasselbe erreichen, aber unser Zugang ist, dass das im Klassenverband stattfindet.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. Die fünfte und damit letzte Zusatzfrage stellt GR Akkilic. – Bitte schön.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Stadträtin!

Mit der Idee, dass Kinder, die nicht Deutsch können, vor Schulbeginn in eine Klasse gesteckt werden, damit sie Deutsch lernen, werden diese Kindern beziehungsweise wird das Lernen nur auf das Deutschlernen reduziert. – Zum einen ist meiner Meinung nach eine Klasse aber dafür da, dass die Kinder voneinander auch andere Dinge lernen. Und zum anderen glaube ich, dass das Lernen im Klassenverband überhaupt das Wichtigste ist. Das kenne ich selbst auch aus eigener Erfahrung: Man lernt nicht abgesondert, sondern mit anderen Schülern, die sowieso Deutsch können, denn dann lernt man auch

von denen. Dann hat man einen Anreiz, das Ziel zu verfolgen, diese Sprache zu können. Außerdem hätten dann die Kinder, die Deutsch können, auch die Möglichkeit, die Fähigkeiten anderer Kinder kennen zu lernen.

Glauben Sie wirklich, dass das Modell Sebastian Kurz zum Erfolg führen kann?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: In diesem Fall: Nein. Wir haben dasselbe Ziel wie Sebastian Kurz, ich bin aber davon überzeugt, dass wir diesen Klassenverband und die Integration der Kinder in diesen brauchen. Wir alle wissen, dass dann der Spracherwerb viel besser funktioniert. Dabei muss es nicht so sein, dass nur drei Kinder mit türkischer Sprache in einer Klasse sitzen und alle anderen super Deutsch können, sondern es ist egal, wie viele Kinder andere Sprachen sprechen: Sie lernen im Klassenverband miteinander besser, die deutsche Sprache zu sprechen.

Ganz wichtig ist mir, dass es dabei ganz massiv auch um das soziale Lernen geht. Die Integrationspolitik ist natürlich einerseits von der Sprachbeherrschung abhängig. Das haben wir schon oft diskutiert. Niemand mehr in diesem Raum ist nicht davon überzeugt, dass das der Schlüssel zur Integration ist. Aber ganz wichtig ist auch der Zugang dazu, wie man sich verhält und handelt, denn in weiterer Folge ist unser Ziel, das wir hier haben, nicht das Aufnehmen, sondern das Miteinschließen, und das impliziert automatisch den Weg, den wir hier in Wien gehen.

Um noch einmal darauf zurückzukommen: Das „forum wien.welt.offen“ hat erstmals die Möglichkeit, dass wir auch in kleineren ExpertInnengruppen, die sich diesfalls ausschließlich aus Sprach- und BildungsexpertInnen zusammensetzen, die Möglichkeit haben werden, uns darauf zu konzentrieren, wie wir noch besser Mehrsprachigkeit fördern können, und die entsprechenden Kenntnisse zu vertiefen, etwa wie wir die Kinder noch schneller sozusagen sprachreif machen können. Dabei wird das soziale Lernen allerdings ganz sicher ein essentieller Faktor sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 2. Frage. Wir kommen nun zur 3. Frage (FSP - 03346-2012/0001 - KFP/GM). Sie wurde von Herrn GR Univ-Prof Dr Frigo gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. *(Wien muss auf Grund der mit dem Bund vereinbarten Schuldenbremse in den nächsten 4 Jahren 1 Milliarde EUR einsparen. Die zuständige Finanzstadträtin hat dazu in einer Aussendung erklärt, 500 Millionen EUR im Gesundheitsbereich einsparen zu wollen. Welche konkreten Einsparungspotenziale sehen Sie im Krankenanstaltenverbund in den nächsten Jahren?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Prof Frigo fragt mich auf Grund einer Äußerung der Frau Finanzstadträtin, wie in den nächsten Jahren

Einsparungspotenziale im Krankenanstaltenverbund zu erzielen sind.

Zunächst ist der wesentliche Punkt, dass wir in diesem Zusammenhang bei einer richtigen Terminologie bleiben: Sie sprechen von Einsparung. – Wir sprechen in dieser Stadt jedoch niemals in dem Sinne von Einsparung, dass es im nächsten Jahr weniger sein wird als im Jahr davor, sondern wir sprechen ausschließlich davon, wie es uns gelingen kann, auch im Spitalsbereich den Anstieg der Kosten zu dämpfen. Das heißt, es geht darum, dass wir in den nächsten Jahren auf Grund des Stabilitätspakts – aber ich möchte mich gar nicht dahinter verstecken – sowie auf Grund der Notwendigkeit, dass wir auch für die nächsten Jahrzehnte das öffentliche Gesundheitswesen erhalten können, darauf achten, dass wir zu geringeren Anstiegen kommen, als das derzeit der Fall ist.

Die Wiener Spitäler bringen für die Wienerinnen und Wiener – wie wir schon bei der 1. Frage heute erörtert haben – Spitzenleistungen, und zwar für alle Wienerinnen und Wiener, unabhängig von ihrem Einkommen, von ihrer Herkunft, von ihrem Alter oder von ihrem Geschlecht. Wir haben miteinander – eigentlich bis auf ganz kleine Ausreißer vollkommen außerhalb des parteipolitischen Hickhacks – ein Spitalkonzept 2030 beschlossen, bei dem es darum geht, den KAV für die nächsten Jahre in unterschiedlichen Bereichen fit zu machen, einerseits im Bereich der Infrastruktur, andererseits aber auch im Hinblick auf Veränderungen der Abläufe.

Sie wissen, dass wir das Krankenhaus Wien Nord nicht deshalb bauen, damit wieder einmal ein Krankenhaus gebaut wird, sondern dass in das Krankenhaus Wien Nord drei ganze Spitäler übersiedeln werden und die Betriebsstrukturen dort ganz anders sein werden als in Pavillonspitälern. Wir werden uns nämlich Schritt für Schritt von Pavillonspitälern verabschieden. Und Sie wissen, dass wir das Statut des Krankenanstaltenverbundes verändert haben – auch das war ein einstimmiger Beschluss, den wir hier im Gemeinderat gefasst haben und den also auch Sie gefasst haben – und dass es seit April des heurigen Jahres ein Aufsichtsgremium gibt, um auch dem Thema der Wirtschaftlichkeit mehr Raum zuzugestehen.

Wir haben in der Umsetzung des Spitalskonzepts derzeit 60 Einzelprojekte, die alle Teil des Ganzen sind, wobei es darum geht, dass wir die Organisationen verbessern, Effizienzen steigern, aber auch ganz handfeste Ziele verfolgen: So wird zum Beispiel mit dem Ende des heurigen Jahres das Kaiserin-Elisabeth-Spital seine Tätigkeit als Spital aufgeben, und die Leistungen werden verlagert werden. – Auch im Hinblick darauf bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KAV ganz besonders, weil solche Veränderungen nicht leicht umzusetzen sind. – Allein dadurch, dass wir diesen Standort schließen, werden Betriebskosten zukünftig nicht mehr anfallen.

Neben infrastrukturellen Maßnahmen und Leistungskonzentrationen, von denen ich jetzt gerade gesprochen habe, werden wir uns ab dem nächsten Jahr ganz besonders mit dem Thema der Sachkosten beschäftigen.

Wir beschäftigen uns schon jetzt damit, aber bereits im nächsten Jahr wird das auch finanzielle Auswirkungen haben. Der Krankenanstaltenverbund liegt, was Sachkosten betrifft, ungefähr um 25 bis 30 Prozent über dem deutschen Preisniveau. Dabei handelt es sich um Medikamente, aber auch um andere Produkte. Auch wenn das Gesamtvolumen des Sachaufwands bei rund einer Milliarde liegt, werden wir aus unterschiedlichen Gründen sicherlich nicht das deutsche Niveau erreichen, aber hier ist sehr wohl ein Effizienzpotenzial.

Es läuft im Moment gerade eine Ausschreibung, die sich darauf bezieht, dass wir mit einem externen Partner diese Effizienzen heben wollen, und wir können davon ausgehen, dass wir eine deutliche Reduktion im Sachkostenbereich realisieren werden. Handlungsfelder in diesem Zusammenhang sind sowohl die Einkaufspreise als auch die Menge der verbrauchten Materialien, als auch die Frage, wie viele Produkte wir im Krankenanstaltenverbund zur Verfügung haben, weil wir auch durch eine Volumenbündelung und Standardisierung sehr viel erreichen können. Wir gehen von Dämpfungszielen zwischen 2005 und 2016 von 43 bis 150 Millionen EUR pro Jahr aus, das heißt, das ist wirklich ein erkleckliches Volumen.

Im zweiten Bereich geht es um die Frage des effizienten Personaleinsatzes. Dabei geht es vor allem darum, dass wir, wenn wir die Leistung konzentrieren und die Abläufe optimieren, auch einen anderen Personaleinsatz haben werden und haben müssen. Der wesentliche Punkt dabei ist, dass die Abläufe, und zwar vor allem in neuen Spitälern wie etwa im Krankenhaus Nord, ganz anders sind. Wir werden die Leistungen besser über den Tag verteilen, werden durch einen effizienteren Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Leistung auf einem hohen Niveau halten und auch eine noch bessere Qualität erreichen können, werden aber nicht eine Personalentwicklung haben, wie wir sie haben müssten, wenn wir die Struktur nicht verändern würden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke schön. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr GR Univ-Prof Dr Frigo. – Bitte schön.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wie gesagt: Die Aussage stammt von Frau Finanzstadträtin Brauner, dass 500 Millionen im Gesundheitsbereich eingespart werden sollen. – Ich nehme an, das bezieht sich auch auf den KAV.

Meine Zusatzfrage: Ist bei den Beamten im KAV eine Nulllohnrunde geplant?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Bei diesem Thema erhebt sich wieder die Frage, wie das Wort Zusatzfrage zu verstehen ist. Aber ich werde gerne eine neue Frage beantworten. – Es ist das ein bisschen unverständlich: Wir haben das sehr erfolgreiche Modell der Sozialpartnerschaft in Österreich. Ich bin allerdings weder Personalstadträtin noch für Beamte zuständige Ministerin, aber auch nicht Personalvertreterin oder Gewerkschafterin, bin also nicht wirklich Partei dieser Verhandlungen. Ich

kann Ihnen daher nur grundsätzlich dazu sagen, dass wir uns in Wien immer den Ergebnissen der Sozialpartner angeschlossen haben, die, wenn die Gemeindebediensteten mitverhandelt haben, das im öffentlichen Dienst vollzogen haben.

Ich halte das auch für gut und richtig, und daher glaube ich, dass es ganz wichtig ist, dass das auch jetzt gilt. Da auf Bundesebene unter Beteiligung der Gemeindebediensteten verhandelt wurde und es im Jahr 2013 eine Nulllohnrunde und im Jahr 2014 eine moderate Lohnrunde gibt, gehe ich zu 100 Prozent davon aus, dass wir das in Wien umsetzen werden. Das ist aber nicht meine Zuständigkeit als Gesundheitsstadträtin.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von Frau GRin Korosec gestellt. – Bitte.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Wir haben heute schon davon gesprochen, dass die Privatspitäler die Patienten auch mit Spitzenmedizin versorgen. Wir haben immer wieder das Problem und haben darüber auch schon sehr oft diskutiert, dass es in diesem Zusammenhang große Unterschiede bei den LKF-Punkten gibt. Wie Sie wissen, bekommen die KAV-Spitäler 1,40 EUR und die Ordensspitäler nur 93 Cent. Und Sie wissen auch, dass die KAV-Spitäler eine Betriebsabgangsdeckung bekommen. Im Jahr 2011 sind das 613 Millionen EUR. – Der Rechnungshof hat das schon einige Male kritisiert, denn wenn es eine Betriebsabdeckung gibt, dann ist natürlich der Anreiz der Wirtschaftlichkeit nicht in dem Maß gegeben, als wenn man keine Betriebsabdeckung hat und es sich anders einteilen muss.

Es soll derzeit eine Arbeitsgruppe geben, die sich damit beschäftigt. Ich nehme an, gerade im Hinblick auf die Einsparungen im Personalbereich und im Sachbereich, die Sie jetzt gerade angeführt haben, muss es zu mehr Effizienz kommen. In dieser Arbeitsgruppe sollen, wie ich höre, auch Vertreter der Ordensspitäler sein, und es soll ein leistungsgerechtes Modell für beide Gruppen erarbeitet werden.

Frau Stadträtin! Mich würde interessieren, weil das ja ein sehr wichtiges Thema ist, welches wir schon seit vielen Jahren vor uns herschieben: Wie weit ist diese Arbeitsgruppe? Und wie sind Ihre Vorstellungen dazu?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Frau Gemeinderätin!

Ich halte viel von Vielfalt, und ich halte auch viel von den Ordensspitälern. Das zeigt sich auch, wenn man sich die Entwicklung der Subventionen für die Ordensspitäler in Wien im Laufe meiner Amtszeit anschaut und wenn man sich anschaut, wie sich die Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Leistungsplanung für die Versorgung der Wienerinnen und Wiener entwickelt.

Ich halte es allerdings auch für wichtig, dass wir Äpfel und Birnen nicht durcheinanderbringen. Das ist ein Thema – das können Sie dann gleich zurück ausrichten –, das ich mit Herrn Mag Lampl auch immer wieder bespreche. – Der Vergleich mit den Äpfeln und Birnen bezieht

sich darauf, dass natürlich die Spitäler der Stadt Wien ganz andere Vorhalteleistungen haben als die gemeinnützigen Ordensspitäler, die sehr wichtig und auch insofern wichtig sind, als ich glaube, dass sie sich sehr bemühen, gute Leistungen zu erbringen. Ein Vergleich ist da schlicht und ergreifend nicht möglich. Man kann natürlich Zahlen vergleichen, die sozusagen auf dem Tisch liegen, aber das ist so ähnlich wie die Frage, ob 5 Prozent Privatpatienten im KAV wenig oder nicht wenig sind. – Das kommt vor allem darauf an, von welcher Grundgesamtheit man ausgeht.

Ja. Es gibt eine Arbeitsgruppe, mit welcher wir uns diesem Thema annähern werden. Aber man soll auch bei der Frage der Abgangsdeckung nicht immer Äpfel mit Birnen vergleichen, denn die Abgangsdeckung, die die Stadt Wien trägt, trägt sie als Eigentümerin ihrer Spitäler. Eigentümerin der Ordensspitäler ist hingegen in irgendeiner Art und Weise – ich weiß es jetzt nicht genau – am Ende des Tages die katholische Kirche. Das heißt, der Ansprechpartner gegenüber ihren Spitälern ist die Stadt Wien, gegenüber den Ordensspitälern ist es aber nicht die Stadt Wien. Ich stehe zur Subvention, die wir geben, und habe auch nicht vor, diese zurückzufahren. Nur soll man nicht sozusagen auf scheinheilige Art und Weise probieren, Dinge gleich darzustellen, die schlicht und ergreifend nicht gleich sind.

Und ich habe auch nicht vor – auch das können Sie gerne Herrn Mag Lampl ausrichten –, den Weg zu gehen, den Niederösterreich gegangen ist, nämlich einfach keine Subventionen mehr zu geben, weswegen es dort überhaupt keine Vielfalt mehr gibt, sondern alle Spitäler nur mehr im Eigentum und in der Zuständigkeit des Landes sind. Es würde theoretisch vieles dafür sprechen, weil man das Ganze besser steuern kann, wenn es nur einen Anbieter gibt. Ich glaube aber, dass das System, das wir in Wien haben, gut ist. Ich sehe die Ordensspitäler als einen wichtigen Partner, aber wichtiger Partner kann man nur dann sein, wenn man auch die Unterschiede, die bestehen, akzeptiert, und zwar sowohl in der Frage der Eigentümerschaft und der Zuständigkeit als auch in der Frage, was gleich und was nicht gleich ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Zusatzfrage stellt Herr GR Dipl.-Ing Margulies.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Bevor ich zu meiner Frage komme, erlaube ich mir noch eine ganz kurze Bemerkung zur Nulllohnrunde, weil wir das vielleicht doch etwas unterschiedlich sehen.

Wir akzeptieren selbstverständlich, dass Tarifverhandlungen von den Sozialpartnern geführt werden, machen aber schon das Angebot, dass, wenn die sozialdemokratische Gewerkschaft mehr will als eine Nulllohnrunde, wir als GRÜNE selbstverständlich dafür zur Verfügung stehen. (*Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Jetzt komme ich aber zurück zu meiner Fragestellung bezüglich Finanzierung. Es hat jetzt ein Treffen sowohl der Landesfinanzreferenten und -referentinnen als auch der Landesgesundheitsreferenten und -referentinnen gegeben. Darauf bezieht sich meine Frage: Was wurde

auf Bundesebene in dieser Richtung weiterentwickelt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Lieber Gemeinderat!

Wenn du eine Bemerkung machst, dann muss ich auch eine Bemerkung machen, und zwar dahin gehend, dass man sich schon auch überlegen muss, ob man die Sozialpartnerschaft ernst nimmt oder nicht ernst nimmt. – Die Sozialpartnerschaft ernst zu nehmen, hat sich seit 1945 sehr bewährt. Ich möchte dazu aber sagen: Ein bisschen schwanger geht nicht. Sie dann ernst zu nehmen, wenn es einem passt, und dann nicht, wenn man es vielleicht einmal gerne anders hätte, finde ich nicht richtig.

Zur angesprochenen Frage: Es gab in dieser Woche eine Tagung der Finanzreferentinnen und -referenten in Tirol und dann eine Tagung der Gesundheitsreferentinnen und -referenten in Tirol. Dort wurde festgelegt, in welchem Ausmaß sich der Rahmen für die Gesundheitsreform bewegt und in welchem Pfad Dämpfungspotenziale aufzubringen sind.

Tatsache ist – und daher hat die Frau Vizebürgermeisterin auch schon vor mehreren Monaten die Dämpfungsnotwendigkeit dargelegt –, dass Wien mit dem größten Anteil an Strukturen im Spitalsbereich in den nächsten Jahren auch den größten Anteil erbringen muss. Tatsache ist aber auch, dass es gelungen ist, diesbezüglich einen gemeinsamen Weg mit der Sozialversicherung zu gehen. Das heißt, dass wir in den nächsten Jahren bis 2016 insgesamt 3,4 Milliarden EUR an Dämpfung haben werden, wovon 2,1 Milliarden EUR der stationäre Bereich und 32 Prozent von den 2,1 Milliarden EUR die Stadt Wien bringen wird.

Ich sage noch einmal: Es geht hier nicht um Einsparungen, sondern es geht um einen geringeren Anstieg, den wir mit den Maßnahmen im Spitalskonzept 2030 erreichen werden. Der Vorteil, den wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben, ist, dass wir diese Spitalsreform rechtzeitig gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Wir haben, ohne zu wissen, was sonst noch alles auf uns zukommt, einen Weg eingeschlagen, der es uns möglich machen wird – wenn das auch nicht leicht sein wird –, den KAV so aufzustellen, dass wir nicht nur den Stabilitätspakt einhalten, sondern auch Strukturen schaffen, die für die nächsten Jahrzehnte sicherstellen, dass der KAV im 100-prozentigen Eigentum der Gemeinde Wien bleibt. Und das halte ich persönlich für die Sicherheit der Versorgung der Wienerinnen und Wiener, aber auch die Sicherheit der Arbeitsplätze politisch für ganz besonders wichtig. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die letzte Zusatzfrage zur 3. Frage stellt GR Univ.-Prof Dr Frigo. – Bitte schön.

GR Univ.-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine letzte Frage: Sie haben kurz die Übersiedlung des Elisabethspitals in die Krankenanstalt Rudolfstiftung erwähnt. Das verzögert sich jetzt aber doch ein bisschen, nicht wahr? Das wird, wie ich jetzt im Internet sehe, erst im März 2013 stattfinden, Sie haben je-

doch von diesem Jahresende gesprochen. Wie ich weiß, wird der Südzubau erst mit März 2013 oder ein bisschen später fertig sein. Wie ist jetzt der genaue Plan der Übersiedlung?

Ich selbst war Turnusarzt in der Rudolfstiftung. Ich weiß, es gibt jetzt nur einen Aufzugsneubau. Mit den Aufzügen und auch mit der Parksituation gab es immer Probleme. Wurde darauf Rücksicht genommen? Ich habe etwas von 120 Garagenplätzen gelesen, es gibt aber, wie ich glaube, 300 000 ambulante Patientinnen und Patienten. Ich weiß, dass allein die Schilddrüsenambulanz grob geschätzt 100 000 Patientinnen und Patienten im Jahr hat. Wurde da irgendwie gegengesteuert, und zwar ein bisschen auch im verkehrstechnischen Sinn? Ich befürchte nämlich ein bisschen ein Chaos in diese Richtung.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich kann die Frage nicht erkennen.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Im Zuge der Übersiedlung ist ein wichtiger Punkt die Infrastruktur.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr Kollege! Können Sie die Frage bitte noch einmal wiederholen?

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Gibt es eine Verzögerung?

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Die Antwort ist: Nein! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Wir kommen nun zur 4. Anfrage. Sehr geehrte Frau Stadträtin, bevor ich Sie ersuche, dazu die Antwort zu geben, ist es mir ein Anliegen, die Lehrlinge des Facharbeiterausbildungsverbandes, die heute zu uns gekommen sind, hier ganz herzlich zu begrüßen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Nun kommen wir zur 4. Anfrage (*FSP - 03344-2012/0001 - KSP/GM*). Sie wurde von Frau GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal gerichtet. (*Am 1. Oktober wurde der 1. Wiener Einkommensbericht veröffentlicht. Frau amtsführende Stadträtin, was sagt dieser Einkommensbericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung der Stadt Wien aus?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Von mir auch einen schönen guten Morgen an Sie auf der Tribüne, einen spannenden Vormittag hier in unserem Haus.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Zur Frage zum 1. Wiener Einkommensbericht, den wir am 1.10. erstmals präsentiert haben, ist es so, dass wir das Wiener Gleichbehandlungsgesetz gemacht haben, und zwar im Jahr 1996, und damals schon gesagt haben, uns geht es darum, dass Frauen und Männer in der Stadt Wien gleich behandelt werden, beim Einstieg, beim gesamten Bereich der Grundlaufbahn und in weiterer Folge natürlich auch beim beruflichen Aufstieg.

Was wir merken, oder womit wir konfrontiert sind, auch wenn es momentan gerade eine Coaching-Frau

massiv in Frage stellt, ist, es gibt natürlich strukturelle Benachteiligungen von Frauen, gerade auch im Zusammenhang mit dem Einkommen. Der Gender Pay Gap ist etwas, das uns natürlich frauenpolitisch ganz massiv beschäftigt. Diesen gilt es entsprechend zu beleuchten, aber nicht nur zu beleuchten, weil die Analyse alleine bringt mich noch nicht weiter, sondern es geht darum, diesen Gender Pay Gap auch entsprechend zu bekämpfen.

Eine der Formen, das zu bekämpfen, ist die Einkommenstransparenz. Was mir wichtig ist in diesem Haus, ist auch, dass wir nicht immer sagen, das ist das Instrument, aber das ist zu wenig, da braucht es noch mehr. Es braucht auf der einen Seite Instrumente, die uns in der Besoldung weiterbringen, es braucht auf der anderen Seite Instrumente, die uns überhaupt einmal wissen lassen, woran es liegt, Analysen. Es braucht Frauenfördermaßnahmen. Und es braucht selbstverständlich auch gesellschaftspolitische Maßnahmen. Genau so ist auch dieser Einkommensbericht zu sehen. Er ist sozusagen ein Instrument in unserem Instrumentenkoffer, mit dem wir uns das Ziel gesetzt haben, dass wir die Einkommensschere letztendlich schließen.

Wir haben uns zu dieser Einkommenstransparenz hier im Haus verpflichtet, haben uns dann zusammengesetzt, haben uns die Indikatoren überlegt, anhand derer wir das überhaupt feststellen können, und haben jetzt folgende Einkommenstransparenz, folgenden Bericht veröffentlicht, wo wir auf der einen Seite die Anzahl von Frauen und Männern in den einzelnen Berufsfeldern zeigen und auf der anderen Seite auswerten, nicht nur das Medianeinkommen, sondern auch das Durchschnittseinkommen, weil sich an dem viel mehr ablesen lässt, selbstverständlich anonymisiert. Damit haben wir uns auch besonders leicht getan, weil sich dieser Teil auch in unserer Geschäftsgruppe befindet.

Was ist herausgekommen? Herausgekommen ist, auf Bundesebene 40 Prozent Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern, weil nämlich im technischen Bereich so wenig Frauen sind. Schauen wir einmal hinauf. Gibt es Frauen? (*GRin Nurten Yilmaz: Mauerer!*) Nein. Okay! Weil im technischen Bereich so wenig Frauen sind. Das ist der Bund, 40 Prozent Einkommensunterschied. Auf der Landesebene sind wir schon echt besser, 25 Prozent. In Wien sind wir noch besser. Aber um ehrlich zu sein, das interessiert mich frauenpolitisch mit meiner feministischen Reflexion gar nicht. Weil wenn es einen Unterschied gibt, gibt es einen, und jeder Unterschied ist mir zu groß. Aber in Wien ist er 10,4 Prozent, das wissen wir jetzt, trotzdem wir eigentlich ein sehr kompaktes, ein sehr - wie soll ich sagen? - fixes Besoldungsschema haben.

Es ist natürlich unsere große Herausforderung, uns jetzt anzusehen, wie bei einem so fixen Besoldungsschema trotzdem die Einkommensschere um 10,4 Prozent auseinandergehen kann. Das gehört analysiert. Aber was man schon sagen kann, ist, warum wir auf Landesebene 25 Prozent und in Wien nur 10 Prozent haben. Das liegt schon daran, dass es in dieser Stadt, von der Führung weg und in allen Organisationsberei-

chen, auf der einen Seite eine sehr hohe Identifikation mit dem gibt, was man allgemein als Diskriminierungsverbot bezeichnet und mit dem, was man allgemein eben an notwendigen Frauenfördermaßnahmen bezeichnet. Das heißt, da haben wir viel weitergebracht. Deswegen ist auch der Einkommensunterschied hier ein geringerer.

Schon noch wesentlich ist, dass wir uns in der Stadt viel mehr mit dem Thema der Arbeitsplatzbewertung auseinandersetzen werden müssen, was und wie viel welche Arbeit uns tatsächlich wert ist. Das ist nämlich etwas, worin sehr oft der Gender Pay Gap steckt. Aber da haben wir mit der Besoldungsreform Großes vor. Ich denke mir, das wird eine gute Gelegenheit sein, sich das noch einmal genau anzuschauen. Was uns aber immer wieder in dem Zusammenhang mit der Einkommensschere wie ein großer Brocken vor Augen liegt, ist, wir analysieren die Einkommensschere, also es gibt einen Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern, der jetzt bei uns 10,4 Prozent beträgt, dazu kann man sagen, Karenzzeiten, Aus- und Weiterbildungszeiten, ich weiß es nicht, Karrierewege, Durchbrechen der gläsernen Decke, alles, und dann können wir diesen Kuchen, der offen ist, gut analysieren. Das Schlimme ist aber, dass ein kleines Stück von diesem Kuchen immer übrig bleibt und nicht zu analysieren ist, weil er rechtfertigt sich - ich meine, rechtfertigen ist eigentlich zynisch in diesem Fall - ausschließlich aus dem Argument Geschlecht. Das bedeutet, dass wir natürlich hier in der Stadt, aber auch im Allgemeinen viel zu tun haben, um da etwas weiterzubringen.

Die Gleichbehandlungsbeauftragte wird jetzt diesen Bericht analysieren, genau unter die Lupe nehmen und anschauen, wo denn die Unterschiede entstanden sind, bei der Anrechnung der Vordienstzeiten, den Nebengebühren, den Überstunden et cetera, Eintrittsalter, Karenzzeiten, alles, was dazugehört, und wird dem Gemeinderat dann einen Vorschlag unterbreiten, den wir hier diskutieren müssen. Dann wird daraus ein Gleichstellungsprogramm formuliert, das der Herr Bürgermeister dann eben in Auftrag geben wird.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Nun kommen wir zu den Zusatzfragen. Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Mag Feldmann. Ich bitte darum.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Jetzt haben wir diesen Einkommensbericht, der uns dennoch einen Einkommensunterschied darstellt. Ich frage Sie: Können Sie jetzt vielleicht doch erwägen, einen unabhängigen Einkommensanwalt einzusetzen, der Empfehlungen abgibt und auf beiden Seiten seine Wahrnehmungen feststellt und vermittelt, ähnlich wie der Volksanwalt in diesem Gremium, um eben diese Einkommensunterschiede auch noch zu schließen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Gemeinderätin! Nein, ich glaube den brauchen wir genau gar nicht, weil da hinten steht unsere Gleichbehandlungsbeauftragte. Diese wird genau das machen, was Sie möchten. Sie

ist eine unabhängige Gleichbehandlungsbeauftragte.

Tun wir nicht über die Bezeichnungen von Amterln diskutieren! Reden wir über das, was wir brauchen! Wir haben einen Einkommensunterschied, und den Einkommensunterschied müssen wir ausräumen. Da sind wir, glaube ich, wirklich einer Meinung. Das eint uns in diesem Haus frauenpolitisch.

Wir haben auch lange diskutiert, weil es immer geheißen hat, wir brauchen keinen Einkommensbericht. In der Stadt haben wir ein einheitliches Besoldungsschema, da gibt es keinen Unterschied. Ich muss Ihnen sagen, frauenpolitisch bin ich total froh, dass wir den Einkommensbericht gemacht haben. Natürlich freue ich mich nicht über den Einkommensunterschied, so unter dem Motto: „Ich habe es euch immer schon gesagt!“ Aber das ist ja die Idee der Einkommenstransparenz an sich, nur wenn ich den Unterschied sehe, kann ich den Unterschied auch bekämpfen. Da werden auch wir als Stadt einmal hinschauen müssen.

Abgesehen von der unabhängigen Gleichbehandlungsbeauftragten, die das jetzt analysieren wird, ein Programm dazu erstellen wird et cetera, rennt das aus meiner Sicht sehr gut parallel mit unseren Bestrebungen zu einer Besoldungsreform.

Was mich jetzt natürlich in meiner Arbeit, in dieser Besoldungsreform und in den Vorgaben, die wir uns im Motivenbericht in der Landesregierung gemeinsam gesetzt haben, unterstützt, ist, dass wir sehr wohl auch in der Stadt über das Thema der Arbeitsplatzbewertung, Arbeitsbewertung sprechen werden müssen. Das ist gut so.

Ich hoffe, Sie sind da auch mit im Boot - das sind Sie immer, das weiß ich -, wenn wir uns das gemeinsam anschauen, dass wir in der Besoldung, auch für die Frauen, bei uns in der Stadt etwas weiterbringen und dass wir auch beweisen - das wäre auch ein ehrgeiziges Ziel von diesem Haus -, unsere Einkommensschere wird bei all den Bemühungen nicht zu einem bestimmten Prozentsatz offen bleiben, nur weil eine Frau eine Frau ist und ein Mann ein Mann ist. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage wird von GRin Dr Vana gestellt. - Bitte schön.

GRin Dr Monika **Vana** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Einkommenstransparenz war auch den GRÜNEN immer ein wichtiges Anliegen. Wir freuen uns sehr, dass wir das jetzt gemeinsam im rot-grünen Regierungsübereinkommen umsetzen konnten. Nun zeigt dieser 1. Wiener Einkommensbericht wenig Überraschendes. Auch im öffentlichen Dienst gibt es Einkommensunterschiede, allerdings weniger als bei den privatwirtschaftlich Beschäftigten. Dennoch gibt es viel zu tun.

Sie haben die Besoldungsreform und die Fragen der Arbeitsplatzbewertung angesprochen. Ein signifikantes Ergebnis dieses Einkommensberichts ist, dass auch im öffentlichen Dienst die, ich nenne es einmal klassischen Frauenberufe eher im unteren Einkommenssegment und klassische Männerberufe eher im höheren Einkommenssegment zu finden sind.

Können Sie uns Näheres sagen, wie diese Ergebnisse des Einkommensberichts in die Diskussion über die Besoldungsreform einfließen, insbesondere Fragen der Arbeitsplatzbewertung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Gemeinderätin!

Du hast es gerade angesprochen. Die Geschichte ist die, dass wir, ich glaube, neun Bereiche haben, wo wir mehr verdienen als die Männer in der Stadt, dass wir vier Bereiche haben, wo Frauen überhaupt nicht vorkommen. Also, das ist dann auch noch einmal ganz spannend zu sehen. Das ist nämlich die Technik, wie ich es vorher gerade angesprochen habe. Es sind aber auch noch andere Bereiche, wo ich gar nicht glauben kann, dass wir dort gar keine Frauen hätten. Also, da müssen wir uns auch anstrengen.

Aber, in Bezug auf die Frage, wie denn diese Erkenntnisse jetzt in unsere weiteren Bestrebungen in Richtung Schließen des Gender Pay Gaps passen:

Eine gute Nachricht möchte ich hier im Haus noch verkünden. Wir haben immer diesen Equal Pay Day. Diesen feiern wir in Wien immer sowieso weit später als im Rest von Österreich. Aber heuer feiern wir ihn wieder um fünf Tage später. Was bedeutet Equal Pay Day? - Equal Pay Day bedeutet, ab dem Tag gehen Frauen umsonst arbeiten. Nur zur Erklärung für diejenigen, die es nicht wissen. Heuer sind wir da wieder um fünf Tage mehr in Richtung Silvester unterwegs. Das ist gut. Das heißt, man sieht, dass unsere Maßnahmen wirken.

So, wie ich es vorher gesagt habe, in Bezug auf die Instrumentenkiste, müssen wir unbedingt gesellschaftspolitisch weiter dranbleiben. Da machen wir auch gemeinsam eine Kampagne: „vier Wände - vier Hände“, wo wir genau auf diesen Unterschied hinweisen, in Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, also in Richtung Halbe-Halbe. Wer zu Hause die Windeln wechselt, ist nämlich keine private Sache, sondern ist ganz maßgeblich dafür entscheidend, wie sich sozusagen partnerschaftliche Arbeit aufteilt und wie sich in weiterer Folge auch die Möglichkeit ergibt, wie Frauen tatsächlich erwerbstätig sind und von dieser Erwerbstätigkeit auch selber leben können. Das heißt, gesellschaftspolitisch müssen wir dranbleiben.

Auf der anderen Seite, und das ist gerade auch im Zuge dieser Kampagne unsere große Herausforderung, müssen wir uns die Arbeitsplatzbewertung anschauen. Ich kenne das noch als Gewerkschafterin. Da hat es zwei verschiedene Modelle gegeben. Das eine war das analytische, das andere war das, wo wir mehr mit Punkten gearbeitet haben. Diese zwei Modelle hat es gegeben. Sie sind unterschiedlich kritisiert worden. Die Unternehmen wollten mehr dieses, die GewerkschafterInnen wollten mehr jenes. Man hat sich nicht einigen können und hat das Thema irgendwie überhaupt nicht mehr bearbeitet. Wir werden das jetzt tun.

Ich finde, ein eigenes Arbeitspaket in der Besoldungsreform muss diese Arbeitsbewertungsfrage sein. Wenn wir uns dem widmen und zum Ziel haben, die

Beseitigung jeglicher sachlicher und begründbarer Einkommensunterschiede, Geschlecht kein Faktor und wir wollen als Dienstgeberin unbedingt die Einkommensschere komplett schließen, dann werden wir uns an der Frage der Bewertung nicht vorbeischieben können. Das ist einmal der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir natürlich so viele Berufsgruppen haben, die eben in diesem homogenen Besoldungsschema drinnen sind. Das heißt, die Kindergärtnerin, der Feuerwehrmann, der Kanalarbeiter und der, weiß ich nicht, Fachreferent XY in der Magistratsabteilung 365 kommen einmal in dasselbe Schema. Damit bin ich natürlich in dem G'werks. Wenn ich sage, er hat eine Ausbildung hinter sich, ist ein Supertechniker, dem muss ich das doch irgendwie belohnen, brauche ich schon Zusatzinstrumente. Das wird so auf Dauer nicht gehen, weil dann haben wir vordergründig ein einheitliches Besoldungssystem, aber in Wirklichkeit schon ein total heterogenes und komplexes, und das nicht einmal angepasst an das, was wir heute haben. Heute haben Leute Ausbildungen, die es damals, als wir das Besoldungsschema geschrieben haben, noch nicht einmal gegeben hat. Deswegen finden sie keine Berücksichtigung? Also, ich denke mir, auch die Frage der Ausbildung wird ein eigenes Arbeitspaket sein, wenn wir dann hergehen und uns fragen, wie wir die Arbeit bewerten und wie wir in der Stadt einstufen. Insofern erster Schritt, die Bewertungsfrage in die Besoldungsfrage einzubauen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage wird von GRin Schütz gestellt. - Bitte.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Seit 2011 sind Unternehmen mit mehr als 1 000 Mitarbeitern zu Einkommensberichten verpflichtet. Dieser vorliegende Bericht, den wir jetzt besprechen, zur Einkommenstransparenz 2011 ist wahrlich kein Ruhmesblatt - wir haben es schon angesprochen -, weil es auch in den letzten Jahren vermehrt aufgezeigt wurde, dass Frauen weniger verdienen und man gerade in Ihrer Partei schon seit Jahren verspricht, diesbezüglich etwas zu ändern. Jetzt hätten Sie in Wien natürlich schon jahrzehntelang die Möglichkeit der Vorbildwirkung, und in Bezug auf die finanzielle Gleichstellung etwas zu tun, stattdessen zeigt dieser Bericht wieder auf, dass Frauen durchschnittlich 10 Prozent weniger verdienen, was ich wirklich tragisch finde.

Frau Stadträtin, welche konkreten Maßnahmen, außer den jetzt angesprochenen Arbeitsplatzbewertungen, werden Sie setzen, um die Einkommensschere, die bis zu 28 Prozent geht, auf null zu reduzieren, die Berufsfelder, die besonders kritisch sind, in Bezug auf ungleiche Verteilung von Frauen und Männern in unterschiedlichen Hierarchieebenen, auszugleichen, und welchen Zeithorizont werden Sie sich dafür setzen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Gemeinderätin!

Sie sind Oppositionspolitikerin. Deswegen verstehe ich auch Ihre Frage.

Aber auf der anderen Seite sind Sie auch in dieser Stadt und leben auch in dieser Stadt. Ich glaube, es ist nicht irgendetwas, wenn wir es in dieser Stadt zusammengebracht haben, dass wir in den letzten zwei Jahren den Gender Gap, diesen Equal Pay Day, gemeinsam um über eine Woche verschoben haben. Das fällt doch nicht vom Himmel! Das ist natürlich ein Ausfluss aus dem, was unsere Politik ist. Wir haben die betriebliche Frauenförderung gekoppelt an die öffentliche Auftragsvergabe. Wir haben die Quoten eingeführt. Wir haben die Einkommenstransparenz gemacht.

Ich habe nicht gesagt, dass der Bericht rühmlich ist. Ich bin nicht da gestanden und habe gesagt, 10 Prozent sind eh kein Problem. Jedes Prozent ist auch mir zu viel. Natürlich lebt man nicht im Vergleich in Wien, aber 40 Prozent im Bund, 25 Prozent in Wien. Dann haben sich die Betriebe zu dieser Einkommenstransparenz verpflichten müssen. Wir wären gar nicht gemeint gewesen. Aber wir haben gesagt, wir machen eine Selbstverpflichtung. Der Bund hat das auch gemacht mit seinen Beschäftigten. Er hat 16 Prozent. Wir haben 10 Prozent. Noch einmal, auch 10 Prozent sind zu viel, aber so schlecht sind wir nicht unterwegs.

Wenn wir jetzt gemeinsam an den Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, dranbleiben und eben mehrere Tasten auf diesem Klavier spielen, betriebliche Frauenförderung, Quote, Einkommenstransparenz, Halbe-Halbe, Gesellschaftspolitik, wenn wir daran weiterdrehen, dann glaube ich, dass uns in dieser Funktionsperiode noch eine Menge gelingen wird. Mein Ziel ist, dass wir alle gemeinsam nicht nur Silvester feiern, sondern gemeinsam auch den Gender Pay Day. Das wäre doch ein nettes Vorhaben, wo wir uns, glaube ich, nicht parteipolitisch irgendwie auseinanderdividieren lassen müssen, und nicht nur das Vorhaben der weiblichen Abgeordneten, sondern von uns allen. Also, auf zum Silvester! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Prof Dr Vitouch. - Bitte schön.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Stadträtin!

Ich freue mich auch schon, wenn der Equal Pay Day zumindest einmal, sagen wir, zu Allerheiligen und dann vor Weihnachten ist. Ich zweifle nicht daran, dass die vielen positiven Maßnahmen, die die Stadt Wien seit vielen Jahren setzt, dazu beitragen werden, dass wir dieses Ziel auch erreichen.

Frau amtsführende Stadträtin, welche aktuellen Maßnahmen werden jetzt ergriffen, um den sogenannten Gender Pay Gap, also diese Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, zum Schließen zu bringen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Gemeinderätin!

Ich glaube, ein ganz wesentlicher Faktor unserer 10 Prozent, mit denen wir uns gerade beschäftigen, ist ganz sicher der Anteil von Frauen in Führungspositionen. Da kann man jetzt wieder sagen, eh klar. Was man sehen

muss, ist, als wir angefangen haben, die 50-Prozent-Quote einzuführen, hatten wir 5 Prozent weibliche Führungskräfte, mittlerweile haben wir 36 Prozent weibliche Führungskräfte. Unsere Quote ist aber 50. Wenn wir also mehr weibliche Führungskräfte in der Stadt bekommen, dann werden sich diese 10 Prozent um ein ganz schönes Stück verkleinern. Warum? Weil zwischen 36 Prozent und 50 Prozent noch eine Menge offen ist. Das heißt, wir haben natürlich auch einen Führungskräfte-Gap, den es zu schließen gilt.

Mittlerweile kann ich, nicht nur als Frauenpolitikerin, sondern auch als wirklich zuständige Personalstadträtin für 75 000 Beschäftigte in der Stadt sagen, wir haben sehr gute Frauen. Wir haben Frauen, die absolut „ready to go“ in eine Führungsposition sind. Das müssen wir natürlich auch in jeder einzelnen Positionierung von Führungskräften entsprechend berücksichtigen. Das braucht den Willen aller in unserer Besetzungspolitik. Das ist das eine.

Das andere ist, dass wir eben in diesen technischen Berufsfeldern, wie in der realen Wirtschaftswelt draußen auch, in der Situation sind, dass wir wenige Frauen in technische Berufe bekommen. Das liegt schon einmal daran, dass wenige Frauen technische Ausbildungen besuchen. Es liegt aber in weiterer Folge auch daran, dass wir für diese Frauen auch zu einer attraktiven Arbeitgeberin werden müssen. Das heißt, es gibt wenige und wir müssen darauf schauen, dass es mehr werden. Diejenigen Absolventinnen, die fertig sind, gilt es, für die Stadt zu gewinnen und uns als attraktive Arbeitgeberin zu präsentieren.

Das passt auch gut zusammen mit meinem dritten Punkt. Da geht es ganz stark um dieses Rollenverständnis. Ich spreche jetzt aus der Lehrlingsausbildung. Wir haben hier 250 junge Leute, die sich um eine Lehrstelle bewerben. Wir haben auch viele technische Berufe, die wir ganz besonders jungen Mädchen anbieten, wo wir sagen, sie sollen bei uns in der Stadt Mechatronikerin werden. Was passiert dann? Das Mädchen bewirbt sich, macht einen Test, schafft den Test, kommt nach Hause. Es ist der Geburtstag vom Onkel Karli. Alle sitzen am Tisch und sagen: „Na, was wird mit dir?“ Sie sagt: „Ich gehe zur Stadt. Ich werde Mechatronikerin.“ Dort sagt dann die Oma: „Jessas na, warum wirst du denn Mechatronikerin? Kannst du nicht in eine Bank gehen?“ Dann hat die Tante Mitzi noch irgendjemanden, den sie kennt. Das Mädchen macht noch eine Aufnahmeprüfung in der Bank. Dann geht sie doch in die Bank und wird nicht Mechatronikerin.

Das heißt, daran sieht man so gut, selbst wenn wir in der Schule in der Orientierung Mädchen fördern, ist ihr Rollenverständnis oft noch nicht da. Der Selbstwert ist noch nicht da, dass sie sagen: „Mir ist das wurscht. Ich will nicht in eine Bank gehen. Ich werde Mechatronikerin.“ Daran müssen wir unbedingt noch arbeiten. Da brauchen wir, schon bevor die Leute anfangen, bei uns zu lernen, bei uns zu arbeiten, in unserer gesellschaftspolitischen Aufgabe in den Schulen natürlich viel mehr Orientierung.

Während wir heute hier diskutieren - mir tut es eh ein

bisschen leid, dass ich nicht dort sein kann -, wird die „amaZone“ vergeben. Das ist ein Preis vom Verein Sprungbrett, wo Betriebe gefördert, geehrt und ausgezeichnet werden, die in technischen Berufen insbesondere Mädchen aufnehmen. Das ist, denke ich mir, etwas ganz Essenzielles.

Die Arbeitsplatzbewertungsfrage habe ich schon ausgeführt. Diese möchte ich jetzt nicht noch einmal wiederholen.

Aber, ich glaube, wir wissen schon ganz genau, wo wir ansetzen, damit wir unserem Ziel mit Silvester näherkommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Nun danke ich für die Beantwortung der 4. Anfrage.

Wir kommen nun zur 5. und damit letzten Anfrage (FSP - 03348-2012/0001 - KVP/GM) dieser Fragestunde. Sie wurde von Frau GRin Ing Leeb gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Die Sanierung des Stadthallenbades läuft immer mehr aus dem Ruder. Es ist davon auszugehen, dass die Sanierung des Stadthallenbades dem Wiener Steuerzahler am Ende des Tages deutlich teurer kommen wird, als die vom Gemeinderat bewilligten 17 Millionen EUR. Mit Stichtag 24. Mai 2012 lagen die Abrechnungskosten der Sanierung bereits bei 15,6 Millionen EUR. Wie hoch sind die Kosten für die Sanierung des Stadthallenbades mit Stichtag 30. September 2012 inkl. Kosten für Rechtsbeistand, gerichtliche Sachverständige und sonstige Gutachter?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Zunächst einmal nur eine ganz allgemeine Bemerkung: Ich weiß nicht, wie Sie zu dem Schluss kommen, dass die Sanierung, wie Sie formulieren, immer mehr aus dem Ruder läuft. Ich kann mich durchaus einer Ungeduld anschließen. Diese habe ich genauso wie viele, die gerne ins Stadthallenbad schwimmen gehen, selbstverständlich auch wie viele Sportvereine. Diese Ungeduld habe ich. Ich kann nur leider aus all den Maßnahmen und Schritten, die gesetzt werden, überhaupt nicht feststellen, dass dieser Bereich tatsächlich aus dem Ruder läuft.

Wir haben uns ganz bewusst zu diesem Schritt entschlossen. Es ist seitens der Stadthalle ganz bewusst der entsprechende Baustopp verhängt worden, weil für uns klar ist, und das ist die Prämisse, unter der alle Maßnahmen stehen, auch wenn hier die Ungeduld natürlich ein etwas, sage ich, dynamisierender Faktor auch aus meiner Sicht sein könnte, nur ein ordentlich betriebsfähiges und saniertes Bad auch entsprechend zu übernehmen.

Wie sieht es aus? Wo befinden wir uns? Wie sie wissen, haben wir den entsprechenden Baustopp seitens der Stadthalle im Einvernehmen mit der MA 51 verhängt. Es wurden entsprechende gerichtliche Sachverständige beziehungsweise eine gerichtliche Beweissicherung veranlasst. Wir sind derzeit in dem Stadium, dass die

Beweissicherung in vielen Bereichen unmittelbar läuft. Wir befinden uns unmittelbar auch in der Phase der etappenweisen Befüllung der Becken, um einerseits entsprechende undichte Stellen in einer etappenweisen Befüllung im Rahmen der gerichtlichen Beweissicherung lokalisieren zu können. Diese etappenweise Befüllung ist letztendlich auch die Voraussetzung dafür, die Tragfähigkeit und die entsprechende Tragsicherheit zu überprüfen.

Diese Überprüfung wurde bedingt durch die besondere und mittlerweile schon sehr bekannte seltene Beckenkonstruktion, die bei der ursprünglichen Errichtung des Bades gewählt wurde. Mittlerweile ist, glaube ich, schon der gesamte Gemeinderat ein ziemlicher Experte, was das Stadthallenbad, sowohl von der Architektur her, als auch von den besonderen baulichen Voraussetzungen betrifft. Damals wurde das Becken in der Wiener Stadthalle, sehr vereinfacht ausgedrückt, in das Gebäude eingehängt. Deshalb ist natürlich ein besonderer Fokus immer auch der Bereich der Tragfähigkeit, der Tragsicherheit, aber natürlich vor allem auch der Lokalisierung der entsprechenden undichten Stellen. Der Fokus wird auf mögliche Auswirkungen gelegt, die eventuell eingedrungenes Chlorwasser auf den Beton oder auf den entsprechenden Stahl hat. Dafür wurde auch bereits ein entsprechendes Monitoringsystem der Technischen Universität installiert. Da ist die etappenweise Befüllung gerade auch unter dem Gesichtspunkt dieses Monitorings eine ganz wichtige Maßnahme.

Sie wird in mindestens drei Etappen erfolgen. Wie sie wissen, haben wir den einen Teil des Sprungbeckens, dann den gesamten, wenn man so will, Boden und dann die Vollbefüllung. Also, es wird, je nachdem, was das Monitoringsystem der TU immer an möglichen Schlussfolgerungen liefert, in diesen drei Etappen erfolgen. Wie lange die Phase der Beckenbefüllung dauern wird, hängt von den jeweiligen Etappenergebnissen, vor allem in Hinsicht auf die Dichtheitsüberprüfung und eben die Tragfähigkeit, ab.

Da ist mir ganz wichtig, es erhalten die Experten, all jene, die in diesen Prozess eingebunden sind, selbstverständlich jene Zeit, die man schlicht und ergreifend braucht. Wichtig ist, dass das Ergebnis funktioniert. Wir gehen derzeit davon aus, dass diese entsprechenden Gutachten, was nicht in unserem unmittelbaren Bereich liegt, in etwa im Dezember oder auf jeden Fall nicht vor Anfang Dezember vorliegen werden.

Die Beweissicherung dient grundsätzlich dazu, die Ursachen für die Mängel lückenlos aufzuklären und darauf basierend die notwendigen entsprechenden Sanierungsschritte setzen zu können. Denn nach wie vor wird die Wiener Stadthalle das Stadthallenbad nur dann übernehmen, wenn die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden konnten und das Bad entsprechend ordnungsgemäß übernommen werden kann.

Die Beweissicherung zur Klärung des technischen Gebrechens am Hubboden - dabei handelt es sich um jene Technik, die das Heben und Senken des Beckens ermöglicht - ist abgeschlossen. Befundet wurden die Elektrotechnik des Antriebes und der Maschinenbau der

Antriebstechnik. Die Ergebnisse liegen vor. Sie werden natürlich möglicherweise auch in einem entsprechenden gerichtlichen Verfahren zur Anwendung kommen.

Das Beweissicherungsverfahren zum Thema der Fliesenarbeiten befindet sich laut Auskunft der Wiener Stadthalle in der Abschlussphase.

Wir liegen derzeit nach wie vor in den entsprechenden Kosten in der vom Gemeinderat beschlossenen Bandbreite von 17 Millionen EUR plus/minus 20 Prozent. Wie bei jedem Bauprojekt wird nach der Fertigstellung eine entsprechende Endabrechnung erfolgen. Die derzeitige Kreditauslastung beträgt rund 16,4 Millionen EUR. Darin sind auch die an das Gericht gelegten Vorschüsse - Sie sind da wahrscheinlich mehr Experte als ich - bereits enthalten. Jedoch werden ganz im Sinne eines verantwortungsbewussten Umganges mit den Steuermitteln der Wienerinnen und Wiener jene Kosten, die auf Grund der Beweissicherungsverfahren anlaufen, selbstverständlich auch in einem allfälligen Regressverfahren geltend gemacht werden, genauso wie auch im zivilgerichtlichen Verfahren jene Kosten eingeklagt werden, die mit einem Fehlverhalten beauftragter Unternehmer und/oder einer entsprechend mangelhaften Ausführung verbunden sind.

Daran arbeiten wir, in welchen Bereichen hier entsprechende Verantwortungen liegen. Daran arbeitet auch, wie Sie wissen, das Kontrollamt mit der entsprechenden Überprüfung. Je schneller es abgeschlossen ist, umso besser. Aber es ist hier letztendlich jene Zeit einfach notwendig, die nicht zuletzt auch die entsprechenden Sachverständigen brauchen. Diese räumen wir ihnen auch ein. Ich bin der Letzte, der sich dann dem Vorwurf aussetzen will, dass unter Zeitdruck gearbeitet werden musste.

Das, was notwendig ist, um Fehler zu lokalisieren, wird gemacht. Wie lange es dauert, kann ich nicht sagen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der zuerst gestellten Frage. Jetzt kommen die Zusatzfragen. Die 1. Zusatzfrage wird von GRin Ing Leeb gestellt. - Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Ich danke für die wirklich sehr ausführliche Beantwortung der Anfrage.

Es kristallisiert sich für mich aber immer mehr das heraus, was ich schon seit Monaten, ich möchte jetzt nicht sagen, anprangere, aber was ich am System kritisiere, dass all diese Maßnahmen, die Sie jetzt treffen, schon längst erledigt hätten sein sollen. Das sind Maßnahmen, die man trifft, bevor man anfängt zu planen, bevor man vergibt und bevor man baut. Bevor man anfängt zu planen und zu vergeben, schaut man sich an, wie der Zustand des Gebäudes ist. Das ist in diesem Fall leider nicht passiert. Wir haben das zwar im architektonischen Bereich sehr genau gemacht, weil das Gebäude unter Denkmalschutz steht, von einem für Wien sehr bedeutenden Architekten errichtet wurde, aber all das, was jetzt passiert, passiert um Jahre zu spät. Jetzt spielt Zeit keine Rolle. Jetzt spielt auch Geld keine Rolle.

Meine Frage, die ich aber jetzt anschließen möchte,

geht in den Bereich Schulschwimmen, weil durch die, sage ich jetzt einmal, über Gebühr lange Sperre des Stadthallenbades - wir wissen nicht, Sie wissen nicht, ich weiß nicht, ob es jemals wieder aufgesperrt wird, wie es wieder aufgesperrt wird - sind nicht nur, sage ich jetzt einmal, ganz normale Mitbürgerinnen und Mitbürger betroffen, die schwimmen gehen wollen, es sind auch Spitzensportler betroffen. Für diese hat man jetzt wieder die tolle Notlösung im Stadionbad geschaffen.

Das Schulschwimmen ist ein ganz wesentlicher Bereich. Wir hören alltäglich Adipositas bei Kindern. Es gibt von der BSO eine Unterschriftenaktion „tägliche Sportstunde“. Wie ist denn das Schulschwimmen davon betroffen? Denn es ist ja nicht nur das Stadthallenbad zu, sondern es ist das Amalienbad zu, in vielen Bädern werden - zugegebenermaßen notwendige - Revisionsarbeiten durchgeführt.

Können Sie sicherstellen, dass alle Schulklassen, die das Schulschwimmen im Lehrplan haben, auch schwimmen gehen können? Vor allem, was entstehen den Schulen dadurch für Mehrkosten? Denn man kann diese ausgefallenen Bäder nicht von städtischen Bädern allein abdecken, sondern man muss auch private Schwimmbäder mittlerweile anbieten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Gemeinderätin!

Wie Sie richtig bemerken, alljährlich, ganz egal, ob das Stadthallenbad in Betrieb ist oder nicht, sind natürlich entsprechende Revisionsarbeiten in den Bädern gesetzlich vorgeschrieben. Alljährlich wird hier schwerpunktmäßig, sage ich jetzt einmal, der September genutzt. Warum? Weil, und das weiß natürlich jeder, der sein Kind in der Schule hat, in der Regel natürlich der September, aber auch in Wahrheit bis Mitte/Ende Oktober die entsprechende Eingewöhnung, und jetzt rede ich gar nicht nur von der 1. Klasse, der Schülerinnen und Schüler, sondern durchaus auch die entsprechende Eingewöhnung der Eltern an einen geregelten Schulablauf immer seine entsprechende Zeit erfordert. Daher ist genau auch diese Zeit unmittelbar gewählt worden, weil es jene Zeit ist, wo im Bereich des Schulschwimmens die Nachfrage noch sehr gering ist, weil die Prioritäten schlicht und ergreifend andere sind. Es haben durchaus auch immer wieder, und ich habe das schon vor drei Jahren diskutiert, als es das erste Mal gekommen ist, Lehrer gesagt, es hat überhaupt keinen Sinn, im Großen und Ganzen vielfach mit Kindern, vor allem im Bereich der Volksschulen, bereits im September schwimmen zu gehen. Da ist man organisatorisch noch ein bisschen überfordert, dass man die Schultasche, das Turnsackerl und sonst etwas rechtzeitig mitgibt. Und man hat nichts davon, wenn im September schon alle zum Schwimmen gehen sollen und die Hälfte ihr Schwimmzeug vergessen hat. Also, es erfordert dies durchaus auch eine gewisse Eingewöhnungsphase.

Ungeachtet dessen ist diese Zeit sehr sorgfältig gewählt, damit eben gerade das Schulschwimmen entsprechend sichergestellt werden kann. Es ist sichergestellt, dass alle 15 000 Volksschulkinder in der 3. Klasse

schwimmen gehen können. Das ist etwas, auf das ich schon auch hinweisen möchte, eine Maßnahme, die wir in Wien haben, die man in anderen Bundesländern überhaupt nicht kennt. Es ist eine Maßnahme, die Wien verpflichtend in der 3. Klasse vorgesehen hat, auch mit dem riesigen positiven Effekt, dass über 40 Prozent der Kinder durch diesen Schwimmunterricht tatsächlich schwimmen erlernen. Was Wien hier leistet, sollte auch einmal in diesem Zusammenhang gesagt werden. Selbstverständlich tragen wir dafür Sorge, dass dieses Schwimmen für die Volksschulkinder entsprechend gesichert ist.

Sie haben das Amalienbad angesprochen. Das ist zum Beispiel ein geöffnetes Bad, gerade auch für die Schulen, ungeachtet der Sanierung, die dort läuft. Wir haben dort das große Trainingsbecken, das die Kinder für den Schulschwimmunterricht auch entsprechend nützen. Also, es steht ihnen dieses Bad uneingeschränkt zur Verfügung. Auch alle anderen Bäder werden im Laufe der nächsten Woche durchgängig geöffnet haben. Ich habe mir seitens des Stadtschulrates berichten lassen, nachdem wir diese Diskussion vergangene Woche schon hatten, es gibt aus keiner einzigen Schule eine entsprechende Rückmeldung, auch nicht an die MA 44, dass es hier Probleme gegeben hat.

Also, wir haben das, so wie in den vergangenen zwei Jahren, wo die Stadthalle gesperrt war, glaube ich, sehr gut gemeinsam bewältigen können, nämlich gemeinsam insofern, dass die Planungen der MA 44 auch mit den Schulklassen, auch mit den Schülerinnen und Schülern, sehr sorgfältig abgestimmt sind, um jenen Teil im Rahmen des Lehrplans entsprechend erfüllen zu können und die 15 000 Kinder nicht auf den Schwimmunterricht verzichten müssen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage stellt GR Mag Kowarik. - Bitte.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freizeithlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Wir sind, so wie Sie, offensichtlich auch sehr gespannt auf den Kontrollamtsbericht. Er wird sicher interessant werden.

Sie haben auch gemeint, der gesamte Gemeinderat ist schon Experte in Angelegenheiten Stadthallenbad. Mag sein. Tatsache ist, dass es leider Gottes die Verantwortlichen bei der Planungsphase beziehungsweise bei der Umsetzungsphase offensichtlich nicht waren.

Sie haben auch gemeint, dass das Ganze nicht aus dem Ruder läuft. Also, ich darf daran erinnern, es ist bald, glaube ich, ein Jahr oder noch nicht ganz ein Jahr her, wo Sie gemeinsam mit Direktor Hanke der Wien Holding schon Fotos zur Eröffnung gemacht haben. Diese sind dann auch veröffentlicht worden. Also, fast ein Jahr dauert es jetzt oder ist eine Verzögerung, wie immer man das auch nennen will.

Sie haben, um jetzt zu meiner konkreten Frage zu kommen, schon relativ ausführlich über die Beweisaufnahme berichtet und haben gesagt, es gibt ein Ergebnis in einem Teilbereich, nämlich beim Hubgerät, also beim Hauptbecken. Welche Ergebnisse liegen da vor? Können Sie uns das in irgendeiner Art und Weise kurz skizzie-

ren? Gab es Fehler? Von wem? Und was ist die Konsequenz daraus?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Herr Gemeinderat!

Ich bitte um Verständnis dafür, dass mir diese Informationen seitens der Stadthalle nicht unmittelbar vorliegen, nachdem diese im Rahmen eines Gerichtsverfahrens entsprechend zur Anwendung kommen werden und mir selbst daher diese Informationen nicht vorliegen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen zur 3. Zusatzfrage. Sie wird von GRin Ing Leeb gestellt. - Bitte.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat!

Herzlichen Dank auch für die Beantwortung dieser Frage. Zumindest wissen wir, was in den nächsten Zeiten auf die Wienerinnen und Wiener zukommen wird, nämlich ein langes und ausführliches Gerichtsverfahren. Auch das haben wir schon seit Jänner, Februar in den Raum gestellt. Sie behaupten zwar heute noch immer, dass es notwendig war, den Baustopp zu verhängen, ich denke aber, es wird uns gelingen, Ihnen das Gegenteil zu beweisen. Aber das werden wir nicht heute tun.

Sie haben vorhin erwähnt, dass im Amalienbad in der Halle, die unter dem Publikumsbad liegt, die ein Sportzentrum ist, jetzt für die Schulen geöffnet ist. Im Stadionbad haben wir jetzt den dritten Winter das Leistungszentrum für die Schwimmsportler in Form einer Traglufthalle. Darin, dass das eigentlich ein katastrophaler Zustand ist, werden wir, glaube ich, übereinstimmen. Weil Schwimmsport professionell auszuüben, heißt nicht, sich, salopp gesagt, ein Mal am Tag, zwei Mal am Tag ins Becken zu hauen, da gehört auch Vorbereitung dazu, da gehört Nachbereitung dazu, da gehören Kraft- und Ausdauertraining dazu. Sie wissen es besser als ich. Wenn nicht, kann Ihnen der Herr Kollege Meidlinger sicherlich ein bisschen weiterhelfen. Er ist ja jetzt unser neuer Experte.

Es gibt nun eine Machbarkeitsstudie zu einem Schwimmsportzentrum in Wien. Ich würde von Ihnen gerne wissen: Wie weit ist man im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie? Und wann wird dieses Schwimmsportzentrum, das wir jetzt ungeachtet der Stadthallenbadmisere dringend brauchen, umgesetzt?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Gemeinderätin!

Nachdem das Ergebnis der Machbarkeitsstudie nicht vorliegt, ist es natürlich völlig unseriös, und das können Sie wahrscheinlich auch nicht erwarten, irgendwelche Termine zu nennen, wann es umgesetzt werden wird, solange man nicht einmal weiß, was in diesem Bereich machbar ist und letztendlich auch, um welche finanziellen Beträge es machbar ist.

Wir versuchen einmal zu lokalisieren, wo es am meisten Sinn machen würde, ein solches Schwimmsportzentrum zu errichten. Ich gehe auch davon aus, dass natürlich auch in der Situation die Finanzierung, die Umsetzung eine nicht unwesentliche Frage in dem Zusammenhang sein wird.

Ich möchte aber schon auch darauf hinweisen, dass, glaube ich, trotz alledem gerade die Maßnahme mit dem entsprechenden Schwimmsportzentrum im Stadionbad, mit der entsprechenden Traglufthalle, etwas war, was durchaus auch von aktiven Sportlern sehr begrüßt wurde und tatsächlich ein zusätzlicher Bereich war.

Ich kann mich, weil Sie immer die PK erwähnen, noch an die PK erinnern, die ich mit Dinko Junkic in dieser Frage gehabt habe, der gemeinsam mit mir das Projekt vorgestellt hat. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern. Er war unter anderem bei dieser Pressekonferenz beim Österreichischen Schwimmverband dabei.

Das ist, glaube ich auch, tatsächlich für die gesamte Wintersaison eine wirkliche sinnvolle Ergänzung und kein Provisorium. Wir haben es auch nicht als Provisorium veranschlagt oder als solches geplant gehabt, sondern es ist natürlich die Nutzung eines Beckens, das im Winter sonst leer steht, mit einem anschließenden Garderobengebäude, mit der entsprechenden Möglichkeit auch des Krafttrainings in der Umgebung, eine Maßnahme, die wir errichtet haben.

Ich möchte schon auch zu den internationalen Vergleichen etwas sagen, weil mir das ein bisschen ein Anliegen ist. Wir alle haben wahrscheinlich die Sommerolympiade sehr aufmerksam verfolgt. Ich habe mir auch beeindruckt die Schwimmhalle angesehen, die London gebaut hat. Aber vielleicht ist es dem einen oder anderen entgangen, in jeder Berichterstattung wurde natürlich dieses tolle Schwimmsportzentrum dort erwähnt, natürlich auch mit dem Hinweis, es ist zum Beispiel überhaupt das erste 50 m-Becken, das die Stadt London, mit doch etwas wesentlich mehr Einwohnerinnen und Einwohnern, überhaupt errichtet hat. Etwas, was wir in Wien seit vielen Jahren haben, sowohl im Freibereich als auch im Hallenbereich.

Noch einmal, die Sanierung hätten wir uns alle besser vorgestellt. Wir würden uns alle wünschen, dass das Stadthallenbad schon in Betrieb ist. Man sollte nur beim Vergleichen ein bisschen seriös bleiben. London hat anlässlich der Olympiade das erste 50 m-Hallenbecken bekommen. Wir haben das bereits. Wir haben es im Winter im Stadionbad. Und wir haben, wenn das Stadthallenbad, so hoffen wir alle gemeinsam, wieder aufsperrt, entsprechend drei zur Verfügung und sind eine wesentlich kleinere Stadt als London. So viel zur Schwimminfrastruktur.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke für die Beantwortung.

Wir kommen nunmehr zur Aktuellen Stunde. Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Wiens Wirtschaft am absteigenden Ast - 9,2 Prozent Arbeitslosigkeit und 100 Prozent Ahnungslosigkeit bei Rot-Grün“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte die Erstrednerin, Frau GRin Mag Feldmann, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass ihre Redezeit mit zehn Minuten beschränkt ist.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (ÖVP-Klub der Bun-

*deshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren der Stadtregierung, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie statt zahlreichen Kampagnen den Slogan „Arbeitsplätze kommen aus der Wirtschaft und nicht aus dem Rathaus“ auch für sich entdecken und als Überschrift über Ihr Wirtschaftsprogramm stellen würden. Die Dringlichkeit dieses Themas würde es auf jeden Fall rechtfertigen. Und wir würden es Ihnen nicht übel nehmen.

Wir wissen, dass sich die Stadt gerne selbst durch Inserate bewirbt. Inserate wie zum Beispiel: „Werden Sie Unternehmer. Wir unterstützen Sie dabei.“ sind hingegen nicht zu lesen. Gerade solche Impulse wären aber für die Wiener Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt wichtig.

Die ÖVP-Wien stellt klar, Wien braucht mehr Geld für Bildung, für Forschung, für Wirtschaftsförderung und für Infrastrukturprojekte. Zusätzlich müssen natürlich die eingesetzten Gelder schlanker verwaltet werden. Es mangelt an politischen Akzenten für die wirtschaftliche Entwicklung Wiens. Was bräuchten die Bürger Wiens dringend? Es wären Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft und eine Neupositionierung der Wiener Verwaltung, damit Geld, das derzeit in den Verwaltungsapparat fließt, für die Entwicklung des Standorts verwendet werden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das heißt, die Wirtschaftsförderung in Wien muss dringend für Jungunternehmer und Wirtschaftstreibende besser zugänglich gemacht werden. Es fehlt hier einfach an Kommunikation, aber auch am Willen und zusätzlich natürlich am Mitteleinsatz. Wir dürfen nicht vergessen, es geht hier um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb.

Wien ist ein wichtiger Wirtschaftsraum, aber andere Standorte holen zusehends auf. Das heißt, um ein weiteres Abwandern von Betrieben zu verhindern und damit die dringend benötigte zusätzliche Wirtschaftskraft zu fördern, brauchen wir einfach neue Konzepte zur Standortattraktivierung.

Die wirtschaftspolitischen Indikatoren haben sich in Wien seit Jahrzehnten nicht verbessert. Das heißt, Wien hat strukturell die höchste Arbeitslosigkeit im Bundesländervergleich und hinkt im Bundesländervergleich auch dem Wirtschaftswachstum hinterher. Das heißt, wir haben heute, 2012, weniger Arbeitsplätze als 1995. Das zeigt eigentlich ganz deutlich, dass die Wirtschaftspolitik neu ausgerichtet gehört, um den Standort nachhaltig zu sichern. Wir haben es nicht geschafft, Wiens führende Position zu halten. Daran können auch selektiv zitierte Rankings und Studien nichts ändern.

Es gibt zwar punktuelle Schwerpunktsetzungen, wie zum Beispiel die Biotechnologieunternehmen und entsprechende Clusterbildungen, aber der Fokus Wiens sollte bei Forschung und Entwicklung liegen. Betriebe müssen aus Zukunftsbereichen wie Mobilität, Energie, IKT, also Kommunikation und Technologie, verstärkt angesiedelt werden, um diesen Standort fit für die Zukunft zu machen.

Meine Damen und Herren, was können Sie tun? Was

muss getan werden?

Ein besonderes Hemmnis für die Unternehmensansiedlung, und wir wissen das seit langer Zeit, sind nun einmal die administrativen Barrieren. Das heißt, als erster Schritt gehört die Dauer der Betriebsansiedlungen verkürzt. Sie beträgt in Wien 90 Tage, im Vergleich dazu, in Oberösterreich 40 Tage. Das ist sicherlich ein großes Hemmnis für eine Ansiedlung.

Es gibt außerdem zu wenig Gründerzentren und Technologieparks.

Es muss in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Die Arbeitskosten sind zusätzlich sehr hoch für wenige qualifizierte Arbeitskräfte. Da sprechen wir schon sehr lange davon, es gehört dringend in Bildung investiert.

Es gibt eine schlechte Verkehrsanbindung in die EU-Staaten. Ich würde sagen, es liegt nahe, zu sagen, legen wir den Fokus auf wirtschaftsorientierte Infrastruktur und nicht auf Radwege oder Radfahrbeauftragte, die einen Job bringen im Vergleich zu vielen Jobs. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ganz kurz, weil es mir als Frauensprecherin am Herzen liegt: Wie schaut es aus mit der Frauenbeschäftigung in Wien? Auch nicht viel besser, eigentlich dramatisch. Die Frauenarbeitslosigkeit liegt bei 8,4 Prozent. Wir sind auch hier wieder Schlusslicht. Wir haben in der Erwerbstätigenquote 68,7 Prozent. Das ist das drittschlechteste Ergebnis im Bundesländervergleich. Bei der Armutsgefährdung in Österreich haben wir in Wien die höchste mit 18,3 Prozent.

Es ist mir angesichts dieser Zahlen und Tatsachen unverständlich, dass Sie die Wirtschaftsförderung kürzen und auch die nachfragewirksamen Ausgaben kürzen.

Ein weiteres Thema ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Rahmenbedingungen fehlen noch immer. Ich bin hier seit über acht Jahren. Es hat sich nichts geändert. Die Bundesschulen haben zum Beispiel eine Nachmittagsbetreuung von 98 bis 100 Prozent, Wien nach wie vor eine Nachmittagsbetreuung von 30 Prozent. Wie, bitte, soll eine Frau, die berufstätig ist, aus dem Dilemma der Vereinbarkeit herauskommen mit dieser geringen Betreuungsquote? Wir sehen es auch an den Wiedereinstiegszahlen. Nur jede zweite Frau schafft den Wiedereinstieg, was, wie wir auch wissen, bekanntlich in die Altersarmut führt. Auch hier ist Wien Spitzenführer.

Das heißt, die Situation ist alles andere als erfreulich. Wien braucht dringend eine aktive Wirtschaftspolitik. Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, nehmen Sie diese wirtschaftspolitische Entwicklung nicht auf die leichte Schulter, entbürokratisieren Sie die Rahmenbedingungen für Wirtschaftstreibende und investieren Sie in die Zukunft dieser Stadt! - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Dr Vana gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein klein wenig wundere ich mich über die Aktuelle Stunde der ÖVP heute schon, vor allem über den Titel „Wien am absteigenden Ast“, da frage ich mich, wovon Sie eigentlich sprechen, wenn Sie hier heraußen stehen. Sprechen Sie von Wien, einer der wirtschaftlich stärksten Städte in Europa, einer der Städte mit der höchsten Produktivität und den bestqualifiziertesten und motiviertesten Arbeitskräften?

Das glaube ich nicht. Ich glaube, ich kann es nur so deuten, auch diesen Titel, den die ÖVP gewählt hat, als Ablenkungsmanöver der ÖVP von eigenem wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Versagen im eigenen Verantwortungsbereich, denn Sie selbst haben zum Beispiel Oberösterreich und andere Bundesländer zitiert. Oberösterreich ist das Land mit dem zweitstärksten Anstieg an Arbeitslosigkeit. Niederösterreich ist das Land mit dem stärksten Anstieg an Arbeitslosigkeit. Niederösterreich, Kärnten, Tirol: Schuldenverdoppelung in den letzten Jahren, die sogar der Rechnungshof als wirtschaftliches Versagen kritisiert hat. Also, ich habe Verständnis für Kritik an der Regierung, wir haben das aus der Oppositionsbank heraus auch sehr oft geübt, gerade auch an der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber diesmal, Frau Kollegin Feldmann, und gerade mit diesem Titel „100 Prozent Ahnungslosigkeit“, „absteigender Ast“, schießen Sie wirklich eindeutig über das sachliche Ziel hinaus.

Ich habe heute auch nicht sehr viel Neues von Ihnen gehört. Also, die Aktuelle Stunde hat keinen sehr hohen Innovationsgrad. Die Plakate mit dem Slogan der Aktuellen Stunde hängen seit Wochen auf Straßenbahnhaltestellen. Ich orte eigentlich eine gewisse Rat- und Konzeptlosigkeit bei der ÖVP. Sie fordern hier heraußen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, Impulse für die Wiener Wirtschaft, neue Konzepte, mehr Geld. Wahnsinnig interessanter Vorschlag, stimmt. Sie fordern mehr Geld für Bildung, Forschung, Wirtschaftsförderung, Infrastruktur. Interessant. Sagen Sie uns bitte auch, wie viel mehr Geld und woher es kommen soll. (*StR Mag Manfred Juraczka: Umschichtung!*) Ich vermisse diese Vorstöße der ÖVP, von Ihren Vertreterinnen und Vertretern des Beirats der Wirtschaftsagentur, im Kuratorium des WAFF, wo wir uns genau über solche Fragen des Wirtschaftsstandortes und des Arbeitsmarktes in Wien austauschen. Das ist eigentlich sehr schade.

Wenn man sich anschaut, Sie werfen uns 100 Prozent Ahnungslosigkeit vor. Bei der Frage nach der Ahnung, welche Ahnung haben denn einzelne Exponenten oder ehemalige Spitzenfunktionäre der sogenannten Wirtschaftspartei vom Wirtschaften? Zweifelhafte Kompetenz. Ich denke, sie haben Kompetenz im Geldschnefeln, in der Verurteilung wegen Untreue, in Bestechlichkeit, in Lobbyismus, Stichwort: „Vorwurf Geldwäsche an Graf Mensdorff-Pouilly.“ Das ist allerdings eine zweifelhafte Kompetenz und sicher keine Wirtschaftskompetenz.

Auch Ihre arbeitsmarktpolitische Kompetenz, meine Damen und Herren von der ÖVP, ziehe ich stark in Zwei-

fel. Sie sind im Bund die Blockierer jeglicher arbeitsmarktpolitischer Reformen. Sie bekämpfen nicht die Arbeitslosigkeit, Sie bekämpfen die Arbeitslosen. Ich denke nur an aktuelle Beispiele wie Gleichstellung von LeiharbeiterInnen, Verbesserungen für Beschäftigte im Tourismus, die gerade Ihr Wirtschaftsminister Mitterlehner als Vorsitzender des Tourismusausschusses seit Langem blockiert. Ich vermisste Ihre Vorstöße, Frau Kollegin Feldmann, weil Sie sich auch sehr für die Frauen engagiert haben, in den Wortmeldungen tun Sie das auch, gegen den Gender Pay Gap und gegen die zunehmende Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern. Ich vermisste auch Ihre Vorstöße bei der Kinderbetreuung, beim Mindestlohn, bei der Vermögensbesteuerung, bei Verbesserungen des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes und so weiter.

Sie, liebe ÖVP, sind die Verhinderer in diesem Land für eine fortschrittliche und den ArbeitnehmerInnen zugute kommende Arbeitsmarktpolitik! Stellen Sie sich nicht hier heraus und tun Sie so, als hätten Sie die Lösungen für Wien!

Ich wünsche mir eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema und mit dem Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandort. Das hat auch nichts mit dem Schönreden der Lage zu tun. Im Gegenteil, selbstverständlich sind wir als rot-grüne Stadtregierung auch über den Anstieg der Arbeitslosigkeit im September alarmiert. Plus 7,4 Prozent ist aber niedriger als in allen anderen Bundesländern. Man muss schon sagen, Wien meistert auch die Krise, wenn man sich die Zahlen anschaut, besser als andere Bundesländer, aber natürlich ist es eine sehr ernste Situation.

Wir lehnen uns da auch nicht zurück und sagen, Wien ist besser als andere, wir tun nichts. Im Gegenteil, Wien kürzt trotz Zeiten der Sparmaßnahmen bei arbeitsmarktpolitischen Förderungen nicht. Wien hat als einziges Bundesland mit dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds eine kommunalpolitische Einrichtung, ein Instrument geschaffen, um Arbeitsmarktpolitik auf kommunaler Ebene zu machen. 58 Millionen EUR stehen dieses Jahr zur Verfügung. Wir haben im rot-grünen Regierungsübereinkommen und gemeinsam im WAFF Dinge wie Qualifikationsplan, Wiener Ausbildungsgarantie, die Koppelung der Auftragsvergabe der Stadt Wien an arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie einerseits die Frauenförderung, die Kollegin Frauenberger heute schon erwähnt hat, und andererseits an die Lehrlinge, was auch immer eine langjährige Forderung der ÖVP war. Rot-Grün hat es umgesetzt. (GRin Ing Isabella Leeb: Danke!) Wir haben eine Green-Jobs-Strategie. Wir haben im Regierungsprogramm den Lückenschluss bei der Betreuung Arbeitssuchender.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich darf Sie nur darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit schon abgelaufen ist.

GRin Dr Monika **Vana** (*fortsetzend*): Ich denke also, Wien ist sehr gut gerüstet für die Herausforderungen der Krisenbewältigung. Rot-Grün ist ein Gegenmodell zur blinden Sparwut und zum Sozialabbau einer ÖVP im

Bund. Deshalb weiter mit Rot-Grün für den Wirtschaftsstandort und für den Wiener Arbeitsmarkt! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich bin mir dessen bewusst, dass fünf Minuten nicht sehr viel sind. Ich bitte aber trotzdem, diese einzuhalten.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf die Schülerinnen und Schüler auf der Galerie zu diesem doch sehr wichtigen Thema auch herzlich begrüßen.

Die sehr hektisch vorgetragene Wortmeldung meiner Vorrednerin kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Wien, und zwar im rot-grünen Wien, Arbeitslosigkeit eben nicht bekämpft wird, sondern im Gegenteil Arbeitslosigkeit verwaltet wird. Sie wird leider ausgebaut. Sie ist hausgemacht hier im rot-grünen Wien, weil sie im Endeffekt System hat. Das Ganze hat System. Sie wollen sich Abhängigkeiten für ihre rot-grüne Klientel schaffen. Das ist im Endeffekt diese schäbige Politik, die wir Freiheitliche heute aufzeigen wollen, weil so kann es nicht weitergehen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da nützen auch sämtliche Täuschungsmanöver nichts. 25 000 Arbeitslose wurden allein im September in Schulungen versteckt. Das entspricht im Endeffekt einem Plus von 19 Prozent im Vergleich zum September des letzten Jahres. Dazu kommen eben noch die vielen Jugendlichen, die auf Jobsuche sind, die erst gar nicht in die Statistik hineinfallen, weil sie direkt von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt kommen und somit in der Statistik überhaupt nicht erfasst werden. Deswegen ist leider die Arbeitslosenquote in Wien längst zweistellig. Da lassen sich auch alle Schönfärbereien im Endeffekt nicht fortführen. Sie sind längst entlarvt, dass Sie im Endeffekt Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen wollen, sondern nur verwalten wollen!

Da nützen auch die vielen schönen Worte der ÖVP nichts. Weil wer hat denn vor mehr als einem Jahr den Arbeitsmarkt geöffnet? Es war die Bundesregierung in Österreich. Wer hat das befürwortet? Nämlich auch die GRÜNEN. Das ist genau diese unheilige Allianz! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist genau diese unheilige Allianz zwischen Rot, Grün und Schwarz, die auch das ESM-Diktat in Österreich unter einem Bundeskanzler Faymann ermöglicht hat. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: So ein Unsinn!)

Herr Kollege Schicker, ich darf Ihnen kurz etwas vorlesen: „Obwohl in Österreich derzeit mehr Menschen Beschäftigung haben, werden gleichzeitig auch mehr Österreicher und integrierte ausländische Arbeitnehmer arbeitslos. Neue billige Arbeitskräfte aus dem Ausland verursachen den Anstieg. Auch auf die Gefahr hin, dass wir durch unsere Forderungen leicht ins rechte Eck geschoben werden, kann es doch nicht sein, dass immer mehr Arbeitskräfte aus den neuen Oststaaten nach Österreich drängen, während die Arbeitslosigkeit steigt. Der Mensch wird leider immer mehr nur als Ware gesehen,

welche man günstiger aus den neuen Ostländern importieren kann. Auch volkswirtschaftlich ist das eine Katastrophe. Darauf fließt immer mehr Steuergeld in die Arbeitslosigkeit und die Wertschöpfung geht ins Ausland. So geht das nicht!“ - Wissen Sie, wer das gesagt hat? Sie kennen den Herrn. Das ist ein Genosse. Es ist ein Kollege von Ihnen aus dem österreichischen Nationalrat, der Chef der Gewerkschaft Bau-Holz, der Herr Abg Josef Muchitsch. Und er hat recht! Hören Sie auf Ihren Genossen! Er hat recht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Er hat recht. Sie verdrängen mit Ihrer Politik die inländischen Arbeitskräfte, weg aus der Beschäftigung, in die Arbeitslosigkeit. Die genauen Zahlen wird hier der Herr Kollege Schock in seiner Wortmeldung noch bringen. Sie verdrängen die Österreicherinnen und Österreicher und die gut integrierten Zuwanderer, weg aus der Beschäftigung, in die Arbeitslosigkeit! Sie schaffen somit Abhängigkeit! Daran ist die Ostöffnung schuld, die Sie, drei Parteien, hier in diesem Haus, auch im Parlament, unterstützt haben! (*GR Kurt Wagner: So ein Blödsinn!*) Das ist die schäbige Politik, die wir aufzeigen wollen! So kann es nicht weitergehen! Machen Sie endlich eine österreichfreundliche Politik! Hören Sie auf Ihren Genossen Muchitsch, der gesagt hat, es ist der Bedarf vorhanden, verstärkt österreichisch zu denken! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Was reden Sie da?*) Denken Sie einmal verstärkt österreichisch, Herr Maresch! Denken Sie österreichisch! Denken Sie einmal österreichisch, liebe Genossen von den Roten! Denken auch Sie österreichisch, liebe Freunde von der ÖVP, mit der wir oft einer Meinung sind! Aber in dieser Frage kann es nicht sein, dass hier im Endeffekt die Österreicher vom Arbeitsmarkt verdrängt werden und auch die Zuwanderer eine schlechte, menschenunwürdige Bezahlung bekommen! Das ist eine unmenschliche und unsoziale Politik! So kann es nicht weitergehen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Ing Meidlinger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ing Christian **Meidlinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne!

Es geht um das Thema Arbeitslosigkeit und es wundert mich, dass die ÖVP das hier eingebracht hat, denn die ÖVP sitzt ja in allen Sozialpartnergremien mit uns gemeinsam drinnen und erarbeitet viele Programme und Projekte für Wien und wir erarbeiten hier eigentlich gemeinsam den erfolgreichen Weg, den wir bisher gegangen sind und den wir auch versuchen, weiterzugehen. Wir wissen schon, dass wir hier in Wien auch eine Arbeitslosigkeit haben, die in der gleichen Größenordnung ist wie die unter der schwarz-blauen Bundesregierung, nämlich in der Gegend von 9,2 Prozent. Wir wissen das und das nehmen wir sehr, sehr ernst, da jeder Arbeitslose ein einzelnes Schicksal ist und jeder Arbeitslose hier von uns sehr, sehr ernst genommen wird. Aber was wir nicht wollen, ist, dass Sie hier auf ihrem Rücken polemische Politik machen und das lehnen wir von unserer Seite her ab. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie*

*reden in Ihrer Gewerkschaft aber anders, Herr Kollege! – Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Wenn man sich Zahlen, Daten, Fakten anschaut, und ich komme schon noch zu Ihnen (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: In Ihrer Gewerkschaft reden Sie aber anders!*), dann kann man sich anschauen, was passiert ist, nämlich: Bei den Unter-25-Jährigen in Wien ein Rückgang um 0,8 Prozent und bei den Unter-20-Jährigen ein erfolgreicher Weg mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 13,9 Prozent. Wir haben bei der Langzeitarbeitslosigkeit in Wien erfolgreich einen Rückgang von 53,3 Prozent zu verzeichnen, und wir haben in Wien seit 2003, denn Wien ist eine prosperierende Stadt und sie wächst, rund 40 000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. Ich denke, das zeigt hier von erfolgreicher, kompetenter Arbeitsmarktpolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben ein Problem bei den Über-45-Jährigen. Aber da sind auch die Betriebe gefordert, diese älteren Menschen nicht der Öffentlichkeit oder der Gesellschaft zu überlassen, sondern die Arbeitsplätze auch für die älteren Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung zu stellen. Hier, glaube ich, ist auch die Forderung für ein Bonus-Malus-System durchaus eine gerechte.

Und schauen wir uns bei der Ausbildung an, weil Sie so die Jugendlichen erwähnt haben, wie viele Wiener Betriebe tatsächlich noch ausbilden. Es sind nämlich nur mehr 9 Prozent, die sich hier tatsächlich auch für die Jugend interessieren und davon, wenn man sich den Tourismus anschaut, werden Lehrverhältnisse im Ausmaß von 35,6 Prozent aufgelöst. Wenn man sich die Lehrabschlussprüfung bei der Wirtschaftskammer anschaut und dass 18,3 Prozent beim ersten Mal nicht durchkommen und bei den Malern und Anstreichern sind es rund zwei Drittel, dann fragt man sich: Was machen die in diesen Unternehmen und Betrieben, was machen sie dort? Da sollten die Unternehmer und die Unternehmerinnen die Verantwortung übernehmen und diese Kolleginnen und Kollegen auch entsprechend ausbilden und qualifizieren! Und was Wien macht, ist, die Direktvergabe mit Lehrlingsausbildung zu koppeln. Da war ich noch in der Gewerkschaftsjugend, da haben wir begonnen, das in den 93er, 94er Jahren zu entwickeln und freuen uns, dass es hier dann auch zu diesem Beschluss gekommen ist. Wir haben die Ausbildungsgarantie geschaffen, 4 000 Jugendliche sind weg von der Straße und haben einen Ausbildungsplatz. Die Stadt Wien bildet 700 Lehrlinge aus und in den befreundeten, in den Holding-Unternehmungen und den Töchtern noch einmal 500 dazu. Und dann kommen auch noch Tausende dazu, die im Kindergartenbereich, im Pflegebereich, in den medizinischen Berufen ausgebildet werden. Also Wien übernimmt hier sehr wohl eine Verantwortung, die hier andere nicht tun.

Ich teile die Meinung, wenn man sagt, man braucht Geld für diese Bereiche. Aber dann soll man auch sagen, wo man das Geld hernimmt und wie man hier Geld auf-treiben möchte. Da haben wir Vorschläge und Ideen. Und bringen wir es auf den Punkt, es geht hier um Vermögenssteuern, es geht hier um Erbschaftssteuern, es geht hier aber auch um Schenkungssteuern, die einge-

führt werden sollen und werden müssen. Wenn man sich die Unternehmungsgründungen in dieser Stadt anschaut, dann haben wir so durchschnittlich 8 000 bis 9 000 pro Jahr. Wenn man sich hier auch noch anschaut, welche ausländischen Investoren zu uns kommen, dann müssen wir feststellen, dass sich im 1. Halbjahr 2012 49 Headquarters in Wien niedergelassen haben. Wir müssen auch feststellen, und das sind nicht meine Worte, dass Wien die Investitionshochburg in Österreich ist, was diese internationalen Konzerne betrifft, denn von 118 Milliarden sind rund 84 Milliarden nach Wien gewandert, nämlich rund 70 Prozent. Das ist eine Feststellung der Wirtschaftskammer, dass Wien ein erfolgreicher Ort und erfolgreicher Platz ist. Wir werden als Sozialdemokraten den Weg nicht mitgehen, den sie in anderen Ländern gehen, die 55 Prozent, 52 Prozent Jugendarbeitslosigkeit schaffen. Wir werden in Wien diesen Weg nicht mitgehen, der 25 Prozent Arbeitslosigkeit schafft. Wir werden in Wien den erfolgreichen Weg, den wir bisher gegangen sind, weitergehen. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Ing Leeb gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Meine lieben Damen und Herren!

Ich bin ja froh, dass der Herr Kollege Meidlinger wenigstens so nett war, nicht nur über Zahlen und Prozentsätze zu sprechen, sondern auch betont hat, dass es sich immer um Menschen und um Schicksale handelt, die dahinterstehen. Ich glaube, das ist auch das, was heute hier bei dieser Aktuellen Stunde im Zentrum stehen muss. Wenn es für manche vielleicht verwunderlich ist, dass wir dieses Thema gewählt haben, so darf es deswegen schon nicht verwunderlich sein, weil es sich um 9,2 Prozent, das ist eine abstrakte Zahl, das sind 105 000 Menschen, handelt. Damit man sich, und ich bin nun einmal so ein Freund von Bildern, das genau vorstellen kann, und das ist vielleicht für euch auch interessant: 105 000 Menschen, das ist ungefähr so, als wäre die Leopoldstadt oder Ottakring, der gesamte Bezirk, arbeitslos. Das ist schon eine ganze Menge. Das ist schon etwas, worauf man nicht stolz sein darf, denn dahinter stehen Menschen und Schicksale.

Es sind sehr viele Leute arbeitslos, auf der anderen Seite suchen Betriebe händeringend nach Mitarbeitern. Der Kollege Meidlinger hat vorhin gemeint, dass die Zahl derer, die die Lehrabschlussprüfung nicht schaffen, steigt und schiebt das den Unternehmen in die Schuhe. Ich werde versuchen, Ihnen heute darzulegen, woran es denn eigentlich wirklich liegt. Es gibt nämlich einen direkten Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Bildung. Beides sind kommunizierende Gefäße. Wenn ich beim einen nichts einfülle, kann beim anderen am anderen Ende nichts rauskommen. Das ist nicht zu leugnen, das ist Fakt und das kann man auch nicht weggleugnen und auch nicht mit Hochglanzbroschüren wegreden. Es hat diese Woche ein sehr interessantes Interview mit dem AMS-Chef Kopf gegeben, der im Zusammenhang

mit Bildung und den hohen Arbeitslosenzahlen Folgendes gesagt hat, und bitte hören Sie gut zu: „Das AMS muss als Reparaturanstalt für das Schulsystem herhalten.“ Und jetzt brauchen wir uns nicht auf den Bund auszureden, auf die Weltverschwörung, auf irgendwelche Koalitionen in der Vergangenheit, denn die Faktenlage in Wien ist ja eine eindeutige: Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen in Wien haben gar keinen oder nur Pflichtschulabschluss und der Bereich gehört ja wirklich in den Kompetenzbereich Wiens. Pflichtschulen sind Wiener Kompetenzbereich. *(Beifall bei der ÖVP.)* Weit mehr als die Hälfte der Kunden beim AMS haben nur Pflichtschulabschluss. Ich möchte es nur noch einmal sagen: Je höher die Ausbildung, desto geringer die Gefahr, auch wirklich dauerhaft arbeitslos zu sein. Schauen wir uns an, was in diesem Pflichtschulbereich in Wien zur Zeit passiert. Wir haben noch immer in Wien, auch wenn man das Gegenteil behauptet, tausende Kinder, die eingeschult werden, obwohl sie dem Unterricht nicht folgen können. Wir haben in Wien noch immer 8 000 Schüler, die als außerordentliche Schüler in den Schulen sitzen und damit überhaupt keine Zukunftsperspektiven haben. Wir haben in der Schulsozialarbeit noch immer ein beschämendes Flickwerk, das schlichtweg überfordert ist. Wir haben in Wien, wir haben es gestern gehört, über 300 Lehrer angestellt, die nicht einmal noch mit ihrer Ausbildung fertig sind. Und Sie wollen mir erklären, die Unternehmen sind schuld, dass die Abgänger der Lehrabschlussprüfung die Prüfungen nicht schaffen, wenn das AMS schon sagt, wir sind Reparaturanstalt für das Schulsystem? Die Unternehmer sollen es dann sein, die Unternehmer sollen die Zeche zahlen? Das kann es ja bitte wirklich nicht sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und schauen wir uns an, was die Antwort des Wiener Bildungssystems dieser Tage ist. Also nicht, dass wir uns selber an der Nase packen und sagen, okay, wir haben erkannt, wenn ich nicht in Bildung investiere, und zwar nicht nur in den Schulneubau, sondern in die Qualität, und es geht immer um Qualität im Unterricht, und wenn ich da hergehe und zu Tausenden solche Folder für den „Tag der Wiener Schulen“ verteile *(GRin Ing Isabella Leeb zeigt einen Folder.)*, dann frage ich mich, welchen Mehrwert hat das für die Bildung in Wien und welchen Mehrwert hat das für den Schulstandort in Wien und damit für den Wirtschaftsstandort? Und welchen Mehrwert hat das für 105 000 Arbeitslose in dieser Stadt?

Und wir brauchen uns auch überhaupt nicht mit anderen Bundesländern zu vergleichen. Es reicht mir, dass wir wissen, ganz Ottakring, im übertragenen Sinn, ist arbeitslos. Es genügt nicht, die Verantwortung abzuschieben. Das Desaster im Wiener Pflichtschulsystem kann man nicht weginserieren. Die Tragweite des Desasters ist Ergebnis Ihres Tuns. Und das Desaster im Pflichtschulsystem können Sie auch Monat für Monat an den steigenden Arbeitslosenzahlen ablesen und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben einzig und allein Sie zu verantworten und das ist sehr traurig und beschämend! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich der GR Dipl-Ing Margulies zum Wort

gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren, auch auf der Galerie!

Vielleicht in aller Kürze: Es war ja faszinierend, wenn die ÖVP eine Aktuelle Stunde zum Thema Wirtschaft macht, dann spricht sie über die Pflichtschulen. Und was machen die Freiheitlichen? Sie sagen, die Ausländer sind schuld. Ich meine, es hätte nicht plakativer sein können. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Nur ein Beispiel (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*): Sie sagen ... (*Aufregung bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Ich verstehe Ihre Phobie vor Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache. Ich weiß nicht, was da in Ihrer Geschichte väterlicherseits passiert ist. Nichts desto weniger, ich sage es Ihnen schon ganz deutlich: Wer heutzutage nicht im Stande ist und nicht bereit ist, international zu denken (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS, erheitert: Genau!*), der wird niemals etwas für Österreich machen und erreichen, denn wir leben davon (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ihre Politik!*), dass unsere jüngeren und älteren ArbeitnehmerInnen auch die Möglichkeit haben (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, Ihre Politik!*), im Ausland Erfahrungen zu machen, arbeiten zu gehen. Wir erleben, dass die Möglichkeit, Sprachen zu erlernen, in Summe die Qualifikation von uns allen hebt und ich sage es Ihnen ganz ehrlich und in aller Deutlichkeit (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wie viele Sprachen sprechen Sie?*): Keine Angst (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ahnungslos! Keine Ahnung!*), keine Angst statt keine Ahnung, wie Sie es immer sagen, lieber keine Angst. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Keine Ahnung! Ahnungslos! - Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Die Freiheitlichen, also die Partei der Ängstlichen (*GR Johann Herzog: Unglaublich!*) und die ÖVP als die Partei der Ahnungslosen (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Peinlich! Ahnungslos und peinlich!*), weil anders kann ich es mir nicht erklären. Wir sitzen gemeinsam, die Sozialdemokraten, wir Grüne, Sie, die ÖVP, sogar die FPÖ, in der Wirtschaftsagentur, wir sitzen gemeinsam im Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Kennen Sie das WIFO?*) und ich glaube, 98 oder 99 Prozent aller Beschlüsse in diesen beiden Gremien sind einstimmig. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ahnungslos!*)

Und jetzt komme ich zu einem Punkt, weil ich glaube, man muss, wenn man ehrlich miteinander spricht, auch erkennen ... (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Machen Sie nicht Quatsch!*) Schauen Sie, Herr Gudenus, Sie rufen gerne rein, Sie pöbeln herum, wir kennen das, halten Sie sich bitte zurück, danke sehr. (*Beifall bei den GRÜNEN. – Aufregung bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Ganz kurz: Wenn man sich nämlich überlegt, die Situation in Österreich, die Situation in Europa, und so wie Sie beide sich hinstellen und glauben, in Wien alleine findet man die Lösung einer Weltwirtschaftskrise, das alleine zeigt doch schon, wie wenig Ahnung Sie vom Wirtschaften haben! Sie verwechseln oft genug betriebswirtschaftliches Unternehmertum mit volkswirtschaftlichem Wirtschaften. Da hat das eine mit dem

anderen oft nichts zu tun. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Ich zeige es Ihnen an einem Beispiel: Es sind die ÖVP, vorwiegend die ÖVP und die konservativen Kräfte in Europa, die jetzt der Meinung sind, die gegenwärtige Krise kann nur mit einem Austeritätsprogramm, also einem Programm, wo alle gleichzeitig sparen, bekämpft werden. Das ist falsch. Das sieht man in Griechenland, das sieht man in Portugal, das sieht man in Spanien. Überall gehen die Menschen zu Recht auf die Straße (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Mit Ihrer Politik!*), weil die privaten Unternehmen die wegfallenden öffentlichen Ausgaben nicht auffangen können. Die öffentliche Hand muss in Krisenzeiten investieren und wir brauchen dafür Geld. Wenn wir keine Schulden machen wollen, dann muss jemand auch die Steuern dafür zahlen.

Und ich komme zum Schluss, weil ich nur mehr eine Minute hab, aber ich zeige Ihnen das an einem Beispiel (*Aufregung bei GR Johann Herzog.*): Stellen Sie sich einen Marathonlauf vor. Hundert Läufer melden sich zu einem Marathonlauf an. Da muss man dazwischen viel trinken. Und für jeden Marathonläufer stünde, rein theoretisch, eine Portion Wasser zur Verfügung. Die Verteilung ist aber so: Einer dieser 100 Marathonläufer hat 33 Portionen Wasser, die weiteren 9 haben noch einmal 33 Portionen Wasser und die restlichen 90 haben ebenfalls 33 Portionen Wasser. Wer hätte denn da die Chance, tatsächlich ins Ziel zu kommen? Wer schafft es da am leichtesten? Und wenn vom Lastwagen, und das ist das, was ich Ihnen vorwerfe, der das Wasser bringt, 2 Packerl Wasser runterfallen, dann gehen Sie her und sagen, nicht der, der 33 hat, soll das Wasser hergeben, sondern die große Mehrheit soll auch noch das Wasser hergeben, was runtergefallen ist. (*Aufregung bei den GRen Mag Johann Gudenus, MAIS und Johann Herzog.*) Und das ist das Verwerfliche an Ihrer schwarz-blauen Wirtschafts- und Budgetpolitik! Sie sollten sich das abgewöhnen! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Wenn Sie über Wirtschaft reden, dann reden wir tatsächlich darüber, wie eine gerechte Steuerleistung erbracht werden kann, damit auch die öffentliche Hand wirklich wieder im Stande ist, die Wirtschaft anzukurbeln, weil die Privaten (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wein trinken und Wasser predigen!*), und das ist das Traurige und das zeigt auch die Krise, es ohne die öffentliche Hand auch nicht schaffen werden, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen! Ich danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr StR DDr Schock zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Da kommt der Herr Margulies hier in seiner professoralen Art heraus und sagt, wie wir es von ihm ja schon gewöhnt sind, alles ist super, alles ist super am Arbeitsmarkt. Ja, Herr Margulies, 11 Prozent Arbeitslosigkeit! Wenn man die Schulungsteilnehmer dazurechnet, die ja nur versteckte Arbeitslosigkeit darstellen, dann haben wir bereits 11 Prozent Arbeitslosigkeit in Wien. Und, Herr Margulies, meine Damen und Herren, die Menschen, die da oben sitzen, die jungen, die heute zuhören, die wis-

sen ja, wie schwierig es momentan ist, eine Lehrstelle zu finden, einen Arbeitsplatz in Wien zu finden. Die wissen, dass es falsch ist, in der Situation noch mehr Menschen nach Österreich zu holen, Herr Margulies. Und die Menschen, die jungen Menschen, auch die da oben sind, die sind das Opfer Ihrer falschen Einwanderungspolitik, Herr Margulies! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber jetzt zum Kollegen Meidlinger. *(GR Karlheinz Hora: Herr Schock, Sie wissen aber schon, dass die meisten nach Wien aus Kärnten kommen!)* Wieso, Herr Meidlinger, haben Sie eigentlich mit keinem Wort die Zuwanderung erwähnt, die Ostöffnung? Herr Meidlinger, warum ... *(Aufregung bei GR Ing Christian Meidlinger.)* Na, da ist aber die Gewerkschaft Bau-Holz anderer Meinung, Herr Meidlinger. Wieso scheuen gerade Sie als Gewerkschafter diese Diskussion wie der Teufel das Weihwasser? Weil jetzt klar ist, dass wir Freiheitlichen damals recht behalten haben, Herr Meidlinger, bei der Ostöffnung. Wir haben davor gewarnt, dass es falsch ist! Sie haben damals alles abgeleugnet. Alles wird nicht so schlimm, haben Sie gesagt, das stimmt alles nicht. Und jetzt ist der Beweis da. Jetzt kommen die aktuellen Zahlen vom Wirtschaftsforschungsinstitut, die aktuellen Zahlen vom August. Die neuen Arbeitsplätze haben frisch Zugewanderte bekommen, nicht Wiener, nicht auch Menschen, die schon da sind, die gut integriert sind, frisch Zugewanderte! 12 000 frisch Zugewanderte haben hier einen Arbeitsplatz bekommen. Es gibt in Wien heuer 11 000 neue Arbeitsplätze. Das heißt, und auch das schreibt das WIFO hier schwarz auf weiß, meine Damen und Herren, es haben tausend Wiener durch diese falsche Politik ihren Arbeitsplatz verloren. Das ist die Wahrheit, die Sie nicht wahrhaben wollen, Herr Meidlinger! Diese neuen Arbeitsplätze sind ausschließlich an Osteuropäer gegangen, die man hereingeholt hat, die mit Lohndumping von der Industrie hereingeholt worden sind. Es hat kein einziger Wiener einen Arbeitsplatz bekommen, im Gegenteil. Es haben tausend Menschen in Wien ihren Arbeitsplatz verloren. Herr Meidlinger, das zeigt, dass wir mit unserer Warnung recht behalten haben und auch dass Sie dieses Thema scheuen. All die Menschen, die jetzt keinen Arbeitsplatz finden, keine Lehrstelle, die werden Ihnen einmal die Rechnung dafür präsentieren, Herr Meidlinger! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ - Sie, die GRÜNEN, sind ja wie immer nur das Beiwagerl -, Sie sind mit dieser falschen Einwanderungspolitik, auch Sie als Gewerkschafter, Herr Meidlinger, Sie sind schuld an der Zuwanderung billiger Arbeitskräfte. Am Lohndumping durch die Industrie sind Sie schuld, dass die Löhne bereits sinken. *(Aufregung bei GR Dipl.-Ing Rudi Schicker.)* Und, Herr Meidlinger, es müssten einem Gewerkschafter hier ja eigentlich die Alarmglocken läuten und was machen Sie? Sie kommen heraus, beschönigen alles, halten hier Sonntagsreden und stecken den Kopf in den Sand! Ja, Sie sind ja längst keine Arbeiterpartei mehr, meine Damen und Herren! Sie sind längst der Steigbügelhalter der Industrie *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine daher, hören Sie mit dieser falschen Einwanderungspolitik auf! Schauen Sie auf die Wienerinnen

und Wiener, auf die Menschen, die hier leben, die sich auch bereits gut integriert haben! Schauen Sie auf diese Menschen! Gehen Sie nicht länger vor der Industrie und vor dieser Masseneinwanderung in die Knie und hören Sie mit dieser falschen Einwanderungspolitik auf, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Mag Tanja Wehsely zum Wort gemeldet. Ich erteile es.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch liebe Jugendliche auf der Galerie!

Es bestätigt sich einmal mehr die Geschichtsverdrehungspartei FPÖ. Ich meine, was ihr hier abzieht, das ist einfach nur unter Chuzpe zu subsumieren und sonst nichts, und das heißt so viel wie eigentlich Frechheit. Es ist unglaublich! Ich meine, abgesehen davon, dass wir uns vollen Herzens zu Europa bekennen und zwar zu einem sozialen Europa und einem gemeinsamen Europa für unsere Jugend *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* und für unsere Zukunft, und auch dafür sind und auch dafür waren mit langen Übergangsfristen, dass der Arbeitsmarkt ein gemeinsamer ist, so wie man gemeinsam lernen kann in Europa, studieren kann in Europa, arbeiten kann in Europa, das unser aller Heimat ist. Nichtsdestotrotz möchte ich euch nicht verschweigen, wer die Arbeitsmarktöffnung unterzeichnet hat, das waren nämlich am 16. April 2003 der Herr ÖVP-Bundeskanzler Schüssel und der Herr Haupt, falls er bei euch nicht in Vergessenheit geraten ist, mit einem Vizeobmann der Freiheitlichen Partei namens Strache! So viel dazu. Und Jahre später stellen sich hier der Herr Gudenus und der Herr ... *(Aufregung bei der FPÖ.)* - wurscht, ja es ist ein Schock -, stellen sich hier heraus und behauptet hier Unwahrheiten, eine nach der anderen. Es ist eigentlich wirklich ein Wahnsinn und es ist nicht würdig, das hier vor allem vor jungen Menschen so abzuziehen. Unterschrieben wurde es 2003 von euch, das kann man drehen und wenden, wie man will! Schaut's in euren Archiven nach! Eine unglaubliche Frechheit! Ja für ein gemeinsames Europa, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt und eine gemeinsame Zukunft von uns allen in einem geeinten Europa, keine Frage. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, sind Sie dafür? Sagen Sie es! - Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* In den Jahren 2003 bis 2005 auch FPÖ und ÖVP-Regierung im Bund, dieselbe Arbeitslosenquote in Wien, aber 2003 bis 2005 hatten wir eine Konjunktur, eine hohe Wirtschaftsleistung, keine Weltwirtschaftskrise! Wir leben heute in einem Wien mit einer Weltwirtschaftskrise und wir haben dieselbe Arbeitslosenquote wie von 2003 bis 2005! Was heißt das? Wir haben investiert und wir haben Arbeitsplätze geschaffen. Heute leben 100 000 Wienerinnen und Wiener mehr in unserem schönen Wien als 2003 bis 2005. Wir haben eine Weltwirtschaftskrise und wir haben aber trotzdem keine höhere Arbeitslosenquote. Bitte lernt rechnen, das wäre auch einmal richtig gut! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und jetzt komme ich zur ÖVP. Wie kann das sein,

dass eine Wirtschaftspartei, eine Partei, die sich Wirtschaftspartei nennt, ihre eigene Wirtschaft, ihre eigenen Leute schlechtredet? Wie kann das sein, dass ihr eure Aktuelle Stunde, ich meine, zuerst habe ich ja geglaubt, sie ist von der FPÖ, weil sie so einen skurrilen Titel hat, aber wie kann das sein, dass ihr selbst Wiens Wirtschaft am absteigenden Ast schlechtredet, wenn gleichzeitig die Wirtschaftskammerpräsidentin Wiens - das ist jetzt ein bisschen eine Geschichtsstunde, ich hoffe, das stört euch nicht - auch von der ÖVP in diesem Moment in ihrer eigenen Zeitung schreibt: „Konjunktur, Wirtschaft in Wien wächst zügig weiter.“ (*Heiterkeit bei den GRen David Ellensohn und Mag Rüdiger Maresch.*) Es würde mich sehr freuen, wenn ihr euch in euren Reihen zusammenreden würdet. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist eine Busenfreundin vom Häup!!*) Es tut mir sehr leid, Herr Kollege Aichinger, dass das so von Ihnen kommt, weil ich weiß, dass wir in vielen, vielen Bereichen sehr gut zusammenarbeiten. Es wurden schon der WAFF genannt, die Wirtschaftsagentur, et cetera. Trotzdem, ich kann es Ihnen nicht nehmen, dass Sie Ihre eigene Wirtschaftskammerpräsidentin konterkarieren, die eigenen Zahlen, die Sie herausgeben, konterkarieren, wo genau drinnensteht: Mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit geschaffen durch einen kostenfreien, einen Gratiskindergarten. Das ist die größte Mittelstandsförderung, die es in letzter Zeit überhaupt gegeben hat. Das sind hunderte Euro pro Monat! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Okay, also bitte lasst euch nicht Sand in die Augen streuen. Wir arbeiten hart daran, jeden Jugendlichen, jeden Mann, jede Frau in dieser Stadt zu unterstützen, mitzunehmen, Arbeitsplätze, Ausbildung und Bildung zu schaffen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, in die Abhängigkeit geschaffen!*) Wir sind angewiesen darauf, das gemeinsam zu schaffen. Es nutzt keine Hetze, es nutzt kein Auseinanderdividieren. Nur gemeinsam können wir für die Wienerinnen und Wiener diese Stadt so lebenswert erhalten. Herzlichen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Nach der hitzigen Debatte in der Aktuellen Stunde kommen wir zu trockenen Formalismen. Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien 6, des Klubs der Wiener Freiheitlichen 15 eingelangt sind. Weiters sind vor Sitzungsbeginn von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien zwei und des Klubs der Wiener Freiheitlichen sieben Anträge eingelangt. Für die Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Von den GRen Mag Johann Gudenus, Michael Dadak, Karl Baron und Wolfgang Irschik wurde ein Antrag an den Herrn Bürgermeister betreffend „Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störende Missstände, hervorgerufen durch Fahrrad-Rowdies, gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von

Gemeinderäten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Besprechung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung des Dringlichen Antrages unterbrochen.

Die GRen Mag Johann Gudenus und Dkfm Dr Fritz Aichinger haben ein Verlangen gemäß § 73a der Wiener Stadtverfassung auf Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung durch den Rechnungshof hinsichtlich der Media Quarter Marx Errichtungs- und Verwertungsgesellschaft eingebracht. Dieses Verlangen, das von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet wurde, habe ich dem Präsidenten des Rechnungshofes weitergeleitet, nicht ich, sondern der Herr Vorsitzende.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 4 bis 7, 10 bis 13, 15, 18 und 21 bis 27 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass diese im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummer 8 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 8, 9, 14, 1, 2, 3, 16, 17, 19, 20, 28 und 29. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 8 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Künstlergruppe Dynamo. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Bluma, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte und darf in Erinnerung bringen, dass die Erstredner jeder Fraktion 40 Minuten zur Verfügung haben, die anderen Redner jeweils 20 Minuten Redezeit zur Verfügung haben. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Hauptverhandlungsgegenstand Kultur. Es ist ja so, dass ich nicht gerade damit spare, wenn es etwas zu kritisieren gibt. Deswegen möchte ich heute auch die Gelegenheit nutzen und mich dafür bedanken, was wir im Kulturbereich, im Kulturausschuss im September erleben durften, alle gemeinsam, alle Fraktionen. Wir haben eine wirklich sehr aufschlussreiche und sehr intensive und interessante Kulturausschussreise gemacht mit einem Ziel, und das Ziel war, in Europa möglichst viele Neubauten von Museen zu besuchen und dort Eindrücke zu sammeln. Ich möchte mich an der Stelle

wirklich herzlich dafür bedanken, denn eine Ausschussreise mit einem konkreten Ziel hat schon eine besondere Qualität. Ich denke, das sollte man vielleicht auch für andere Ausschussreisen zum Anlass nehmen, das so gut strukturiert durchzuführen.

Das war eine Reise, auf der wir in sehr kurzer Zeit vier Städte und rund zehn Museen besucht haben, der eine ein bisschen mehr oder andere ein bisschen weniger, weil es gab ja auch kurze Zwischenzeiten. Da gab es dann noch ein paar Fleißige, die haben sich mehr Museen angeschaut. Also wir haben dort zehn Museen besucht, die in den letzten Jahren in Europa gebaut wurden. Es waren bei den Museumsneubauten sehr unterschiedliche Zielsetzungen. Manche waren Museumserweiterungen, es waren Neubauten dabei und es gab auch verschiedene Standorte. Einige Museen waren im Zentrum der Städte angesiedelt, andere wieder in Randgebieten. Ein anderes Museum war zum Beispiel das Museum in Liverpool in den Docks. Das hat dort einen sehr tollen Impuls in einem eigentlich toten Viertel geliefert. Wir haben dort auch erleben dürfen und das war für mich besonders beeindruckend, wie wichtig es ist, dass so ein Museumsneubau von einer möglichst breiten Bevölkerung getragen wird. Das ist, glaube ich, auch das Ziel, das wir uns beim Neubau des Wien Museums setzen müssen, eine möglichst breite Akzeptanz. Denn wenn die Bevölkerung dieses Museum nicht liebt, nicht im Herzen trägt, dann ist das Geld, das wir dafür in die Hand nehmen und das wird sehr viel Geld sein, nicht gut investiert. Es hat dann noch ein paar Dinge gegeben, die recht interessant waren und ich hoffe, wir vergessen nicht drauf, wir werden Acht geben. Ich zumindest habe es nicht vergessen. Ich habe es mir auch sehr genau aufgeschrieben. Ein Museum planen und bauen und investieren, ist das eine. Wir müssen aber auch bedenken, es in der Zukunft zu betreiben. Also auch diese Dinge muss man im Blickwinkel behalten. Wir haben dort gesehen, dass man Fehler vermeiden kann, wenn man sich Beispiele an anderen Städten nimmt. Wir werden wahrscheinlich eigene machen, niemand ist fehlerlos. Aber man kann zumindest aus Anregungen und Fehlern anderer Städte lernen.

Wir haben auch gesehen, wie sehr Museen in den verschiedensten Städten auch auf andere Bereiche Einfluss nehmen. Was mich persönlich am meisten beeindruckt hat, war die Dichte an Kindern, an Schulklassen, die wir in den Museen angetroffen haben. Es waren nicht nur Schulklassen, nein, es geht sogar in Manchester so weit, und das war für mich das beeindruckendste Bild, wo bereits Kinder im Alter von zirka einem Jahr an das Thema Museum, an das Thema Kunst herangeführt werden. Da stehen dann die Windelferraris, sage ich jetzt einmal, vor der Tür und Kleinkindern mit ihren Müttern wird spielerisch der Kunst- und Kulturbereich näher gebracht. Das können wir uns durchaus auch, glaube ich, für Wien sehr gut vorstellen.

Was wir uns für Wien eigentlich auch gut vorstellen können und worüber wir reden sollten, sind Zielvereinbarungen, die mit Museen getroffen werden. Und was ich besonders beeindruckend fand, ist etwas, was der kauf-

männische Direktor des Wien Museum sich eigentlich für sein Museum auch wünschen würde: Eine Zielvereinbarung mit dem Subventionsgeber. Also ich denke, darüber können, sollen und müssen wir in Zukunft auch in Wien sprechen.

Ja, ich möchte jetzt zu den aktuellen Themen der Kulturpolitik in Wien kommen. Ich habe mich gerade zur Postnummer 9 streichen lassen, weil ich denke, ich kann das in meiner jetzt hier vorgetragenen Rede unterbringen, das ist der Subventionsakt des Theaters Odeon. Dazu möchte ich ein bisschen etwas sagen. Es ist so, dass wir der Entschuldung zustimmen werden, dass wir dem Subventionsakt nicht zustimmen werden und zwar nicht, weil wir die Leistungen von Erwin Piplits und seiner Partnerin Ulrike Kaufmann nicht würdigen. Es ist in den letzten Jahrzehnten im Odeon Großartiges passiert. In den vergangenen 40 Jahren ist gerade im Theater- und Tanzbereich sehr viel Einfluss von diesem Kulturort ausgegangen. Dem zollen wir auch unseren Respekt. Aber genau da kommen wir auch zum Thema heute. Das Odeon soll nunmehr inklusive Entschuldung jährlich rund 1 Million EUR für die nächsten 4 Jahre als Kultursubvention erhalten. 1 Million für den Betrieb, der mittlerweile fast ausschließlich als Gastspielort dient und maximal eine einzige Eigenproduktion herausbringt. Gleichzeitig haben wir aber in dem Bereich zahlreiche Bühnen, die sogar mit Subventionskürzungen zu kämpfen haben, aber wesentlich mehr an Produktionen hervorbringen und eine größere Vielfalt der Spielpläne darstellen. Als Beispiel möchte ich Ihnen vielleicht nur zwei bringen. Es gibt da das TAG in der Gumpendorfer Straße, das eine Jahressubvention von 735 000 EUR bekommt, allerdings 7 Eigenproduktionen herausbringt. Das Theater Scala bringt 9 Eigenproduktionen mit mehr als 120 Darstellern und die kriegen überhaupt nur eine Jahressubvention von 350 000 EUR. Und wenn man den Rabenhof hernimmt, das ist vielleicht auch nicht uninteressant, die kriegen 900 000 EUR, also einen vergleichbaren Betrag, müssen aber in den nächsten Jahren mit Kürzungen leben. Also warum müssen wir jetzt dem Odeon über Gebühr mit einer Subventionserhöhung, wie soll ich das jetzt sagen, noch mehr Geld geben, wo wir wissen, es geht mit dem Odeon, mit den Betreibern und mit, sage ich jetzt einmal, ihren kulturellen Visionen einem Ende zu. Das ist auch kein Geheimnis und da haben wir jetzt genau den Punkt. Ich zolle auch Respekt, dass die Stadt Wien verhandelt und jetzt Ideen und Überlegungen angestellt werden, wie es weitergehen soll. Ich sage nur, es ist zu spät. Es ist wieder einmal wie in vielen Bereichen zu spät. Ja, wir wollen das Odeon entschulden. Der Herr Piplits, die Frau Kaufmann sollen nicht auf Schulden sitzen bleiben, wiewohl ich schon anmerken möchte, dass das Odeon bereits einmal entschuldet wurde. Aber das Ganze jetzt noch vier Jahre mit Mund zu Mund Beatmung künstlich am Leben zu erhalten, nur damit die Stadt Wien dann einen Mietvertrag hat, wo sie jetzt eh noch nicht weiß, was sie dann damit anfangen will, ist, glaube ich, in Zeiten knapper Mittel nicht angebracht.

Abschließend möchte ich auf ein sehr aktuelles Thema eingehen, das uns ins den letzten Tagen medial

einigermaßen, sage ich jetzt einmal, beschäftigt hat, mich zumindest, und das sind wieder einmal die Vereinigten Bühnen Wien. Das ist also ein Kulturbetrieb in Wien und ich glaube, das ist der, der überhaupt die meisten Subventionen bekommt. Und dieser Kulturbetrieb der Vereinigten Bühnen Wien hat eine GesmbH, die sich darum kümmert, ausländische Vermarktung durchzuführen, also Produktionen, die in Wien entwickelt wurden, im Ausland zu vermarkten. Und zirka seit Mai gibt es dazu mediale Berichterstattung, dass die Produktion des „Rebecca“-Musicals vielleicht nicht ganz so gut organisiert wurde, wie man sich das wünschen würde, wenn man aus einem hochsubventionierten Bereich Gelder ins Ausland transferiert. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass die Produktion der Vereinigten Bühnen Wien von „Rebecca“, die am Broadway herausgebracht werden sollte und wo diese GesmbH der Vereinigten Bühnen Wien bereits 380 000 EUR investiert hat, nicht stattfinden wird. Genaueres wissen wir noch nicht. Hat es einen Investor gegeben? War das ein Phantom? Oder war das eine fiktive Person? Wir haben heute dazu eine schriftliche Anfrage eingebracht. Ich hoffe, die wird Licht ins Dunkel bringen. Bemerkenswert ist für mich nur, dass der Herr Drozda sich medial dann dahin gehend äußert, dass er so quasi meint: „Regt euch nicht auf, das ist ohnehin Geld, das erlöst wird aus Auslandsproduktionen.“ Ich habe mir dann erlaubt, eine Presseaussendung dazu zu machen, weil ich finde das einigermaßen frech, wenn der Herr Drozda so etwas sagt, weil mit diesen Auslandsproduktionen oder diesen Produktionen der Vereinigten Bühnen Wien könnte er im Ausland niemals Erlöse erzielen, wenn die Wiener und Wienerinnen diesen Kulturbetrieb nicht so hoch subventionieren würden. Keine einzige Produktion in Wien könnte ohne diese Subventionen aus Steuergeldern stattfinden. Und ich glaube, es ist anmaßend, sich hinzustellen und zu sagen, haut's euch in den Acker, wir erlösen sowieso.

Also davon gehe ich jetzt einmal aus, weil wenn er einmal nicht mehr aus der GesmbH erlöst, dann ist sie sowieso konkursgefährdet. Ich denke, es muss auch möglich sein, dies zu hinterfragen. Das sehe ich als meine Rolle als Oppositionspolitikerin. Und wenn Sie, Herrn Woller, dann noch meinen, grundsätzlich, dann können wir uns gerne einmal über grundsätzlich unterhalten. Ich irre mich aber sicher nicht darin, dass es meine Aufgabe ist zu schauen, wie geht man in Wien mit Subventionen um. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich sehr, dass wir heute hier die Kultur zum Schwerpunkt haben. Es freut mich auch insbesondere, dem ich auch nur zur Gänze beipflichten kann, dass sich die Kollegin Leeb hier positiv über die gemeinsame Ausschussreise und auch positiv über die gemeinsame konstruktive Zusammenarbeit im Hinblick auf eines der größ-

ten Kulturprojekte der nächsten Jahre, nämlich des Wien Museums, geäußert hat. Ich kann mich eigentlich gar nicht erinnern, dass es jemals zum Thema Kulturpolitik eine positive Wortmeldung der Kollegen und Kolleginnen aus der Opposition gegeben hat. Ich freue mich insofern sehr ... *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Sie sind noch nicht lange da, Herr Kollege!)* Ich ... Bitte? *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Sie sind noch nicht lange da, Herr Kollege!)* Nein, nein, ich beziehe mich auf die letzten beiden Jahre. Ich würde auch irrsinnig gerne wissen, was denn eine ÖVP-Kulturpolitik wäre. Darüber habe ich bis jetzt nichts erfahren. Aber nichtsdestotrotz, ich möchte die Anerkennung wirklich nicht schmälern. Ich habe die gemeinsame Ausschussreise ganz gleich empfunden wie du. Es war für mich etwas, was ich hier in diesem Raum leider, leider, wirklich leider nie erlebt habe, nämlich dass unabhängig, welcher Fraktion die Teilnehmer und Teilnehmerinnen angehört haben, so etwas wie der Versuch war, gemeinsam gescheitert zu werden, gemeinsam konstruktiv an einem Projekt zu arbeiten, gemeinsam hier wirklich etwas Besonderes weiterzubringen. Mein Dank gilt auch insbesondere der Uschi Schwarz, die die Reise organisiert hat und dem Christian Kircher vom Wien Museum, der uns dort begleitet hat und der uns immer wieder sehr, sehr kompetent auf Details hingewiesen hat, die zu beachten sind. Wir waren in Dortmund, in Essen, in Manchester und Liverpool und es war ein wirklich gutes, konstruktives Gesprächsklima zwischen allen Abgeordneten. Ich würde mir das auch hier wünschen. Ich anerkenne schon, wir machen das ja auch, dass man die Unterschiede zwischen den Fraktionen und zwischen Regierung und Opposition herausstreichen muss. Aber es wäre dem Parlamentarismus sehr dienlich, wenn es auch hier im Gemeinderat öfter möglich wäre, ohne dass man diese Unterschiede verwischt, auch konstruktiv an dem einen oder anderen Projekt zu arbeiten. Ich glaube, dass gerade die Kulturpolitik ein Feld wäre, wo man das sehr gut machen könnte. Also noch einmal: Ich freue mich und ich bin da auch wirklich guter Hoffnung für die Zukunft. Da stehen jetzt einige wichtige Entscheidungen an. Das Projekt Wien Museum könnte ein Beispiel sein, wo wir das erreichen könnten. Also ich stimme zum Beispiel völlig mit dir, Isabella, überein, dass es sehr beeindruckend war, wie vor allem in England in Museen sehr, sehr stark, viel mehr als das im deutschen Sprachraum üblich ist, auf Vermittlung und vor allem auf die Zugänglichkeit für Kinder gesetzt wurde. Ich denke mir, das ist auch eine Erfahrung, die ich mitgenommen habe. Wenn man ein Museum für Kinder sehr attraktiv gestaltet, dann heißt das nicht nur, dass es für Kinder interessant ist, sondern dann heißt es automatisch, dass es niederschwellig ist. Das heißt automatisch, dass Bevölkerungsgruppen, und wir wissen das ja leider, dass sehr große Bevölkerungsgruppen am Kulturleben nur sehr wenig teilnehmen. Wenn wir das ändern wollen, dann können wir es zum Beispiel über diese Schiene der Zugänglichkeit, der Niedrigschwelligkeit eben auch für Kinder womöglich erreichen, dass das für sogenannte bildungsferne Schichten, ich mag den Ausdruck nicht besonders, aber dass es auch für Bevölkerungsgruppen, die sich

vielleicht am Rand der Gesellschaft befinden, hier zugänglich wird. Also unser gemeinsames Anliegen ist es, dass das Wien Museum wirklich ein Museum aller Wiener und Wienerinnen wird, unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig von ihrem sozialen Status, unabhängig auch von ihrer Weltanschauung.

Wir haben deswegen auch gemeinsam angeregt, dass wir in die Diskussion auch intensiv die KultursprecherInnen der Oppositionsparteien einbeziehen, auch in Zukunft, in der nächsten Zeit, dass diese gemeinsame Reise nicht ein einmaliges Ding gewesen sein soll. Es wird demnächst auch über die Standortfrage geredet. Da haben wir uns auch massiv dafür eingesetzt, dass auch die Opposition mit einbezogen wird. Wir wollen wirklich an einem Strang ziehen.

Ein wichtiger Punkt, den ich noch anfügen möchte und der uns vorher schon wichtig war, aber der sich auf dieser Reise verstärkt hat ist, wenn so ein Museum, ein Stadtmuseum, für alle Wiener und Wienerinnen interessant sein soll, dann ist es wichtig, sehr früh die Bevölkerung mit einzubeziehen. In Liverpool haben sie uns zum Beispiel erzählt, dass, bevor das Museum gebaut wurde, 50 000 Pfund in partizipative Projekte mit unterschiedlichsten Zielgruppen, mit unterschiedlichsten Communities investiert wurde, wo zum Beispiel auch auf Zuwanderungs-Communities aktiv zugegangen wurde und versucht wurde: Was ist euer Teil der Stadtgeschichte von Liverpool? Klarerweise bei Zuwanderern ein jüngerer Teil der Stadtgeschichte. Ein Wien Museum oder ein Stadtmuseum muss auch zeitgeschichtliche Aspekte sehr massiv behandeln. Es muss auch in die Zukunft schauen. Es war extrem erfolgreich. Liverpool ist, glaube ich, kleiner als Salzburg, ich bin mir nicht ganz sicher, aber die haben eine Million Besucher. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Nein, es ist größer!*) Es ist ein bisschen größer? Aber es ist nicht so groß wie Wien, und die haben eine Million Besucher und Besucherinnen in diesem Museum. Das ist zu einem sehr großen Teil Stadtbevölkerung und es sind auch Leute von woanders, die zum Teil sogar wegen des wirklich wunderbaren Museums dorthin kommen und das ist natürlich auch für die wirtschaftliche Situation der Stadt irrsinnig gut. Liverpool hat es wirklich geschafft. Ich weiß nicht, wie sehr Ihnen ... Der David kommt ja von dort, der könnte Ihnen viel mehr darüber erzählen. Das war eine Stadt, der es vor 10 Jahren, vor 20 Jahren nicht besonders gut gegangen ist. Heute ist es eine blühende Stadt und die haben es wirklich geschafft, mit Kultur, nicht nur mit dem Liverpool-Museum, sondern auch mit anderen Einrichtungen, diese Stadt auch wirtschaftlich wirklich einen Boom erleben zu lassen. Das ist eine blühende Stadt. Es ist eine unglaublich spannende Stadt. Ich kann Ihnen einen Besuch sehr empfehlen, der David kann Ihnen dann Lokaltipps geben, der kennt sich dort besser aus. Mir hat er welche gegeben, das war auch sehr sinnvoll.

Ich glaube, dass man daran merken kann - und eine ähnliche Situation in Manchester, wo sie das War-Museum, also das Kriegsmuseum, in eine Region gebaut haben, wo sie es mit Hilfe des Museums geschafft haben, da auch einen Stadtteil zu entwickeln und all diese

Dinge und was man damit erreichen kann und auch die Beispiele. Also für mich war auch besonders interessant in Norddeutschland in Essen, wo wir das Museum Folkwang besucht haben, das ein Museum ist, das auf einen bestehenden Bau bereits einen Zubau gemacht hat, einen Anbau gemacht hat, das wunderbar gestaltet ist. Es war sehr interessant, dort durchzugehen. Das ist ein Kunstmuseum, dort hängen auch sehr berühmte Bilder. Aber wenn man den Leuten zuschaut, die dort durchgehen, abgesehen davon, dass auch dort irrsinnig viele Kinder drinnen sind, dieses Museum ist nach außen hin verglast und in einer Wohngegend. Also es sind so eine Art Gemeindebauten, die dort rundherum sind, und die Leute schauen nur zum Teil auf die Bilder, die schauen zum Teil quasi auch raus auf die Stadt, auf ihre Stadt, und erfahren ihre Stadt jetzt wirklich in einer Beobachtung, wie man sie normalerweise, wenn man durch die Stadt flaniert, nicht sieht. Das sind alles Aspekte, aus denen man lernen kann. Ich glaube, ein Wien Museum, gerade ein städtisches Museum, das bei uns eine ganz besondere Geschichte sein wird, weil es eine Mischung aus Kunstmuseum und kulturhistorischem Museum und Museum, das sich mit der städtischen Gegenwart auseinandersetzt, sein wird. Das ist unglaublich spannend, das zu bedenken, was muss man alles beachten, nicht nur in der Standortfrage, sondern vor allem in der inhaltlichen Gestaltung, damit die Menschen so ein Museum als Lebensraum begreifen.

Also ein Punkt, der uns, glaub ich, ganz wichtig ist, was so ein Museum vielleicht von der einen oder anderen Art von Museum unterscheidet, ist, dass man dort vielleicht nicht nur einmal im Jahr oder zu einer bestimmten Sonderausstellung hingehen soll, sondern etwas, was das jetzige Museum zum Teil schon bietet, zumindest im Foyer und in diesem großen Saal, der hinter dem Foyer ist, ist, dass es als Lebensraum begriffen wird, etwas, was das Museumsquartier auch bietet. Also dass es für die städtische Bevölkerung ein permanenter öffentlicher Raum ist, dass es ein öffentlicher Raum ist, den die Wiener und Wienerinnen als ihren sehen, wo sie sich und ihre Geschichten wiederfinden.

All diese Dinge sind zu beachten, wenn man so etwas gestaltet und ich freue mich wirklich sehr, wenn wir da einmal ein Ding aus den manchmal sehr tiefen Konflikten, die wir gegeneinander führen, rausnehmen können und gemeinsam konstruktiv an so etwas arbeiten können. Ich hoffe, dass das so weitergeht. Das ist nämlich auch die Voraussetzung dafür, dass wir, die wir ja gewählte Repräsentanten und Repräsentantinnen verschiedener Bevölkerungsschichten sind - und ich sage das jetzt ganz bewusst, ich möchte natürlich, dass sich auch die Wähler und Wählerinnen der FPÖ und die Wähler und Wählerinnen der ÖVP in diesem Museum auch wiederfinden, genauso wie unsere Wählerinnen und Wähler und alle Menschen, die nicht wählen dürfen und können oder alle Menschen, die nicht wählen wollen, sondern alle Wienerinnen und Wiener sollen sich da wiederfinden.

Ich freue mich, wenn wir in diese Richtung weiterarbeiten können.

Zum Thema Odeon wird, glaube ich, der Ernst Woller noch einiges sagen. Der kann das, glaube ich, besser als ich. Ohne es genau zu wissen, was du sagst, kann ich jetzt schon sagen, dass ich dir da vermutlich zustimmen werde, was du sagen wirst. Ich möchte nur an dieser Stelle, so wie du es auch gemacht hast, wir haben da ein gutes Verhältnis, auch die Arbeit vom Herrn Piplits und der Frau Kaufmann loben, die für diesen wunderbaren Raum sehr viel geleistet haben und wo es natürlich jetzt unsere Aufgabe ist, diesen Raum, aber auch den Geist, der im Odeon weht – also das ist ja eine ganz besondere Art von Theater, die da gemacht wird. Das hat so etwas Circensisches, mit Akrobatik wird da gearbeitet, und es ist ein offener Raum für die freie Szene. Das wollen wir so gut wie möglich weiter erhalten. Ich weiß, es ist viel Geld, das man da reinstecken muss. Ich weiß aber auch, dass die Alternative ist, diesen Raum und auch den Geist und auch diese Art von Theater, das da gemacht wird, schlicht und einfach zu verlieren. Das wollen wir nicht und deswegen müssen wir dieses schwierige Projekt in Angriff nehmen. Das wird, glaube ich, auf sehr kompetente Art und Weise gemacht, zumindest nach allen Alternativen, die wir erwogen haben, scheint es mir die sinnvollste und gangbarste Alternative dafür.

Ich bin eine Spur traurig, Isabella, dass du heute deine Pressesprecherinnentätigkeit für ein anderes Projekt offenbar beendet hast. Du hast nämlich sehr, sehr viel dazu beigetragen, dass ein anderes Kulturprojekt, das wir mitverantworten durften, einen ganz, ganz großen Erfolg erlebt hat. Es ist noch nicht vorbei, aber es hat auch dank deiner Mitarbeit eine unglaublich mediale und öffentliche Aufmerksamkeit erlangt, nämlich die „Wienwoche“. Ich hoffe, dass du deine Pressesprecherinnentätigkeit für dieses Projekt weiterführen wirst. Es war sehr gut, es war nämlich eine der Absichten dieses Projektes „Wienwoche“, so was wie eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Stadt, mit politischen Themen in der Stadt und mit Kultur in der Stadt anzureißen, zu führen, sich dem zu stellen. Ich bin dir dankbar dafür, dass du da deinen Beitrag auch geleistet hast.

Es freut mich auch sehr, dass sich, glaube ich, soweit ich das überblicken kann, zum ersten Mal in der Geschichte die beiden Parteichefs in Person des Herrn Parteibmannes Juraczka und des Klubchefs Gudenus zum Thema Kultur geäußert haben und damit Kultur zur Chefsache erhoben haben. Das ist ein wirklich großer Schritt, den da die „Wienwoche“ erreicht hat, dass endlich einmal die Parteiohleute der ÖVP und der FPÖ Kultur zur Chefsache erheben (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) und das damit adeln. Das freut mich auch wirklich sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Ich bin heute wirklich voll des Lobes für die Opposition, die ganze Zeit. Aber so ist es ja schön.

Ich möchte jetzt ein bisschen darauf eingehen, warum die „Wienwoche“ so etwas Besonderes ist und warum die „Wienwoche“, glaube ich, auch in Hinkunft aus dieser Stadt nicht mehr wegzudenken sein wird. (*GR Mag Wolfgang Jung: Phettberg!*) Phettberg, gehen wir einmal auf den Herrn Phettberg ein. Ich reagiere da gerne auf Zurufe. Es sind über 70 Programmpunkte. Sie können

mir einfach von den 70 jetzt irgendwie alle zurufen und ich erzähle Ihnen ein bisschen was. Ich habe nicht alle gesehen, weil es unmöglich ist, weil es so viele sind, weil auch viele Sachen gleichzeitig stattfinden. Aber jetzt einmal Phettberg. Hermes Phettberg ist, glaube ich, allen ein Begriff, ist allen bekannt, ist schon früher sehr bekannt geworden durch seine Arbeit, durch seine künstlerische Tätigkeit im Sparverein „Die Unzertrennlichen“. In ganz Österreich ist er durch seine Mitwirkung an der „Nette Leit' Show“ bekannt geworden und er ist seit ziemlich genau 30 Jahren bekannt als Aktivist und auch als künstlerischer Aktionist im Kampf für die Rechte von Homosexuellen, Transsexuellen und Transgender-Personen und auch Praktikantinnen und Praktikanten des Sodomasochismus, also einer libertären Ausrichtung der Sexualität. Ich glaube, er hat hier sehr, sehr viel zur Bewusstmachung geleistet, dass es das gibt und dass das eine frei gewählte Sexualität ist, um die man immer wieder kämpfen muss. Was erstaunlich ist, ist, dass der Herr Phettberg, der Hermes Phettberg, das seit 30 Jahren tut und eigentlich im Wesentlichen jetzt am vergangenen Sonntag das Gleiche gemacht hat, was er eben seit 30 Jahren tut, und es trotzdem noch gelingt, dafür so viel öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Aber dafür müssen wir uns eben auch bei Ihnen bedanken. Es ist schön, wenn so etwas ein Thema wird, weil es dann doch irgendwann einmal dazu führt, dass immer größere Bevölkerungsteile Dinge, die vielleicht vor 10, 20, 30 Jahren noch als Skandal, als etwas Unanständiges gegolten haben, jetzt dann doch akzeptieren. Es gibt ja auch in eher konservativen Bevölkerungsschichten da eine bemerkenswerte Bewegung. Wenn wir uns anschauen, wie, sagen wir, die ÖVP oder andere Teile des Mainstreams früher zur Homosexualität gestanden sind und was sich da jetzt bewegt hat, dann ist ja auch in diesen Teilen eine Bewegung sichtbar. Ich glaube, Hermes Phettberg ist sicher einer jener Leute, die dazu beigetragen haben, hier auch den Geist zu öffnen. Es ist eine Kunstform, die Hermes Phettberg hier betreibt, die man als Aktionskunst bezeichnet, die übrigens auch berühmtere, weltberühmtere Leute wie Abramovic, Zhang Huang, Lilly McElroy pflegen. Das, was Hermes Phettberg am Sonntag gemacht hat, war etwas, was er gemeinsam mit der Rosa Lila Villa gemacht hat, die übrigens am 17. November ihren 30. Geburtstag feiert. Die Rosa Lila Villa ist sicherlich in Wien jene Institution, die auch am meisten für die öffentliche Sichtbarmachung der Rechte von Schwulen, Lesben, Transgender-Personen und so weiter getan hat, die dieses Projekt gemeinsam mit Hermes Phettberg gestaltet hat. Was ein bisschen schiach war, ehrlich gesagt, oder nicht ein bisschen schiach, was mich wirklich angeekelt hat, das muss ich jetzt trotzdem sagen, liebe Isabella, war, dass man hier nicht ehrlicherweise gesagt hat, wie man so etwas eigentlich findet, aber man spekuliert damit, dass Bevölkerungsschichten mit so was nicht zu Rande kommen, dass da jemand eine sogenannte Bondage-Performance macht. Es gibt zugegebenermaßen viele Menschen, für die das irritierend ist. Das ist aber natürlich auch eine Legitimation dafür, dass man so was macht. Was ich

grauslich finde, ist, dass man das nicht gerade heraus sagt, dass man mit denen spekuliert und natürlich mit einem Boulevard spekuliert, der sich da gerne draufsetzt, sondern dass man so tut, als ob man einen erwachsenen Menschen vor sich selbst schützen müsste. Das ist definitiv nicht der Fall. Ja, Hermes Phettberg ist auf eigenen Wunsch finanziell besachswaltet, weil er selbst sagt, er kann mit Geld nicht umgehen. Deswegen ist er auch in einer finanziellen Notsituation. Deswegen bin ich übrigens auch dankbar, dass sich sogar die Zeitung „Österreich“ bereitgefunden hat, die Kontonummer von Hermes Phettberg abzudrucken. Ich kann sie Ihnen auch gerne nachher geben. Hermes Phettberg feiert am Sonntag seinen 60. Geburtstag. Wenn Sie seine finanzielle Notsituation lindern wollen, sind Sie herzlich dazu eingeladen. Aber grauslich ist es, einen erwachsenen Menschen als entmündigt zu bezeichnen, der das nicht ist. Er ist nicht entmündigt. Er ist auf eigenen Wunsch finanziell besachswaltet. Und jeder, der oder die den „Falter“ liest oder jeder, der oder die die Homepage von Hermes Phettberg liest, weiß, von welcher geistigen Brillanz Hermes Phettberg auch heute noch ist und dass er Herr seiner Entscheidungen ist. Ich kann Ihnen sagen, weil ich mit ihm gesprochen habe, und Sie konnten es auch gestern in der APA nachlesen, weil er das auch den Medien gegenüber erklärt hat, für Hermes Phettberg gab es kein größeres Glück und kein besseres Geburtstagsgeschenk, weil er auch vereinsamt ist, als an dieser Aktion teilnehmen zu dürfen und sich auch letztendlich, deswegen bin ich nicht ganz so sauer auf dich, liebe Isabella, sehr über die mediale Aufmerksamkeit gefreut hat, zu der du beigetragen hast. Insofern sind wir wieder gut damit.

Dann die nächste Aktion – es sind wirklich viele, ich komme mit 21,5 Minuten nicht durch, wenn ich alles erzählen will, aber wurscht - die auch für sehr, sehr große öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt hat, war der sogenannte Bettelbeauftragte. Ja, wir sind uns bewusst, dass die Aktion, das nennt man eine Medienguerilla, für Irritation auch in der Stadtregierung gesorgt hat, und das ist gut so.

Es ist nämlich Aufgabe von Künstlern und Künstlerinnen – und ich bin Teil einer Regierungskoalition, die diese Stadtregierung bildet –, auch uns als Politiker, Politikerinnen, Regierende zu kritisieren, den Finger auf die Wunde zu legen und alle diese Dinge. Es ist eine sogenannte Medienguerilla gewesen, und eine Medienguerilla zeichnet sich dadurch aus, dass man versucht, durch Übertreibung oder eben dadurch, dass man gezielte Fehlinformationen an Medien leitet oder, wie in diesem Fall, Inserate schaltet oder Prospekte druckt, die nicht der Wahrheit entsprechen – das ist eine international anerkannte Kunstform –, auf gesellschaftliche Missstände hinzuweisen. Und aus Sicht der VeranstalterInnen ist es ein gesellschaftlicher Missstand, wie wir alle, die wir auf der Gewinnerseite des Lebens sind, mit jenen umgehen, die das nicht sind, mit jenen, die betteln müssen, die sich ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, indem sie auf die Straße gehen. Das tut keiner gerne, aber können muss man es dürfen.

Das sichtbar zu machen, nicht zuzulassen, dass das aus dem öffentlichen Bewusstsein gedrängt wird, dass eine Gesellschaft, die Armut produziert, sich auch damit konfrontieren muss und das auch sehen können muss – all das waren Anliegen dieses Projektes. Und nicht nur das, sondern die sind der Meinung – und ich finde, das ist gar keine schlechte Idee –, dass die Stadt Wien tatsächlich das tun sollte, was sie jetzt tun, nämlich Menschen zu ernennen, zu beauftragen, sich gezielt um Armut und vor allem um die Verlierer und Verliererinnen dieser Gesellschaft zu kümmern und sich dessen anzunehmen.

Das ist eine Kulturmethode, die nennt man eben Medienguerilla oder Culture Jamming oder Ad Posting. Der theoretische Unterbau geht auf Umberto Eco zurück, der das semiotische Guerilla nennt, oder Noam Chomsky, der das „consensus without consensus“ nennt. Da geht es für uns alle darum, zu überdenken, wem wir was glauben und warum. Und insofern erzeugt man fiktive Realitäten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja ein Widerspruch in sich!)* Schön, dass Sie es erkannt haben! Es geht darum, Widersprüche zu erzeugen, es geht darum, Irritationen hervorzurufen, es geht darum, uns endlich wieder einmal zum Nachdenken zu bringen. Und das ist doch eine der nobelsten Aufgaben, die Kunst leisten kann. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das soll nobel sein?)* Man hört es leider nicht im Livestream, aber alles, was jetzt in den Wortmeldungen kommt, ist nur ein Teil des Kulturprojekts „Wienwoche“. *(Beifall bei den GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie ruhig weiter!)*

Es gibt wunderbare internationale Beispiele dafür, die ich Ihnen gerne referiere. Das bekannteste davon war die Barbie Liberation Organization, wo Menschen, Cultur Jammer, Barbie-Puppen und diesem GI Joe Chips eingebaut haben, der dann irgendwie sagt, „Ich will mit dir shoppen gehen!“, um damit auf den Konsumwahnsinn hinzuweisen und all diese Dinge.

Es gibt in Berlin das Berliner Büro für ungewöhnliche Maßnahmen, das ähnliche Dinge macht, und es gibt ähnliche Kulturformen, die auch auf der „Wienwoche“ sehr häufig in verschiedensten Formen geprägt wurden: verstecktes Theater, Theater der Unterdrückten, das auf Augusto Boal zurückgeht, und all diese Dinge. Es gibt die sehr, sehr bekannten ... *(GRin Dr Jennifer Kickert: Geh, wiederhol das noch einmal! – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Der Jung hat das noch nicht begriffen!)* Ja, eh. Ich habe es vorher dem Kollegen Ebinger schon gesagt, weil ihr gesagt habt, ihr hättet da so viele Ideen zur „Wienwoche“. Also ihr seid wirklich eingeladen, euch dort zu bewerben nächstes Jahr. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Es gibt ja einen öffentlichen Bewerbungsprozess, wo man zuschauen kann, und da kann man sich bewerben. Also ich fände es sehr, sehr reizvoll, den Herrn Jung als Akteur der „Wienwoche“ zu sehen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Er ist auch da ein Unterdrückter!)* Er ist einer, aber man sieht ihn leider noch nicht. Es geht ja auch um die Sichtbarmachung von unterdrückten Gruppen. Ein sehr, sehr ernstes Thema. *(GR Armin Blind: Ihre Verlegenheit ist auch eines! – Weitere Zwischenrufe)*

bei der FPÖ.) Nein, bleiben Sie da! Ich komme gar nicht dazu, ich hätte so viel zu erzählen dazu. Ich muss jetzt, glaube ich, einmal zu den Projekten kommen, denn es sind insgesamt 70 gewesen. Bettelbeauftragter haben wir abgeschlossen.

Wozu sich dankenswerterweise – jetzt ist er nicht da – der Herr Juraczka geäußert hat, das habe ich auch hochinteressant gefunden. Der Parteichef der ÖVP hat in der „Presse“ eine Meldung gegeben, wo er sagt, die GRÜNEN sind jetzt völlig verrückt geworden, jetzt fordern sie das bedingungslose Grundeinkommen. Ich verstehe es, weil Sie das so machen, dass Sie öffentliche Kulturgelder für Parteiveranstaltungen verwenden – und ich heiße das nicht gut (*GR Mag Wolfgang Jung: Meinen Sie das Donauinselfest?*) –, dass Sie sich nicht vorstellen können, dass das jemand nicht macht. (*GR Mag Wolfgang Jung: Meinen Sie das Donauinselfest?*) Ich sage Ihnen meine persönliche Meinung zum bedingungslosen Grundeinkommen. Ich halte das für einen Holler! Ich halte das für einen Holler und bin dagegen. Ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen ist eine wunderbare Idee. Sie ist utopisch! (*GR Mag Wolfgang Jung: Und Sie stellen das fest, oder wie?*) Wobei ich Sie bitte, den Begriff Utopie zu googeln, damit ich Ihnen nicht erklären muss, dass Utopie nichts Böses ist. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Sie zielt auf den Wunsch, auf die Sehnsucht nach einer globalen Gerechtigkeit ab. Diese Sehnsucht habe ich auch. Ich glaube nicht, dass, sagen wir einmal, innerhalb der nächsten paar Legislaturperioden das weltweite bedingungslose Grundeinkommen umsetzbar ist. Ich glaube nicht, wenn der Wiener Gemeinderat oder der österreichische Nationalrat das weltweite bedingungslose Grundeinkommen einstimmig beschließen würde – was wir wahrscheinlich nicht machen werden –, dass es dann umgesetzt wird. Insofern bin ich pragmatisch genug, um zu sagen, ich halte das nicht für die richtige politische Strategie. Ich halte ein nationales bedingungsloses Grundeinkommen sogar für schädlich, ich bin dagegen, und es ist auch nicht grüne Parteilinie. Sie werden kein grünes Parteiprogramm finden, das ein weltweites oder ein nationales bedingungsloses Grundeinkommen fordert.

Aber das ist auch gar nicht das Thema. Hier geht es um Künstler und Künstlerinnen, um Kulturschaffende, und deren verdammte Aufgabe ist es, mit Sehnsüchten, mit Träumen, mit Hoffnungen, mit Utopien zu arbeiten. Und wir haben ihnen das nicht zu verbieten. Da ist es völlig egal, ob die GRÜNEN das gut finden oder nicht, das hat uns nicht zu interessieren. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Die GRÜNEN haben dafür gesorgt, dass Parteiveranstaltungen ... Und da ist das Stadtfest ein wirklich grausliches Beispiel dafür, dass öffentliche Kulturgelder von einer Partei – wo man sich nicht wundert, denn die Korruptionfälle in Ihrer Partei sind ausreichend bekannt, zumindest seit dem Untersuchungsausschuss, wo man sich also nicht wundert, ich halte es dennoch für grauslich –, dass hier öffentliche Kultursubventionen für eine Parteiveranstaltung verwendet werden, wo es nur darum geht, irgendwie Parteipropaganda zu betreiben oder

heuer irgendwie gegen das Parkpickerl zu schimpfen oder was weiß ich, was alles (*GR Mag Rüdiger Maresch: Unterschriften sammeln!*), Unterschriften zu sammeln. Und die schwarzen Bonzen sind dort und die schwarzgelben Luftballons und was weiß ich, was alles.

Ich weiß, ihr könnt es euch nicht vorstellen, aber wir tun das nicht. Wir tun das nicht, sondern es gibt das unabhängige Projekt „Wienwoche“, das wir, ja, unterstützen, so wie wir die Garage X unterstützen, die Festwoche unterstützen, das Wien Museum unterstützen und all diese Dinge. Der Wiener Gemeinderat unterstützt das unabhängige Projekt „Wienwoche“. Weil wir das als GRÜNE initiiert und erreicht haben, können wir nichts dagegen tun, dass derzeit noch alle Zeitungen immer schreiben „Grüne Wienwoche“, „Grünes Stadtfest“, rauf und runter. Ich bin alles andere als glücklich damit, das „Wienwoche“-Team ist alles andere als glücklich damit. Ich schreibe diese Schlagzeilen nicht, aber ich glaube, das wird sich automatisch legen, weil sich die „Wienwoche“ als ein Projekt etablieren wird, das aus dieser Stadt nicht mehr wegzudenken sein wird.

Und deswegen der große Unterschied: Die können bedingungsloses Grundeinkommen oder viele andere Dinge, die nichts mit den GRÜNEN zu tun haben, dort thematisieren, und wir werden uns immer schützend vor die Künstler und Künstlerinnen stellen. Aber was mich wirklich ärgert dabei, ist, dass die ÖVP heute die Rolle jener übernimmt, die vor zehn Jahren noch die Frau Unterreiner, heißt sie, glaube ich – die uns, Gott sei Dank, in diesem Raum erspart bleibt –, die damals FPÖ-Kultursprecherin war, innehatte, die nämlich den Rücktritt von Peter Marboe gefordert hat, weil er sich schützend vor die Festwochen gestellt hat, die den Schlingensief Container produziert haben. Ich glaube zu wissen, dass Peter Marboe es auch nicht als Parteilinie betrachtet hat, was Schlingensief da gemacht hat, und ich glaube, dass er es nicht als Parteilinie betrachtet hat, dass Schlingensief dort auch die schwarz-blaue Regierung kritisiert hat, aber Peter Marboe hat damals eindeutig gesagt: „Das ist egal, es geht darum, dass ich mich schützend vor Künstler und Künstlerinnen stelle.“

Dass die ÖVP heute die FPÖ rechts überholt – wobei die FPÖ sich ja gar nicht mehr dazu geäußert hat, sondern und nur noch hintennachiaselt wie in vielen anderen Fragen; aber das ist euer Problem –, das halte ich für traurig, für bedenklich. Dass eine Partei, die eigentlich in der Tradition eines Kulturmenschen wie Erhard Busek stehen sollte oder eines Bernhard Görg oder eines Peter Marboe, heute diesen autoritären Stil pflegt, zeigt nur, dass die bürgerlichen liberalen Menschen in Wien überhaupt nur noch eine Alternative haben, nämlich die GRÜNEN. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Oder die SPÖ, je nachdem, wo man halt steht. Das muss man dazusagen. (*Beifall von GR Siegi Lindenmayr. – Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*)

So, haben wir jetzt genug über das bedingungslose Grundeinkommen geredet? Dann können wir noch über anderes reden. Ja, über den Waschsalon. Der Herr Gudenus, der jetzt wieder da ist, hat ja dankenswerterweise sowohl über den Bettelbeauftragten als auch über die

Rosa Lila Villa geredet – da waren Sie nicht da, aber ich kann es Ihnen jetzt auch sagen; die Rosa Lila Villa wird am 17. November 30 Jahre alt, sie hat wunderbare Arbeit geleistet für die Anerkennung von Homosexuellen, Transsexuellen und so weiter –, und er hat eine Aktion im Waschsalon kritisiert.

Ich glaube, dass niemand von Ihnen dort war, denn es ist nicht wahnsinnig groß dort, und ich glaube, ich habe alle gesehen. Sie hätten das sehen sollen, was da im Waschsalon gemacht wurde. Es ist der Waschsalon Schnell & Sauber in der Westbahnstraße 60. Da kann man noch hinschauen. Die haben dort das Thema „Frauen und Waschen“ auf künstlerische Art und Weise thematisiert. Frauen aus unterschiedlichsten Ländern sind dort aufgetreten. Da hat man dann Frauen aus Bulgarien, aus Österreich, aus Kenia erlebt, die kenianische Lieder, österreichische Lieder, bulgarische Lieder zum Thema Waschen gesungen haben. Dazu haben sie Videoinstallationen gemacht. Die haben die Waschmaschinen einbezogen. Das ist eine 24-Stunden-Wäscherei. Es sind dort Leute auf die Bühne gekommen, die zufällig da waren, weil sie Wäsche gewaschen haben. Die haben dann auch das Mikrofon in die Runde gegeben, man hat selber etwas dazu sagen können, irgendwie seine persönliche Sicht vom Waschen. Es haben sich Leute dort selbst in der Waschmaschine gewaschen. Es war unglaublich lustig, und von der performatischen Qualität her kann man das eins zu eins neben die Festwochen stellen. (*Lebhafte ironische Heiterkeit bei der FPÖ, insbesondere bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Also es hatte von der künstlerischen Qualität ... (*GR Mag Wolfgang Jung, lachend: Der Waschsalon und die Festwochen!*) Das ist super! Man kann auch im Gemeinderat mit der „Wienwoche“ den Herrn Jung so erheitern. Es ist irrsinnig schade, dass man das nicht am Livestream sieht, denn die schauen, glaube ich, gerade zu. Die hätte so eine Freude mit Ihnen.

Hier wurden wirklich schwierige politische Themen thematisiert. Ich meine, das waren 30 Gruppen – das muss man vielleicht auch dazusagen –, die innerhalb von 8 Monaten ein 17-tägiges Kulturprojekt mit 70 Veranstaltungen auf die Füße gestellt haben, und das sind 30 Gruppen, die seit vielen Jahren in dieser Stadt am Rande der Unsichtbarkeit wunderbare Arbeit leisten. Das ist nicht nur die Rosa Lila Villa, die ein bisschen bekannter ist, sondern da war zum Beispiel der Verein Exit dabei. Das ist ein Verein, der sich um die Opfer von Frauenhandel kümmert. Das sind jene Nigerianerinnen, die im Prater zu Sexarbeit gezwungen werden. Das sind Opfer von Frauenhandel, die von diesem Staat – und das betrifft vor allem die Innenministerin, die Justizministerin der ÖVP – nicht geschützt werden. Es gibt zwar einen § 69a, der die Opfer von Menschenhandel schützen müsste, aber das geschieht nicht. Dieser Verein Exit kümmert sich um diese Frauen. Das sind Frauen, die wirklich an der alleruntersten Grenze der gesellschaftlichen Skala leben müssen, die Opfer von Frauenhandel sind, die wirklich in einem Elend leben mitten in einer der reichsten Städte der Welt, in der lebenswertesten Stadt der Welt, die wirklich hier in furchtbaren Zuständen le-

ben. Dieser Verein Exit kümmert sich um diese Frauen, er ermächtigt sie, selbst aus diesen Zwangsverhältnissen auszusteigen, hilft ihnen bei Behördenwegen und versucht, zuerst einmal das Wichtigste zu erreichen, nämlich die Legalisierung, damit sie überhaupt ihre Rechte wahrnehmen können.

Das passiert, das weiß jeder, und trotzdem tun wir so, als ob wir es nicht sähen, weil es uns unangenehm ist, so wie die Bettler und Bettlerinnen. Das passiert in der Unsichtbarkeit, und die „Wienwoche“ hat es geschafft, das sichtbar zu machen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Und das nennen Sie Kultur?*) Die „Wienwoche“ hat das thematisiert, sie macht das sichtbar, genauso eben wie andere sozial schwache Gruppen.

Das sind 30 Vereine, Gruppen (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) – Sie können sich bewerben; Sie müssen mit der Isabella Leeb sprechen, ob Sie ihr nachfolgen können als Pressesprecher, Herr Jung –, die haben das sichtbar gemacht, und allein das ist eine enorme Leistung. Wenn ich mir dagegen anschau, was das Parteifest der ÖVP bietet – wobei wir überhaupt darüber reden müssen, wie lang das noch ein Parteifest sein soll; ich werde immer sehr für das Stadtfest kämpfen, aber ich denke mir, dass es endlich aufhören müsste, eine Parteiveranstaltung zu sein –, das bietet Rainhard Fendrich und Trackshittaz. 400 000 EUR. Doch hier wurde mit 450 000 EUR eine Plattform geschaffen, die in höchster künstlerischer Qualität Gruppen sichtbar macht, Probleme der Stadt thematisiert, sich mit der Stadt auseinandersetzt, und das in einer ganz, ganz hervorragenden, spannenden Weise, die auch nachhaltig sein wird.

Das wird in der Stadt nachwirken. Das ist kein Festival, wo man hinget und sich amüsiert, sondern das sind Gruppen, die etwas thematisieren. Deswegen stehen jetzt zum Beispiel auch noch Obstbäume herum, die sie gepflanzt haben im Rahmen der „Wienwoche“. Das ist auch ein schönes Thema, das kann man ja politisch einmal thematisieren: Warum stehen nicht mehr Obstbäume in der Stadt, wo man sich dann die Äpfel pflücken kann, also sogenannte Common Goods? Das ist ja ein schönes Thema, über das man auch reden kann.

Übrigens den Fendrich haben sie auch thematisiert. Der HOR 29 Novembar, der übrigens auch bei den Festwochen schon aufgetreten ist, ist auch mehrmals für die „Wienwoche“ aufgetreten, gestern vorm Innenministerium. Sie haben dort „Die ArbeiterInnen von Wien“ gesungen, und sie haben auch gesungen „Amen se andar e Austria!“, das ist die Übersetzung von „I am from Austria“ auf Romanés. Also sie definieren das für sich um. Das sind Menschen, die zugewandert sind, die sagen, ich will Österreich zu meiner Heimat machen. Ich lasse mir das aber nicht von wem anderen sagen, wie das geht, sondern ich nehme das für mich in Anspruch, dass Wien, dass diese Stadt meine Heimat ist, und ich trage dazu bei, ich arbeite daran, das auch für alle gut lebbar zu machen.

Ich glaube, es kann keine schönere Aufgabe für ein urbanes, für ein städtisches Kulturprojekt geben, als zum Zusammenleben in dieser Stadt beizutragen mit den wirklich enormen Möglichkeiten, die Kultur hat. Die Kultur

hat Menschen zusammenzubringen, Diskurse zu stärken, Auseinandersetzungen auch zuzulassen, Konflikte nicht unter den Teppich zu kehren, sondern einfach darüber zu reden. Dass es sogar gelungen ist, damit in die Boulevardzeitungen zu kommen, ist ein besonderes Verdienst auch unserer KooperationspartnerInnen auf dieser Seite. Das freut uns ganz besonders.

Was kann man noch besichtigen? Es ist noch nicht ganz aus. Am Samstagabend ist die Abschlussfeier im Haus der Begegnung in Mariahilf, wo dieser HOR 29 November gemeinsam mit den Wiener AbfallberaterInnen, gemeinsam mit anderen Gruppen und mit Tony Wegas auftreten wird. Man kann im Volkskundemuseum auch noch das „Museum Festung Europa“ besichtigen – da brauche ich, glaube ich, nicht viel dazu zu sagen –, das diese zum Glück immer brüchiger werdende Festung Europa thematisiert.

Gestern wurde – da war ja dankenswerterweise auch der Geschäftsführer der ÖVP anwesend, also ein weiterer Kooperationspartner war anwesend – im Planet 10 „Bleibeführer\_in“ vorgestellt, eine Initiative, um Menschen, die hier leben, die aber illegalisiert sind, ihre Inklusion, ihre Teilhabe an der österreichischen Gesellschaft zu erleichtern. Heute steht im „Standard“, das ist ein sehr hilfreicher Führer mit vielen Adressen, wo man Hilfe kriegt und so weiter.

Sie haben auch irgendetwas dazu ausgesendet, woran ich mich gar nicht mehr so recht erinnere. Sie sagen da irgendwie, das ist eine Initiative, die sagt, wir wollen legalisiert werden, wir wollen Rechte haben!, und Sie meinen dann, die wollen irgendwen zur Kriminalität aufordern. Es ist umgekehrt. Ihre Parteien – in dem Fall leider die Regierungsparteien der Bundesregierung – illegalisieren Menschen und drängen sie ins Abseits, und es gibt nichts Besseres, als dass so ein Projekt ... (*Beifall bei der FPÖ.*) Warum krieg ich jetzt einen Applaus? Weil Sie es nicht verstanden haben? (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Großartig! Na, den genieße ich jetzt einfach einmal. (*Anhaltender Beifall bei der FPÖ.*) Sieben, sechs, fünf, vier, drei, zwei, eins. Es war wunderbar! Ich bedanke mich sehr herzlich fürs Mitmachen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

40 Minuten sind eine angemessene Redezeit für diese Thematiken. Erst möchte ich aber auch etwas sehr Positives sagen, und zwar nicht, weil es die anderen gesagt haben, sondern weil es mir und meiner Fraktion und meiner Delegation, die mit war, auch ein Anliegen ist: Es war wirklich eine ausgezeichnete Ausschussreise! Es wurde schon sehr viel darüber geredet, welche Museen wir gesehen haben, wie großartig zum Beispiel die Architektur alter Topgebäude, alter imperialer Gebäude mit neuen Gebäuden in Liverpool war, wie großartig die Architektur des Folkwang-Museums ist, welche beruhigende Kunsträume hier geschaffen wurden.

Es hat noch keiner über dieses beeindruckende

Ruhr-Museum geredet, wo diese riesigen alten Förderungsanlagen zur Kohlewäsche umgebaut wurden in ein Museum des Ruhrpotts, wo durchaus in einer neuen Art und Weise, also nicht mit klassisch historisch wertvollen Ausstellungsstücken gearbeitet wird, sondern auch mit dem Zeigen einer Staublung, mit dem Zeigen eines Glases Wassers oder anderer Objekte oder auch mit dem Zeigen von Monstranzen von Kirchen, die gebaut wurden, um die Arbeiter, die aus Polen kamen, hier sozusagen religiös zu versorgen, und die ja mittlerweile wieder geschlossen sind.

Das waren also ziemlich beeindruckende Museen, und wir haben eine sehr „toughe“ Agenda gehabt. Wir sind nicht bloß – dass sich das keiner so vorstellt – in ein Museum gegangen und haben uns irgendein Bild angeschaut, sondern wir haben immer stundenlang darüber diskutiert, wie das mit den Beteiligungen ist, ob man ein Museum mit PPP machen sollen oder ob da dann jemand auch bei einer 10-Prozent-Beteiligung dreinredet oder nicht dreinredet. Wir haben über die Architektur geredet, wir haben wirklich über Finanzierungsmodelle diskutiert, darüber, wie viele zusätzliche Räume es geben soll. Wir haben auch hauptsächlich Museen gesehen, die zugebaut haben, weil das ja auch für das Wien Museum sozusagen spruchreif wird.

Für diese Ausschussreise bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion auch einmal bei Uschi Schwarz ganz herzlich für die hervorragende Organisation (*Beifall bei FPÖ, SPÖ und GRÜNEN.*), ebenso bei Christian Kircher, der das inhaltlich wirklich einwandfrei vorbereitet hat. Ich habe, wie das auch meine Vorredner schon gesagt haben, noch kaum eine Ausschussreise mitgemacht – und ich habe in den elf Jahren schon etliche erlebt –, die so zielgenau verschiedenste Perspektiven für eines unserer Vorhaben in Wien, nämlich eines neuen Wien Museum oder eines Umbaues oder Neubaues oder wie auch immer, zum Gegenstand hatte.

Wir haben alle wahnsinnig viel gelernt, und es ist richtig, dass wir diesen Prozess jetzt auch fortsetzen werden. Wir sind ja auch zu einem Expertennachmittag eingeladen worden, um das Für und Wider von Standorten für ein neues Wien Museum zu besprechen, wir sind auch involviert in die Problematik des bestehenden Wien Museums, diesen Haerdtl-Bau, der einerseits unter Denkmalschutz steht, andererseits massiv auffällig ist, wo es zum Teil sogar Wassereinbrüche gegeben hat bei schweren Regenfällen, wo, wie man mir gesagt hat, der Direktor selbst mit dem Kübel das Wasser weggeschafft hat, weil sonst unter Umständen der große Besitz von 400 Klimt-Zeichnungen, die gerade beim Passepartout-schneiden im Keller waren, auch gefährdet gewesen wäre.

Wir werden hier sicher aktiv mitarbeiten, und – ich weiß nicht, ob das jetzt unüblich ist, aber es ist ja ein historisches Museum auch eine ganz wichtige Sache für die Stadt Wien – da möchte ich schon noch herausstreichen, wir haben nicht nur historische Museen gesehen, wir haben auch Kunstmuseen gesehen. Das ist zwar jetzt wunderbar, aber wir haben so eine Mischung: Wir haben ein Kunstmuseum – das Historische Museum hat

das Bildnis der Emilie Flöge, das, glaube ich, auf 130 bis 150 Millionen EUR versichert oder geschätzt ist –, aber wir haben auch sehr viel Historisches der Stadt Wien. Und dieses Liverpool-Museum war wirklich ein großartiges Beispiel, denn man hat das Gefühl gehabt, das ist wie ein Wohnzimmer für die Bevölkerung. Da sind ganz alte Leute, da sind Kinder, die sich sagen, na, setzen wir uns halt dorthin.

Das zu erreichen, wäre natürlich ein ganz hehres Ziel, ich möchte aber auch sagen – Liverpool hat übrigens drei Mal so viele Einwohner wie Salzburg (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Und drei Mal so viele Museen!*), ja, genau; Liverpool hat trotzdem nicht so viele Museen wie Wien –, bei dieser Vielfalt, die wir ja Gott sei Dank auch haben, weil wir eine berühmte Kulturstadt sind, wird es schwer sein, dieses Ziel auch tatsächlich umzusetzen, diese völlige Identifikation der Wiener Bevölkerung mit dem Wien Museum. Aber wir sollten uns das als Parameter nehmen und alles daransetzen, dass das auch funktioniert.

„And there are now something completely different.“ Ich habe mir heute, weil ich ja gerne über die „Wienwoche“ auch etwas sagen möchte – jetzt ist er nicht da (*GR Mag Wolfgang Jung, auf den Schriftführerplatz, wo GR Klaus Werner-Lobo sitzt,weisend: Da sitzt er!*), ach ja, da hinten, Entschuldigung –, extra ein grünes Sakko angezogen, zwar olivgrün, nicht giftgrün, damit ich sozusagen ein bisschen überleite zu diesem Thema. Jetzt haben wir von Klaus Werner-Lobo gehört, Kunst ist frei. Wir kennen das als Freiheitliche ja schon. Wenn irgendwas von uns kommt, hört sich die Freiheit auf. Da wird dann aufgerufen zur Safaris und so.

Und dann hat er gesagt, Kultur ist bei uns Chefsache. Bitte, zu deiner Unterrichtung: Wir haben absichtlich nicht zu den einzelnen Dingen etwas gesagt, sondern unser Klubobmann hat eine globale Ablehnung in einem globalen Stile formuliert, damit es von vornherein einmal klar ist, denn wir wollten eben nicht dazu beitragen, dass wir zu Pressesprechern der „Wienwoche“ werden und diese „Wienwoche“ dann vielleicht medial gar aufgewertet wird. Deswegen habe ich mich auch entschlossen – wie heißt das so schön in der „Wienwoche“: „wo, wenn nicht hier“ –, darüber zu reden, und ich werde jetzt auch kurz ein bisschen meine Meinung zu den einzelnen Dingen sagen.

Dass wir uns dort bewerben, um mitzumachen, das halte ich schon für ausgeschlossen, denn ich bewerbe mich nur gerne dort, wo ich auch Chancen habe. Wie ich gesehen habe, ist ja da die Kollegin Hebein aktiv in einer Diskussion dabei gewesen, die Kollegin Korun bei der „Festung Europa“ oder so was über Menschenhandel aus Afrika. Also was man auch grundsätzlich bekritteln oder anmerken kann: Es geht da doch sehr viel um Parteipolitik und sehr wenig um Kunst und Kultur. Es gibt auch für jeden Schmarren – sage ich jetzt einmal so lax auf Wienerisch – Diskussionsrunden, Workshops, Impulsreferate. Also es geht doch mehr in die politische Arbeit und nicht so sehr in die kulturelle, wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen.

Ich habe dieses Programm hier bei mir, und es wie-

derholen sich die Dinge ja auch. Du sagst, es sind 70 Events oder 70 Aktionen, aber die sind ja immer wieder von den gleichen Leuten, also in Wirklichkeit sind es gar nicht so viele. Außerdem sollte man vielleicht auch nicht so viel Wert auf die Quantität legen, sondern vielleicht an den anderen Dingen ein bisschen mehr noch arbeiten. Da sind wunderbare Formulierungen, auf die ich dann noch eingehen werde.

Das Erste, was mir aufgefallen ist und worüber ich gerne reden möchte, sind diese Urban Commons, oder wie man das nennt, da geht es um Baumpflanzungen, und zwar mit AgrarAttac, mit der Volxxküche, StadtFruchtWien und dem Kuserutzky Klan. Also das sind lauter so kleine Kampftruppen für die Rückeroberung des öffentlichen Raumes, dass man da so Obstbäume anpflanzt.

Ich meine, es sind gute Ideen, die vielleicht bei manchem dahinterstehen. Es ist ja nicht so, dass ich, wenn ich das jetzt kritisiere, der Meinung bin, dass man globalen Konzernen die Lebensmittel überlassen sollte oder dass wir nicht schauen sollten, dass wir gesunde Lebensmittel zu uns nehmen. Aber wie das halt alles gemacht wird, mit dem kann man sich nicht identifizieren. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass mehr als eine ganz winzige Kerngruppe von Grünwählern sich mit diesen Aktionen so in dieser Form identifizieren kann.

Da wurden also Bäume gepflanzt. Da geht es um selbstermächtigende Schnellkurse, und dann haben sie Bäume gepflanzt im Ostarrichipark. Ich werde dann nachher vielleicht noch den Artikel aus dem „Falter“ dazu vorlesen, einen sehr lustigen Artikel. Nur, dann habe ich mir das im Internet angeschaut, wie sie die Bäume pflanzen. Da haben sie einmal mit Einkaufswagen die Bäume in kleinen Töpfen hergebracht – getragen haben sie sie nicht, das wäre vielleicht zu viel Arbeit gewesen –, sie haben sie hingeschoben in den Ostarrichipark. Dann, denke ich mir, sie haben sie vielleicht eingepflanzt, denn so schwer ist das Pflanzen ja auch nicht, auch wenn hier bei der „Wienwoche“ eigene Kurse, eigene Workshops abgehalten wurden, wie man das macht. Ich kann euch sagen, ich habe einen Garten, das ist gar nicht so schwer. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Entweder man kauft einen Baum – beim Hofer kriegt man so Birnbäume manchmal um 9,90, aber bitte, wenn ich den Hofer nenne, ist das wahrscheinlich politisch unkorrekt –, oder man organisiert sich – in eurer Diktion – den Baum interventivistisch oder irgendwie. (*Lebhafte Heiterkeit bei der FPÖ.*) Dann nimmt man den Baum und schaut, wo der Ballen ist. Wenn er keinen Ballen hat, also wenn da nur ein paar lose Wurzeln hängen, dann würde ich ihn gar nicht einpflanzen, das wird nichts. (*Neuerliche Heiterkeit bei der FPÖ.*) Aber wenn er noch die Erde rundherum hat, würde ich ein Loch graben, das hineingeben, zuschütten, und dann muss man das – das ist ganz wichtig –, bis es angewurzelt ist, zirka ein halbes Jahr lang wirklich einweichen. Also das nur, um ein bisschen einen Schnellkurs, ein Quickworkshop hier zu machen.

Das interessante Ergebnis war – ich habe da ein Foto von der Homepage von den Herrschaften über den Event (*Der Redner hält ein Blatt in die Höhe.*) –, die

haben einfach die Bäume vom kleinen Topf in einen größeren Topf gepflanzt. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Also richtig pflanzen ist das nicht. Es ist vielleicht eine Pflanzerei, aber richtig pflanzen kann man das nicht nennen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Dabei wäre das ja sogar in einer Symmetrie. Schöne Obstbäume – im „Falter“ steht was von Birnen und so weiter – würden das Stadtbild ja gar nicht stören. Dagegen hätte ich ja gar nichts, aber dass sie es nicht einmal wirklich einpflanzen haben. Es ist wahrscheinlich als Demonstration angemeldet gewesen. Da hätte man sie nachher gar nicht mehr herausnehmen müssen, das hätte dann die Stadt Wien mit von Steuergeldern gemacht, das wäre überhaupt kein Problem gewesen.

AgrarAttac – allein schon der Name hindert einen Durchschnittsbürger daran, so einer Bewegung näherzutreten. Dabei sind die Ideen vielleicht nicht grundsätzlich abzulehnen.

Dann die Volxküche, die hat da auch mitgemacht. Ich habe im Internet nachgeschaut, Volxküche mit x. Die machen halt so kollektives Gruppenkochen in selbstverwalteten Einrichtungen, und da wird hauptsächlich vegetarisches Essen angeboten, aber auch vegane Speisen. Gibt es da Veganer (*in Richtung der GRÜNEN*) bei der Fraktion? Nein? Sonst hätte ich schon geschaut, ob keiner Lederschuhe oder einen Ledergürtel trägt oder sonst irgendwas, denn dann wird es eng. Ich frage mich immer, wie man sich das Leben so schwer machen kann. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Da gibt es ja dann noch die Diätveganer, die Fruitarian, oder wie die heißen, die dürfen nämlich nur die Früchte essen, die herunterfallen. (*Lebhafte Heiterkeit bei der FPÖ.*) Das sind die Diätveganer.

Bei StadtFruchtWien habe ich auf der Homepage nachgeschaut, und da war ein großer Event: die Rettung einer Brombeerhecke am Längenfeld. Die wurde dann laut dem Folder von der Polizei entfernt, weil dort ein Drogenumschlagplatz ist. StadtFruchtWien schreibt, nein, das sind höchstens Konsumenten, aber keine Dealer. GuerillaGärtner vom Längenfeld haben sich da also starkgemacht. Und da gibt es Fotos, wo sich einer gerade an einem Dorn oder eigentlich Stachel sticht und beklagt. Nach der Entfernung durch die MA 42 haben sie aber einen Augenschein vorgenommen und sind draufgekommen, dass die Wurzeln noch vorhanden sind. Das heißt, es besteht Hoffnung für die nächste „Wienwoche“, die wir wahrscheinlich, so es keine Neuwahlen gibt, nicht verhindern werden können, dass man hier dann doch seine Marmelade machen kann. Schwer wird es mit den Veganern, wenn die darauf warten, bis die Brombeeren abfallen, denn die verfaulen am Baum. Da wird das nichts. (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*)

Aber man kann sich ja zum Beispiel an eine Brombeerhecke anketten. Wenn man jetzt glücklicherweise noch ein Sodomaso-Anhänger ist, kann man das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden und sozusagen eine Mahnwache machen. (*Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Und das bringt mich auch schon zum Nächsten, was du breitgetreten hast: Hermes Phettberg. Ja, Hermes

Phettberg. Irgendwo gab es auch eine Aktion „So schön kann Schwulsein sein“, oder so irgendwie heißt das. Ja, wahrscheinlich wird das so sein, muss aber nicht. Und da kommen wir jetzt zu dieser Aktion. Also ich habe mir die „Nette Leit‘ Show“ auch immer gerne angeschaut, das war wirklich eine nette Unterhaltung. Damals gab es ja noch entweder Frucade oder Eierlikör, aber wenn die GRÜNEN so etwas in die Hand nehmen, kann man dort nur mehr einen Natursekt trinken. (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*) Ich hoffe, ihr wart alle dort und habt das auch getrunken. Oder? Gibt es einen, der sich outet? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Was soll das jetzt?*) Na, Entschuldigung. (*Lebhafte Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Schau, wie sie sich aufregen, auch die Bettelbeauftragte. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich werde etwas dazu sagen, diese Aktion unter den Titel zu stellen, gegen Homophobie zu sein. Da frage ich mich: Ist jemand homophob, wenn er nicht unbedingt den körperlich nicht mehr so fitten Herrn Phettberg im Rollator an einen Baum gefesselt sehen will? Ist man homophob, wenn man nicht Urin trinkt? Dann weiß ich nicht, welche Gruppe von Menschen ihr da anspricht. Da kann ich nur sagen: Gut so! Damit ist sichergestellt, dass das Wachstum der GRÜNEN eindeutig eine gewisse Grenze hat. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.*) Und wenn das Ganze noch im Ernst-Arnold-Park stattfindet, würde der sich wahrscheinlich denken: Wann da Herrgott net will, nutzt es gar nichts!

Ich will ja jetzt nicht über Sodomasochismus reden. Wir wissen alle, da gibt es auch vielfache Äußerungen in der Kunst dazu. Ich hätte ganz einfach gesagt, das Ganze ist Nobuyoshi Araki für Arme. Araki, ein berühmter Bondage-Künstler, Fotografien, für all jene, die es nicht wissen. (*GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch: Nicht nur Bondage!*) Na ja, die berühmtesten Fotos sind Bondage-Fotos, aber ist ja wurscht. Also das ist unter den „Magic Drinks“ zu verstehen.

Ich will mich nicht noch 25 Minuten auslassen, aber vielleicht noch ein paar Highlights aus der Presse.

Ja, der Bettelbeauftragte, auch etwas, was man durchaus glaubt. Die Frau Hebein war ja bei dieser Diskussion, dass man Bettler inkludieren soll in die Solidarität. Ich glaube, man sollte eher schauen, dass es keine Bettler gibt, dass die Leute sich den Lebensunterhalt leisten können und dass keiner betteln muss entweder aus Armut oder weil er von irgendwelchen kriminellen Organisationen abhängig ist. Aber bitte. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Zwischenruf von GRin Birgit Hebein.*)

Was mich besonders gefreut hat, sind diese Artikel im „Falter“, denn es gibt kaum eine Zeitschrift, die sich so sarkastisch darüber auslässt. Darf ich das kurz vorlesen, damit ich auch etwas zitiere. Also „Falter“ vom 26.9.: „Was früher alternativ hieß, ist heute kollektiv, partizipativ, inklusiv, in jedem Fall aber transgendersensibel und underscore zu schreiben. Eine Bleibeführer\_in“ – Bleibeführer, das ist das, was man auf wien.at auch sieht in allen Sprachen; da haben sie die AntiKulti-Gruppe aus Zürich genommen, aber ist wurscht – „zum Beispiel ist eine Broschüre für AsylwerberInnen, QuererInnen. Das

sind einfach Menschen, die eine Kreuzung queren. Da sind in der Klammer die queren Querer auf jeden Fall mitgedacht.“

„Symbolträchtig.“ – da geht es jetzt um diese Pflanzaktion – „Im zwischen Landesgericht – unfreiwillige Inklusion – und der Nationalbank – monetäre Globalisierung – gelegenen Ostarrichipark wurden vom Kuserutzky Klan zur unvermeidlichen DJ-Beschallung sechs von der MA 42 nicht erlaubte Obstbäume gepflanzt.“ Ich sage jetzt nicht, was für Bäume; irgendwelche Zwetschken, Pflaumen, Birnen. „Die Pflanzung der für die Justizanstalt Josefstadt vorgesehenen Bäume musste wegen eines temporären Gartenerdeengpasses verschoben werden.“ Schlecht organisiert auch noch! Nicht einmal eine Erde haben diese Pflanzler! Da sieht man, das sind ja völlige Theoretiker, die haben ja von eigentlicher Natur keine Ahnung, die wissen ja nicht einmal, dass man Erde braucht. *(Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Bei dem Kuserutzky Klan habe ich mir gedacht, die können interventionistisch eingreifen. Das heißt, sie haben immer ein bisschen Erde, ein bisschen Samen, ein Schauerl bei sich, damit man sofort zwischen irgendwelchen Pflastersteinen ein Pflänzchen retten kann.

Das geht aber noch weiter: „Das musikalische Programm der Eröffnung,“ – das hat der Klaus auch schon erwähnt – „bei dem sich Besucher und Akteure zahlenmäßig in etwa die Waage hielten“ – mithin ein Grund, warum wir uns sprechermäßig nicht dazu gemeldet haben, wir wollten dieses Gleichgewicht nicht stören *(Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* – „umfasste den zeitgemäß gegenderten Klassiker ‚Die ArbeiterInnen von Wien‘, eine verhatschte Agit-Prop-Darbietung und Rainhard Fendrichs ‚I am from Austria‘ in Romanés ‚Amen se andar e Austria‘. Das Lied wird dadurch zwar nicht besser, aber wer es erlernen will, hat in Workshops am 29. und 30. September Gelegenheit dazu.“ Super!

Du hast es schon angesprochen: „Bedingungsloses weltweites Grundeinkommen“. Ich meine, nimm mir das nicht übel, als Vision kann man das ja gelten lassen, aber mit Trommeln werden wir es nicht erreichen. *(Lebhafte Heiterkeit bei der FPÖ.)* Da kommt also morgen dieses große Trommeln, bum, bum, bum, bum, bum, bum, ein Flashmob. Tausend Trommeln für ein bedingungsloses Welteinkommen. Irgendwie als nette Träumerei kann ich das nur bezeichnen, aber es wird nichts ändern.

Faktum ist – und damit komme ich schon, 20 Minuten früher, zum Schluss –: Nach unserem Gefühl spricht es wirklich nur eine ganz, ganz kleine Klientel an. Es ist sehr, sehr viel Politik, sehr, sehr viel Parteipolitik dabei, und es ist eigentlich schade um die 435 000 EUR. Denn wenn es uns um die Armen, um die Bettler, um die Arbeitslosen und alle, die angesprochen wurden, geht, dann sollte man das Geld lieber denen selber geben. Außerdem sieht man, dass das alles nur grüne Theorie ist, denn die Realität ist so, dass der Herr Pilz, der sich es wahrlich leisten könnte, einem sozial Bedürftigen die Sozialwohnung versitzt. Vielleicht kommt er mit 60 m<sup>2</sup> aus bei seinem Gehalt. Er sammelt nur kleine Dinge, soweit ich gehört habe; nur Rolex, die kann er sich dann

trotzdem leisten. – Danke schön.

Beim Aktenstück stimmen wir auch dagegen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Maresch gemeldet. Ich weise ihn darauf hin, es ist eine tatsächliche Berichtigung und keine Wortmeldung. – Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Zunächst einmal möchte ich nur sagen: Herr Pilz wohnt in einer Gemeindewohnung, aber es gibt auch eine Stadträtin der FPÖ, die in einer Gemeindewohnung wohnt, und zwar die Frau Matiasek. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was ist das für eine Berichtigung?)* Ja, genau. Sie können nachher berichtigen.

Die nächste Geschichte zur tatsächlichen Berichtigung. Ich finde es interessant, dass mein Vorredner die Menschen, die Obstbäume gepflanzt haben, als völlige Theoretiker bezeichnet und irgendwie sozusagen ihre Ahnungslosigkeit ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Ich rede jetzt nicht mit Ihnen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber ich!)* Das ist mir wurscht, was Sie jetzt sagen. Faktum ist, lieber Herr Kollege, die Brombeeren fallen nicht von den Bäumen, sondern die fallen bestenfalls von den Hecken. *(GR Mag Gerald Ebinger: Das habe ich nicht gesagt!)* Das haben Sie gesagt.

Zweitens: Baumpflanzungen im Ostarrichipark sind deswegen nicht möglich, weil sich darunter eine Garage befindet, und deswegen muss man Containerpflanzen kaufen. Die Containerpflanzen sind in relativ kleinen Töpfen, und damit sie überleben, brauchen sie größere Töpfe. Sie können sich im Fachhandel erkundigen, wenn Sie Genaueres wissen wollen. Da gibt es eine große Adresse. Also bevor Sie sich herausstellen und Unsinn reden, bitte im Fachhandel oder im Internet nachschauen. – Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Baxant. Ich erteile es ihm.

GR Petr **Baxant**, BA *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich habe mich nur zum eigentlichen Thema vorbereitet, zur Publikation des Fluc, muss aber natürlich schon etwas zu meinem Vorredner sagen.

Gerald, du weißt, dass ich dich schätze, du weißt, dass ich mich auch immer wieder auf deine Reden freue, aber heute habe ich es wirklich nicht lustig gefunden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ich habe es echt nicht lustig gefunden. Bei aller Liebe und bei aller Wertschätzung, das war ein Minderheitenkabarett, aber nicht quasi, dass es die Minderheit hier irgendwie erfreut hätte, sondern du hast dich über Minderheiten lustig gemacht *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*, und ich finde nicht, dass das dir und deinem Intellekt gerecht wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die GRÜNEN sind eine Minderheit!)* Herr Jung, ich rede über Kulturpolitik. Davon haben Sie eher wenig Ahnung. Ich spreche gerade mit Herrn Ebinger. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Gut.

Gerald, jedenfalls wollte ich dir mitteilen, dass ich nicht glaube, dass das wirklich dein Niveau ist, du wolltest heute, glaube ich, eher anderen Kollegen und Kolle-

ginnen gefallen. Das ist dir sehr gut gelungen. Ich glaube wirklich nicht, dass irgendjemand hier in diesem Raum – und jetzt bin ich beim Grundsätzlichen zur „Wienwoche“ –, ich glaube nicht, dass wir als Vertreter und Vertreterinnen der Politik das Recht haben und auch nicht das Pouvoir haben, uns lustig zu machen (GR Mag Wolfgang Jung: *Ach so! Dazu haben wir Sie gebraucht, um das zu wissen!*) oder – ich sage es einmal wertfrei – zu werten, wie und in welcher Form künstlerische Darbietungen in unserer Stadt zu erfolgen haben. (GR Mag Wolfgang Jung: *Ja, Künstler, die Geld kosten. Aber wir haben viele arme Leute, die kein Geld bekommen und keine Gemeindewohnung!*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Herr Kollege Jung, ich darf Sie bitten, wenn Sie zu diesem Thema was zu sagen haben, geben Sie bitte eine Wortmeldung ab, dann können wir Ihnen auch alle zuhören. (GR Mag Wolfgang Jung: *Den Zwischenruf haben alle gehört!*) Ich ersuche Sie auch, Ihre Zwischenrufe etwas zu reduzieren. (GR Mag Wolfgang Jung: *In der letzten Sitzung gab es 49 Zwischenrufe!*)

GR Petr **Baxant**, BA (*fortsetzend*): Reißern Sie sich Ihnen einmal z'amm, Herr Jung! (*Ruf: Deutsch sollte man können!*) Ich habe es ganz bewusst so gesagt, das gehört so. Ich kenne mich schon aus mit den deutschen Fällen, das ist kein Problem, obwohl ich Deutsch erst ab dem siebten Lebensjahr gelernt habe oder lernen durfte. Meiner Meinung nach ist Deutsch übrigens die schönste Sprache der Welt. (*Beifall bei der FPÖ.*) Gut.

Jedenfalls noch einmal zum Grundsätzlichen. Wir Politiker und Politikerinnen haben uns nicht mit der Qualität der künstlerischen Darbietungen auseinanderzusetzen, das machen andere, das machen nämlich jene, die sich im Kunst- und Kulturbereich betätigen. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen und, ja, Geld zur Verfügung zu stellen. Dazu bekenne ich mich auch.

Ich persönlich finde zum Beispiel die Bondage-Performance von Herrn Phettberg absolut uninteressant, es gibt mir auch nichts, ich bin auch nicht hingegangen. Ich habe mir übrigens auch nichts durchgelesen, weder in den sogenannten Qualitätsmedien noch in den Boulevardmedien, weil ich denke, das gibt mir quasi nichts, trotzdem fühle ich mich als Politiker, als Verantwortlicher im Kulturausschuss, der darüber abstimmen soll, nicht in der Lage zu sagen, nein, das taugt mir nicht, und deswegen kein Geld. Das ist ein Kultur- und Kunstverständnis, das absolut überhaupt nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Wir sind wesentlich weiter.

Da möchte ich schon etwas hervorstreichen, was für mich sehr interessant ist und wo ich glaube, dass die „Wienwoche“ etwas vorwegnimmt, wo wahrscheinlich die Kunst- und Kulturpolitik der Zukunft liegen wird. Da wird nämlich versucht – es wird versucht, vielleicht wird es nicht geschafft, aber der Anspruch ist da –, dem Ideal der Freiheit der Kunst absolut gerecht zu werden. Das ist, glaube ich, etwas, was man auf jeden Fall respektieren sollte, auch wenn man nicht einer Partei angehört, die diese Initiative unterstützt.

Ganz bewusst: Ja, es ist keine politische Parteiinitia-

tive, aber natürlich ist Kunst und Kultur immer politisch und soll es auch sein. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Und vor allem: Kunst und Kultur soll aufregen, soll intervenieren, Kunst und Kultur muss uns alle irgendwie ärgern, sonst bewegt sich ja nichts weiter. Oder glauben Sie, dass sich wegen unserer so interessanten Diskussionen hier die Welt weiterbewegt? Ich glaube, dass vor allem Künstler und Künstlerinnen, die Kulturschaffenden der Motor der gesellschaftlichen Weiterentwicklung sind. Und deswegen ist etwas zu schützen, und zwar von uns allen, nämlich die Freiheit der Kunst, denn ohne die Freiheit der Kunst wird es auch keine Freiheit der Gesellschaft geben. Ganz einfach.

Wenn man sich hierherstellt und sagt, ich möchte bitte diese Kunstinitiative oder weil mir vielleicht zum Beispiel die „Fledermaus“ unglaublich gut gefällt, soll die Initiative, die die „Fledermaus“ aufführt, soundso viel Geld bekommen, aber die „Wienwoche“ nicht, dann ist das nicht unser Recht. Das ist nicht unser Recht, uns da quasi einzumischen. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Herr Jung, ich rede nicht mit Ihnen. Wir können uns nachher einen Termin ausmachen, aber es ist für mich nicht erhellend, was Sie mir zu sagen haben. (GR Mag Wolfgang Jung: *Für mich auch nicht!*) Okay, dann müssen Sie ja nicht zuhören, wenn es für Sie nicht erhellend ist.

Das heißt, das Ideal der Freiheit im Geistesleben ist etwas, wo wir, glaube ich, langfristig sowieso hinkommen müssen. Der Kulturstadtrat hat diesen Weg schon wesentlich früher eingeschlagen. Ich sehe zum Beispiel in der Theaterreform, wo eine von der Politik unabhängige Jury, die ausschließlich mit Experten und Expertinnen besetzt ist, darüber entscheidet, wer wie viel Geld bekommt, eigentlich etwas, was wahrscheinlich zukunftsweisend ist. Die „Wienwoche“ ist auch etwas, was zukunftsweisend ist, denn da wird Geld zur Verfügung gestellt von der Politik, und ab dem Zeitpunkt, wo das Geld fließt, hat sich die Politik nicht mehr einzumischen.

Meine Vision ist eine Freiheit des Geisteslebens, wo die Politik zahlt und die Kultur entscheidet, und zwar ganz eigenständig. Ich glaube – und das sage ich auch als einer, der der Regierungspartei angehört –, dahin sollten wir kommen, und die „Wienwoche“ und zum Beispiel auch die Theaterreform sind ein Weg dorthin.

Ganz kurz zu unserer Reise. Ich habe mich auch unglaublich darüber gefreut, an dieser Reise teilnehmen zu dürfen, vor allem deswegen, weil ich so viele Museen besucht habe wie noch nie in meinem Leben. Ich bekenne mich dazu, ich bin kein begeisterter Museumsbesucher, aber ich muss sagen, ich bin in dieser Woche ein begeisterter Museumsbesucher geworden. In weiterer Folge freue ich mich sehr über die Atmosphäre und über die Stimmung, die im Laufe dieser Woche in Deutschland und in England geherrscht hat. Über die Parteigrenzen hinweg sind, glaube ich, sehr interessante Gespräche geführt worden, sehr erquickliche Gespräche, sehr erhellende Gespräche. Ich habe sehr viel gelernt über die Hintergründe eines Museumsneubaus oder des richtigen Standortes eines Museums.

Ich glaube, dass wir da alle gemeinsam sehr viel ge-

lernt haben, das wir dann auch einbringen werden in die Willensbildungsprozesse hin zum neuen Wien Museum, von dem ich glaube – da muss ich dem kaufmännischen Direktor auch recht geben –, das sollte ein Museum des Lebens in Wien sein. Da gehört natürlich alles hinein, was uns nur einfällt, beziehungsweise fällt uns vielleicht noch gar nicht alles ein, was dort hineingehört.

Ganz kurz noch zur Reise. Auch ich möchte mich natürlich bei der Uschi sehr herzliche bedanken für die Organisation und auch beim kaufmännischen Direktor des Wien Museums, beim Herrn Kircher. Es war wirklich eine extrem lehrreiche Reise, und ich muss sagen, wenn ich mir die ersten drei, vier Wortmeldungen zur jetzigen Post so durch den Kopf gehen lasse, gibt es, glaube ich, nur eine Zunft, die sich darüber ärgert, dass wir auf Kulturausschussreise waren und uns dort offensichtlich so gut verstanden haben, das ist die Zunft der Journalisten und Journalistinnen. Wir haben dort anscheinend aufgehört zu streiten und haben es bis jetzt, leider, auch durchgehalten.

Ich glaube, wir sollten wesentlich öfter gemeinsam wegfahren oder gemeinsame Aktionen machen, denn das hat sich wirklich sehr positiv auf die Stimmung ausgewirkt, und ich glaube auch, dass die Stimmung in den nächsten Kulturausschusssitzungen auch wesentlich mehr von dem Wollen, den anderen zu verstehen, geprägt sein wird. Das ist, glaube ich, wichtig. Man muss es ja nicht immer gutheißen, aber man sollte es wollen, den anderen zu verstehen.

Jetzt komme ich zum letzten Punkt – ich werde meine Redezeit nicht ausschöpfen – nämlich zur Publikation des Fluc. Es ist mir deswegen so eine Freude, dazu zu sprechen, weil ich das Fluc seit seiner Entstehung quasi mit begleiten darf, und ich war von Anfang an ein Unterstützer beziehungsweise ein Fan. Ich habe das Fluc damals noch in seiner Zwischenposition kennen gelernt. Da war es noch nicht am jetzigen Standort, sondern einige Meter weiter, eigentlich auf ÖBB-Gelände. Ich selber habe im Fluc vor sieben Jahren mein bestes musikalisches Erlebnis gehabt. Da hat der Rainer Klang aufgelegt. Deswegen erinnere ich mich immer wieder daran, und ich glaube, ich bin nicht der Einzige, der wunderschöne und sehr inspirierende Stunden im Fluc verbracht hat.

Das Fluc ist etwas anderes als nur eine Disco. Das Fluc würde ich bezeichnen als eine Mischung aus einer Kulturinstitution und einem architektonischen Baujuwel. Das würde ich schon auch sagen. Es ist etwas, was den Standort Praterstern auf jeden Fall in den letzten zehn Jahren zu dem gemacht hat, was es jetzt ist, nämlich ein Ort, wo man eigentlich gerne hingeht. Ich selber kann mich noch erinnern, vor 15 Jahren wollte ich nicht unbedingt am Praterstern sein, sondern da ist man schnell durchgegangen, wenn man in den Prater wollte. Heutzutage ist es, glaube ich, schon ein Ort, wo man sich auch wohl fühlt, vor allem ist es ein Ort, der mittlerweile einen internationalen Ruf hat. Auch WienTourismus wirbt mittlerweile mit dem Fluc.

Das alles, sämtliche Interventionen, auch alles, was passiert ist im Bereich der elektronischen Musik und vor

allem auch in der Weiterentwicklung der elektronischen Musik, wird in der Publikation, die wir heute hoffentlich beschließen werden, zum Thema gemacht werden.

Was auch wichtig ist, ist, dass das Fluc natürlich für Architekturstudenten und -studentinnen international und an vielen Universitäten wirklich schon etwas ist, was man herzeigen möchte. Es kommen extra Leute aus dem Ausland hierher, nur um sich das Fluc anzusehen. Ich weiß auch, dass sehr viele aus Bratislava, aus Brünn oder aus Laibach nach Wien kommen, nur um sich speziell ein Konzert im Fluc anzuhören, denn viele Künstler und Künstlerinnen, die man vielleicht nicht in der Masse kennt, die aber Liebhaber-Bands sind, die wollen nur im Fluc spielen. Die haben zwei Locations in Österreich, die spielen vielleicht im Posthof in Linz, dann noch im Fluc und eventuell noch im Flex, und dann sind sie wieder weg. Es gibt darüber hinaus keinen österreichischen Spielort, wo sie spielen würden.

Das heißt, all das wird in der Publikation zum Thema gemacht. Die letzten zehn Jahre sind, glaube ich, eine Erfolgsgeschichte. Diese Erfolgsgeschichte ist es wert, dokumentiert zu werden. Und in diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Poststück. – Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Ebinger gemeldet.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ich wollte nur ganz kurz auf die beiden Vorredner eingehen. Okay, ob das jetzt für dich niveauvoll war oder nicht, da kann ich nichts machen. Es ist ja auch so, dass du natürlich hier vorbildlich den Koalitionspartner verteidigst, was vielleicht nicht alle in diesem Falle so sehen. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass ich überhaupt nichts erwähnt habe, was für mich irgendwie in den Nahebereich von Kunst kommt. Ich habe weder irgendetwas Negatives über Hermes Phettberg gesagt, das habe ich ausdrücklich vermieden – über die Aktion habe ich etwas gesagt, das ist richtig –, noch habe ich etwas über irgendwelche Musik im Waschsalon gesagt. Ich habe gesagt, dass das Trommeln der untaugliche Versuch sein wird, dass Weltgrundeinkommen zu sichern. Und bitte, das mit der Brombeerhecke kommt ja gar nicht bei der „Wienwoche“ vor. Das ist eine Anregung, eine aktive, kreative Anregung von mir.

Und diese ganzen Aktivistengruppen, die haben meines Erachtens wirklich nichts mit Kunst zu tun. Das sind halt Aktivistengruppen für den Lebensmittelbereich, für den Agrarbereich, für das globale Kochen, für Menschenrechte und gegen Sklavenhandel. Das ist alles schön und gut, aber das sind ja alles eingepackte Dinge, die in Wirklichkeit nicht zu einem Kulturfestival gehören. Es wird halt so transportiert. Und nur über diese Dinge habe ich gesprochen, und über jeglichen künstlerischen Ausdruck habe ich nicht gesprochen. *(Widerspruch bei den GRÜNEN.)* Über deinen Antrag habe ich mich lustig gemacht? Ja, Entschuldigung, darf man sich nicht mehr lustig machen? Sind wir in einer Diktatur, oder was? Muss man das, was ihr sagt, sakrosankt hinnehmen? Das kann es doch nicht sein! *(Zwischenrufe bei den*

GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Berichtigung, bitte!

GR Mag Gerald **Ebinger** (*fortsetzend*): Und noch etwas als Entgegnung zum lieben Rüdiger Maresch, der natürlich gleich auf die Barrikaden geht, wenn ich etwas über Pflanzen sage. Ja, wenn das so ist, das man beim Ostarrichipark nichts pflanzen kann, dann spricht das ja für mich und für das, was ich sage: dass das Theoretiker sind, die von der Praxis keine Ahnung haben. Sonst hätte man sich einen anderen Park aussuchen müssen, wo man wirklich etwas einpflanzen kann. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Von dir erwarte ich mir gerade bei diesem Punkt Besseres! Wirklich! Du enttäuscht mich in diesem Fall!*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich kann das vielleicht nicht so mit den Bonmot-scherln. Zum Thema „Wienwoche“ nur einen Satz: Ich persönlich habe es nicht gesehen. Ich glaube, da waren Dinge dabei, wo pro und kontra zu diskutieren ist. Ich glaube nur, dass die Hermes-Phettberg-Geschichte nicht gerade das Intelligenteste war. Ich habe auch geglaubt, dass der Kollege Lobo ernsthafter ist, aber ich habe es heute sozusagen bewiesen bekommen, dass das nicht der Fall ist.

Mein zentrales Thema ist es aber, auch noch ein bisschen das Wien Museum und die Diskussion rundherum zu beleuchten und auch den Dank an die Kollegin Schwarz und den Herrn Kollegen Kircher auszusprechen. Die Kollegin Schwarz hat das wunderbar vorbereitet, Mag Kircher hat das wunderbar geführt und auch das Programm zusammengestellt. Hier wirklich mein Dank an alle, die dabei waren, auch an das Büro des Herrn Stadtrates. Ich möchte nur zum Thema der Standorte reden. Wir werden ja bald mehr über das Pro und Kontra verschiedener Vorteile dieser einzelnen Standorte hören.

Mich hat auf dieser Ausschussreise das unterschiedliche pädagogische Konzept zwischen Deutschland und Großbritannien interessiert. Das war wirklich neu für mich. Hier ist Museum ein ganz anderes Thema in der Pädagogik, hat einen ganz anderen Stellenwert als bei uns. Liverpool war selbstverständlich ein ganz tolles Erlebnis, aber auch das Folkwang-Museum in Essen, und ich glaube, das wird einen neuen Impuls und neue Konzepte für das Wien Museum ergeben.

Ich möchte auch den Umbau des Städel-Museums in Frankfurt am Main erwähnen. Dort habe ich mich selber davon überzeugen können, wie es möglich ist, in einem bestehenden Bau 3 500 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche plus 1 500 m<sup>2</sup> Depotfläche unterzubringen, und zwar unterirdisch. Und es hat wirklich unter dem Direktor Max Hollein – den ich, soweit ich weiß, auch am 16. sehen werde – eine Faszination ausgelöst, wie Museen umgestaltet werden. Faktum ist, das ist ein Kunstmuseum – also Bilder, Fotografie –, und auch das ganze Werden dieses

Museums ist für mich in Zusammenhang mit der Entwicklung des Wien Museums ein sehr interessanter Fall.

Faktum bleibt, das Wien Museum ist in der derzeitigen Situation äußerst gefährdet. Ich glaube, wir alle hier in diesem Hohen Haus stehen für den Neubau oder Umbau eines Wien Museums, ich glaube, es gibt keine Fraktion, die sich dagegen ausspricht. Über den Standort werden wir alle diskutieren. Nur möchte ich daran erinnern, dass die Sanierung des bestehenden Museums am Karlsplatz mehr als 20 Millionen EUR kostet, um dieses Gebäude überhaupt längerfristig funktionsfähig zu erhalten, und das macht sicher auch den Neubau oder den Aspekt des Neubaus nicht einfacher.

Als zweiten großen Bereich möchte ich die Nöte der Kulturschaffenden in dieser Stadt beleuchten. Immer mehr klagen Kulturinitiativen über geringer werdende Budgets, ganz selten werden Kulturinitiativen mit höheren Budgets belohnt, und nicht zuletzt sind Länder und Kommunen – und hier leider auch die Stadt Wien – jene, die die Kostentreiber sind. Denken Sie an die Mieten in dieser Stadt, an Energiebezüge oder öffentliche Dienstleistungen. Das alles ist teurer geworden bei gleich bleibenden Budgets. Wie, meine Damen und Herren, sollen da diese Institutionen längerfristig überleben, wenn sie immer höhere Kosten zu beklagen haben?

Der Herr Stadtrat kennt genauso wie wir den Einkommensbericht der Künstlerinnen und Künstler, und wenige können von ihrer Tätigkeit als Künstler wirklich gut leben. Viele haben einen Zweit- oder gar einen Dritttjob, und es fragt sich, wie die Kulturpolitik in dieser Stadt in Zukunft aussehen wird bei sinkenden Budgets. Und das wird in der nächsten Zeit die große Herausforderung in der Wiener Kulturpolitik sein. Danke schön! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Meyer. Ich erteile es ihr.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auf die Kulturreise eingehen, die wirklich wunderbar war. Vor allem gab es ein ausgezeichnetes Gesprächsklima, und das wird uns wahrscheinlich bei der Findung eines Konzepts für das Wien Museum sehr helfen, damit wir da auf einen gemeinsamen Nenner kommen.

Ich gehe heute auf diese sogenannte Historikerkommission ein, die bezahlt wird, um die Straßen und Plätze von Wien zu durchleuchten, um festzustellen, ob diese nach Personen benannt werden, die politisch nicht korrekt sind.

Eines ist ja schon gelungen bei dem wirklich profilierten Dr Karl Lueger: Den Ring gibt es nicht mehr, und, wäre es gegangen, hätte man auch sein Denkmal schief gestellt, nur war das statisch nicht möglich. Gott sei Dank!

Die Doppelbödigkeit in dieser Geschichte ist für mich der Friedrich Adler, die Benennung im 10. Bezirk. Der Sohn des Viktor Adler bekommt eine Straße zu seinen Ehren. Er ist verurteilt als Mörder des Ministerpräsidenten Stürgkh, dann wurde das Todesurteil in eine Haftstrafe umgewandelt, und in den Wirren der 1918er Jahre hat

ihn der Kaiser Karl, nachdem alles zusammengebrochen war, aus dem Gefängnis herausgelassen. Von begnadigt ist gar keine Rede. Und er bekommt eine Straßenbenennung zu seinen Ehren. Wir leben ja Gott sei Dank in einer Wertegesellschaft, und Mörder bleibt Mörder. (*Beifall bei der FPÖ.*) Da kann ich doch um Gottes Willen nicht darüber hinwegsehen und sagen, das ist halt einmal so.

Ich bin ja sehr gespannt, was mit dem Ferry Dusika passieren wird. Der Ferry Dusika, ein toller Radsportler, hat meine volle Achtung. Ja bitte, der war NSDAP-Mitglied, hat mitgewirkt, ich will jetzt gar nicht eingehen, wo überall. Ja bitte, der bekommt eine Straße, nach dem wird ein Radzentrum benannt.

Ich muss ganz ehrlich sagen, wir Freiheitlichen sind überhaupt grundsätzlich gegen die Umbenennungen, und ich warne davor. Denken Sie an den Zauberlehrling! „Die ich rief, die Geister ...“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Woller. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Das war jetzt ein sehr abruptes Ende, aber ich bin schon da.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Letztgesagten von der Kollegin Meyer kann ich nur sagen, die Benennung von Straßen und Plätzen in dieser Stadt ist ein wichtiger Teil der Geschichte und der Kultur unserer Stadt. Niemand macht es sich leicht mit Benennungen, und man macht es sich schon gar nicht leicht mit allfälligen Umbenennungen. Es hat immer Diskussionen darüber gegeben, die wird es auch in Zukunft geben, und das ist auch gut so. Und weil es immer wieder Diskussionen gibt, ist es sicher sehr berechtigt, dass man da, wenn man diese Diskussion ernsthaft führt – und das wollen wir –, Historiker und Historikerkommissionen mit einbezieht. Diese Arbeit ist jedoch noch nicht abgeschlossen, wir warten auf diesen Bericht, und wir werden natürlich dann diesen Bericht der Historikerkommission diskutieren.

Es gibt immer wieder Möglichkeiten, wie man sich mit Straßen- und Platzbenennungen auseinandersetzt. Es hat ja auch andere Beispiele gegeben: durch Zusatztafeln, durch künstlerische Interventionen, durch Projekte von Kunst im öffentlichen Raum, aber auch durch allfällige Umbenennungen. Die Stadt Wien geht damit sehr, sehr zurückhaltend, sehr, sehr behutsam um. Und da hier der Dr-Karl-Lueger-Ring angesprochen wurde, muss noch einmal festgestellt werden, dass es in dieser Stadt 13 Orte, Plätze und Einrichtungen wie Kirchen oder Denkmäler gibt, die an Karl Lueger erinnern (*GRin Uta Meyer: Noch gibt es 13!*), und dass es der ausdrückliche Wunsch der Universität Wien war, hier eine dieser 13 Benennungen zu verändern. Und diesem Wunsch der Universität Wien, die in Kürze ein großes Jubiläum feiert, sind wir in dieser Frage nachgekommen.

Zur „Wienwoche“ ist eigentlich alles gesagt. Ich kann nur sagen, dass ich immer wieder froh bin, wenn es neue Festivals, neue künstlerische Projekte in dieser Stadt gibt. Es war ein sehr lebendiges Festival. Ich will jetzt keine der 70 Produktionen, oder wie viele Produktionen

es auch gewesen sind, beurteilen. Ich habe die meisten natürlich auch nicht gesehen, ich habe sie in den Medien verfolgt. Es ist auch nicht entscheidend, was jetzt dem Klaus Werner-Lobo, der Isabella Leeb, dem Gerald Ebinger oder mir gefällt, es geht nur darum, dass es diese künstlerische Produktion in Wien gibt. Und künstlerische Arbeit und Kultur darf irritieren, und wir müssen alle Voraussetzungen schaffen, dass künstlerische Produktionen in dieser Stadt Wien in großer Freiheit umgesetzt und auch irritierende Produktionen gezeigt werden können. In diesem Sinne kann ich nur sagen, es war eine wichtige Erfahrung und eine gute „Wienwoche“, und ich freue mich tatsächlich auch, wenn es hier eine Fortsetzung gibt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zur Frage des Wien Museums und der Ausschussreise nur eine Anmerkung: Ich würde es gerne Studienreise des Kulturausschusses nennen, und es war im besten Sinne eine sehr intensive, wichtige Studienreise des Kulturausschusses. Ich bin eigentlich sehr glücklich, dass hier alle vier Fraktionen festgestellt haben, dass es für sie eine wichtige Erfahrung war, dass wir viel gesehen haben, viel gelernt haben und dass es auch einen sehr, sehr guten Geist gibt im Sinne des Großprojekts der Stadt Wien, ein neues Wien Museum zu schaffen. Ich bin auch sehr glücklich, dass es einen einhelligen politischen Konsens gibt, dass die Frage der Bedeutung des Wien Museums und der Notwendigkeit eines Neubaus des Wien Museums in Wien unbestritten ist und dass das auch, über die Studienreise des Kulturausschusses und die heutige Diskussion hinaus, über die Tagung, die am 16. Oktober stattfinden wird, so weitergehen wird.

Das Wien Museum – nur so viel sei gesagt, und das haben wir auch erlebt durch die sehr fachkundige Führung von Christian Kircher bei unserer Studienreise –, ist nicht irgendein Museum, es ist ein ganz besonderes Museum, es ist ein Kunst- und ein historisches Museum, das diese Themen, die nicht zu trennen sind, in allen Ausstellungen und in allen künstlerischen Projekten verbindet.

Am besten sieht man das derzeit gerade aktuell an der großartigen Ausstellung der Klimt-Sammlung, 420 Klimt-Werke, die im Wien Museum noch bis zum kommenden Samstag zu sehen sind. Ich kann jedem, der es noch nicht gesehen hat, nur empfehlen, sich das spätestens in der „Langen Nacht der Wiener Museen“ anzuschauen. Dass diese Klimt-Ausstellung mit hochkarätiger Kunst, wie Emilie Flöge, auch parallel zur Ausstellung „Besetzt!“ und parallel zur Ausstellung über die Werkbundsiedlung in Wien gezeigt wird, das ist genau die Stärke des Wien Museums, und dafür müssen wir die baulichen, die finanziellen und die kulturpolitischen Voraussetzungen schaffen. Es ist nicht irgendein Museum, es ist schon gar nicht das Museum der Regierung, es ist das Museum der Wienerinnen und Wiener. Es wird hier die Sammlung der Wienerinnen und Wiener gezeigt, und die muss auch in Zukunft die beste Präsentationsmöglichkeit haben. Darum werden wir ringen, und das werden wir in den kommenden Jahren auch schaffen.

Nun zum Thema Vereinigte Bühnen Wien und Aus-

landsproduktionen, die Isabella Leeb angesprochen hat. Ich kann nur sagen, die Auslandsproduktionen der Vereinigten Bühnen Wien sind sehr wichtig, kulturpolitisch für die Kulturstadt Wien und auch wirtschaftlich für das Unternehmen der Vereinigten Bühnen Wien, insbesondere für die gewinnorientierte Unternehmung Vereinigten Bühnen Wien International GmbH, die aus den Auslandsproduktionen sehr relevante Einnahmen lukriert. Kulturpolitisch sind die Auslandsproduktionen der Vereinigten Bühnen Wien für die Musikstadt Wien wichtig, weil die Produktionen der Vereinigten Bühnen Wien im Jahr in Wien 600 000 Besucherinnen und Besucher sehen, im Ausland sehen die Auslandsproduktionen der Vereinigten Bühnen Wien jedes Jahr 1 Million Besucherinnen und Besucher. So läuft zum Beispiel die Erfolgsproduktion „Elisabeth“ insgesamt in 11 Ländern dieser Welt, in 7 Sprachen, und hat in den letzten Jahren 8,5 Millionen Besucherinnen und Besucher gehabt. Ein großer Teil der Gewinne der VBW International GmbH kommt aus diesen erfolgreichen Auslandsproduktionen der Vereinigten Bühnen Wien. Und hier sind tatsächlich die VBW nicht nur ein sehr erfolgreiches Unternehmen, sondern auch erfolgreicher Botschafter der Musikstadt Wien.

Wenn man Eigenproduktionen der Vereinigten Bühnen Wien auch im Ausland zeigen will, dann muss man dafür auch etwas tun. Wenn man nicht sät, kann man auch nichts ernten. (*GRin Ing Isabella Leeb: Zuerst hinschauen, dann was tun!*) Wer ernten will, muss zuerst säen. Und daher war es natürlich wichtig, dass die Vereinigten Bühnen alles unternommen haben, um die Erfolgsproduktion „Rebecca“ dort zu zeigen (*GRin Ing Isabella Leeb: Haben Sie die gesehen?*), wo das Mekka des Musicals ist, nämlich am Broadway in New York. Dass diese Produktion jetzt vorerst nicht zustande kommt, ist sehr, sehr unangenehm, das freut niemanden, aber es war eine richtige Entscheidung der VBW, alles zu unternehmen, um „Rebecca“ auf den Broadway zu bringen. Die Investition von 380 000 EUR ist gerade einmal 10 Prozent des Umsatzes der VBW International GmbH – das ist kein Steuergeld –, und diese 380 000 EUR sind jetzt auch nicht verloren, denn das Set, die Kostüme, die Rechte auf die englische Textfassung sind vorhanden und natürlich rechtlich abgesichert, sodass hier für die VBW und insbesondere auch für die VBW International GmbH keine Verluste entstehen. Wir werden früher oder später „Rebecca“ irgendwo in der Welt zeigen, am besten natürlich in New York oder in London, und die VBW werden weiterhin alles unternehmen, um das zustande zu bringen.

Diese Erfahrungen mit Musical-Produktionen am Broadway zeigen uns aber etwas anderes sehr klar, nämlich die Tatsache, wie risikoreich oder wie willkürlich die ausschließliche Finanzierung von Musical-Produktionen durch private Investoren ist, wie beispielsweise in New York, und wie wichtig die finanzielle Absicherung der künstlerischen Institutionen der Kulturstadt Wien durch öffentliche Kulturförderung ist. Und das ist ein sehr, sehr gutes Argument für die Förderung der Vereinigten Bühnen Wien, die Sie ja immer wieder in Frage stellen.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, weil er auch schon von Isabella Leeb angesprochen wurde, die angekündigt hat, dass die ÖVP gegen die nächste Postnummer 9 stimmen wird, ist die Förderung des Serapionstheaters im Odeon. Ich bin sehr glücklich, dass es heute hier im Wiener Gemeinderat zu der Beschlussfassung dieses Vierjahresvertrages für das Serapionstheater kommt, weil damit das Serapionstheater weiterhin künstlerisch abgesichert ist und weil auch weiterhin das Odeon als Spielort abgesichert ist.

Das Odeon ist zweifellos einer der schönsten Theaterräume, die wir in dieser Stadt haben, und es ist ausschließlich das Verdienst von Erwin Piplits und Uli Kaufmann, dass das Odeon 1987 entdeckt und zu diesem großartigen Theaterraum gemacht wurde, über den wir uns immer wieder freuen.

Erwin Piplits und Uli Kaufmann haben in fast 40 Jahren ihrer Tätigkeit im Serapionstheater tatsächlich Theatergeschichte geschrieben. Viele von Ihnen in diesem Haus sind jünger als die ersten Produktionen des Serapionstheaters, seit 1973 zuerst als Pupodrom, dann zehn Jahre lang am Wallensteinplatz im heutigen Vindobona und seit 1988 in der ehemaligen Produktenbörse in der Taborstraße, im Odeon.

Ich habe mir heute Nacht noch einmal die Programmhefte des Serapionstheaters der letzten 30 Jahre angeschaut – ich habe fast alle Produktionen gesehen –, und es ist immer wieder unbeschreiblich, wenn man sich erinnert an Aufführungen wie „Anima“ 1986 am Ufer der Donau, eine Festwochenproduktion mit dem Vienna Art Orchestra, wenn man sich erinnert an die erste Produktion im Odeon, „Axolotl Visionarr“ im Jahr 1988, an die Festwochenproduktion „Guernica“ in der Remise in der Vorgartenstraße oder, 1996, die „Seltsame Unruhe“ in den Gewölben des Wienflusses beim Stadtpark.

All das sind unvergessliche Theatermomente in der Geschichte der Theaterstadt Wien. Daher ist es mehr als berechtigt, dass Erwin Piplits und Uli Kaufmann, als die Verantwortlichen für das Serapionstheater seit nun fast 40 Jahren, 2 Mal mit der Kainz-Medaille ausgezeichnet wurden und insgesamt 3 Mal den Nestroy-Theaterpreis der Stadt Wien gewonnen haben, 2010 unter anderem für das Lebenswerk.

Daher, liebe Isabella Leeb, kann man sich jetzt nicht einfach so herstellen und sagen, das war okay, aber jetzt ist genug! – Irgendwann wird jeder abtreten – das gilt übrigens nicht nur für Theaterintendanten oder Regisseure, sondern auch für uns –, aber man muss den Übergang so machen, dass es der Leistung dieses Künstlerpaares entspricht. Ich glaube daher, dass es sehr berechtigt ist, die künstlerische Arbeit des Serapionstheaters für die nächsten vier Jahre noch einmal finanziell so abzusichern, dass wir alle zufrieden sind.

Natürlich, der Subventionsgeber ist immer bemüht, dass die Subventionshöhe möglichst gering ist, und der Subventionsnehmer ist immer bemüht, dass die Subventionshöhe möglichst hoch ist. Wir haben uns nach monatelangen sehr intensiven Gesprächen darauf geeinigt, dass das Serapionstheater in den kommenden 4 Jahren durch insgesamt 950 000 EUR finanziert wird.

Man kann das Serapionstheater auch nicht mit anderen Theatern vergleichen. Wer das macht, der hat sich das in Wirklichkeit im Detail nicht angeschaut. Das Serapionstheater hat eine völlig andere Form der Theatersprache als alle anderen Theater in dieser Stadt, daher kann man die Anzahl von Produktionen und die Anzahl der Zuschauer nicht vergleichen. Es ist aber auch einzigartig, dass ein Theater wie das Serapionstheater zuletzt mit der Erfolgsproduktion „Voilà“ insgesamt 122 Vorstellungen gezeigt hat, mit insgesamt über 11 000 Besucherinnen und Besuchern. Es liegt in der Natur der Theaterarbeit von Erwin Piplits und Uli Kaufmann, dass sie nicht sieben Produktionen im Jahr herausbringen, sondern nur eine Produktion, aber die dann ein Jahr lang zeigen. Und wie hier gearbeitet wird, ist anders als in allen anderen Theatern in dieser Stadt. Es ist eine Ensemblearbeit, die ausschließlich durch die elf Mitglieder des Ensembles geprägt wird. Diese elf Mitglieder kommen aus sieben Ländern – aus Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Kuba, Portugal, Südkorea und Österreich –, und das Ensemble entwickelt die Produktion gemeinsam mit Uli Kaufmann und Erwin Piplits. Das ist nur vergleichbar mit Theaterarbeit wie jener von Peter Brook oder Ariane Mnouchkine, wo Menschen aus verschiedenen Ländern und verschiedenen Kulturen zusammen unvergleichliche Kunst schaffen. Man kann es nicht vergleichen mit dem TAG, das ich sehr schätze, man kann es nicht vergleichen mit dem Rabenhof, den ich auch sehr schätze. Man kann nur sagen, diese Form der Theaterarbeit gibt es nur einmal in dieser Stadt, die gibt es durch das Serapionstheater, die gibt es im Odeon, und daher ist es wichtig, diese Arbeit für die nächsten vier Jahre weiterhin festzuschreiben.

Und unter uns gesagt: 950 000 EUR sind für ein Theater in dieser Größenordnung, für ein Ensemble in dieser Größenordnung und für die Qualität dieser Theaterarbeit tatsächlich nicht überfinanziert. Ich will ja keine Vergleiche anstellen mit anderen Theatern. Die bekommen annähernd gleich viel, machen aber Theater in wesentlich kleineren Räumen.

Die heute hier zu Beschluss stehende Vierjahresförderung von 2012 bis 2015 für das Serapionstheater ist daher eine wichtige Basis für die weitere gute Zukunft des Serapionstheaters, aber insbesondere auch für den Spielort Odeon, und wir werden gemeinsam mit den Intendanten, mit dem künstlerischen Leitungsteam des Serapionstheaters sicher darüber nachdenken, wie auch nach 2015 der künstlerische Ort Odeon weiterhin qualitativ abgesichert werden kann. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Danke für die ausführlichen, netten Reiseberichte. Sehr lehrreich, sage ich jetzt einmal. Eigentlich habe ich mich nicht zu Wort gemeldet gehabt, doch wie der Kollege Ebinger geredet hat, hat es mich einfach dazu gedrängt, mich zu Wort zu melden. Denn, Herr Kollege

Ebinger, zwischen Humor und Spott beziehungsweise etwas lächerlich machen sind Welten. Vor allem jene Personen, die in dieser Stadt nicht so oft zum Zug kommen, jene Personen, die Ideen für diese Stadt haben und diese auch verwirklichen wollen, aber nicht zum Zug kommen und daher unterschiedliche Methoden entwickeln, um sie in unserem Kulturleben sichtbar zu machen, verdienen eine andere Herangehensweise.

Aber zu etwas Grundsätzlichem und auch dazu, wie mein Kollege Klaus diese Seite (*in Richtung der FPÖ*) eingeladen hat, bei der „Wienwoche“ mitzumachen. Klaus, in aller Freundschaft, die „Wienwoche“ entwickelt sich grundsätzlich im Gegensatz zum Kulturverständnis der FPÖ. Das ist das größte Problem, das die FPÖ hat, hier nicht mitzumachen. Die FPÖ hat ein nationalistisch geprägtes Kulturverständnis, das nicht auf Inklusion aufgebaut ist, das nicht Leute einbindet in das Geschehen, sondern Welt-Lines hat, denen zufolge Menschen in die Gesellschaft und auch in das Kulturleben nicht eingebunden werden sollen.

Die GRÜNEN aber entwickeln ihr Kulturverständnis im Gegensatz und trotz FPÖ. Wir wollen Menschen, Bettlern, allen anderen sogenannten Randgruppen in der Gesellschaft einen Raum geben, auch wenn wir nicht wollen, dass sie Randgruppen sind, aber die gibt es nun einmal, und wir, meine Damen und Herren, wollen, dass in dieser Auseinandersetzung um Ressourcen – und das ist das Wichtigste an der „Wienwoche“; es ist eine Auseinandersetzung um Ressourcen und Macht im öffentlichen Raum; es geht darum, wem der öffentliche Raum gehört, wem die Kultur gehört – durch die „Wienwoche“ endlich einmal jenen Kräften in dieser Gesellschaft die Plattform geschaffen wird, damit sie ihrer Stimme Ausdruck verleihen können. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Was die Freiheitliche Partei von Kultur versteht, meine Damen und Herren, das hat uns der Jörg Haider im Jahre 1995 vorgemacht. Seine Attacken gegen Elfriede Jelinek, seine Attacken gegen Peymann zeugen davon, dass Sie, obwohl Ihre Partei sich freiheitlich nennt, gegen die Freiheit der Kunst sind. Eine Jelinek und einen Peymann anzuschwärzen, ihnen Grenzen zu zeigen, zu versuchen, sie in der Gesellschaft zu diffamieren (*StRin Veronika Matiassek: Auch das ist Freiheit!*), zeigt eindeutig, dass Sie einfach nicht für die Freiheit der Kunst sind. Und Ihr Kulturverständnis, meine Damen und Herren (*GR Ing Udo Guggenbichler: Es gibt auch eine Meinungsfreiheit!*), das steht in Ihrem Parteiprogramm drinnen. Sie sagen, die Politik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für Kultur zur Verfügung zu stellen.

Der Ansicht sind wir nicht. Wir sagen, Kultur ist Politik, Politik ist Kultur. Was uns von Ihnen unterscheidet, ist, dass wir nicht wollen, dass Parteipolitik in die Kultur eingreift. Aber Kultur ist Politik, Politik ist Kultur, und es gibt noch dazu eine politische Kultur. Die politische Kultur der Freiheitlichen ist gekennzeichnet von Diskriminierung, von Apartheid – lesen Sie ihr Parteiprogramm, Sozialversicherung für MigrantInnen soll getrennt werden –, sie ist gekennzeichnet von rassistischen Zügen, und sie ist gekennzeichnet von einer Kultur, die den anderen, die in dieser Gesellschaft sehr viel geleistet

haben, keine Anerkennung gewährt.

Und diese politische Kultur hat die höchste Dimension erreicht durch dieses Cartoon, das der Strache in seinem Facebook veröffentlicht hat. Diese politische Kultur ist auch eine antisemitistische Kultur, meine Damen und Herren, und diese lehnen wir ab. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Kollege Akkilic, für den Vorwurf, die FPÖ mache nazistische Kultur, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. *(GR Senol Akkilic: Das habe ich nicht gesagt!)*

Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Postnummer 8 die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN so beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 9 der Tagesordnung. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Postnummer 9 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die FPÖ, die SPÖ und die GRÜNEN und daher mehrheitlich beschlossen.

Für Postnummer 14 liegt ebenfalls keine Wortmeldung mehr vor. Wer der Postnummer 14 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrheitlich beschlossen.

Postnummer 1 kommt zur Verhandlung. Sie betrifft die Förderung an den Verein Courage – Österreichisches Institut für Beziehungs- und Sexualforschung. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Mag Berger-Krotsch, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. *(Zwischenruf bei den GRÜNEN.)* Nein, sie ist gestrichen. Gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Ich kann es auch kurz machen. Ich nehme auch gleich die beiden nächsten Punkte hinein. Es sind ja immer dieselben Themen, die wir hier ansprechen, und es ist, aus unserer Sicht, immer die gleiche Problematik bei diesen Vereinen: Das ist immer die Frage der Kontrollierbarkeit, die Frage des Verhältnisses beim Mittelaufwand Personal zu den Ergebnissen und auch die Frage, was sind diese Vereinsziele und was erreichen sie wirklich.

Wir haben ja diese Debatten schon geführt gehabt, damals beim Orient Express, mit der Frage: Was tun die eigentlich? – Die haben dann jahrelang ihren alten Rechenschaftsbericht ins Netz hineingestellt, keinen neuen hineingegeben. Als wir es moniert haben, ist er dann gleich ganz herausgenommen worden.

Wir haben also hier den Verein Courage, der sich allerdings sehr, sehr einseitig nur mit bestimmten Bereichen befasst und den wir auch, nicht zuletzt aus diesen

Gründen, ablehnen. Ich empfehle Ihnen, einmal die Internetseite dieses Vereines aufzuschlagen, und dann sehen Sie als Erstes gleich einmal das, was sie so quasi als Friends und als Empfehlungen anführen: die Café X Bar – Schwules Café, die Eagle Bar – Schwule Bar, die FZ Bar im Frauenzentrum, das Kaiserbründl – ein historisches Lokal, Schwule Sauna steht dabei, bitte, das sage nicht ich –, Lo:sch – Lokal der Leather & Motorbike Community, dann die schwule Sportsauna, den Stone-wall in Linz – und so geht das weiter, weiter, weiter.

Der erste Teil dieser ganzen Internetseite liest sich eigentlich wie ein Rotlichtführer und nicht wie ein förderungswürdiger Verein, meine Damen und Herren. Damit allein wird schon sehr viel ausgesagt, und wenn man sich näher mit dem Verein befasst, dann kann ich für uns nur sagen, er ist nicht förderungswürdig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich, so wie ich es auch in der Präsidialkonferenz angekündigt habe, etwas tun, von dem ich glaube, dass einem Vorsitzenden keine Perle aus der Krone fällt, wenn er sich entschuldigt. Ich tue dies für eine Äußerung, die ich im Laufe einer Debatte gegenüber dem Kollegen Jung gemacht habe.

Ich habe ihm nämlich damals vorgeworfen, weil ich es tatsächlich subjektiv so gehört habe, dass er mir gegenüber geäußert hat, ich möge die Papp'n halten. – Wir haben dann das Protokoll genau angeschaut, und es gab zwar so eine ähnliche Wortwahl – nicht Papp'n, sondern Klappe –, aber es war nicht an mich gerichtet.

Daher, Kollege Jung, möchte ich mich in aller Offenheit, Ehrlichkeit für diesen Ihnen gemachten Vorwurf entschuldigen, weil ich einer bin, der ganz einfach nicht gerne Unrichtiges sagt. Und das war unrichtig. Ich bitte daher um Entschuldigung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzter Herr Vorsitzender! Geschätzte Berichterstatterin!

Nur einige Worte zum Förderansuchen vom Verein Courage, in gegenteiliger Auffassung von Kollegen Jung, was vermutlich nicht sehr überraschend ist. Ich beurteile das Förderansuchen sehr positiv. Man kann auch hinzufügen, dass es das vorige Mal 35 000 EUR waren, jetzt sogar nur mehr 30 500, also man hat es sogar reduziert.

Der Verein Courage ist eine geförderte Familien-, PartnerInnen- und Sexualberatungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen. Die Förderung soll der Stärkung eines positiven und selbstbewussten Frauenbildes im Bereich der gleichgeschlechtlichen Lebensweisen, unter besonderer Berücksichtigung der Doppeldiskriminierung auf Grund von Geschlecht und Homosexualität dienen. Aber auch andere Ziele hat man noch, und zwar die Vertiefung und Verbreitung der Erkenntnisse der Beziehungs- und Sexualwissenschaft sowie der Gender-Forschung und angrenzender Fach-

gebiete.

Einerseits hat man sehr intensiv die Beratung als Aufgabe, und zwar sowohl Telefon- und Online-Beratung als auch persönliche Beratung. Man hat beispielsweise im Jahr 2011 825 KlientInnen gehabt, die von Courage beraten wurden, davon 716 persönlich. Das zweite ist die Bildungsarbeit: Kurse, Seminare, Workshops, Veranstaltungen. Dann Ausbildung: Man stellt Praktikumsplätze für Auszubildende des Psychotherapeutischen Propädeutikums und der Fachhochschule für Sozialarbeit zur Verfügung. Und letztlich auch Forschung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Also insgesamt eine sehr verdienstvolle Tätigkeit, eine sehr auch von Idealismus getragene Tätigkeit, weil die finanziellen Zuschüsse zwar da sind, aber sicher nicht über dem Rahmen, der gerechtfertigt wäre.

Interessant ist auch das Unterstützungskomitee, das ich jetzt bei Weitem nicht zur Gänze vorlesen kann, das aber auch im Internet zu finden ist und sich beispielsweise zusammensetzt aus: Timna Brauer, Univ-Prof Dr Max Friedrich, Jazz Gitti, Gabriele Heinisch-Hosek, Dr Udo Jesionek, Christine Marek – da steht im Internet noch Landesparteiobfrau der ÖVP-Wien; das ist nicht ganz auf dem neuesten Stand, aber immerhin, Christine Marek ist auch dabei –, Karl Merkatz, Univ-Prof Dr Siegfried Meryn, Univ-Prof Dr Manfred Nowak, Univ-Prof Dr Rotraud Perner, Univ-Prof Dr Udo Rauchfleisch, der weltberühmte Psychoanalytiker. Sehr, sehr viele aus der roten und grünen Geisteswelt habe ich gar nicht vorgelesen, weil Sie alle vermutlich annehmen, dass die sowieso dabei sind. Ich wollte bewusst eben auch wenigstens ein paar andere nennen. Und auch eine ehemalige FPÖ-Obfrau ist dabei: Dr Susanne Riess-Passer. Ich weiß zwar, dass Sie das jetzt auch nicht mehr wirklich vom Hocker reißt, nachdem ihr euch ja mehrmals gespalten habt und sie, glaube ich, jetzt bei der anderen Partie ist.

Aber trotzdem meine ich, dass es auf Grund der wirklich nachweisbar hervorragenden Leistung der letzten Jahre, die sehr, sehr vielen Menschen, denen es nicht gut geht, die oft in schwierigen Konflikten sind, geholfen und vielen Menschen zu einem menschenwürdigeren Leben verholfen hat, sehr, sehr unterstützenswürdig ist, dass wir diesem Förderansuchen eine positive Antwort geben. Ich ersuche daher um Zustimmung. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz sagen, dass Sie mit dem Akt Courage, aber auch mit den beiden weiteren vorliegenden Akten, Verein Kolping Österreich und First Love, drei Aktenstücke für Förderungen für drei Vereine vorliegen haben, die sehr wertvolle PartnerInnen der Stadt sind, die uns in dem Ziel unterstützen – das Credo unserer Stadt in der Frauenpolitik –, dass jede Frau dieser Stadt sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben kann.

Und um Kollegen Stürzenbecher noch zu unterstüt-

zen: Ja, Courage, worüber jetzt viel diskutiert wurde, leistet seit der Gründung 1978 wirklich hervorragende, wertvolle Arbeit im, wie gesagt, Sinne einer Selbstbestimmtheit, einer Unabhängigkeit. Und in diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zum vorliegenden Poststück. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Förderung an den Verein Kolping Österreich. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Förderung an den Verein Österreichische Gesellschaft für Familienplanung. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 16 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Äußerung des Gemeinderates an den Verfassungsgerichtshof hinsichtlich der Anfechtung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, Plandokument Nr 6944, in Wien 13. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Dipl-Ing Al-Rawi, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi**: Danke, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche auch um Zustimmung zum vorliegenden Poststück.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vizebürgermeisterin! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

In diesem Aktenstück geht es um einen Individualantrag von Herrn Dr Gürtler auf eine teilweise Aufhebung eines Plandokumentes Nr 6944 im 13. Wiener Gemeindebezirk. Es geht im Wesentlichen darum, dass der Beschwerdeführer sagt, dass er an einer Straßenkreuzung, und zwar an der Wenzgasse – Kupelwiesergasse – Eitelberggasse – Neue-Welt-Gasse ein Grundstück besitzt, das er im Jahre 1996 von der Bauklasse I auf die Bauklasse II umwidmen lassen wollte, und dass er, da die anderen Bauklasse II haben, auch sachlich begründbar diese Aufwertung haben wolle. Er hat bei dem zuständigen Referenten vorgeschlagen, er hat beim Be-

zirksvorsteher vorgesprochen, und man hätte ihm das damals zugesagt. Offenbar ist er in eine Phase eines Amtswechsels gefallen und der nachfolgende Leiter der MA 21 hätte das in dem Sinne nicht so befürwortet.

Wir sind der Meinung, dass das durchaus seine Berechtigung hätte, und wir sind dafür, dass man diese Äußerung nicht so abgibt wie vorgesehen. Wir sind daher gegen dieses Aktenstück. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi**: Meine Damen und Herren!

Wie GR Dworak auch eingangs erwähnt hat, handelt es sich hier um einen Beschluss einer Widmung aus dem Jahr 1999, soweit ich mich erinnern kann. Da waren wir beide noch nicht im Gemeinderat. Das ist ein Beschluss, den seinerzeit der Gemeinderat gefasst hat. Wir stehen zu diesem Beschluss. Wir nehmen dem Herrn Gürtler kein Recht weg. Indem wir jetzt diese Stellungnahme abgeben, steht ihm hier die Möglichkeit des Rechtlichen offen, und somit kann er das auch anfechten.

Daher ersuche ich um Zustimmung zu dieser Stellungnahme, damit Herr Gürtler auch rechtlich seine Anliegen vorbringen kann. – Danke.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 17 der Tagesordnung zu Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8012 im 21. Bezirk, KatG Strebersdorf. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Bluma, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Irschik.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Es geht bei der Postnummer 17 um das Plandokument Nr 8012 in meinem Heimatbezirk Floridsdorf, KatG Strebersdorf, Mühlweg – Strebersdorfer Straße, wo wir bereits im Bezirk als einzige Fraktion dagegen gestimmt haben, und dazu ist einiges zu sagen.

Es hat sich dort eine Bürgerinitiative gebildet, die Initiative Grüner Mühlweg. Es wurden über 100 Stellungnahmen eingereicht, also nicht, dass man sagen könnte, es sind da vielleicht ein, zwei sogenannte Querulanten, die gegen alles und jedes sind. So ist es nicht. Es gab Proteste schriftlicher Natur. Ich glaube, es sind allen Fraktionen diese Eingaben gegen die Umwidmung zugegangen, die gekoppelt ist mit einer Umwidmung in Bauland, die auch das ortsübliche Maß sehr stark über-

steigt. 250 Wohneinheiten sind geplant.

Da hat es auf Initiative der Bezirksvorstehung Floridsdorf am 4. Juni eine Veranstaltung gegeben, eine sogenannte Anrainerinformation. Der alte Bestand wies eine landwirtschaftlich genutzte Fläche aus. Jetzt ist es so, dass viele Anrainer eine Umwidmung wollten, um für sich oder vielleicht auch für die Nachkommen Einfamilienhäuser zu errichten. Also die Umwidmung der Flächen gemäß Flächenwidmungsplan wäre durchaus im Sinne der Anrainer gewesen. Aber so war es dann nicht.

Der Kollege Chorherr war ja vor Ort und hat da ganz unverblümt gesagt: Wenn euch die Bebauungsdichte nicht gefällt, wenn ihr dem Bebauungsplan nicht zustimmt, dann stimmen wir der Änderung des Flächenwidmungsplanes nicht zu. – Also schon etwas selbstherrlich, unverblümt, um nicht zu sagen in Ostblock-Manier: Der Staat sagt euch, der Gesetzgeber sagt euch, die Fachabteilungen, wir sagen euch, was zu geschehen hat, und damit ist der Fall erledigt. – Und so war es dann auch, meine Damen und Herren.

Das heißt, es liegt jetzt ein massiver Nachteil der Grundeigentümer vor, denn nur der südliche Teil dieser Fläche ist gemäß den Bauträgerwünschen in Bauland umgewidmet worden, aber der nördliche Teil bleibt landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Das heißt, man kann dort keine Einfamilienhäuser errichten. Das ist, wie gesagt, ein massiver Schaden für die Grundeigentümer, die jetzt nicht darüber verfügen können, wie sie das wollen. Leider ist das so, meine Damen und Herren.

Jetzt muss man noch dazusagen, die Bauhöhe wird zirka 13,5 m erreichen, 3 Stockwerke, während der bebaute Bereich im derzeitigen Bestand im Bereich der Bauklasse I mit maximal 6 m und abschnittsweise sogar nur mit 4,5 m liegt. Wie gesagt, es kommen dann im Vergleich zu jetzt 6 m oder 4,5 13,5 m und 3 Stockwerke, und den Anrainerinnen und Anrainern des nördlichen Teils bleibt eine Verbauung verwehrt.

Leider hat die ÖVP da auch mitgestimmt. Vielleicht ist auch ein ÖVP-naher Bauträger betraut worden, das wissen wir nicht. Wir waren, wie gesagt, die Einzigen, die dagegen gestimmt haben.

Den Bürgerwünschen wurde auch entgegengehalten, dass es kein „Wünsch dir was!“ in der Stadtplanung gibt. Durchaus, es gibt kein „Wünsch dir was!“, meine Damen und Herren – deswegen lehnen wir diese Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ab –, sondern es gibt „Sie wünschen – wir widmen!“ in Richtung der Bauträger von der rot-grünen Stadtregierung. Wir lehnen diesen Plan ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

Dieses Geschäftsstück, der Mühlgrund, ist ein Beleg dafür, dass wir BürgerInnenbeteiligung ernst nehmen. Es stimmt, was Irschik gesagt hat. Es gab eine Widmung, gegen die sich eine Bürgerinitiative formiert hat, mit teilweise sehr berechtigten Einwendungen, und dann gab es eine Informationsveranstaltung, wo sich herausgestellt hat, dass ein Teil der Grundeigentümer über-

haupt nicht interessiert ist, die vorgeschlagene und für dort und für Wien notwendige Bebauung überhaupt umzusetzen.

Uns geht es ja nicht darum, leere Widmungen vorzunehmen, sondern einen entsprechenden Wohnraum zu schaffen. Geschädigt kann deswegen niemand sein. Denn was ist denn jetzt passiert? Es war vorher eine L-Widmung, landwirtschaftlich, und es wird eben nur für jenen Teil umgewidmet, den südlichen Teil, wo es Grundeigentümer wollen, dass es zu dieser Änderung kommt. Das heißt, dort wird tatsächlich Wohnraum für Wien geschaffen. Dieser Teil wird verkauft, und die anderen haben ganz klar gesagt, sie wollen das gar nicht.

Eines werden wir sicherlich nicht machen: jemandem eine Widmung, das heißt auch eine maßgebliche Wertsteigerung des Grundstückes, geben, der sagt, ich will das gar nicht verkaufen, das lasse ich liegen, irgendwann verkaufe ich das jemand anderem, dann werden wir schauen. – Dann bleibt es L.

Ich nehme das ernst, was jetzt kommt. Ja, es gab einige, die gesagt haben, sie wollen nicht so eine dichte Verbauung. Aber was heißt dicht? – Es ist, je nachdem, eine ortsübliche zwei-, drei-, viergeschoßige Verbauung vorgesehen. Wenn ein Grundeigentümer sagt, ich will das nicht, ich will lieber mein Einfamilienhaus darauf stellen!, ist es Aufgabe der Stadtplanung zu sagen, nein, wir wollen nicht den gesamten 21. und 22. Bezirk mit Einfamilienhäusern widmen, mit dem Ergebnis, dass wir nach drei Jahren voll sind, und es keinen Platz mehr gibt. Wir brauchen – und das ist Aufgabe der Stadtplanung – eine jeweils ortsübliche Dichte, die von Schulen, von Nahversorgung et cetera abhängt.

Also es geht ein Plan – nur das ist mir wichtig, jetzt hier zu sagen – in eine öffentliche Auflage. Es gibt Proteste. Völlig richtig. Keine querulantische, sondern ernstzunehmende Interessen. Dann setzt man sich zusammen und ändert es ab. Gemeinsam mit der Bezirksvorsteherung, gemeinsam Rot und Grün, und auch die ÖVP war in diese Gespräche eingebunden.

Ich glaube, das ist ein wunderbares Beispiel, wie eine zukunftsgerichtete Stadtplanung und letztlich auch BürgerInnenbeteiligung funktioniert. Wir werden das öfter so machen, durch Dialog Widmungspläne zu verbessern, und sind froh, dass es jetzt hier zur Abstimmung kommt. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Werte Kolleginnen und Kollegen!

Als Berichterstatterin und zufällig Floridsdorferin, die gerade in diesem Fall hautnah eingebunden war, gestatten Sie mir bitte zwei Sätze.

Es gab ein BürgerInnenbeteiligungsverfahren. Es wurden die Wünsche, die Anliegen, die Bedenken der Floridsdorferinnen und Floridsdorfer in diesem Gebiet gehört und finden in diesem Akt Niederschlag.

Ich ersuche daher um Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun

zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 19 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7917 im 23. Bezirk, KatG Atzgersdorf. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 20 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Ankauf eines Grundstückes in Wien 11, Medmedweg. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher ebenfalls gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 28 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7987 im 14. Bezirk. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Valentin, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Erich **Valentin**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

Ich bemühe mich, die Kürze des Berichterstatters einzuhalten, und möchte einen Abänderungsantrag einbringen, der zum Ziel hat, in diesem Bereich auch in maßvoller Form für die Angestellten und manche MitarbeiterInnen Wohnungen vorzusehen, und bitte, im Sinne der Zeit und der Wohnraumschaffung in Wien diesem Abänderungsantrag Rechnung zu tragen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen den vorliegenden Abänderungsantrag der Gemeinderäte und Gemeinderätinnen Mag Christoph Chorherr, Mag Rüdiger Maresch, Dr Jennifer Kickert und FreundInnen sowie Karlheinz Hora, Karin Schrödl, Dr Harald Troch, Erich Valentin, Silvia Rubik, Siegi Lindenmayr, Katrin Gaal, Susanne Bluma und GenossInnen betreffend die Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wientalstraße, Albert-Schweitzer-Gasse und Linienzug 1-2 im 14. Bezirk. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser

Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters, also dem ursprünglichen Poststück zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. (*GR Godwin Schuster: Inklusive Abänderung!*) Inklusive Abänderung natürlich. Er wurde ja positiv angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 29 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Errichtung des Helmut-Zilk-Parks. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Hufnagl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Heinz **Hufnagl**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zu Postnummer 29.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler. Ich erteile es ihm.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze. Ich darf vorwegnehmen, wir werden dem Geschäftsstück zustimmen.

Wir haben uns doch einige Gedanken darüber gemacht, was allgemein im Umweltressort im Moment so passiert. Hier wird offensichtlich eine falsche Prioritätensetzung bei der Verwendung von Mitteln vorgenommen. Das sind zum Beispiel Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Arbeitnehmer der MA 48 und auf der anderen Seite auch Investitionen in Werbekampagnen, die wir so nicht hinnehmen wollen, wo wir einfach glauben, dass diese Prioritätensetzung nicht im Sinne der Wienerinnen und der Wiener ist.

Wir wollen auch in Zukunft mehr darauf achten, wie die Mittel eingesetzt werden. Aus diesem Grund darf ich einen Beschlussantrag einbringen. Denn es muss uns schon klar sein, was wir hier tun: Wir belasten die Bürger mit Gebühren, auf der anderen Seite nehmen wir Schulden auf und belasten die nächsten Generationen. Der Beschlussantrag lautet:

„Die zuständige Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt möge bei der Projektierung und beim Ausbau des Helmut-Zilk-Park das Rahmenbudget neu evaluieren und nach Möglichkeit eine Reduktion der diesbezüglichen Kosten erwirken.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“

Ich darf noch kurz anmerken, dass wir natürlich für Parkanlagen sind, für Naherholungsformen, weil wir glauben, dass gerade in neu entwickelten Gebieten es sehr notwendig ist, dass die Bürger auch die Möglichkeit haben, sich zu erholen. Danke sehr. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Als Nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau GRin Mag Holdhaus. Ich erteile es Ihr.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Der über alle Fraktionen hinaus geschätzte Bgm Helmut Zilk hat es sich sicherlich verdient, Namensgeber eines ebenbürtigen Parks zu sein. Knapp 70 000 m<sup>2</sup> sind jedenfalls von der Fläche her groß und

die Lage beim Hauptbahnhof, beim neu entstehenden, sicherlich auch von der Lage her und von der Größe her jedenfalls ebenbürtig. So wie wir und wie die Wienerinnen und Wiener den Herrn Bürgermeister in Erinnerung haben, hätte er sicherlich großen Wert auf Funktionalität, Inszenierung und Präsentation gelegt, aber auch darauf, die Steuergelder sinnvoll und maßvoll einzusetzen. Wenn zur Zeit die StRin Sima in ihrem Ressort Personalreduktionen bei den Kleinsten wegen notwendiger Sparmaßnahmen rechtfertigt, wäre eine detaillierte Planung mit maximaler Kosten-Nutzen-Effizienz sicherlich im Sinne der WienerInnen und der Wiener Steuerzahler.

In diesem Sinne stimmen wir dem Poststück 29, also dem Helmut-Zilk-Park, zu und auch dem Beschlussantrag der Freiheitlichen. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet! Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Heinz **Hufnagl**: Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Hoher Gemeinderat!

Nachdem die beiden Oppositionsparteien mit unterschiedlicher Heftigkeit doch gewisse Bedenken angemeldet haben, was die monetäre Ausstattung dieses Projektsberichts betrifft, einige sachliche Anmerkungen. An den Schnittpunkten des 10. zum 3. und 4. Wiener Gemeindebezirk wird derzeit voll in der Zeitleiste der neue Hauptbahnhof Wien als eines der modernsten und wahrscheinlich auch ästhetischsten Großverkehrsbawerke ganz Europas errichtet. Hier wird nicht nur ein neues Zentralelement für den regionalen und überregionalen Personen- und Güterverkehr geschaffen. Vielmehr entsteht an der Gudrunstraße und an der Sonnwendgasse ein völlig neuer Stadtteil mit allen berechtigten Anforderungen, beste Wohnqualität, Infrastruktur und entsprechende Geschäftsversorgung.

Als Beitrag der Umweltgeschäftsgruppe ist neben den Standardleistungen wie Wasser, Abwasser und Müll jedenfalls die Errichtung einer neuen öffentlichen Grünanlage im Gesamtausmaß von 67 000 m<sup>2</sup> vorgesehen. Bis zur Fertigstellung im Jahr 2017 sind aus dem Zentralbudget hier 5 Millionen EUR vorgesehen, 100 000 davon werden an Projektierungskosten im heurigen Jahr vorbehaltlich der Zustimmung jetzt im Gemeinderat in der nächstwöchigen Sitzung des Umweltausschusses zur Vergabe kommen. Und damit, meine Damen und Herren, wird einem sehr hohen Anspruch Wiens entsprochen und gerecht werden, nämlich wir wollen weiterhin, dass sich die Hälfte des Wiener Stadtgebietes in diversesten Grünwidmungen darstellt und dass diese Flächen auch als Freiräume für die BewohnerInnen der Stadt und für die Gäste Wiens erlebbar sind. Das soll auch künftighin im neuen Stadtteil, in Inner-Favoriten, zum Tragen kommen. Durch die schon von der Frau Kollegin Holdhaus angesprochene Benennung als Dr-Helmut-Zilk-Park wird darüber hinaus jenes Mannes in würdiger Form gedacht, der nach erfolgreichen Tätigkeiten, hier in diesem Haus als Kulturstadtrat, danach als Unterrichtsminister und schlussendlich ab 1984 als Bürgermeister, der Wien ein Jahrzehnt lang sehr, sehr viele Erfolge und Fortschritte vermitteln konnte, in würdiger

Form gerecht werden. Aber vielleicht ist es gerade diese geplante Namensgebung, die im Antrag der Freiheitlichen plötzlich den Ruf nach dem Sparstift auftauchen lässt. Auch dazu ein ganz klares Wort: Klar ist jedenfalls wie bei allen Projekten, die von der MA 42 hier in das Stadtbild Wiens implementiert werden, dass auch hier Funktionalität und Zweckmäßigkeit neben ausreichenden Qualitätsstandards diesen neuen Naherholungsraum in Inner-Favoriten auszeichnen werden. Das Protokoll der Preisgerichtssitzung vom 17.6. gibt dazu einen schlüssigen Beweis.

Daher kann ich dem Wiener Gemeinderat guten Gefühls zur Realisierung des Helmut-Zilk-Park in Favoriten die Annahme der Post 29 und die Ablehnung des freiheitlichen Beschlussantrages empfehlen. Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Es liegt mir nun ein Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Guggenbichler, Hofbauer, Schütz und Unger betreffend Kostensenkung bei der Projektierung und beim Ausbau des Helmut-Zilk-Parks vor. Ich darf jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, ersuchen, die Hand zu erheben. - Dieser Antrag wurde nur von den Stimmen von ÖVP, FPÖ und dem klubunabhängigen Mandatar unterstützt und ist daher abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass der von den GRen Mag. Johann Gudenus, Michael Dadak, Karl Baron und Wolfgang Irschik eingebrachte, an den Herrn Bürgermeister gerichtete Dringliche Antrag betreffend „Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störende Missstände, hervorgerufen durch Fahrrad-Rowdies“ gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung verlesen und hierauf mündlich begründet werde. Ich habe gehört, dass auf die Verlesung des Dringlichen Antrags seitens der antragstellenden Partei verzichtet wurde. Für die nun folgende Begründung des Verlangens auf Dringliche Behandlung dieses Antrags sieht die Geschäftsordnung gemäß § 38 Abs 3 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung des Verlangens erteile ich nun Herrn GR Irschik das Wort.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Nun stellen wir Freiheitliche also diesen Dringlichen Antrag an den Herrn Bürgermeister betreffend „Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störende Missstände, hervorgerufen durch Fahrrad-Rowdies“ und, meine Damen und Herren, eigentlich war der Begriff des Radfahrens ja gar nicht so negativ behaftet oder belastet, oder was ist eigentlich negativ behaftet? Das Radfahren selbst eigentlich nicht, sondern eher die Radfahrer, was eigentlich nicht sein müsste, aber trotzdem gegeben ist. Begonnen hat es vor zirka 20

Jahren. Damals hat es noch die absolute SPÖ-Mehrheit in Wien gegeben. Sie hat diesem Treiben tatenlos zugeesehen. Es kam natürlich schon von der grünen Seite, aber leider hat die SPÖ dagegen nichts unternommen und so gab es dann jeden Freitag am Nachmittag um 16 Uhr diese Radfahrdemonstrationen, wo der motorisierte Verkehr, zum Beispiel am Gürtel, massiv behindert wurde. Das war also um 16 Uhr (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Welcher Verkehr? Autoverkehr, korrekt!*) und das waren dann auch die RAF, meine Damen und Herren, und nicht die Rote Armee Fraktion, sondern das waren die Radfahrer am Freitag. Der Vergleich ist allerdings nicht so lustig, wenn man bedenkt, dass diese RAF, die Rote Armee Fraktion oder auch Baader-Meinhof-Gruppe in Deutschland doch einige Morde verübt hat. (*Aufregung bei GR Mag. Rüdiger Maresch.*) Man benannte das dann RAF. Also das Wortspiel alleine wäre damals zu verwerfen gewesen. Ich komm schon hin, Herr Kollege, ich komm schon hin, wir sind mitten drinnen. RAF ist ja Radfahren am Freitag.

Die Wortspenden verschiedenster Politiker, auch ganz interessant, der Kollege Chorherr war ja im ORF zu sehen und durchaus ein Kompliment an den ORF, dass das damals nicht geschnitten wurde, als er sagte, er möchte die Wiener Bevölkerung zum Radfahren zwingen. Der Herr Chorherr möchte zwingen! Dann kam noch das Aus, Aus, Aus. Aber leider hat das nichts mehr genutzt, nichts mehr wurde mit „Aus“, es wurde im ORF ausgestrahlt. Also darf man da durchaus einmal dem ORF gratulieren, dass nicht geschnitten wurde, sondern dass das schön ausgestrahlt wurde.

Dann hat zum Beispiel der Kollege Öllinger aus dem grünen Parlamentsklub gesagt, er fährt mit dem Rad auf dem Gehsteig und Vorschriften interessieren ihn nicht. Auch nicht unbedingt ein Vorbild, meine Damen und Herren, im Gegenteil. Es ist eine Ermunterung für rücksichtslose Rad-Rowdies und diese nehmen auch tatsächlich zu. Das heißt, die GRÜNEN geben das Motto „Radfahrer macht's, was ihr wollt.“ Alle Macht den Radfahrern sozusagen.

Und da gibt es natürlich auch verschiedene verkehrstechnische Maßnahmen: Das geniale Radfahren gegen die Einbahn, meine Damen und Herren, was eigentlich kein Mensch will, was ein enorm großer Unsicherheitsfaktor ist. Früher richtete man den Blick in Richtung ankommender Verkehr, das heißt, auf eine Fahrbahnseite, in eine Fahrbahnrichtung. Das ist heute nicht mehr gegeben. Heute muss man nach beiden Richtungen sehen, was ein Gefährdungspotenzial für ältere Menschen darstellt und natürlich auch für Kinder. Wenn man schon auch von der Verkehrserziehung spricht, die auch Geld kostet, die sehr sinnvoll ist, so hat man früher gesagt: Schau auf die eine Seite, zuerst schaust du links, dann schaust du rechts und dann gehst über die Straße. Das gilt jetzt nicht mehr in Einbahnen, sie müssen nach beiden Seiten schauen.

Dann haben wir noch einiges aus der StVO, die Definitionen gemäß § 2 Begriffsbestimmungen, der Radweg, Radfahrstreifen, Mehrzweckstreifen. Da stellt sich ja überhaupt die Frage: Wozu gibt es Radfahrstreifen und

wozu gibt es Mehrzweckstreifen? Die braucht in Wahrheit auch keiner, denn die Straßenverkehrsordnung sieht ja vor, dass die Fahrräder die Fahrbahn benützen dürfen. Also wozu haben wir dann Mehrzweckstreifen oder wozu haben wir einen Radfahrstreifen? Die Definition des Radweges ist durchaus positiv, die gefällt auch uns Freiheitlichen, denn der Radweg ist baulich getrennt von der Fahrbahn und deshalb begrüßen wir die Errichtung von Radwegen, nicht von Radfahrstreifen und auch keine Mehrzweckstreifen. Das dient nur der Behinderung des motorisierten Individualverkehrs. Aber das ist ja das Spiel.

Interessant auch, dass oft bei Sitzungen auf Bezirksebene, vielleicht auch hier in diesem Haus bei Ausschusssitzungen im Wiener Gemeinderat, Vertreter der Fachabteilungen nicht einmal den Unterschied kennen, hoch interessant. Also Vertreter der Fachabteilungen, der MA 28, der MA 46 kennen nicht gemäß der StVO als Bundesgesetz den Unterschied zwischen Radweg, Radfahrstreifen und Mehrzweckstreifen. Das macht das Ganze nicht einfacher, insbesondere dann, wenn irgendjemand etwas verlangt, dem soll nachgegeben werden, vielleicht auch auf Bürgerwünsche, und die Vertreter der Fachabteilung kennen den Unterschied nicht, gut.

Dann kommt es aber noch schlimmer. Da wird zum Beispiel die Aufhebung der Radbenutzungspflicht gefordert, meine Damen und Herren. Also wozu werden dann um teures Steuergeld Radwege errichtet, wenn wir dann die Benutzungspflicht aufheben? Dann hätten wir es ja gar nicht gebraucht. Das ist natürlich auch ein Unsicherheitsfaktor und macht das Ganze nicht sicherer.

Oder auch die berühmt berüchtigten Fahrradstraßen, meine Damen und Herren, jetzt ein ernst gemeintes Kompliment an die Sozialdemokratie, wurden im Nationalrat abgelehnt und hoffentlich bleibt bei dieser Ablehnung die SPÖ da standhaft, denn von der Frau Ministerin Bures haben wir gehört, sie würde das schon bevorzugen, sie würde schon Fahrradstraßen bevorzugen. Also die Ministerin Bures, die Verkehrsministerin, sagt jetzt, mir gefällt es, und der Parlamentsklub der SPÖ sagt, nein, wir lehnen es ab. Also wie gesagt, hoffentlich bleibt man standhaft und lässt sich da von den grünen Einflüsterern nicht irritieren, dass das so wichtig ist, dass das alles so gut ist.

Wieso haben wir eigentlich diesen Dringlichen Antrag eingebracht? Ich nehme an, nicht nur wir Freiheitliche sind mit Beschwerden aus der Bevölkerung konfrontiert, sondern genauso die ÖVP und die Sozialdemokraten. Ich weiß nicht, ob es bei den GRÜNEN auch Beschwerden über rücksichtslose Radfahrer gibt. Das weiß ich nicht, aber ich nehme an, alle Fraktionen sind damit betraut. Es kann keiner sagen, bei uns hat sich noch keiner beschwert, das glaube ich Ihnen nicht.

Da gibt es zum Beispiel das Fahren am Gehsteig. Das sieht die StVO nicht vor, das wird gemacht ohne Rücksicht auf Verluste. Das Befahren des Schutzweges in der Längsrichtung, das haben ja alle schon dutzendfach beobachtet, man fährt am Gehsteig, dann ist es Rot, dann hüpfte man auf den Schutzweg, befährt ihn in der Längsrichtung, fährt am anderen Schutzweg, der dann

Grünlicht anzeigt, weiter. Also mehrere Verstöße, jetzt umgerechnet in Organstrafverfügungen, da kommen wir schon bald auf 200 EUR, würde das gleich kassiert werden, von der Anzeige rede ich jetzt gar nicht.

Das Geben von Handzeichen, meine Damen und Herren, nicht nur das Blinken, ist gemäß der StVO gefordert. Jede Änderung der Fahrtrichtung und jeder Wechsel des Fahrstreifens ist zeitgerecht anzuzeigen. Das macht kein Mensch, Handzeichen, wir fahren, wie wir wollen. Situation Haltestellenkaps oder überhaupt Haltestellen, wo der Kraftfahrer, und das ist ja in Ordnung, anhalten muss, um keine aus- und einsteigenden Passagiere, Fahrgäste, in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu gefährden. Rücksichtslos wird weitergefahren, meine Damen und Herren. Oder auch wenn ein ungeregelter Schutzweg überquert wird, überquert werden muss, und aus beiden querenden Fahrtrichtungen kommen Radfahrer – na, ein Quell der Freude, meine Damen und Herren, da fangst zum Steppen an wie der Fred Astaire. Da hast keine Chance, es wird rücksichtslos weitergefahren. Man muss aufpassen, dass man nicht über den Haufen gefahren wird. Oder auch Rotlicht, ich habe es bereits erwähnt, Rotlicht gilt offenbar nur für Kraftfahrer, für Fußgänger auch aus Gründen des Selbstschutzes, das ist schon klar, für Radfahrer oder für sehr viele Radfahrer gilt's nicht. Da wird hemmungslos bei Rot gefahren, das interessiert keinen. Ich glaube, es steht irgendwie im § 38 Abs 5 der Straßenverkehrsordnung „Überfahren einer Kreuzung bei Rotlicht“. Interessant auch, was die GRÜNEN so fordern, die 30 km/h-Zonen (*Aufregung bei den GRen Dipl-Ing Martin Margulies und Mag Rüdiger Maresch.*), die 30 km/h Zonen, die die GRÜNEN ja so fordern. Da gibt es Radfahrer, die halten sich nicht an die 30 km/h-Zonen, die fahren ganz einfach viel schneller, die halten sich nicht. Und da wären durchaus in der Mehrzahl Geschwindigkeitsmessungen der Sicherheitsexekutive angebracht. Das könnten wir auch messen, Laserpistole, da stellt man sich hin und kassiert von den Radfahrern, die sich nicht an die Tempo-30-Zonen halten, die ja so gewünscht sind und so gut sind, wir brauchen das überhaupt.

Das alles führt natürlich zu gefährlichen Situationen. Es kommt verstärkt zu Sach-, und noch schlimmer zu Personenschäden und einer finanziellen Belastung der Opfer, jetzt nicht nur den körperlichen Schaden, den man davonträgt, auch der materielle Schaden, weil es ja keine Haftpflichtversicherung für Fahrräder gibt, die diese Unfälle verursachen, weil es auch keine Kennzeichenpflicht gibt. Eine Ermittlung des Täters, des schuldhaften Lenkers oder auch nur des unfallbeteiligten, wenn wir das „schuldhaft“ weglassen, Lenkers eines Fahrrades ist nicht möglich. Und es ist auch die Fahrerflucht stark gestiegen. Es ist ja relativ einfach, Kennzeichen hab ich keines, also fahr ich halt weiter. Da gibt es interessante Aufzeichnungen nämlich sowohl der Sicherheitsexekutive als auch der Versicherung, dass die Fahrerflucht bei Verkehrsunfällen mit Personenschaden, und ein solcher ist es, verursacht von Radfahrern, sehr stark zugenommen hat. Leider, leider wird das aber in den Statistiken nicht extra ausgewiesen, das heißt, es gibt Statistiken

über die Fahrerflucht, aber die Radln sind nicht extra ausgewiesen. Auch das ist zu hinterfragen. Wir würden schon gerne wissen, wie das Verhältnis sowohl zum motorisierten Individualverkehr als auch zu den Fahrrädern ausschaut. Wir wollen, dass das in der Statistik extra ausgewiesen ist: Verkehrsunfall mit Personenschaden, verursacht durch Fahrradfahrer, und Fahrerflucht. Das hätten wir gerne.

Und dem allen, meine Damen und Herren, hier etwas entgegensetzen, da wird auch die Kampagne der Frau Vizebürgermeisterin „T'schuldigung - Passt schon“ um 400 000 EUR nichts nützen. Das wird, glaub ich, zu wenig sein. Das heißt, der Radlfahrer fährt jemanden über den Haufen, sagt „T'schuldigung“, fährt weiter, der Verletzte liegt am Boden und der sagt dann „Passt schon.“ So wird das ja wohl nicht sein! Dafür haben wir aber, ich weiß nicht, ob es der besser machen wird, ich bezweifle das, einen Radverkehrsbeauftragten. Aber der kostet eh nur 900 000 EUR pro Jahr. Ja so nebenbei sei auch bemerkt, dass Wien das dichteste Radwegnetz in Österreich hat, gemessen an der Bevölkerungsanzahl. Eigentlich braucht's eh kein Mensch, aber macht nichts.

Aber, und jetzt kommen wir zu den positiven Aspekten, es gibt auch vernunftbegabte Stimmen. Der Bezirksvorsteher Heinz Lehner, SPÖ, Vorsteher in Floridsdorf, hat schon vor einigen Jahren gesagt: „die Kampfradler.“ Er hat damals schon diese Diktion „die Kampfradler“ verwendet, weil er fast selbst überfahren worden wäre. Interessant ist auch ein mehrheitlicher Beschluss der Bezirksvertretung Hietzing, Kompliment an die SPÖ. Der Antrag kam von der SPÖ für eine Identifizierung, also gut, so kann man es auch nennen, ein Kennzeichen, für eine Identifizierung von Fahrrädern, mehrheitlich. Die SPÖ hat den Antrag am 26. September eingebracht, die ÖVP dafür, Freiheitliche dafür, SPÖ dafür, Mehrheit, nur die GRÜNEN waren dagegen. Interessant, was sagt man denn dem Koalitionspartner? Die haben zugestimmt! Eine gute Geschichte, eine wirklich gute Geschichte. Die Reaktion der ÖVP ist hier gut, möchte ich aber schon ein bisschen in Frage stellen, weil ich gelesen hab, dass der Kollege Juraczka die Kennzeichenpflicht für Fahrräder eher nicht so bevorzugt. Dann darf ich daran erinnern, dass die ÖVP auch im Jahr 2007 ein Kennzeichen für Fahrräder gefordert hat, in der Person des Kollegen Gerstl, Kollege im doppelten Sinn, nicht nur als Politiker, sondern weil er auch Polizeibeamter ist. 2007 hat die ÖVP das auch gefordert. Jetzt werden wir auch die weitere Verhaltensweise der ÖVP genau beobachten, was da passiert, ob ihr auch dafür seid oder nicht, schauen wir einmal. Der hochgeschätzte Herr Bürgermeister, vor der Sommerpause „Kennzeichenpflicht für Fahrräder“, eine interessante Idee, na Kompliment, Kompliment, gut.

Noch besser, noch einen Schritt weiter geht die Kollegin Bezirksvorsteherin Martina Malyar, 9. Bezirk. Die hat nicht gesagt, eine interessante Idee, die hat es gefordert, meine Damen und Herren! Im ORF war es zu sehen bei „Wien Heute“ und in der „Kronen Zeitung“ vom 29.6. war es nachzulesen, sie fordert es. Sie hat nicht gesagt, eine gute G'schicht, nein, sie will es gleich haben in ihrem Bezirk, Kompliment!

Die weiteren Fragen stellen sich nach einer Gleichbehandlung der Fahrzeuglenker als Oberbegriff, also nicht die motorisierten, sondern Fahrzeuglenker allgemein, Gleichbehandlung, beziehungsweise wird nicht der Gleichheitsgrundsatz nach der Verfassung sogar verletzt, denn die einen müssen ja ein Kennzeichen haben, mehrspurige Kraftfahrzeuge, einspurige Kraftfahrzeuge, auch die Mopeds. Interessanterweise hat es sich damals vor vielen Jahrzehnten im Kraftfahrzeuggesetz ergeben, dass sie nämlich nicht im KfG sind, sondern in der StVO zu suchen und zu finden sind. Das heißt, sie brauchen alle ein Kennzeichen. Wieso eigentlich die Radfahrer nicht? Sie sind ja ein Teil des Fahrzeugverkehrs. Das wäre einmal zu hinterfragen, vielleicht tun wir das auch.

Meine Damen und Herren, da haben wir auch noch Auszüge aus den Medien, der „Kurier“ vom 23.9.2011: „Kampf den Kampfradlern, Rücksicht statt Vorfahrt auf all unseren Wegen, SPD Berlin“. Kompliment an die Berliner Sozialdemokraten. Vielleicht nehmt's euch da ein bisschen ein Beispiel, schaut's euch das an, weil die dort auch sagen, so kann es nicht weitergehen. Gute Sache.

Dann war in der Tageszeitung „Heute“ vom 17. September eine Umfrage (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Ist das jetzt eine Verlesung?), „Heute“-Umfrage, und zwar wurde das Institut Karmasin beauftragt. Na ja, da haben wir: Strengere Strafen für Radler 73 Prozent dafür, Kennzeichen immerhin 49 gegen 32, also auch noch eine Mehrheit, meine Damen und Herren. Helmpflicht 60 Prozent dafür, 27 Prozent dagegen, nachzulesen in den Medien. Kennzeichenpflicht gibt es zum Beispiel in China, das ist eines der größten Länder dieser Welt, eines der bevölkerungsreichsten Länder dieser Welt. Dort gibt es Kennzeichen für Fahrräder. Also warum sollte das bei uns nicht eingeführt werden?

Meine Damen und Herren, setzen Sie den Schritt mit uns Freiheitlichen gegen Rad-Rowdies, gegen Rad-Rambos und gegen Kampfradler, damit diese endlich in die Schranken gewiesen werden! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr. Monika Vana: Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrages hat sich Herr GR Mahdalik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist.

GR Anton Mahdalik (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Damen und Herren!

„Fahrradnummerntafeln schützen nicht vor Unfällen“, hat der Kollege Chorherr gestern ein großes Wort gelaufen ausgesprochen und wieder mal habe ich seine Scharfsinnigkeit bewundert. Das stimmt natürlich, schützen nicht vor Unfällen, schützen auch nicht Autos vor Unfällen, auch nicht Mopeds, auch nicht Motorräder oder Motorroller. Wenn man keinen Unfall haben will, muss man zu Hause bleiben. Aber selbst da kann man ausrutschen und sich den Kopf anhauen.

Der Kollege Chorherr hat ja auch gemeint, in Wien gibt's eine Million Radln. Jetzt denke ich mir, ich bin wirklich viel mit dem Rad unterwegs: Wo sind die? Sind

die noch alle im Geschäft oder hat er die Wurstradln vom Billa mitgezählt? ich weiß es nicht genau. Also eine Million, das musst du mir mal vorhupfen, wo die alle sind! Es gibt ja doch schon beeindruckende Zahlen, wie viele jeden Tag, 150 000, glaub ich - eh alles nicht so richtig, aber das lass ich noch gelten - sind mit dem Rad unterwegs oder 250 000, die mehrmals pro Woche mit dem Rad unterwegs sind. Die Zählungen werden natürlich entweder von Fahrradlobbyvereinigungen gemacht oder vom Magistrat. Natürlich kommen da beeindruckende Zahlen heraus. Aber eine Million, muss ich sagen, hat mir besonders gut gefallen.

Aber die Probleme werden dadurch auf unseren Straßen nicht geringer, wenn wir sagen, wie gut und wie schön und wie viele nicht unterwegs sind und wie gut, dass eh alles klappt. Ich möchte ein Beispiel erzählen. Wir waren nämlich, ich glaub, vor zwei Wochen war es, im neuen Fahrradhaus zu einer Diskussion zum Thema „Warum ist das Verhältnis zwischen Autofahrern und Fahrradfahrern emotional so aufgeladen?“ eingeladen, wo unter anderem die Frau Karmasin eingeladen war, eine Psychologin. Dann war einer von einer IG Fahrrad, die Doris Knecht vom „Kurier“ beziehungsweise „Falter“ war dabei und ich war halt als Buhmann eingeladen, was mir durchaus bewusst war. Diese Diskussion war durchaus für beide Seiten befruchtend. Vor allem bin ich dort hingegangen, weil die 2 Hauptprotagonisten der Fahrradagentur, mit der ich zwar nicht einverstanden bin, dass sie 7 Millionen bis 2015 aus dem Steuertopf bekommt, ohne einen Cent davon in den Ausbau der Fahrradwege zu stecken, aber die Frau Reichard und der Herr Blum sind im persönlichen Gespräch sehr nett und wenn ich von dort gebeten werde, wo teilzunehmen, auch wenn ich dort nur Prügel beziehen werde, sage ich natürlich zu. Das Ganze ist dann so abgelaufen, wenn sich der von der IG Fahrrad, der im Übrigen von Anfang an ziemlich aggressiv aufgetreten ist, geschnäuzt hat, hat er donnernden Applaus bekommen. Und wenn ich gesagt hab, dass Mittwoch ist, dann hat sich unwilliges Gemurmel erhoben: Wie kann er das sagen, ich finde das unerträglich. So in der Preislage ist das Ganze abgelaufen, aber die Diskussion war trotzdem sehr schön. *(Heiterkeit bei der FPÖ und GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)* Es war, glaube ich, Mittwoch, oder habe ich die Uhrzeit gesagt. Auf jeden Fall hat es gleich für helle Aufregung gesorgt, Frau Kollegin Wehsely. Aber das Erlebnis war ja nachher. Ich war mit einer Kollegin aus der Pressestelle unterwegs, die habe ich nachher nach Hause gebracht und wir sind den Getreidemarkt runtergefahren und sind bei der roten Ampel bei der Secession beim Naschmarkt gestanden und von links, von der Secession, kommt ein Radfahrer. Das war ein besonderes Exemplar. Der war vermummt, das war ja lustig. Es war ja nicht einmal noch kalt, so ein Schlitz war noch frei, schwarz. Das ist sicher so ein Berufsdemonstrant, vielleicht war er auch vom Wagenplatz, ich weiß es nicht. Auf jeden Fall haben wir zuerst geglaubt, das ist eine versteckte Kamera und den haben sie uns vorbeigeschickt. Der hat Folgendes gemacht: Der ist am Zebrastrifen drei, vier Mal provokant auf- und abgefahren und

dann ist er bei Rot, wir haben noch Rot gehabt, drübergefahren, hat geschaut, ob ein Auto kommt und ist halt Richtung Karlsplatz weitergefahren. Wir haben leider unsere Kameras beziehungsweise die Handys zu spät gezückt. Das war natürlich ein übertriebenes Beispiel für Fahrrad-Rowdies. Das war einfach ein Idiot, der sich halt gut vorgekommen ist. *(Weitere Heiterkeit bei der FPÖ.)* Aber die Zahl derer, die sich an die Verkehrsregeln partout nicht halten wollen und es den anderen Verkehrsteilnehmern, mir kommt es oft so vor, zufleiß machen, steigt ebenso wie die Zahl der Fahrradfahrer, wenn man den offiziellen Zahlen Glauben schenken kann. Und wir sagen, irgendwann kann man da nicht mehr zuschauen. Fahrradfahrer beziehungsweise die Fahrräder müssen identifizierbar sein. Darum brauchen wir das, meine Damen und Herren! *(Der Redner zeigt eine Kennzeichentafel. - Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe es auch in Originalgröße mit, so wie wir es uns zumindest vorstellen. Es ist etwas kleiner als ein Mopedkennzeichen. Jetzt werden wieder die Einwände kommen „Das erkennt ja kein Mensch“ und „Der macht ja erst wieder Fahrradflucht.“ Bei einem Moped, wenn das wegfährt und es ist 10, 20 m weit weg, erkenne ich es auch nicht und das muss auch ein Kennzeichen haben. Wir sagen einfach, ein Fahrradfahrer beziehungsweise dessen Fahrrad, und es ist egal, wer jetzt oben sitzt, muss identifizierbar sind, damit er im Fall eines Unfalles auch dafür verantwortlich gemacht werden kann. So wie das jetzt läuft, dass sie bei parkenden Autos anfahren, dass sie Fußgeher gefährden beziehungsweise verletzen und dann abhauen, so geht es sicher nicht mehr weiter, meine Damen und Herren, das müssen wir ganz dringend ändern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, es ist doch jedem Fahrradfahrer zumutbar, dass er einmal einen Amtsweg erledigt. Er muss nicht einmal aufs Amt gehen, sondern macht das bei der Versicherung, weil bei unserem Programm ist auch dabei, dass eine Versicherungspflicht für alle Fahrradfahrer besteht, weil sicher 25, 30 Prozent der Fahrradfahrer, deren Hunderttausende ja auf den Straßen unterwegs sind, keine Versicherung haben, weil sie sich einfach keine Haushaltsversicherung leisten können.

Ja, wir haben 300 000 Menschen, die da auch noch unter der Armutsgrenze leben. Wer soll sich da eine Haushaltsversicherung leisten? Das musst mir einmal vorhupfen. Der muss schauen, dass er Gewand, Essen und Schulsachen für die Kinder besorgen kann. Der hat keine Haushaltsversicherung, ist nicht haftpflichtversichert und der Unfallgegner schaut dann traurig aus der Wäsche.

Meine Damen und Herren, nicht nur und damit wir wieder eine Mär vom Kollegen Chorherr als das da entlarven, was es ist, nämlich eine Mär, nicht eine Million Fahrräder, und wo du die Wurschradln mitgezählt hast, brauchen ein Kennzeichen, sondern jeder braucht ein Kennzeichen. Wer jetzt vier Radln, Fahrräder hat - und ich montiere dir das ganz locker um, so wie man ein Licht abmontiert und gib es aufs andere Radl dort drauf. Kinder bis 12 brauchen auch ein Kennzeichen, die dürfen eh nicht alleine auf der Straße fahren. Also hält sich

der Verwaltungsaufwand in ganz, ganz engen Grenzen. Er geht einmal hin, zahlt halt 10, 15 EUR oder wenn er es bei der Versicherung macht, zahlt er gar nichts, sondern vielleicht im Monat 5 oder 10 EUR für eine Haftpflichtversicherung fürs Radfahren. Das ist jedem zumutbar und würde auch sicher den Anteil des Radverkehrs in Wien nicht senken, sondern ganz im Gegenteil. Es würden sich vielleicht viele Fahrradfahrer, und das habe ich bei der Diskussion gehört, die sich im Straßenverkehr fürchten, aber nicht nur vor den Autofahrern, vor den Fußgängern müssen sie sich eh nicht fürchten, aber wahrscheinlich fürchten sich auch viele, und der Großteil fährt ja diszipliniert, vor den Rad-Rowdys. Jeder, der den Ring-Radweg öfters fährt, und der Kollege Chorherr wird es vielleicht nicht in der Dimension bestätigen, aber je nach Tag fahren zwischen 25 und 30 Prozent, wenn es geht, bei Rot über die Kreuzung ohne einen Funken von Unrechtsbewusstsein, ohne einen Funken Rücksicht auf andere Verkehrsteilnehmer.

Es wird sehr viel Geld investiert, eine zweistellige Millionen-summe jedes Jahr in den Radwegausbau. Die genaue Summe erfahren wir nicht, weil wir es ja mit der Salami-taktik scheinbarweise in dem einen oder anderen Ausschuss serviert bekommen. 7 Millionen, wie erwähnt, die Radagentur für reines Lobbying. Das finden wir übertrieben. Wir hätten gesagt, 7 Millionen für den Radwegausbau, da hätten wir zugestimmt, wenn das Projekt sinnvoll und verkehrssicher ist. Aber der Kollege Irschik hat es bemerkt. Ich glaube, die Front der Nummertaferlgegner bröckelt ja bei der SPÖ. Auch in Hietzing ist die SPÖ schon für Nummertaferln, hat schon einen Antrag eingebracht. Der Bgm Häupl dürfte ja neuerdings auch ein Fan davon sein. Vielleicht hat es auch nur zur Ablenkung vom Parkpickerl für den ARBÖ damals gedient. War auch recht wirkungsvoll, aber das pickt jetzt. Er hat gesagt, wir stimmen vielleicht sogar über das Fahrradnummertaferl ab, vielleicht, hat er gesagt: Schauen wir einmal, wann die Volksabstimmung stattfindet, die Volksbefragung und ob das wirklich Teil dieser Fragestellungen sein wird. Wir sind auf jeden Fall dafür und ich hoffe, auch immer mehr vernünftige Straßenverkehrsteilnehmer in der SPÖ, von den GRÜNEN wage ich es eher zu bezweifeln.

Wir wollen, wie gesagt, Nummertaferl, Versicherungspflicht und natürlich auch im Sinne der Gleichbehandlung der Straßenverkehrsteilnehmer, die Fußgänger jetzt ausgenommen, die 0,5 Promillegrenze auch für Radfahrer. Das Handy-Verbot ebenfalls eine uralte Forderung damals noch vom Herbert Madejski. Also uralte, das war jetzt, 2005 haben wir das Programm gemacht, nicht dass das falsch rüberkommt. Und ein Teil von diesem Programm wird schon abgearbeitet. Das Handy-Verbot führt die SPÖ-Infrastrukturministerin Bures durch. Wir werden uns damit aber nicht zufrieden geben. Es sollte natürlich, und das ist auch ein massives Problem, das jeder Radfahrer kennt und wahrscheinlich nicht jeder macht, dieses Walk- und Discman- und MP3-Player-Unwesen, wo die jetzt nicht mehr mit diesen Steckkopfhörern, sondern mit den modernen, coolen, hippen Kopfhörern fahren und oft hört man da laute

Musik raus, wenn man drei Räder dahintersteht, und der kann nichts mehr hören. Das ist ja gefährlich für ihn, weil der hört kein Auto mehr. Das ist vor allem für die Fußgänger oder für die anderen Straßenverkehrsteilnehmer, Autos oder Motorräder, gefährlich, weil jeden, der einen Unfall mit einem Radfahrer hat, trifft sicher eine Teilschuld - das traue ich mir bei unserer Rechtsprechung zu behaupten - und kommt finanziell zum Handkuss.

Wir wünschen uns, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass wir vielleicht schon nächstes Jahr Taferln an allen Fahrrädern dieser Stadt, vielleicht irgendwann bei bis zu einer Million Fahrräder in der Stadt montiert sehen, wechselweise zumindest. Wir hoffen, dass sich heute einige Herrschaften der SPÖ, wo ja die Zahl der Befürworter steigt, unserem Antrag anschließen. Wir wollen die Straßen Wiens, die Gehsteige, die gemischten Rad- und Fußwege sicherer machen. Wir wollen die Emotion aus dem Straßenverkehr herausnehmen. Wir wollen ein friedliches Miteinander aller Gruppen von Verkehrsteilnehmern. Wir wollen aber vor allem Gleichbehandlung und wir wollen mehr Sicherheit für die Fußgänger als schwächste Gruppe der Verkehrsteilnehmer.

In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zu unserem Antrag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieses Anliegen der Freiheitlichen in ihrem Dringlichen Antrag ist durchaus nachzuvollziehen. In der Tat gibt es viel zu viele Fahrrad-Rowdys in dieser Stadt und wir müssen uns überlegen, wie wir mit geeigneten Maßnahmen dagegen vorgehen, denn spätestens wenn Menschen gefährdet werden, sind Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung sicher kein Kavaliersdelikt mehr und die Straßenverkehrsordnung ist auf Punkt und Beistrich und ohne Wenn und Aber einzuhalten.

Was den formellen Weg der Freiheitlichen betrifft, muss ich allerdings schon darauf hinweisen, dass eine ortspolizeiliche Verordnung kein geeignetes Instrument sein wird, um auf diese Missstände zu reagieren. Man kann vielleicht noch im weitesten Sinne die örtliche Straßenpolizei als Argument für eine ortspolizeiliche Verordnung heranziehen. Und in der Tat gibt es störende Missstände, die das Gemeinschaftsleben beeinträchtigen. Aber ich kann dort keine ortspolizeiliche Verordnung erlassen, wo es bestehende Bundes- oder Landesgesetze gibt und das ist hier natürlich der Fall, weil die Straßenverkehrsordnung ein Bundesgesetz ist und auch der Vollzug durch die Polizei geregelt ist. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Na ja, der Jurist!)* Es bleibt daher kein Platz für eine ortspolizeiliche Verordnung, was aber nichts daran ändert, dass die Dinge, die hier materiell angesprochen werden, sicherlich mehr als nur diskussionswürdig sind. Und diskussionswürdig ist natürlich auch Ihre Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht auf Fahrrädern, das ist keine Frage. Die Identifizierbarkeit von Rowdies ist uns natürlich auch wichtig und die Idee klingt auf den ersten Blick natürlich auch gut. Auf den zweiten Blick wird man

dann schon ein bisschen skeptischer, ob der Nutzen wirklich in einem Verhältnis zum Verwaltungsaufwand steht. Es wird kein Zufall sein, dass es so eine Kennzeichnungspflicht international nicht gibt und jenes Land, das die Kennzeichnungspflicht vorgesehen hat, nämlich die Schweiz, diese wieder abgeschafft hat. Der bürokratische Aufwand war doch zu hoch und der Nutzen relativ gering.

Aber, sehr verehrte Damen und Herren, mehr als skeptisch bin ich geworden, und das müsste ja eigentlich auch die Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ ein bisschen skeptisch und hellhörig und misstrauisch machen, dass sich sogar der Bgm Häupl so eine Kennzeichnungspflicht vorstellen kann. Und da sage ich Ihnen schon eines: Für mich ist sicher: Führt die Stadt Wien eine Kennzeichnungspflicht ein, eine Vignette, ein Picklerl, oder wie immer es heißen mag, dann wird damit eine Gebühr eingeführt, eine Verwaltungsgebühr, eine Verwaltungsabgabe, eine Bearbeitungsgebühr, wie auch immer man die dann nennen wird, Rot-Grün kassiert ab, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet. Das ist so sicher wie das Amen im Gebet! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Leben in dieser Stadt ist wirklich teuer genug. Ich möchte eines nicht, dass in Zukunft in Wien auch noch fürs Radfahrer gezahlt werden muss. *(Beifall von den GRen Mag Christoph Chorherr und Mag Rüdiger Maresch und bei der ÖVP.)* Ob ich jetzt ebenso viel Applaus von den GRÜNEN bekommen werde, wenn ich zur Missachtung der Straßenverkehrsordnung durch die Radfahrer komme, fürchte ich, wage ich zu bezweifeln, insbesondere wenn ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, sagen muss: Sie tun schon das Ihre dazu, dass die Radfahrer glauben, sie hätten besondere Sonderrechte. Sie haben einen Nationalrat und Sozialsprecher, der öffentlich erklärt hat, nichts dabei zu finden, gegen die Straßenverkehrsordnung zu verstoßen. Sie haben eine Vizebürgermeisterin, die auf einer Pressekonferenz erklärt: „Mit Law and Order und Strafen lassen sich Alltagskonflikte kaum lösen.“ Wie schaut denn die Botschaft aus, die die Vizebürgermeisterin da verbreitet? Erstens einmal, sie hält nichts von Strafen. Zweitens einmal, man muss sich als Radfahrer nicht wirklich an die Regeln halten. Das Ergebnis ist natürlich eine Katastrophe, das Unrechtsbewusstsein sinkt immer weiter. Dazu leisten Sie Ihren Beitrag natürlich auch mit dem umstrittenen Plakat, mit dem Radfahrer auf dem Gehsteig, der nur „T'schuldigung“ murmelt und der Fußgeher zeigt sich geradezu erfreut über ein freundliches Wort.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie leisten mit Ihrer Politik dem an sich sehr sympathischen Sport des Radfahrens einen Bärendienst und die Sympathiewerte, die fürs Radfahren grundsätzlich sehr hoch sind, sinken dank Ihrer Politik doch beträchtlich. Denn Sie provozieren dort, wo es überhaupt nicht notwendig ist und wo den Radfahrern überhaupt nicht geholfen wird.

Herr Kollege Chorherr, warum verlangen Sie die Sperre der Nordbrücke, damit dort Radfahrer demonstrieren, dass man auch über die Donau radeln kann?

Warum sperrt man mutwillig regelmäßig den Ring oder andere Hauptverkehrsstraßen, um dort ein Picknick zu veranstalten? Ich denke auch, dass die Radfahragentur ihre Möglichkeiten besser nutzen sollte, als hier einige Meter entfernt am Friedrich-Schmidt-Platz 15 Parkplätze entfernen zu lassen, damit man da vor der Radfahragentur demonstrieren kann, dass man Autos beseitigen kann! Das ist sicher nicht der richtige Weg, diese Provokationen nicht und noch viel weniger die Schikanen, die Sie den Fußgängern und den Autofahrern zuteil werden lassen. Fragen Sie die Fußgänger! Sie fühlen sich schikaniert, wenn sie Radwege an Gehsteigen vorsehen. Sie schikanieren Fußgänger, wenn Sie Radwege errichten, die sich um Fußgängerwege schlängeln, wie das am Ring der Fall ist, wo sie nicht und nicht die notwendige Entflechtung von Radfahren und zu Fuß Gehen schaffen! Aber Sie provozieren und schikanieren die Autofahrer, wenn Sie mutwillig Fahrtstreifen reduzieren. Man hält es ja kaum für möglich, in den größten Einfahrtsstraßen in das Zentrum von Wien werden mutwillig Fahrtstreifen beseitigt. Das ist jetzt schon eine Zeit lang her, als man das auf der Spittelauer Lände im 9. Bezirk gemacht hat. Da hat man glücklicherweise wieder zurückgerudert. Da haben wir jetzt wieder die Fahrtstreifen, wie wir sie ursprünglich hatten. Aber in der Westeinfahrt ist der Schildbürgerstreich noch aufrecht. Dort ist es Ihnen gelungen, einen Flaschenhals zu konstruieren. Man fährt die Westeinfahrt zweispurig durchgängig bis zum Karlsplatz hinein mit einer einzigen Ausnahme - jetzt erst vor wenigen Wochen oder Monaten bei der U-Bahn-Station Pilgramgasse auf der Höhe Ramperstorffergasse/Rechte Wienzeile geschaffen -, wo ich nur mehr einen Fahrtstreifen habe und wo es natürlich einen entsetzlichen Rückstau in der Rechten Wienzeile dort vor dem Amtshaus Margareten gibt. Eine Frotzelei der Sonderklasse! Davon haben die Radfahrer überhaupt nichts und die Autofahrer und die Wohnbevölkerung, die dort die Abgase einatmen muss, die provozieren Sie ohne Ende. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Provokation wäre es auch, wenn Sie nun allen Ernstes die Radwegebenutzungspflicht aufheben wollen, denn die geschaffene Infrastruktur war sehr teuer. Andere Verkehrsgruppen wurden eingeschränkt. Man hat das geschaffen und nun will man diese Einrichtungen ad absurdum führen, indem man den Radfahrern sagt, ihr müsst diese geschaffenen Radwege gar nicht nutzen. Das ist natürlich auch eine Frage der Sicherheit, denn wenn ich die Radfahrer wieder auf der Straße fahren lasse, dann ist es eher eine Form der Gefährdung als der Sicherheit im Straßenverkehr. Worum geht es wirklich? Es würde darum gehen, nicht etwas gegen Autofahrer und Fußgänger zu unternehmen, sondern etwas für die Radfahrer zu machen. Machen Sie bitte das Radfahren sicherer, das wäre doch das Allerallerwichtigste! Noch dazu, wenn man sich anschaut, dass die Anzahl der Fahrradunfälle im vergangenen Jahr beträchtlich gestiegen ist, und zwar vom Jahr 2010 auf das Jahr 2011 ist die Anzahl der getöteten und verletzten Radfahrer von 526 auf 639 gestiegen. Das ist die dritthöchste Unfallzahl pro Jahr seit dem Jahr 1983.

Wir brauchen natürlich gezielte Kontrollen. Die Polizei macht das bereits. Es gibt sehr schicke Fahrradpolizisten im Fahrrad mit dem Fahrrad unterwegs. So darf ich mich bei der Gelegenheit auch bei der nunmehrigen Landespolizeidirektion Wien und bei den Mitarbeitern bedanken, die ihren Dienst am Rad versehen. Sie könnten sich auch überlegen, welchen Beitrag die Stadt Wien in diesem Zusammenhang leisten könnte. Wir brauchen eine viel bessere Fahrradausbildung, als wir sie derzeit haben. Es passiert hier einiges bei den Schülern, aber noch viel zu wenig. Hier wäre die Ausbildung natürlich ausbaufähig. Eine vielleicht lohnende Aufgabe für die Radfahragentur. Generell müssen die Radwege viel besser geplant werden, als das in der Vergangenheit der Fall war und Sie müssen einfach attraktivere Angebote für Radfahrer schaffen, die allerdings nicht auf Kosten der Fußgänger oder Autofahrer gehen dürfen.

Ich fasse zusammen: Die bestehenden Regeln der Straßenverkehrsordnung sind unbedingt einzuhalten und es macht wenig Sinn, die Straßenverkehrsordnung nunmehr durch verschiedenste Ideen aufzuweichen, die alles andere als im Sinne der Verkehrssicherheit wären wie die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht, Fahren gegen die Einbahn oder Fahren bei Rot. Und zum Abschluss würde ich Ihnen ganz gerne ans Herz legen, eine Politik zu machen, in der Sie das Auto nicht grundsätzlich verdammen, wo Sie zur Kenntnis nehmen, dass es auch einen Wirtschaftsverkehr gibt, einen Einkaufsverkehr, dass es Mütter gibt, die Kinder transportieren müssen, dass es auch Witterungsverhältnisse gibt wie Kälte, Regen oder Hitze und dass viele ältere Menschen auf das Auto angewiesen sind. Daher bitte ich Sie, schreiben Sie den Menschen nicht vor, welches Verkehrsmittel sie benutzen sollen. Jeder Wiener hat ein Recht darauf, sein Verkehrsmittel frei zu wählen. Die Bürger sind mündig genug. Sie brauchen Ihre Bevormundung nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Es gibt in der gesamten politischen Geschichte zwei große Strömungen. Das ist nicht die Linke und die Rechte, sondern ich würde sagen, auf der einen Seite das Ressentiment und auf der anderen Seite die Aufklärung, die versucht, mit Argumenten, mit Kompromissen, mit Vernunft, mit Fakten zu argumentieren. Wohin uns Ressentiments in der Geschichte geführt haben und führen, wissen wir. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sind für Ressentiments!)* Drum will ich jetzt relativ wenig auf den Kollegen Irschik und über seine Rhetorikpolemiken sagen, wiewohl es mich juckt, muss ich der Ehrlichkeit halber sagen, sondern möchte durchaus beim Kollegen Ulm anknüpfend ein paar Fakten darstellen.

Ich stelle mir vor, es kommt ein Außerirdischer *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und das sind die GRÜNEN? – Heiterkeit bei der FPÖ.)* und analysiert die Verkehrsdebatte in Wien. *(GR Johann Herzog: Sie sollten sich mit den Inhalten beschäftigen, Herr Kollege Chorherr!)* Dieser Außerirdische würde die These vertreten,

von den österreichweit 523 Toten und 30 000 Verletzten gibt es einen Haupttäter und das, schließt man nach der Diskussion, müssen ja die Radfahrer sein. Ich kann mich an keine Dringliche erinnern, wo steht „Motorisierte Schutzwegekiller auf vier Rädern“. Ich kann mich an keine entsprechende Debatte erinnern. Denn die Tatsache ist, das sage ich einfach nur mit Bezugnahme Physik, für jene, die es kennen: Wenn jemand mit 50, 60 oder 70 km/h unterwegs ist und 1,5 Tonnen hat und so ein Auto stößt mit den Schwächsten, das sind Fußgänger und Radfahrer, zusammen, dann fliegt so jemand auf Grund der Physik 20 m durch die Luft, wird getötet oder schwerst verletzt. Alle Verkehrstoten Österreichs haben ihre Ursache in einer Physik, wo vier Räder und 1 bis 1,5 Tonnen 50, 70, 100, 130 km/h haben. Kein Einziger des unendlichen Leides, das füge ich jetzt hinzu, auch für die AutofahrerInnen, macht das absichtlich - früher hat es geheißt, strukturelle Gewalt. Jener LKW-Fahrer, der vor wenigen Monaten einen Radfahrer auf dem Radweg getötet hat, der tut mir leid, der wird sein Leben lang daran zu leiden haben. Das hat aber einfach damit zu tun, dass die objektive Gefährdung in Österreich im Verkehrsgeschehen, und ich möchte noch einmal die Zahl nennen und ich glaube, nahezu jeder kennt in seiner Umgebung jemanden, der, wenn schon nicht zu Tode gekommen, so doch zumindest verletzt worden ist, was das für tragische Dinge sind, wenn du dann im Rollstuhl sitzt, wenn du ein Bein verloren hast, wie auch immer. Das hat seine Ursache dort, wo 30, 50, 70, 100, 120 km/h mit 1 bis 1,5 Tonnen versehen sind. Fußgänger und Radfahrer sind nicht Täter, sondern Opfer des Verkehrsgeschehens. Jede Maßnahme, die Fußgänger und Radfahrer, und zwar in genau dieser Reihenfolge, erstens Fußgänger, zweitens Radfahrer, auf der Straße schützt und jene strukturelle Gefährdung, die durch den Autoverkehr ausgeht, zurückdrängt, dient nicht nur der Umwelt, sondern der Sicherheit und insbesondere der Sicherheit von Kindern. Ich erspare mir jetzt, weil ich nicht auf die Tränendüse drücken will, jene Unfälle zu zitieren, die im heurigen Jahr auf Schutzwegen, auf Zebrastreifen passiert sind, wo unter Missachtung, und ich sage jetzt nicht, Auto-Rowdy, von Verkehrsregeln Kinder zu Tode gekommen sind, und nicht nur ein Kind, und da habe ich keine Kritik gesehen. Hier findet eine Täter-Opfer-Umkehrung statt. Das sei einmal als Faktum hier ohne jegliche Polemik dargestellt.

Grundsätzlich befinden wir uns ja in Wien in einem ganz großen internationalen Trend eines völlig veränderten städtischen Verkehrsverhaltens. Die Diskussionen, sofern sie kultiviert auftreten, sind in allen Städten gegeben und sind auch verständlich. Es findet eine Änderung des Verkehrsverhaltens statt. Neulich habe ich einen großen Artikel im Autoland Nummer 1 der Welt gelesen, den USA. Dort macht sich die Autoindustrie größte Sorgen, denn erstmals seit 60 Jahren geht bei den dort 16- bis 30-Jährigen die Bereitschaft, den Führerschein zu machen, signifikant zurück und das Statussymbol Auto, wie im Übrigen interessanterweise das Statussymbol Haus, nehmen dramatisch ab. Junge Leute stehen es sich mehr auf elektronische Gadgets. Das Statussymbol

Auto hat sich bei den jungen Leuten in den USA dramatisch gewandelt. Der Radverkehr in Detroit, die ehemalige Autostadt, nimmt zu, und egal, ob es jetzt Paris, Berlin, Köln oder Rom ist - in Italien gab es vor wenigen Tagen ein Erstaunen der Automobilisten, denn es werden mehr Fahrräder als Autos verkauft. Wir haben einen weltweiten Trend. Ja, Herr Ulm, niemand soll bevormundet werden. Wir wollen aber diesen Trend unterstützen, nämlich einen Trend der Vernunft. In Zeiten, wo Benzin immer teurer wird und wo der größte Frust ist, und jeder von uns weiß das, mit dem Auto im Stau zu stehen - das ist Zeitvergeudung, da kommt man nicht weiter. Immer mehr Leute sagen, warum soll ich das in einer Stadt wie Wien tun, wo erstens die öffentlichen Verkehrsmittel immer besser ausgebaut sind und die öffentlichen Verkehrsmittel dank der Politik dieser Regierung mit 365 EUR eine Attraktivität haben. Ich glaube nicht, dass die FPÖ diese Zeitschrift kennt (*Der Redner zeigt eine Zeitung*). Es gibt eine weltweite Zeitschrift für urbanes Spitzenverhalten, die heißt „Monokel“. In der jüngsten „Monokel“-Ausgabe wurde Wien erwähnt, dass das weltweit lobenswert ist, diese 365 EUR, die diese Regierung zu Stande gebracht hat. Immer mehr Leute sagen: Warum soll ich ihm Stau stehen? Ich steige auf die öffentlichen Verkehrsmittel um, die deswegen verdichtet und ausgebaut werden müssen, und ich steige aufs Rad um oder gehe zu Fuß, wo wir noch großen Nachholbedarf haben. Man muss ja nichts zählen, wenn Sie die Zahl nicht glauben. Gehen Sie einfach auf die Straßen und Sie sehen, was passiert. Sie sehen, dass innerhalb des Gürtels der Autoverkehr zurückgeht und eine Stimmung entsteht, die sagt, es geht auch anders. Hier jetzt nur den Hauch, ohne jetzt eine Pickerldiskussion zu beginnen, aber eines ist schon interessant, wie in ganz kurzer Zeit eine enorme Flexibilität im Verkehrssystem gegeben ist, in weiten Teilen um 50 Prozent weniger. Wo sind die alle hin? Es ist durch eine intelligente Verkehrssteuerung, durch entsprechende Angebote möglich, das Verkehrsverhalten signifikant umzusteuern. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Diesen Trend wollen und werden wir weiterhin mit einer Reihe von Maßnahmen unterstützen, die ich jetzt nur in Ansätzen aufzählen möchte: Das ist einerseits der Ausbau der Infrastruktur. Zweitens Aufklärung, unter anderem durch die sicherste Maßnahme, die Öffnung von Einbahnen. Es gibt sowas wie Verkehrsuntersuchungen, die sich anschauen, wo und was ist sicher und was ist unsicher. Die sicherste Maßnahme ist die Öffnung von Einbahnen. Warum? Weil sich zwei Menschen Auge im Auge gegenüber stehen und kein Autofahrer steigt, weil er einen Radler sieht, deswegen aufs Gas und schießt ihn ab. Gefährlich sind in der Tat Radwege, und die gibt es leider noch, die wir schrittweise verbessern wollen, wo du beim Abbiegen nicht siehst, wer kommt und es hier zu Unfällen kommt. Hier sind aber bereits schon in der Regierung, als der Herr Klubobmann Schicker Stadtrat war, aber auch jetzt diese Gefahrenstellen schrittweise abgebaut worden.

Und das finde ich schon interessant, dass sich die Kritiker jetzt ausschließlich auf das nicht regelkonforme

Verhalten von Radfahrern beziehen. Stellen wir uns einmal um 22 Uhr ins Wiental, nur gedanklich, oder auf den Gürtel: Wie hoch ist der Anteil derer, die dort mit dem Auto nicht 50 fahren? Ich schätze jetzt einmal, 80 Prozent. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Zu wenig!*) Zu wenig? 90 Prozent. Es würde mich von den Nachrednern interessieren, wenn schon nicht von der FPÖ, aber vielleicht auch, ich lasse mich überraschen: Wie bezeichnen Sie jemanden, einen Autofahrer - wenn Sie einen Radler als Rowdy bezeichnen, wenn er oder sie die Verkehrsregeln missachtet, ja das gibt es -, wie bezeichnen Sie 90 Prozent der Autofahrer am Gürtel oder im Wiental, wo 50 Grenze ist, die das nicht einhalten? Was ist das? Was ist das dann? (*Aufregung bei der FPÖ.*) Und was ist gefährlicher, wenn dort ein Kind hervorkommt und ich fahre mit 70 am Gürtel und da passiert ein Unfall, die gibt es nämlich, diese Unfälle, versus jemanden, der sich als Radfahrer nicht regelkonform verhält? Ich sage Ihnen aus physikalischen Gründen, wer ein bisschen nachdenken kann, wo die wirkliche Gefährdung passiert: Das ist beim Autoverkehr.

Ganz kurz zu den Forderungen, die Aufklärung gebietet es, mich zu wiederholen. Nirgendwo auf der Welt gibt es aus gutem Grund Radfahrnummertafeln, weil sie außer einer Bürokratisierung und Schikanierung überhaupt keinen Vorteil mit sich bringen. Es gibt eine Million Räder in Wien, nicht alle sind auf der Straße. Es gibt einen guten Grund, dass es das nirgendwo gibt, wenn man Radverkehr fördern will - ach wie überraschend, wir wollen das tun -, und da wird es diese nicht geben. Solange Grüne in Wien in der Verantwortung sind, wird es das nicht geben und auch die Ministerin Bures hat ihre Fachleute gefragt und hat nach Befragung der Fachleute ganz klar festgestellt: Das wird in der StVO nicht kommen.

In der Tat ein heikles Thema ist Alkohol und Fahrrad. Auch hier möchte ich auf eine Unterschiedlichkeit hinweisen. Ich finde es auch nicht richtig, sturzbetrunken mit dem Rad unterwegs zu sein. Aber es macht einen Unterschied an Gefährdung für Dritte, ob ich betrunken mit dem Fahrrad unterwegs bin, da gefährde ich primär mich selber, oder ob ich betrunken mit dem Auto unterwegs bin. Und schauen Sie in die Spitäler (*Aufregung bei der FPÖ.*), ja, greifen Sie sich nur auf Ihren Kopf, den sollte man einmal gelegentlich einschalten, was die Unfallursache von sehr vielen Verletzten und Toten ist. Das sind einmal mehr Verletzte und Tote durch den Autoverkehr und durch Betrunkene, die hinter dem Steuer mit eineinhalb Tonnen und nicht selbstgefährdend unterwegs waren. Das heißt, hier muss ein Unterschied zumindest von der Strafhöhe gemacht werden. Zu Recht wird man mit hunderten und auch über tausend Euro bestraft, wenn man betrunken Auto fährt. Ich sage nicht, dass man das nicht soll beim Radverkehr, aber die Gefährdung ist signifikant geringer und hier gehört auch ein Unterschied gemacht.

Und der letzte Punkt, den der Kollege Ulm angesprochen hat, ist die Radwegebenutzungspflicht. Wir sind, und nicht nur wir, mit sehr vielen Verkehrsexperten einer Meinung, dass die Radwegebenutzungspflicht aufgeho-

ben wird. Das können wir hier in Wien nicht entscheiden. Aber die Gespräche auf Bundesebene sind so, dass das in der jüngsten Novelle bereits verankert war und von sehr vielen, auch von Bundesländern und vor allem auch von ÖVP-regierten Städten verlangt wird. Warum? Weil es nicht den oder die RadfahrerIn gibt. Wenn jemand mit seinen Kindern unterwegs ist, wird er oder sie langsam auf dem Radweg fahren. Wenn ein Fahrradbote zügig unterwegs ist - und Achtung, ich sage zügig, das sind 30 km/h, und in der Tat, mit 30 km/h am Radring rund ist man dort, wo Fußgänger queren, eine ziemliche Belästigung und ja, auch eine Gefährdung. Ein Fahrradbote oder jemand anderes, der sich sicher fühlt und schnell fährt - ich fahre, glaube ich, sicher, toi toi toi, hoffentlich passiert mir nichts. Ich traue mir zu, wenn ich zügig unterwegs bin, auf der Straße zu fahren. Deswegen ist es gut, dass es trotzdem geschützte Zonen gibt. Und wenn wir sehr viel mehr Radfahrerinnen und Radfahrer in Wien haben, die Verdoppelung ist nicht nur angestrebt, sondern wir sind auf dem guten Weg dorthin, es zu erreichen, dann wird es auch dazu kommen, dass wir die entsprechenden Kapazitäten brauchen. Wir werden nicht überall Radwege bauen, sondern die Straßen sind für alle da und ein reduzierter, langsamer, stadtdäquater Autoverkehr und ein Radverkehr ohne Fußverkehr sind kompatibel.

Ich komme zum für mich Letzten und irgendwie auch fast zum Wichtigsten, das ist der Umgangston grundsätzlich untereinander und miteinander. Ja, im Verkehr gibt es Konflikte, überall auf der Welt. Es gibt große kulturelle Unterschiede zwischen Städten. Wer schon einmal in Indien war, oder wer in Süditalien war, oder in Frankreich war, oder in Deutschland war, oder in Südafrika war, weiß, dass die Art, wie man sich im Verkehr bewegt, unterschiedlich ist. Eines hilft immer, und dafür gibt es kein Gesetz. Da denke ich mir, es sind alle aufgerufen, wer möchte, das ist ein gewisser Respekt, das ist eine gewisse Höflichkeit. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der Schnellere und Stärkere auf den Schwächeren Rücksicht nimmt, um das gleich sozusagen klar zu sagen. Das heißt für mich, der ich hauptsächlich das Rad benütze, auffordernd, dass man ... (GR Mag Wolfgang Jung: Elmayer!) Eben nicht Elmayer. Das heißt ein grundsätzliches respektables Verhalten untereinander. Das heißt für mich als Radfahrer, dass selbstverständlich Fußgängerinnen und Fußgänger Vorrang haben, immer und zwar immer. Es ist oft so, wenn man stehen bleibt am Radweg, oft sehen Fußgänger nicht, dass hier Radweg ist, da fällt mir nicht nur kein Stein aus der Krone, stehen zu bleiben und zu sagen: „Bitte gehen Sie rüber.“ Dann kriegt man ein Lächeln. Das ist einfach klass, wenn man respektvoll miteinander umgeht und nicht, egal auf welchem Verkehrsmittel man ist, schimpft, schreit, flucht, sich alles Mögliche heißt. Das kann man nur schlecht verordnen. Ich kann jetzt hier nur als Gemeinderat sagen, es ist einfach klass, Rücksicht zu nehmen und das betrifft alle. Kein Verkehrsmittel hat einen Filter auf gute und schlechte Menschen. Ein Idiot bleibt ein Idiot, unabhängig, mit welchem Verkehrsmittel er sich bewegt. Tatsache ist, dass der Idiot im Auto der gefährlichste

Idiot ist. Aber auch der Idiot am Rad ist eine Gefährdung und ja, die gibt es auch, wenn Sie das hören wollen. Da sind alle aufgerufen zu sagen, hey, komm, lass. Zivilcourage ist insofern auch im Verkehr erforderlich.

Meine letzte Minute. Wir haben einen wunderbaren Trend der Intelligenz in Wien. Dieser Trend der Intelligenz, die Leute verhalten sich immer schlauer, Herr Kollege Ulm, aus Eigennutz, wenn man drauf kommt ganz viele Leute. Wir haben jetzt eine große Umsteigergruppe vom Auto aufs Rad. Übrigens denken jetzt auch die Wiener Linien um, die froh sind, dass sie in der Spitzenzeit eine Entlastung bekommen, weil in Summe so viele Leute umsteigen. Ganz viele Leute sagen, das ist echt klass, mit dem Radl zu fahren. Warum habe ich das nicht schon früher gemacht? Keiner muss gezwungen werden, es zu tun. Und wenn jemand sagt, wenn es kalt ist, fahr ich nicht mehr - wir sind in der Tat eine freie Gesellschaft. Auf das sind wir stolz, ja, jeder. Es gibt auch ein Grundrecht, im Stau zu verhungern. Soll er oder sie das tun. Aber die Mehrheit der Menschen wird immer intelligenter. Dieser Intelligenz wollen wir Vorschub leisten. Und wenn sich diese Intelligenz auch im Verkehr durchsetzt, wird Wien eine noch schönere Stadt sein. Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner und ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren!

Ich möchte gleich da anknüpfen, wo der Herr Kollege Chorherr aufgehört hat. Ich halte es auch für erfreulich, dass der Fahrradanteil gestiegen ist. Ich gebe auch dem Kollegen Chorherr dahin gehend recht, dass man Probleme nicht immer dadurch löst, indem man neue Gesetze beschließt. Das ist halt eine Politikerkrankheit.

Man glaubt sozusagen, mit einem neuen Gesetz ist das Problem verschwunden. Sondern ich bin einmal dafür, dass man versucht, auf Grund der bestehenden Gesetze aktuelle Probleme zu lösen und dann ist es weniger eine Frage jetzt im Endeffekt der Gesetzgebung, sondern der Exekutierung bestehender Normen. Und das ist weniger eine Frage der Politik, sondern das ist eine Frage der Verwaltung. Ich glaube, es wäre einfach wichtig, dass man die Verkehrsregeln allgemein versucht umzusetzen und dazu gehört eben auch, dass Fahrradfahrer am Gehsteig im Prinzip nichts verloren haben. Da sind immer noch genug Polizisten auf der Straße und es wäre eigentlich wichtig, dass man denen irgendwo das auch mit auf den Weg gibt, darauf zu achten, dass eben Fahrradfahrer entweder am Fahrradstreifen, am Fahrradweg oder auf der Fahrbahn fahren, aber nicht am Gehsteig unterwegs sind. Da brauche ich einmal gar kein neues Gesetz.

Ja, das mit dem Handyverbot, ja mein Gott, darüber kann man reden. Das mit den Promillegrenzen, da hat auch der Kollege Chorherr natürlich in einem gewissen Maß schon auch recht, dass das Gefährdungspotenzial ein anderes ist, weil es ja auch nicht dazu kommen soll, dass wir dann sagen, auch der Fußgänger ist eine Ge-

fahr, auch der nicht aufmerksame Fußgänger. Ich glaube, es ist auch ein Recht für Fußgänger, am Gehsteig nicht dauernd aufmerksam sein zu müssen. Es muss auch möglich sein zu gehen, ohne dass man dauernd schaut, kommt von vorn, von hinten einer, fährt mir jemand rein. Also ich glaube, auch das Recht, nicht so angespannt zu sein, ist ja etwas, warum manche zu Fuß gehen und sagen (*Beifall bei der FPÖ und von GRin Mag Ines Anger-Koch.*), ich fahr bewusst nicht mit dem Auto oder mit dem Fahrrad, weil ich so gedankenverloren bin oder auch telefonierend einfach gehen will. Dann bin ich halt natürlich davon abhängig, dass man entsprechend auf rücksichtsvolle Verkehrsteilnehmer stößt. Also Vorsicht bei neuen Gesetzen und einmal schauen, ob man nicht auf Basis der bestehenden Gesetze entsprechende Ergebnisse erzielen kann.

Ich meine, Tatsache ist natürlich schon, dass vielleicht in gewissen Kreisen der Radfahrer-Community manche Signale, die vor allem von den GRÜNEN ausgehen, falsch aufgefasst werden, so nach dem Motto „Es ist politisch erwünscht, Rad zu fahren.“ Es ist auch in vielfältiger Hinsicht gut und jetzt gilt auf einmal nichts mehr. Das ist eine in sich gute Handlung, da kann man nichts mehr falsch machen. Ich meine, man kann sehr wohl sehr viel falsch machen, auch so Dinge; wie dass man die U-Bahnen auch mit Fahrrädern benützt. Das ist ja im Prinzip auch in Ordnung. Aber auch da gehört ein gewisses Einfühlungsvermögen dazu. Am Bahnsteig einer U-Bahn kann man nicht Radl fahren. Da ist auch das Rollerfahren irgendwo ein bisschen eigenartig. Wenn man das Fahrrad auch in einen dafür vorgesehenen Einstieg hineinschiebt, muss man halt auch schauen, ob dort Platz genug ist. Einfach zu sagen, da ist das Picklerl „Radfahren“, da kann man ein Radl reinschieben und dann schiebt man das rein, auch wenn dort die Leute stehen, also ich glaube, da geht es halt jetzt weniger um Regeln, sondern einfach um ein gewisses Gespür, auch um eine gewisse Rücksichtnahme. Nur weil man etwas prinzipiell Gutes macht, nämlich ein CO<sub>2</sub>-freies Verkehrsmittel benützt, hat man deswegen keinen Freibrief zu sagen, so, es gilt für mich nichts mehr. Also da wäre es vielleicht auch wichtig, dass man halt, so wie man die Gesetzestreue in anderen Bereichen einmahnt, es nicht mit einem „Entschuldigung“ bewenden lässt, wobei man ja als Fußgänger am Gehsteig oft über ein „Entschuldigung“ schon sehr froh wäre. Mittlerweile hat man das Gefühl, man ist eigentlich als Fußgänger der Störfaktor. Also diese zwei Dinge wären halt auch zu beachten und da kann natürlich auch die Politik ein entsprechendes Klima schaffen. Letztendlich ist es auch eine Sache der Exekutive oder einer Stadtpolizei oder einer Ordnungstruppe, die auch da die Polizei entlastet.

Ich meine, das mit den Nummerntafeln, sage ich ganz ehrlich, wenn der Fahrradfahrer ein völlig gleichberechtigter Verkehrsteilnehmer ist und sein soll, dann gehört natürlich schon auch dazu, dass man einerseits auch die anderen potenziellen Geschädigten durch ein falsches Verhalten entsprechend auch durch eine Haftpflichtversicherung absichert. Also das ist, glaube ich, jetzt auch im Interesse des Schutzes des Einzelnen, weil

ich meine, da kann natürlich viel passieren und wer keine adäquate Versicherung hat, der steht dann persönlich in der Haftung. Das ist ja auch nichts Angenehmes. Also eine Versicherung, das kann ja durchaus auch eine Bündelversicherung über die Mobilitätsklubs ARBÖ, ÖAMTC und so weiter sein. Da gibt es ja viele Modelle, ohne dass man da im Monat ich weiß nicht, wie viel zahlen muss. Eine Identifizierungsmöglichkeit ist sicher auch etwas, über das man sprechen soll. Ich meine, wenn man gewisse Rechte in Anspruch nimmt, dann hat man auch gewisse Pflichten. Und gerade eben im durchaus an bürokratischen Elementen nicht ganz armen Österreich sollte es doch möglich sein, auch unbürokratische Lösungen zu finden. Bei der Autozulassung ist es ja sehr wohl gelungen, das mehr oder weniger privatwirtschaftlich zu lösen. Das ist viel unbürokratischer, als es früher war. Man geht zu irgendeiner Versicherung und meldet ein Auto an oder ab. Fahrradnummerntafeln könnte es auch im Fachhandel geben. Das muss nicht unbedingt ein Argument dagegen sein.

Ich glaube, ich habe die wichtigsten Argumente für diese aktuelle Problematik abgearbeitet und glaube, wir sollten alle ... Ja, vielleicht noch ein Letztes, die Radwegenutzungspflicht. Also da kann ich dem Kollegen Chorherr überhaupt nicht recht geben, weil entweder man sagt, man kann eh auf der Straße fahren, dann ist das eh in Ordnung. Wenn man aber viel Geld aufwendet und auch viele Parkplätze vernichtet oder umwidmet und Radwege und Radfahrstreifen baut, dann zu sagen, dann kann man es sich aussuchen, ob man auf der Straße fährt - ja, der nächste Schritt ist dann der, dass man sagt: Ja eigentlich die schnellste Verbindung ist die Südosttangente, warum fährt man dort nicht? Da kann man eh nur mehr 40, 50 fahren. Also ich denke schon, entweder wir bauen ordentliche Radwege, das ist ja auch eine Frage der Sicherheit, nehmen die Kosten in Kauf und nehmen auch in Kauf, dass Parkplätze wegfallen. Aber dann zu sagen, man muss nicht drauf fahren, sondern man kann es sich erst recht aussuchen, also da hätte ich schon meine Probleme. Es ist keine Verkehrsteilnehmergruppe so homogen, dass man sagen kann, es gibt den typischen Radfahrer. Und das alles jetzt am Fahrradboten aufzuhängen, das halte ich auch für ein bisschen abstrus. Ich meine, es gibt halt dann genauso wie beim Schifahren Anfänger bis hin zum Abfahrtspezialisten. Sich dann eine kleine Gruppe herauszupicken und zu sagen, nur weil man denen das nicht zumuten kann oder will, am Radweg zu fahren, muss man das aufheben, also bei aller Sympathie für die Fahrradboten, aber so wichtig, dass wir deswegen die Straßenverkehrsordnung ändern ... (*GR Mag Christoph Chorherr: Für die Fußgänger am Ring sind schnelle Radler ein Problem! Für die Fußgänger!*) Ja, natürlich, es sind zu schnelle Radler und der Fahrradbote ... Aber, Herr Kollege Chorherr, dem Fahrradboten muss man zugute halten, das sind Profis, die können wirklich gut fahren. Aber die sind ja auch im Rathaus, wenn sie durchradeln, ein Problem. Das sind halt in gewisser Hinsicht irgendwie Problemradler. Und dann kann man auch als Fahrradbote vielleicht eine Route wählen, wo man nicht am Geh-

steig mit den anderen ist, aber da ... (GR Mag Christoph Chorherr: *Straßenverkehrsordnung!*) Ja eh, aber der fährt ja links und rechts und bleibt da und dort nicht stehen, weil er unter einem Zeitdruck ist, der fährt über den Schutzweg drüber. Der Fahrradbote ist überall ein Problem, egal, wo er fährt.

Ich meine, eine Problematik ist natürlich das E-Rad. Das ist ja auch etwas, was mit einer gewissen Unterstützung natürlich auch viel schneller fahren kann. Also das sind natürlich neue Entwicklungen, wo man sich überlegen muss, wo die fahren sollen. Aber ich glaube, wenn man auch die Fahrradboten entsprechend an die bestehenden Ordnungen und Regeln erinnert, dann macht man sehr viel Gutes und man sollte sie nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ und von GRin Mag Ines Anger-Koch.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Wutzlhofer und ich erteile es ihm.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Jetzt habe ich den Start dieser dringlichen Debatte fast ein bisschen langweilig gefunden. Es ist nämlich vorher das Gerücht herumgegangen, man kann es ja ganz offen sagen, der Kollege Mahdalik würde mit dem Radl kommen. Jetzt habe ich mir schon überlegt, kann er Radlfahren und sagt ihm irgendwer vorher, dass es im Rathausinnenhof eh Ständer gibt, wo alle anderen, die immer mit dem Radl fahren, hier abstellen können? Man muss es nicht mit raufragen. Aber jetzt ist er nicht gekommen. Wahrscheinlich hat er den Ständer im Rathausinnenhof gefunden. Dadurch war halt die erste Runde ein bisschen sedierender.

Das gibt mir die Möglichkeit, mehr auf den Antrag und weniger auf das Fahrrad vom Herrn Kollegen Mahdalik einzugehen, auf einen Antrag, der jetzt nicht mehr verlesen worden ist, zu dem ich schon sagen möchte, er strotzt nur so von verbalen Radikalitäten: Fahrrad-Rowdies, Fahrrad-Rambos, Pedalritter, die die Stadt unsicher machen, und so weiter, und so fort. Man muss sich schon auf Grund eines solchen Antrages die Frage stellen, er ist ja, zumindest aus meiner Sicht, ohne dass Dringlichkeit vorhanden ist, gestellt worden.

Jetzt muss man sich fragen: Warum wird so ein Antrag gestellt und warum so? Da gibt's natürlich unterschiedliche Gründe, wenn man ein Thema gefunden hat oder dass man ein Thema sucht, um einen Antrag zu wählen. Man will vielleicht nicht, dass über andere Sachen diskutiert wird. Die Leute könnten Zeitung lesen, Titelseite im „Standard“: „Ex-Bundesgeschäftsführer Rumpold droht Anklage. Indirekte Finanzierung der FPÖ vermutet.“ Oder die Leute könnten über Kärnten diskutieren, immerhin ein System, das vor Gerichten gerade für illegale Parteienfinanzierung, Machtmissbrauch und Korruption als Ganzes verurteilt wird. Insofern Nebelbombe, könnte ein Punkt sein.

Aber nachdem es um ein ernstes Thema geht, vielleicht nicht ganz extrem dringlich, aber ernst, möchte ich

auch auf die Form eingehen, nämlich was Sie wollen, wie Sie den Antrag formulieren und warum Sie das so machen. Ich glaube, es ist falsch, über Rowdies diskutieren zu wollen und dabei selbst Verbal-Rowdy zu sein. Ich glaube, es ist falsch, Verkehrspolitik so wie überhaupt jedes Politikfeld anzugehen, indem man sagt - übrigens genau das macht die FPÖ in nahezu allen Fällen, das ist ihr Politikrepertoire -, es gibt ein Problem oder es gibt vielleicht gar kein Problem, man findet eines, oft ist es selbst geschaffen, man zeigt auf irgendwen, der vielleicht schuldig sein könnte und schreit „Feuer“ oder „Rowdy! Ich Auto, du Rowdy!“ Das ist halt, um jetzt irgendeine sachorientierte Lösungspolitik zu machen, nicht besonders dienlich. Ich finde überhaupt, Verkehrspolitik ist nicht die Frage des Fingerzeigens auf irgendeine Gruppe, sondern Verkehrspolitik ist die Auseinandersetzung damit, was intelligente Mobilität ist. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Das betrifft Radfahrer, das betrifft Autofahrer, das betrifft Fußgänger, das betrifft Öffi-Nutzer, das betrifft Mopedfahrer, Rollerskatefahrer, es betrifft, und das ist der relevante Punkt, alle. Intelligente Verkehrspolitik heißt, alle im Blick haben, zu schauen, was ist gut für die Stadt, was ist gut für die Umwelt, was ist gut für die BürgerInnen und was müssen wir politisch machen, damit das optimiert wird. Das genaue Gegenmodell ist das gegenseitige Ausspielen und Sündenböcke Suchen und irgendeine VerkehrsteilnehmerInnengruppe zu finden, die vielleicht ein Problem ist.

Wenn schon inhaltlich intelligente Verkehrspolitik zur Diskussion steht, dann lassen Sie mich ein paar Sätze darüber verlieren, was ich glaube, dass Verkehrspolitik sein kann, intelligente Verkehrspolitik, und wofür die Stadt Wien steht:

Kluge Mobilität heißt, zwischen Verkehrsmitteln wechseln zu können, also intermodale Schnittstellen zu schaffen. Das ist ein bisschen ein kompliziertes Wort, aber das heißt, wenn der Herr Kollege Mahdalik mit dem Radl gekommen ist, das Radl unten abgestellt hat, mit dem Lift raufgefahren ist, aus dem Lift rausgegangen ist, zu Fuß hergegangen ist, dann hat er das perfekt gemacht. Das hat im großen Stil natürlich auch eine Rolle für Autofahrer, für Radfahrer. Wir bauen Park-and-ride-Anlagen aus, Bike-and-ride-Anlagen aus, die übrigens massiv mehr angenommen werden, gerade an der U4, 19 Prozent mehr Nutzung der Bike-and-ride-Anlagen, Carsharing, und so weiter, und so fort.

Intelligente Mobilität heißt, und das ist ganz relevant, Förderung des Umweltverbundes. Das machen wir in vielen, vielen Punkten, Kollege Chorherr hat es gesagt, große Bauprojekte, U-Bahn-Ausbau, die vierte Ausbaustrecke hat gerade begonnen, Straßenbahnausbau und selbstverständlich, und zwar bewusst, hier in dem Antrag steht es als Problem, die Forcierung des Radverkehrs, das ist ja selbstverständlich. Warum will intelligente Verkehrspolitik Fahrradverkehr ausbauen? Ich glaube, wenn ich mein Kind frage, fällt dem das alles von selber ein. Aber hier zur Wiederholung, weil das in dem Antrag auch gar nicht vorkommt, sondern nur als Problem. Natürlich ist es ein Umweltargument, es ist positiv gegen Luftver-

schmutzung, wenn Leute mit dem Radl fahren. Es ist positiv für die Eindämmung des Lärms durch den Kfz-Verkehr, keine Kleinigkeit. Verkehrslärm ist die größte Lärmquelle in der Stadt. Es ist positiv, weil Unfälle mit Schwerverletzten und Todesopfern in aller Regel, und das zeigen alle Zahlen, die Sie ja bewusst nicht nennen, weil Sie eine andere Sprache sprechen als Ihr Antrag, weil das Verletzungen sind, Unfälle sind, die von Autofahrern ausgehen. Daher mehr Radverkehr, weil der auch mehr Verkehrssicherheit bedeutet. Nicht zuletzt ist es auch eine tolle Maßnahme gegen Bewegungsmangel, et cetera. Darüber könnten wir ewig reden. Was machen wir, um den Radverkehr auszubauen? Wir verlängern das Radwegenetz, immerhin 1 200 km lang, seit 2001. Im Ausmaß der Strecke Wien-Villach ist nur in Wien das Radwegenetz erweitert worden, im Durchschnitt 30 km im Jahr. Wir bauen großartige Projekte, ich komme vom Westen, wie den Wientalradweg. Da haben übrigens die FPÖ und ÖVP geschrien, das ist alles ein Wahnsinn, wie ihr das macht, Geld vergraben und so weiter. Ich weiß nicht, wer von Ihnen im Westen wohnt, es ist ein großartiges Projekt, ein perfektes Projekt dafür, dass unterschiedliche NutzerInnengruppen, nämlich Radfahrer, Läufer und Fußgänger, dort, wo es Raum und perfekte Bedingungen gibt, gut gemeinsam Verkehr betreiben können. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Wir machen das alles, aber wir machen das auch mit Erfolg, der sich in Zahlen messen lässt. Das ist heute in den Zahlen noch nicht erwähnt worden, aber der Modal-Split, das heißt, der Anteil von Verkehrsmittel aus dem Umweltverbund versus Autoverkehr ist in Österreich, in Wien so einzigartig gut wie in keiner anderen Millionenstadt. Der Öffi-Anteil ist von 29 auf 37 Prozent, ein Plus von 8 Prozent, vergrößert worden. Der Radanteil ist von 3 auf 6 Prozent verdoppelt worden und der Fußgängeranteil ist gleich geblieben. Das ist international einzigartig. Natürlich werden wir den Weg weitergehen und wir können den Weg noch massiv weitergehen. Herr Kollege Irschik. Sie haben gesagt, Radfahrer 6 Prozent, das ist jetzt schon so viel und das braucht keiner. In Innsbruck ist der Radanteil 23 Prozent, in Graz 18 Prozent. Da werden wir noch einiges an Steigerung hinkriegen und wir wollen das, denn diese Änderung im Modal-Split zeigt unsere Arbeit für das dichte Netz an Öffis, für den Fahrradwegausbau und auch, ja, für die Parkraumbewirtschaftung. Das wirkt und es wirkt zum Guten der Stadt. *(StRin Veronika Matiassek: Wie bewerten Sie eigentlich die Meinung Ihrer Parteikollegen?)* Da komme ich noch hin.

Intelligente Mobilitätspolitik heißt, in Verkehrssicherheit investieren. Ja, das ist ein ganz zentraler Punkt, das ist auch von mehreren Rednern von unterschiedlichen Fraktionen gekommen. Gerade im Zusammenhang mit dem Thema Verkehrssicherheit ist das ein Topthema und es ist nicht so, dass wir das ignorieren, im Gegenteil. Wien ist, gemeinsam mit Berlin, die verkehrssicherste Stadt Europas. Das ist was, auf das man sich nicht ausruhen darf, im Gegenteil. Wir bauen weiter Tempo-30-Zonen, Entschärfung von Unfallschwerpunkten, Ampelschaltungen, die man auf Fußgänger abstimmt, Schulwegsicherung, et cetera. Auch von den Rotlichtüberwa-

chungskameras sind bereits sechs in Betrieb und es wird mehr werden. Und jetzt kommt der relevante Punkt, die direkte Antwort auf Ihren Antrag. Da ist übrigens auch vom Kollegen Aigner gekommen, intelligente Mobilität heißt, unterschiedliche VerkehrsteilnehmerInnen miteinander sehen, Vertrauen und Rücksichtnahme stärken und nicht gegeneinander ausspielen. Und Sie machen genau das mit diesem Antrag, genau das in den ersten beiden Reden, vor allem in der ersten. Sie suchen Schuldige für irgendwas. Sie haben einen Dringlichen Antrag frei, ah Schuldige, böse Rowdies, ich Auto, du Rowdy. Jetzt ist es aber leider so, oder vielleicht was dazu, ich möchte es nicht ganz weglödeln. Selbstverständlich sind Regelübertretungen und Personenschäden durch Radfahrerinnen und Radfahrer ein Problem so wie Regelübertretungen und Personenschäden, Unfälle durch AutofahrerInnen, durch jeden Verkehrsteilnehmer ein Problem sind. Sie sind auch von der Polizei zu ahnden. Es ist mit dem gleichen Maß zu messen, nur dass das gesagt ist, ist ja selbstverständlich klar. Es ist auch so, dass das Strafausmaß für Radfahrer, wenn man sich das zum Beispiel für alkoholisiertes Radfahren anschaut, nicht die gleiche Strafe wie für alkoholisiertes Autofahren ist, das ist überhaupt nicht so, dass hier Radfahrer verschont werden und sollen auch nicht verschont werden. Wer Leute gefährdet, der hat mit Konsequenzen zu rechnen. Es ist nur schlicht und einfach so, dass es falsch ist, dass eine erhebliche und steigende Sicherheitsgefährdung durch das Radfahren stattfindet. Das ist einfach nicht feststellbar. Im Jahr 2011 gab es in Wien bei Unfällen zwischen Radfahrenden und Zufußgehenden 37 verletzte Personen. Das ist tragisch, 37 Personen. Nur, bei Unfällen zwischen Autofahrenden und Zufußgehenden gab es mehr als 1 100 verletzte Personen. Das ist nicht lustig, ich weiß, wovon ich spreche. Ich bin auf dem Radsitz vor sieben Jahren von einem Auto angefahren worden, das den Vorrang missachtet hat, bin über die Motorhaube geflogen und hatte zwei Monate lang einen Gips, zum Glück nur das. Der hat übrigens eine Nummerntafel gehabt wie jedes Auto und hat dann Fahrerflucht begangen. Ich hatte drei Zeugen, die Nummer hat sich trotzdem keiner aufgeschrieben gehabt. Das ist nicht immer der Weisheit letzter Schluss, irgendwo ein Taferl draufzupicken. Das Problem ist die Gefährdung und die Gefährdung muss hintangehalten werden. Also die Zahlen sprechen nicht dafür. Sie sagen trotzdem und unterstellen, Radfahrer sind böse. Es gibt häufiger Regelbruch, wir haben es gehört, Radfahren am Gehsteig, Radfahren über Rotlicht, das gibt es selbstverständlich. Die 1A-Delikte, wenn man so will, für Radfahrer sind Radfahren am Gehsteig und Überfahren einer Ampel bei Rotlicht, sowie die 1A-Delikte beim Autofahren Autofahren mit Handy und Übertreten von Verkehrsbeschränkungen sind sowie die 1A-Delikte bei Fußgängern sind, dass man bei Rot über die Kreuzung geht. Also würde es sich ja auszahlen, damit wir nicht streiten müssen, man schaut sich dazu einfach die Zahlen an.

Ist das so? Wird es bei den Radfahrern mehr? Ist das bei den Radfahrern viel schlimmer als beim Auto? Da gibt es eine wissenschaftliche Untersuchung von

Fakten, nicht von uns. Das ist vom Verkehrsministerium in Auftrag gegeben worden, die haben an sechs stark befahrenen Kreuzungen über einen langen Zeitraum einfach Regelübertretungen gezählt und das ist ganz interessant. Natürlich gibt es Regelübertretungen. Da gibt es zum Beispiel 846 Rotlichtquerungen durch FußgängerInnen. Es gibt natürlich auch Rotlichtquerungen durch RadfahrerInnen, wie Sie richtig erwähnt haben, 33, nur Rotlichtquerungen durch AutofahrerInnen waren es 221! Es gibt natürlich auch Radfahrer am Gehsteig, das sind 28. Blockieren des Schutzweges durch Autofahrer oder Halten im Kreuzungsbereich waren 111. (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Also ich sag einmal mehr, für die Aussage „Radfahrer sind Rowdies“ in dieser Pauschalisierung und „Radfahrer sind ein größeres, ein steigenderes Problem als Autofahrer“ gibt es keine Evidenz, es ist falsch. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Vielleicht finden Sie nur, dass Radfahrer öfters ausschauen wie Rowdies. Radfahrer haben selten einen Seitenscheitel, die wenigsten Radfahrer haben einen Schmiss. Nur das ist nicht der Punkt. Rowdy ist der, der sich wie ein Rowdy verhält. Rowdies sind zum Beispiel die, die bei eurem Burschenschaftlerball den Kollegen Konecny zusammengeslagen haben. Das ist von Ihnen noch nie thematisiert worden! Radl haben die keines gehabt, die haben einen Schlagring gehabt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja, aber wer das war, das wissen Sie bis heute nicht!*) Sie kommen ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie suchen noch immer einen Schuldigen!*) Ja ja, ich weiß eh nicht, aber ich mache nicht Rowdies zum Thema und erwisch dann die Falschen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja! Ja!*) Neue StVO. Ich habe eh noch sieben Minuten. Fertig? Okay!

Neue StVO-Regeln sind gekommen. Die Frau Ministerin Bures hat ein Paket vorgelegt, das vieles ermöglicht, das auf Bedingungen, wie sie sich geändert haben, Rücksicht nimmt, das sehr relevante und problematische Gefahren anspricht, Stichwort Handytelefonierverbot am Fahrrad, das mit vielen Experten ... Also ich glaub wirklich nicht, dass die FPÖ es war, die das seit 100 Jahren fordert, weil ich meine, das gibt es in vielen anderen europäischen Ländern. Es haben der ÖAMTC, der ARBÖ, die Bundesländer, die Städte, die Radorganisation, das Kuratorium, der VCÖ, alle haben an dieser Gesetzesnovelle mitgearbeitet. Auch wenn Sie glauben, es war die FPÖ, es sei Ihnen unbenommen. Also man soll sich manchmal auf Erfolge ausrasten können, auch wenn es keine waren. Auf alle Fälle glaube ich, dass diese StVO-Regeln für uns eine gute Basis zum Weitermachen sein können.

Und das relevante Fazit ist heute schon zwei Mal vom Kollegen Chorherr und vom Kollegen Aigner gekommen, das möchte ich schon noch einmal unterstreichen: Was ist intelligente Verkehrspolitik? Nämlich alle Punkte zusammenzählen, die ich gesagt habe. Intelligente Verkehrspolitik ist eine Kultur des Miteinanderentwickelns. Wenn es größere Änderungsprozesse gibt und ja, der Anstieg des Fahrradanteils ist ein großer Änderungsprozess, immerhin eine Verdoppelung der Radfahrer. Wir wollen das. Ich hab es ja schon einmal ge-

sagt, das ist ein Veränderungsprozess, dann gibt es auch Konflikte, dann gibt es auch Verschiebungen, Reibungen im Verkehrsgeschehen. Auf die muss man sehr genau hinschauen, die muss man lösen, bis ein Gleichgewicht hergestellt ist. Selbstverständlich müssen Regelübertretungen geahndet werden. Und ja, wenn eine Nutzergruppe größer wird, dann muss man halt auch einmal in der Verkehrspolitik schauen, wie man drauf reagieren kann. Vielleicht braucht es mehr Platz. Das ist Richtschnur für intelligente Verkehrspolitik. Ziel ist es, ein Klima des Miteinanders zu schaffen, der Rücksichtnahme, des gegenseitigen Verständnisses und eben nicht „Ich Auto, du Rowdy“, Verkehrsteilnehmende gegeneinander ausspielen. Wir sind nicht gegen Autofahrer. Wir sind nicht gegen Radfahrer. Wir sind nicht gegen Öffi-Benutzer. Das wäre ja völlig absurd. Das ist ja die hinterwäldlerischste Verkehrspolitik, die man sich ausdenken kann. Ich verrate Ihnen ein Geheimnis, eigentlich kein Geheimnis, das sieht jeder mit freiem Auge, aber die Welt ist nicht so einfach: Die meisten Leute sind gar nicht nur Radfahrer oder nur Autofahrer oder nur Öffi-Benutzer. Es ist daher total schwer, dass man sagt, schaut's nur auf die Fußgänger oder passt auf, die Radfahrer sind Rowdies. Wenn ich mich in den Spiegel schau, ich hab einen Kombi, ich hab einen Motorroller, ich hab ein Radl, ich hab eine Jahreskarte und zu Fuß gehen tu' ich auch gern. Ich müsste mich in den Spiegel schauen und sagen: „Oh, du Rowdy, na bitte, das war gemein.“ (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*), „Du fauler Öffi-Benutzer.“, „Du müder Fußgeher.“, was auch immer. Das führt zu psychischen Konflikten (*Weitere Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*), es führt zu Persönlichkeitsspaltung. Das kann ich niemandem anraten, vor allem, wenn man es noch nicht hat.

Daher glaube ich, es ist nicht zielführend, unterschiedliche Gruppen, die es gar nicht gibt, gegeneinander auszuspielen. So funktioniert das nicht. Vielleicht sind Sie alle nur Autofahrer. Aber das sind extrem kleine Gruppen. Daher einmal mehr: Verkehrspolitik muss sich an alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer richten. Man kann nicht sagen, es gibt nur die oder es gibt nur jene. Daher glaube ich, das, was Sie machen, zu sagen, es gibt eine Gruppe und die ist böse, das ist nicht Verkehrspolitik, das ist Rowdy-Politik. Daher sind das größte Problem in dieser Stadt nicht die Fahrrad-Rowdies, sondern das sind Sie, die Gemeinderat-Rowdies! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Aufregung bei GR Dkfm Dr Fritz Aichinger und StR Mag Manfred Juraczka.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ein Argument wird nicht besser, wenn man Worte verwendet, die man beim anderen kritisiert. (*Beifall bei der ÖVP und der FPÖ.*) Ich erspare mir jetzt bewusst, einen Ordnungsruf zu geben, aber ich möchte darauf hinweisen, es ändert nichts an der Sache, wenn man den einen als Rowdy und die anderen Gruppen gegeneinander ausspielt. (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Ich habe gesagt, es gibt keinen Ordnungsruf.

Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Ing Mag Dworak und ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das Ausspielen der Fahrräder gegen die Autofahrer von der rot-grünen Stadtregierung muss ein Ende haben, meine Damen und Herren, wirklich. Das ist nämlich unerträglich, es ist wirklich unerträglich! Derzeit führt es nämlich in eine verkehrspolitische Sackgasse, so meinen wir, dass man die Radfahrer auf Kosten der anderen Verkehrsteilnehmer deutlich bevorzugt. Diese Politik mündet in überdimensionierte Fahrrad-Highways, die außer einer Verärgerung bei den Bürgerinnen und Bürgern keinerlei verkehrspolitische Effekte haben. In Staustrecken verbreiterte Fahrradwege, einen Ringstraßen-Highway, für den die GRÜNEN sogar Bäume opfern und Vorrangregeln an Fahrradschnellstraßen, die jeder Sicherheitsvernunft widersprechen, das sind die grünen Grundsätze der Fahrradpolitik in dieser Stadt. Ob der Herr Bürgermeister bei seiner Koalitionsentscheidung an diese Probleme für die Wienerinnen und Wiener gedacht hat, wage ich hier zu bezweifeln. Die einseitige Fixierung auf einen kleinen Bereich des Modal-Split treibt die GRÜNEN sogar dazu, das Radfahren bei Rotlicht anzudenken. Daneben nehmen sich die Wünsche nach einer generellen Freigabe der Einbahnen für Radfahrer in die Gegenrichtung sowie die Aufhebung der Fahrradwegpflicht geradezu zurückhaltend aus.

Das Fahrradfahren hat im Wiener Stadtverkehr durchaus seine Berechtigung. So zu tun, Kollege Wutzhofer hat das gesagt, als könne man in Hinkunft auf alle anderen Verkehrsträger verzichten, entspricht aber nicht der Realität. Wenn sich die grüne Verkehrsstadträtin weiterhin nur „Pro Fahrrad“ ausspricht und gegen den Individualverkehr agiert, indem beispielsweise weiter der Bau von Garagen behindert wird, kann diese Politik unserer Meinung nach nur im reinen Chaos enden. Sie haben schon von meinem Kollegen Ulm gehört, dass die Zahl der getöteten und verletzten Radfahrer im Jahr 2010 auf das Jahr 2011 von 526 auf 639 gestiegen ist. Das zeigt, dass Fahrradfahren durchaus gefährlicher wird. Und es zeigt, es wird beim Radverkehr an den falschen Stellen investiert, sonst gäbe es diese beunruhigende Entwicklung bei der Radfahrersicherheit nicht. Denn anstelle stärker in die Sicherheit eines Radfahrwegenetzes in den Bezirken zu investieren und damit die verbundenen Gefahrenstellen zu entschärfen, wird voller Stolz am Ring-Radweg herumgedoktert. Die Gewährleistung der Sicherheit der Fahrradwege für deren Benutzer, aber auch für die Fußgänger, müsste nämlich eines der obersten Ziele der Verkehrspolitik der Stadt sein.

Die Konflikte zwischen Fahrradfahrern und Fußgängern, auch wenn der Kollege Chorherr von durchaus unterschiedlichen Geschwindigkeiten zwischen Autofahrern und Radfahrern gesprochen hat, gibt es trotzdem, die rücksichtslosen Radfahrer, die am Radweg geradezu Jagd auf Fußgänger machen, die sich am Radweg verirren. Zu Recht fühlt sich nämlich eine zunehmende Zahl von Fußgängern durch den Radfahrverkehr gefährdet und die Folge ist die Schädigung nämlich aller Radfahrer. Man muss überlegen, ob sich die Radfahrer immer

richtig verhalten. Die Benutzungspflicht bei den Radwegen wollen wir unbedingt weiter aufrechterhalten, denn das Beispiel von den Fahrradboten, die scheinen mir nur einen sehr geringen Anteil von Fahrradfahrern zu betreffen. Das ist einfach notwendig, damit die Fußgänger ausreichend sicher sein können. Besonders ist es mir ein Dorn im Auge, dass die Frau Vizebürgermeisterin mit ihrer Plakatkampagne, oder wie heißt es so schön „T'schuldigung“, Vorbilder plakatieren lässt, wo ein Fahrradfahrer auf Gehwegen, die durchaus nicht für den Fahrradverkehr möglich sind, einfach mit Kindern oder jungen Menschen zusammenstößt. Ich glaube, diese Art von Vorbildern ist in dieser Stadt einfach nicht akzeptabel.

Die Volkspartei fordert daher einen Stopp dieser einseitigen Ausrichtung der Wiener Verkehrspolitik auf Radprestigeprojekte und wir schlagen einige Maßnahmen an dieser Stelle vor. Erstens einmal die Schwerpunktkontrollen für mehr Fahrradverkehrssicherheit durch die Polizei. Die Polizei hat dankenswerterweise hier bereits erste Maßnahmen gesetzt. Weiters besonders eine freiwillige Haftpflichtversicherung. Wir haben heute die Diskussion zu den Nummerntafeln für Fahrräder verfolgen können und wir glauben, dass mit einer freiwilligen Haftpflichtversicherung, die natürlich auch eine Diebstahlsversicherung beinhalten sollte, denn die Fahrräder werden bekanntlicherweise immer teurer, vorerst ein Auslangen gefunden werden könnte. Wir fordern die Nutzung der vorhandenen Budgets für die Sanierung der bestehenden Radwege in den Bezirken und den Stopp von verschiedenen Prestigeprojekten. Wir fordern eine bessere Sicherung an den Kreuzungen. Hier geht es besonders um die klare Kennzeichnung, die Markierung. Wir wollen keine neuen Fahrradspuren auf Gehsteigen. Wir wollen auch den Ausbau der Fahrradwege nach Niederösterreich. Wir sind, wie ich schon zuerst gesagt habe, gegen die Aufhebung der Fahrradwegpflicht und wir wollen auch kein generelles Fahren gegen die Einbahn, eben nur dort, wo es die Verkehrssicherheit ermöglicht und wo keine Parkplätze verloren gehen. Fahren bei Rot muss weiter ein Delikt bleiben. Die Fahrradfahrer können sich nicht über die StVO hinwegsetzen. Das Thema Promillegrenze und Handyverbot, hier sollte das durchaus an die Autofahrer angepasst werden.

Abschließend kann ich nur sagen, dass sich auch die Fahrradagentur deutlich mehr für die Sicherheit und die Bewusstseinsbildung um einen sicheren Radverkehr bemühen muss. 7 Millionen EUR sind kein Pappenstiel und ich glaube, dass diese 7 Millionen sinnvoll für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ausgegeben werden müssen. Nur Maßnahmen wie die eben geforderten Punkte ermöglichen ein gutes Miteinander von Fahrradfahrerinnen, Fahrradfahrern und dem sonstigen individuellen Verkehr. Denn wenn wir weiter, so wie die rot-grüne Stadtregierung das macht, nur einseitige Verkehrspolitik haben, dann wird diese Diskriminierung vor allem des motorisierten Individualverkehrs nur mehr Konflikte herbeiführen. Wir brauchen in dieser Stadt nicht noch mehr Konflikte zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmern! Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch und ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zunächst, glaube ich, einmal klarstellen, und das hat der Kollege Wutzlhofer auch gemacht und auch der Kollege Chorherr: Regelüberschreitungen sind Regelüberschreitung und zwar egal, von welchem Verkehrsteilnehmer oder welcher Verkehrsteilnehmerin, und Personenschäden sind ein Problem und zwar egal, ob das jetzt von einem Radfahrer verursacht worden ist oder von einer RadfahrerIn oder von einem Autofahrer. Ganz egal, das ist so.

Und jetzt gehe ich einmal auf ein paar Argumente ein, die gekommen sind. Ich finde den Kollegen Dworak interessant. Lieber Bernhard, ich weiß nicht, ob du weißt, dass Hietzing von der von dir genannten Fahrradagentur zum fahrradfreundlichsten Bezirk Wiens gewählt worden ist. Jetzt ist er zwar nicht da, aber alle diese Dinge, die er kritisiert hat, wurden vom Herrn Bezirksvorsteher Gerstbach und einer Mehrheit im Bezirk durchgeführt. Das heißt aber in Wirklichkeit, alles das, was hier an der Frau Vizebürgermeisterin kritisiert wurde, hat dort in Wirklichkeit stattgefunden. Das heißt, ich bin mir jetzt nicht sicher, ob die Linke in Hietzing weiß, was die Rechte in Hietzing tut. Das heißt aber in Wirklichkeit, alle diese Dinge, die da moniert wurden, die gibt es dort. Wenn die Volkspartei jetzt fordert, Stopp der einseitigen Ausrichtung, dann denke ich mir, dann müsste das eigentlich in Hietzing passieren, ist aber nicht passiert. Offensichtlich hat man dort gute fahrradfreundliche Politik gemacht. Das ist einmal das eine.

Das Zweite ist, ich meine, über die Wortwahl der FPÖ kann man wie immer geteilter Meinung sein, aber grundsätzlich möchte ich auf ein paar Ausführungen eingehen. Kollege Irschik hat hier vor nicht allzu langer Zeit gesagt, dass Fahrradfahren nichts für den Alltagsverkehr ist, sondern Freizeitverhalten ist. Das war das eine. Das Zweite ist, er hat zum Beispiel bei verschiedenen Anlässen gesagt, es gibt viel zu viel breite Gehsteige. Das behindert alles den Individualverkehr und die Ohrwascheln, die sogenannten, gehen ihm sowieso auf die Nerven. Das heißt aber in Wirklichkeit nichts anderes, als FußgängerInnensicherheit interessiert ihn nicht und breitere Gehsteige für Fußgänger interessieren ihn auch nicht.

Und der Kollege Mahdalik hat in einer Presseaussendung und auch hier gesagt, es war der schöne Satz, ich habe mir immer gedacht, die Deutschen haben gesagt oder die Bayern haben gesagt, wir sind Papst. Was hat Kollege Mahdalik gesagt? Wir sind Auto. Okay. Also damit weiß man, wo es lang geht. Es geht einfach grundsätzlich darum, Autoverkehr, das sind die ganz Armen, die haben überhaupt keinen Platz, die werden dauernd von RadfahrerInnen und FußgängerInnen behindert und von der Verkehrspolitik der Stadt sowieso.

Also noch einmal: Radfahren gegen die Einbahn ist eine sichere Geschichte, weil Sichtbeziehung, Kollege

Chorherr hat das schon gesagt. „Wir sind Auto.“ ist überhaupt keine sichere Sichtbeziehung, sondern „Wir sind Auto.“ ist eine völlige Überschätzung. Wenn man zum Beispiel hergeht und glaubt, man ist Autofahrerpartei, dann kann man sich mit der ÖVP vielleicht dann und wann einmal darüber streiten. Aber was man sicherlich nicht kann, ist, eine Ordnungspolizei in Wien zu verlangen. Da muss ich wirklich dem Kollegen Ulm danken, dass er das klargestellt hat. Die FPÖ hat wie immer bewiesen: Leider keine Ahnung, leider keine Ahnung. Hauptsache irgendwie wird da was gemacht. Nachdem der Kollege Mahdalik uns heute gezeigt hat, dass die Nummerntafeln für die RadfahrerInnen, wo er ganz gerne hätte, dass sie blau sind, würde es mich interessieren, ob er das auf seinem eigenen Fahrrad anbringt, mit dem er angeblich tausende Kilometer im Jahr fährt, vielleicht am Zimmerradl, weiß ich nicht, aber auf jeden Fall, ob er das dort anbringt, weiß ich nicht. Ich möchte es jetzt aber relativ kurz machen.

Eine Geschichte, die zum Beispiel gekommen ist, ist: Radwege sind in Ordnung, weil da der Radfahrverkehr vom Autoverkehr völlig getrennt wird und die Straße gehört dem Auto. Noch einmal: Wir haben eine ungleiche Verteilung im öffentlichen Raum. 27 Prozent der Wege gehören in Wien dem Individualverkehr - ja, ja, Kollege Irschik, zuhören! -, 25 Prozent der Wege den FußgängerInnen, 6 Prozent den FahrradfahrerInnen und 40 Prozent den Öffis. Das heißt, wenn ich das gerecht verteile und dem Mehr an Fußgängern und Radfahrern mehr Platz gebe, dann gibt es nur einen einzigen Verlierer und das ist der Individualverkehr. 70 bis 80 Prozent des Straßenraumes gehören ihm. Es ist zufälligerweise so, dass eineinhalb Tonnen Blech nur eine einzige Person befördern. (*Aufregung bei der FPÖ.*) FußgängerInnen brauchen viel weniger Platz. Öffi-FahrerInnen brauchen viel weniger Platz. Das haben Sie noch immer nicht herausgefunden, weil Sie natürlich einer von den Autofahrern sind, die gegen breite Gehsteige sind, weil man da nicht schräg parken kann. Konsequenterweise müssen Sie natürlich auch gegen das Parkpickerl sein. Sie können natürlich auch nicht sehen, dass das in Wirklichkeit für die Leute, die dort wohnen, wo das jetzt eingeführt wurde, massiv Raum gebracht hat. Die Leute können besser schlafen. Es gibt weniger Verkehr. Es gibt weniger Feinstaub. Es gibt weniger Abgase. Alles in allem eine Erfolgsgeschichte. Dass Sie das noch immer nicht glauben, ist in Wirklichkeit nicht mein Bier.

Aber jetzt einmal zum Mehrzweckstreifen. Ich fahre jeden Tag mit dem Fahrrad. Kollege Irschik, Sie fahren sicher nicht jeden Tag mit dem Fahrrad, sondern Sie fahren jeden Tag mit dem Auto da her, wenn Sie da herfahren. Ich fahre jeden Tag mit dem Fahrrad aus Hernals herunter und benutze den Mehrzweckstreifen auf der Hernalser Hauptstraße, beim Rausfahren auf der Jörgerstraße. Also ich fühle mich da erstens einmal nicht gefährdet. Zweitens einmal, was ich wirklich genieße und das ärgert ganz viele Autofahrer, ich überhole dort ungefähr 100 Stück auf einmal, in einem Zug durch. 100 Autofahrer werden überholt. Das ärgert die Autofahrer. Die Autofahrer würden auch gerne schneller vorankommen,

aber da gibt es nur zwei Lösungen: Die eine ist, man fährt mit dem Fahrrad, die andere, man fährt mit dem Öffi.

Jetzt ganz zum Schluss sage ich Ihnen, das Parkpickerl füllt die Parkhäuser in Niederösterreich. Ein Drittel mehr Pendler in der Bahn in Tullnerbach. Keine schlechte Geschichte. Das ist ein guter Beweis, dass rot-grüne Verkehrspolitik wirkt und zwar im Sinne der BürgerInnen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf auf meinen Vorredner noch eingehen und zwar auf den Herrn Wutzlhofer. Er hat gemeint, die Freiheitlichen würden ständig Verkehrsgruppen auseinanderdividieren und das kann er überhaupt nicht leiden. Es hat ja auch darin gegipfelt, so wie er uns genannt hat. Dann frage ich mich jetzt, warum Sie mit den GRÜNEN koalitiert haben, denn es gibt niemanden, der mehr gegen die Autofahrer vorgeht, als das die GRÜNEN tun. Das ist ja dann ein Widerspruch in sich, wenn Sie das nicht leiden können. Ich kann es einmal nicht verstehen. Nein, das stimmt nicht. Nein, das machen Sie nur so nebenbei. Aber was noch ist, der Herr Bürgermeister ist wirklich in vielen Dingen sehr besonnen. Und wenn er selbst schon einmal meint, dass man über Nummerntafel bei Fahrrädern nachdenken soll, dann macht er das nicht einfach nur aus Lust und Laune, sondern weil auch er die Problematik kennt. Wenn Sie ihn jetzt auch als Gemeindefrowdy bezeichnen wollen, weil er unserer Meinung ist, dann sagen Sie ihm das lieber direkt und nicht da über das Podium! *(Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Jetzt komme ich zum Herrn Kollegen Chorherr und zwar hat er jetzt da eine ganze Menge Dinge gesagt, die - Herr Vorsitzender, vielleicht krieg ich dann ein paar Minuten mehr, weil das sind alles tatsächliche Berichtigungen. Ich sag's nur gleich vorweg. Er hat gemeint, er freut sich so sehr, wie toll die Radfahrpolitik in Wien ist, denn die Radfahrer steigen und die Kfz gehen zurück. Also da haben wir jetzt von der Stadt Wien ein Statistikhefterl bekommen. Das hat nicht die Frau Frank geschrieben, vorne das Vorwort ist von der Frau StRin Brauner: Der PKW-Bestand 2009, ich lass die Hunderter weg, waren 663 000, 2011 674 000, also Addition ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Und wo?)* In der Stadt Wien. Egal, Sie haben gesagt, es geht zurück, Sie gar nicht, Ihr Herr Kollege Chorherr. Das ist für mich eine Steigerung. Die Kfz insgesamt sind von 814 000 auf 829 000 gestiegen. Aber ich habe dieses Heft mit Hinblick auf die heutige Diskussion sehr genau studiert, weil ich einfach nur wissen wollte, wie viele Radfahrer täglich in Wien unterwegs sind oder wie viele aktive Radfahrer gibt es. Jetzt stehen hier zwar aufgelistet die PKW, die Krafträder, die sonstigen Kraftfahrzeuge da, aber von dem Erfolgsprogramm Fahrrad steht da überhaupt nichts. Da kann man nicht ersehen, dass die jetzt gestiegen wären, wie es der Herr Chorherr sagt. Ja, ganz im Gegenteil gibt es auf

„wien.gv.at“ eine Statistik, wo drinnensteht, dass im Jahr 2002 3 885 Fahrräder pro Tag gefahren sind und 2010 waren es 3 661! Das sind ja um 200 weniger! Dann steht eine Zählung beim Opernring da, die ist 2002 bis 2010 ident, von einer Steigerung keine Rede. Und noch eine kurze statistische Zahl: Das 2. Quartal 2011 ist gegenüber 2012 folgendermaßen „gestiegen“: An Werktagen um minus 9,3 Prozent, an Samstagen um minus 6,2 Prozent und an Sonn- und Feiertagen um minus 3,1 Prozent! Also wie kommen Sie auf ein Plus und auf die große internationale Trendwende, die ihr in Wien fortsetzt? Bei den ÖBB ist es so, wenn eine Strecke lange gar nicht benutzt wird, dann wird sie aufgelassen und man setzt dort, wo man es unbedingt braucht, Schienenersatzverkehr ein. Warum lasst ihr nicht manche Radfahrstreifen auf? Der in der Landgutgasse wird überhaupt nicht benutzt und ist da. Und wenn die Tendenz rückläufig ist ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wollen Sie dort vielleicht parken?)* Wenn die Tendenz rückläufig ist, dann brauchen wir es nicht. Aber wenn Ihr Herr Chorherr der Meinung ist, dass die Autos rückläufig sind, wieso führt ihr dann ein Parkpickerl ein, wenn weniger Autos da sind? Dann hat ja eh jeder einen Platz, dann brauchen wir das ja gar nicht, außer die Mittel fürs Budget! *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* Das haut alles hinten und vorne nicht hin.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema: Die Rowdies. Ein Herr Redakteur Stefan Szücs oder wie immer man das ausspricht, bitte, mich dafür nicht zu verantworten: „Was ist des Autofahrers größte Plage? Baustellen? Schlaglöcher? Staus? Nichts da, alles Kinderkram. Es sind die Radfahrer. Es gibt sie als durchgeknallte Fahrradkurier, billige Tour de France-Imitate, versehentlich in der Stadt ausgewilderte Mountainbiker, Ökojünger mit Kindern im Anhänger oder renitente Rentner. Verkehrsregeln sind für sie unverbindliche Angebote, Ampeln eine Zumutung.“ Auch das sollte man lesen, wenn man über Radfahren redet und nicht immer nur das ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wo steht das?)* Ich gebe Ihnen dann den Link. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sagen Sie mir nur die Zeitung!)* Nein, ich habe es aus dem Internet, da drunter Häuptl-Kommentar ... Ja, ich gebe Ihnen dann den Link. Entschuldigung, außerdem bin ich am Wort. „Melden Sie sich“, sagen Sie immer großzügig. Ich meine, das ist ja schon peinlich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber jetzt geht es noch weiter. Als der Oberbürgermeister von München seinerzeit das Amt angetreten hat, hat er gesagt: „Mit diesen Anstrengungen, nämlich mit den Radfahrwegen, dürften wir einem wichtigen Ziel der Münchner Verkehrspolitik einen weiteren Schritt näher gekommen sein ...“ und so weiter, und so weiter. Er hat damals auch gesagt: „Man wird mich einmal daran messen, wie viele Kilometer Radwege ich mache.“ Mittlerweile ist die Zahl der Radfahrprofer so kontinuierlich gestiegen, dass der Herr Oberbürgermeister die Polizei gegen die Radl-Rambos, so hat er gesagt „gegen die Radl-Rambos“, einsetzt. Das heißt, die Geister, die er rief, die wird er jetzt nicht los.

In Graz gab es ganz viele Unfälle. Es waren sehr viele Radfahrer genauso undiszipliniert, wie es heute in

Wien ist. Und dort gab es ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Was ist mit den Autofahrern?) Wir reden heute über Radln, hab ich gedacht, oder hab ich was falsch gelesen oder können Sie nicht lesen? Kann ja auch noch sein, ich übersetz es Ihnen dann. (GR Mag Rüdiger Maresch: Unglaublich!) In Graz hat es ganz massiv viele Unfälle gegeben und erst nach einer starken Durchgreifgruppe herrscht dort jetzt Disziplin. Da möchte ich sagen, bitte, fahren Sie nach Graz. (GR Mag Rüdiger Maresch: Haben Sie überhaupt ein Radl?) Das ist ja nicht ein Bundesland, das nicht gerade von Ihnen regiert wird. Fahren Sie nach Graz und schauen Sie sich das an. Ich bin ganz vorschriftsmäßig, kaum hab ich wo einen Radfahrer gesehen, stehen geblieben. Nein, der Radfahrer stieg ab, ließ mich gehen und dann ist er weitergefahren. Und in Wien muss man mit hohem Puls auf die Seite hüpfen, weil das fällt überhaupt keinem anderen ein.

In Salzburg gibt es sehr viele Radfahrertote. Nur ist es so, dass man es mittlerweile von oberster Stelle verboten hat, dies medial zu verwerthen (GR Mag Rüdiger Maresch: Was hat das mit Wien zu tun?), damit man nicht draufkommt, was sich dort eigentlich abspielt. (GR Mag Rüdiger Maresch: Wie ich Sie kenne, haben Sie eine E-Mail!) - Also, ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, kann man nicht einmal sagen, er soll sich melden? Das ist ja schon peinlich, was er aufführt! (Beifall bei der FPÖ.)

Aber es gibt auch noch eine Straßenverkehrsordnung, und in der Straßenverkehrsordnung gibt es auch den sogenannten Vertrauensgrundsatz. Dieser lautet: „Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme, dessen ungeachtet darf jeder Straßenbenützer vertrauen, dass andere Personen, die für die Benützung der Straße maßgeblichen Rechtsvorschriften befolgen, außer er müsste annehmen ...“, und dann kommt das mit Kindern, eventuell Menschen mit Behinderungen und solchen, die das Verkehrsgeschehen nicht mehr voll mitkriegen können.

Also, ich darf darauf vertrauen, dass sich jeder Verkehrsteilnehmer richtig verhält. Aber das tut er nicht. Es kommt nicht von ungefähr, dass zuerst Herr Wutzlhofer die Statistik vorliest, wie viele Radfahrer am Gehsteig fahren - das hat man erhoben -, wie viele Autofahrer bei Rot über die Kreuzung fahren und wie viele Fußgänger bei Rot über die Kreuzung fahren (GR Mag Rüdiger Maresch: Gehen!), aber über Radfahrer bei Rot über die Kreuzung hat er sich ausgeschwiegen. Darüber gibt es keine statistischen Erhebungen. (GR Mag Rüdiger Maresch: Das stimmt ja gar nicht!) Da gibt es keine Zählungen. (GR Mag Rüdiger Maresch: Dann haben Sie nicht aufgepasst!) - Dann sagen Sie es nachher! Berichtigen Sie mich! Ich bin nicht beleidigt! (GR Mag Rüdiger Maresch: Ich bin auch nicht beleidigt! Aber Sie haben nicht zugehört!) - Geht es wieder? Haben Sie sich beruhigt? (GR Mag Rüdiger Maresch: Ich brauche mich nicht zu beruhigen, ich bin eh ruhig!) Es macht mir nichts. Ich hänge es eh hinten dran.

Es ist auch nicht so, dass die Radfahrer keinen Führerschein hätten. Viele fahren eben im Sommer, das ist zugegeben. Aber wer einen Führerschein hat, denke ich

mir, von dem könnte ich schon ein bisschen voraussetzen, dass er sich vielleicht auch im Straßenverkehr auskennt und nicht über eine Radüberfahrt, oder wie das heißt - Sie wissen das eh genau und wir wissen alle, was ich meine (GR Mag Rüdiger Maresch: Nein, weiß ich nicht!) -, drüberplädert und nicht mit 10 km/h fährt, wie es vorgeschrieben wäre. Er schaut nicht einmal, ob jemand kommt. Jetzt mag er ja recht haben. (GR Mag Rüdiger Maresch: Haben Sie die Straßenverkehrsordnung gelesen?) - Jetzt warte ich schon! Ich habe es gezählt, ein-einhalb Minuten habe ich schon. (GR Mag Rüdiger Maresch: Ich weiß nicht, was Sie meinen!) So geht das nicht! Ich kann nicht einmal einen Satz fertigsagen! Das ist ja ärgerlich! (GR Johann Herzog: Der Kollege Maresch schreit die ganze Zeit provozierend hinein!)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Liebe Kollegin Frank, lassen Sie sich nicht durch Zwischenrufe irritieren.

GRin Henriette **Frank** (fortsetzend): Entschuldigung, jetzt sitzt eh schon fast keiner mehr da, und die paar dürfen das auch nicht hören?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Warten Sie ein bisschen. Den Kollegen Maresch würde ich wirklich ersuchen, die Rednerin doch einmal ausprechen zu lassen. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, sich zum Wort zu melden!

GRin Henriette **Frank** (fortsetzend): Ich fange auch wieder von vorne an. Mir macht das ja nichts. Dann hören Sie es noch einmal. (GR Mag Rüdiger Maresch: Tun Sie uns das nicht an!)

Ich sage jetzt ein Beispiel. Bei der Operngasse ist es wirklich hochgefährlich. Ihr redet immer nur von Autos. Ich meine, es ist nicht unbekannt, dass ich Motorrad fahre. Es gibt andere Radfahrer. Es gibt auch immer mehr Rollerfahrer. Aber wenn dieser einbiegt und plötzlich aus dem Niemandsland jemand daherschießt, schmeißt es zwei oder drei Leute und nicht nur den Radfahrer.

Von wegen Täter und Opfer, dieses weinerliche Getue zuerst. Einen Radfahrer schmeißt es, weil er von einem Autofahrer oder von einem anderen Verkehrsteilnehmer niedergefahren worden ist. Er ist ein Opfer. Wenn Sie jetzt weinerlich tun, dann wird das Opfer zum Täter gemacht. Wir können Ihnen viele Täter nennen. Wenn ältere Damen ausgeraubt worden sind, weil sie auf der Bank das Geld abgehoben haben, dann sagen Sie immer, dass der Täter das Opfer ist und immer bleibt das Opfer als Täter über. Seien Sie jetzt nicht weinerlich! Das ist Ihre Diktion über Jahrzehnte! (Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist ein Blödsinn! Ich bin überhaupt nicht weinerlich!)

Es kommt noch etwas dazu. Der Straßenverkehr generell, egal, wer sich darauf befindet, wird immer unübersichtlicher. Das sagt auch Herr Pfleger, der nicht ganz unbekannt ist. Es gibt maßlos viele Verkehrsschilder. Der ÖAMTC prangert in seiner Zeitung jedes Mal Situationen an. Es gibt jede Menge Fußgänger, die bei Rot über die Straße rennen, die irgendetwas machen. Durch das Handy sind viele Radfahrer, Autofahrer abgelenkt, dass sie nicht einmal blinken, sondern einfach

fahren. Das heißt, Verkehrsteilnehmer zu sein, ist als solches schon sehr schwierig. Da ist man auch oft überfordert, weil man nur zwei Augen hat und nicht alles im Griff haben kann. Da ist es dann wirklich angebracht, wenn man auf den Vertrauensgrundsatz zurückgreifen kann und wenn sich jeder daran hält.

Aber wenn es um Regeln geht, haben wir immer wieder das Gleiche erlebt, wenn wir ein Problem aufzählen. Seinerzeit war es bei den Drogen keines, bis Sie es nicht mehr bewältigt haben. Als wir die Hausordnung eingefordert haben, war es kein Problem. Jetzt heißt es, Regeln müssen her. Jetzt sind wir bei den Radfahrern und sind wir wieder am selben Status quo. Es ist kein Problem, bis massiv etwas passiert, und dann schreien alle.

Eines möchte ich auch noch sagen, die Freiheit des einen endet immer dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Daran sollen sich alle halten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Seidl. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich einmal das ungebührliche und machoide Verhalten des Kollegen Maresch gegenüber meiner Kollegin Frank auf das Schärfste zurückweisen! Das war furchtbar! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dann möchte ich natürlich zu Beginn darauf eingehen, was der Kollege Chorherr da von sich gegeben hat. Er hat da wortwörtlich gesagt: „Solange Grüne in der Verantwortung in Wien sind, geht es den Radfahrern gut.“ - So weit, so gut. Das Problem an der ganzen Geschichte ist, es geht eben nur den Radfahrern gut. Das ist wieder etwas, was aus meinem Verständnis her eine Drohung für die Wienerinnen und Wiener ist. Aus diesem Grund ist es wirklich unumgänglich, dass der Spuk der grünen Regierungsbeteiligung in längstens drei Jahren vorbei ist! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, ich habe mich allerdings zum Wort gemeldet, weil ich bei mir im Bezirk, in der Leopoldstadt, den wahrscheinlich unnützigsten Radweg aller Radwege in ganz Wien, und da gibt es deren einige, habe, und zwar den Radweg vor dem Bundesblindeninstitut. Jeder, der die Örtlichkeit kennt, Ecke Böcklinstraße/Wittelsbachstraße gibt es das Bundesblindeninstitut. Was haben Rot und Grün dort vor einigen Jahren hingefabelt? Einen Radweg. Eine ganz tolle Geschichte! Der Radfetisch der Verkehrsstadträtin, das muss man wirklich so hart sagen, gefährdet mittlerweile die Gesundheit der Schwächsten in unserer Stadt! Meine Damen und Herren, tagtäglich kommt es vor dem Bundesblindeninstitut an der Kreuzung Böcklinstraße/Wittelsbachstraße durch grüne Rad-Rowdys zu unglaublich gefährlichen Situationen. Wo blinde und sehbeeinträchtigte junge Mädels und Burschen zur Schule gehen, brettern dann die grünen Rad-Rambos, telefonierend und oder Musik hörend, vorbei und gefährden die Schüler! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist aber ein Scherz!*) - Ich weiß eh, Ihnen ist das vollkommen egal, aber sei es darum!

Aus dem Grund, meine Damen und Herren, muss dieser Rambo-Radweg weg, und zwar besser heute als morgen. Wir haben diesbezüglich im Frühsommer schon einen Antrag eingebracht, der natürlich in koalitionärer Eintracht seitens Rot und Grün abgelehnt wurde. (*GR Karlheinz Hora: Herr Seidl, die Bezirksvertretung hätte es beschließen müssen!*) - Herr Kollege, melden Sie sich danach, dann können Sie mir alles ausrichten! Letztes Mal haben Sie auch nach mir gesprochen! (*GR Karlheinz Hora: Es hat ja bei Ihnen keinen Sinn, das zu wiederholen!*) - Wir werden diesen Antrag wieder einbringen, und dann schauen wir, wie es aussieht, meine Damen und Herren.

Ganz interessant war Ihre letzte Wortmeldung, als ich den Antrag eingebracht habe, Herr Kollege Hora. Da haben Sie uns, den hundert hier Anwesenden plus jenen Personen, die zugesehen haben, erklärt, das geht eigentlich die Stadt Wien nichts an, das ist keine Sache für den Gemeinderat, sondern das ist ein Bezirksthema. (*GR Karlheinz Hora: Das ist richtig!*) Sehr geehrter Herr Hora, wenn es um die Gesundheit von blinden jungen Mädels und Burschen geht, bin ich schon der Meinung, dass es auch auf alle Fälle Sache des Gemeinderates ist! Wenn Sie nicht der Meinung sind, sei es darum! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Karlheinz Hora: Sie wissen aber ganz genau, dass der Radweg Angelegenheit des Bezirkes ist!*).

Ich möchte aber noch etwas ansprechen, was genau diesen unnötigen Radweg betrifft. Es war heuer am 7. Februar, ein Dienstag, ein nicht sehr außergewöhnlicher Tag, allerdings hat es heftig geschneit. Ich bin, wie jeden Tag in der Früh, dort bei der Straßenbahnstation gestanden, habe auf die Straßenbahn gewartet. Es war kalt. Wir waren einige, die das Schicksal geteilt haben. Plötzlich kam ein Schneeräumer. Dieser Schneeräumer - man glaubt es nicht, denn es sind ungefähr 20 bis 25 cm Schnee gelegen - hat nicht, was man vielleicht glauben könnte, die Fahrbahn oder den Gehweg geräumt. Wissen Sie, was er geräumt hat? Den Radweg vor dem Bundesblindeninstitut.

Er ist von einer älteren Dame angesprochen worden, ob er nicht vielleicht den Gehweg säubern will. Darauf sagt er, das darf er nicht, das ist ein Befehl von ganz oben, den er ausführen muss, er muss zunächst einmal den Radweg sauber machen, dann kann er weitermachen. (*GR Karlheinz Hora: Sie wissen aber schon, wer für die Gehsteigreinigung zuständig ist!*) - Herr Kollege, der Herr wäre unter Garantie auch dafür zuständig gewesen. (*GR Karlheinz Hora: Er war sicher nicht dafür zuständig!*) Geh' bitte, sei es darum! Also, es ist auf alle Fälle ein Wahnsinn! (*GR Karlheinz Hora: Herr Seidl, seien Sie mir nicht böse, aber Sie lernen überhaupt nichts dazu!*)

Ich weiß ganz genau, dass auch unter euch Sozis der eine oder andere, gerade auf Bezirksebene, wenn man unter vier Augen mit ihm spricht, genau das sagt, was wir meinen. Weg mit dem Radweg, und zwar besser heute als morgen. Hier ist es halt leider nicht so. Ich kann Ihnen allerdings versprechen, meine Damen und Herren, in drei Jahren, wenn dieser Spuk vorbei ist, die

GRÜNEN aus der Regierung sind, ist dieser Radweg unter Garantie Geschichte! Mein Versprechen! - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Kollege Seidl, ich habe zuvor beim Kollegen Wutzlhofer, der am Rednerpult gestanden ist und gesagt hat: „Dort drüben sitzen die Rowdys!“, gesagt, das soll nicht so sein. Aber wenn Sie sagen: „die grünen Rad-Rowdys“, muss ich Ihnen dafür einen Ordnungsruf erteilen. *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Johann Herzog: Rambos hat er gesagt!) - Rambos, nicht Rowdys. Sie haben gesagt: „die grünen Rad-Rambos“. (GR Wolfgang Seidl: Rambo-artig!) - Nein. Es gehört sich ein bisschen mehr Stil. Wirklich, das ist nicht notwendig! Das Argument wird nicht besser, wenn man sich heftiger verbal ausdrückt. Keiner hat im normalen privaten Umgang, und wir kennen uns wenigstens doch ein bisschen, diesen Stil. Das muss man nicht unbedingt so machen.*

Als Nächster Wort zum Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger.

GR Gerhard **Haslinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat!

Meine Wortmeldung soll wieder ein bisschen Klarheit in das Thema bringen und einiges geradeziehen, was jetzt, speziell von den Regierungsparteien, falsch gesagt wurde.

Die Anonymität der Masse ist, glaube ich, jedem bekannt. Das ist ein Phänomen, das Menschen dazu bringt, dass sie etwas tun, was sie alleine nicht tun würden. Dieses Phänomen ist offenbar, da die Radfahrer immer mehr werden, aber nicht gemeinsam gleich irgendwo auftreten. Sie sind anonym und machen eben Verwaltungsübertretungen, die sie nicht tun sollen. Jeder von uns macht angeblich 200 Verwaltungsübertretungen pro Tag. Das Tabakgesetz ist auch ein Verwaltungsgesetz. Also, da sind wir gleich bei den 200 Übertretungen dabei.

Worum geht es uns? Warum bringen wir diesen Dringlichen Antrag ein? Es geht um eine Gefährdung, die Ihnen allen bekannt ist. Es geht um eine Gefährdung, die zunehmend ist und die durch Radfahrer, meistens Radfahrer, aber auch Radfahrerinnen - wollen wir sie nicht ausnehmen -, verursacht wird. Man spricht im Verwaltungsstrafgesetz von Ungehorsamsdelikten und von Gefährdungsdelikten. Das Radfahren am Gehsteig ist ein Gefährdungsdelikt. Bei der Gefährdung geht es um eine abstrakte oder um eine konkrete Gefährdung. Wenn ich heute mit dem Fahrrad leicht oder nicht alkoholisiert an einem Supermarkteingang vorbeifahre, an Hauseingängen vorbeifahre oder bei parkenden, abgestellten Autos, wo eine Tür aufgehen kann, vorbeifahre, dann ist die Gefährdung ganz einfach schon konkret, überhaupt wenn es nicht um Mitternacht passiert, sondern wenn diese am helllichten Tag während der Einkaufszeiten stattfindet. Jeder wird diesen Sommer in einem Gastgarten gesessen sein, wo irgendwo zwischen dem Schanigarten und dem Lokaleingang ein Radfahrer mit einem Höllentempo durchgefahren ist. Da spreche ich ganz einfach von einer konkreten Gefährdung.

Sie wollen das schönreden und kommen mit dem 70er am Gürtel, mit den Autofahrern, die einen 50er

fahren sollten. Da geht es um das rücksichtslose Verhalten bei den Radfahrern und nicht um die Verwaltungsübertretung an und für sich. Die Radfahrer sind ganz einfach in ihrem Verkehrsverhalten rücksichtslos. Das rücksichtslose Verhalten wirft auch die Straßenverkehrsordnung in einem Paragraphen eigens aus. Jeder von Ihnen wird vielleicht Vormerkdelikte beim Autofahrer kennen. Rotlicht ist ein Vormerkdelikt. Das Gefährden von Fußgängern ist ein Vormerkdelikt. Der Radfahrer, der es anonym macht, weiterfährt, nicht erkannt und nicht festgestellt werden kann, darf es und der böse Autofahrer wird dann halt gestraft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wollen keine Verkehrsgruppe herausnehmen und sagen, die bösen Radfahrer, weil das sind die GRÜNEN und die Linken, und diese wollen wir nicht. Das ist es ja nicht, sondern es sind, und das müssen Sie zur Kenntnis nehmen und werden Sie auch selbst wahrgenommen und festgestellt haben, immer mehr und immer zunehmender Verwaltungsübertretungen festzustellen, die in eine Gefährdung nach dem Strafrecht münden, nämlich in die Allgemeingefährdung. Das ist etwas, das bekämpft werden muss. Sie von der Stadt Wien werden durch unseren Antrag dazu aufgefordert. Jetzt reden Sie das schön und sagen, wir spielen da wieder irgendwas aus, weil wir spielen nach Ihren Angaben immer nur die einen gegen die anderen aus, weil Sie die konkreten Probleme nicht wahrhaben wollen. Und wenn Sie sie wahrhaben, haben Sie keine Lösungen parat. Aber wir zeigen Ihnen die Lösung mit einer Kennzeichnung der Fahrräder. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Uns ist auch klar, dass die Radfahrer natürlich ein schwacher Verkehrsteilnehmer gegenüber den Kraftfahrzeugen sind. Dass der Radfahrer, wenn er unter die Räder kommt, dann schwer verletzt oder tot ist, wissen wir auch. Aber der Fußgänger vom Radlenker und von der Bremse in den Bauch getroffen, ist auch keine schöne Verletzung. Diese gibt es. Ich habe es beruflich nicht nur einmal gesehen.

Bei der Unterteilung von Fahrrädern muss man die einzelnen Klassifizierungen wissen. Das eine ist ein Kinderspielzeug, das andere ist ein Sportgerät, sprich, Rennrad, das andere ist halt ein Fahrrad als Fortbewegungsmittel. Die Radfahrer sind auch ausgenommen, wenn sie ein Radfahrtraining machen. Wenn sie Rennradler sind, brauchen sie gar nicht auf dem Radweg zu sein und so weiter. Von diesen wird auch nicht die Gefahr ausgehen. Es sind die Individualradfahrer, die glauben, sie fahren halt nicht alkoholisiert mit dem Auto, sondern alkoholisiert mit dem Fahrrad. Wenn man sie dann zusammenklappt, nachdem sie selbst, aus Eigenem, gestürzt sind, braucht man eine Zeit, bis man sie wieder vom Rahmen trennen kann. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Diese gibt es. Das kommt auch nicht so selten vor. Jeder glaubt, er kann ungestraft mit dem Fahrrad fahren, weil da gibt es keinen Führerschein und diesen kann man dabei nicht verlieren.

Als kleiner Probegalopp die Citybikes: Die Citybikes kann ich nur beziehen, indem ich mich identifiziere, indem ich weiß, wer das Rad hat und wie lange er es hat. Wenn ich an diese Citybikes und die Citybike-Fahrer

denke, die kreuz und quer, vielleicht weil sie die Straßenverkehrsvorschriften nicht kennen oder nicht wahrhaben wollen, fahren, dann könnte man dort ohne Weiters versuchen, Citybikes zu kennzeichnen, zu schauen, ob es Anzeigen gibt oder nicht, ob eh alles in Ordnung ist, so wie Sie es behaupten, und keine Gefährdungen stattfinden. Das wäre einmal ein Probegalopp, dass man Radfahrer kennzeichnet, die für den Gesetzgeber nachvollziehbar für Verwaltungsübertretungen zur Verantwortung gezogen werden können.

Dass der Radfahrer grundsätzlich ein bisschen ein Problem mit Verkehrsvorschriften hat, merkt man daran, dass diese Fixies, Fahrräder, die weder Bremsen, Licht noch sonstige Einrichtungen, die das Gesetz vorsieht, haben, immer mehr werden und immer mehr in Verwendung genommen werden. Es ist klar, dass diese dann halt schon gar keine Nummerntafeln haben wollen. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als vorläufig letzte mir gemeldete Rednerin ist Frau GRin Hebein zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Herr Seidl, mit der Schneeräumung sollte man sich ein bisschen auskennen. Wenn es ein Bundesinstitut ist, ist die BIG für die Schneeräumung zuständig. Also, das ist das Schwierige bei Ihnen. Sie tun hier so, jetzt wollte ich schon sagen, sinnentleert, ich meine aber faktenfrei, argumentieren. Das ist immer wieder ein Problem.

Ich möchte aber noch etwas ansprechen, was sehr wichtig ist. Ich möchte nämlich in einer Stadt wohnen und in einer Stadt leben, wo die Menschen nicht krank werden, weil sie so viel Abgase einatmen und mit so viel Feinstaub konfrontiert sind. Vor allem Kinder betrifft das. Die häufigste chronische Erkrankung, die Kinder haben, ist Asthma.

Man weiß genau den Zusammenhang mit dem Verkehr. Man weiß genau den Zusammenhang mit dem Feinstaub und den Abgasen. Allein der Gedanke, in einer Stadt zu leben, wo man nicht krank wird beim Atmen ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Pilz in der Gemeindewohnung! Ach so, der Schimmelpilz!)* - Ich weiß nicht, was daran lustig ist! Das erklären Sie mir dann! Sie kennen kein Kind, das Asthma, Bronchitis, Allergien, Neurodermitis hat, aber darüber zu lachen, ist wirklich unter jeder Kritik! *(GR Johann Herzog: Was hat das mit den Radfahrern zu tun?)*

Das heißt, ich rede jetzt über chronische Erkrankungen von Kindern, wo die Abgase und der Feinstaub einen immens hohen Anteil haben. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das passt jetzt aber nicht zum Thema!)* Das allein müsste Ihnen zum Nachdenken genügen *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Machen Sie einen Dringlichen Antrag!)*, dass es wichtig wäre, eine Verkehrspolitik zu machen, genauso wie wir es jetzt unter Rot-Grün machen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Pilz soll seine Gemeindewohnung zurückgeben!)* Es ist wichtig, weniger Autos in der Stadt zu haben. Was ist daran so schwierig? Das müsste Ihnen genügen, allein für die Kinder in dieser Stadt! *(Beifall von GR Dr Kurt Stürzen-*

*becher. - GR Johann Herzog: Der Beifall war enden wollend!)*

Das Zweite ist, ich möchte auch in einer Stadt leben, wo alle Menschen genügend Platz haben. Die Autos nehmen uns ganz einfach zu viel Platz weg. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bitte, machen Sie einen Dringlichen Antrag gegen Autos!)* Borgen Sie sich einmal einen Rollstuhl aus! Das habe ich mit meinem Kollegen gemacht, der im Rollstuhl sitzt. Seien Sie einmal mit einem Rollstuhl unterwegs! Dann merken Sie, wie eng der Raum ist, wo Sie sich überhaupt bewegen können. *(GR Ing Udo Guggenbichler: Wegen den Radfahrern?)* Es muss doch im Interesse aller sein, dass wir Platz für alle Beteiligten haben, für Jung, für Alt, für Kinder in dieser Stadt. Das wird ja nicht so schwierig sein! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist dann aber keine Stadt mehr, sondern das ist ländlicher Raum!)* Diese Vorstellung, in so einer Stadt leben zu wollen, diese Vision und diese Idee der Stadt untermauern ganz einfach die Verkehrspolitik.

Der nächste Punkt, ist, vermute ich zumindest, etwas, das Sie wahrscheinlich nicht kennen werden. Das ist, Radeln ist ein Gefühl von Freiheit. *(GR Johann Herzog: Autofahren auch! Skateboard-Fahren auch!)* Das werden Sie nicht kennen. Das tut mir leid. Man kann Sie nicht dazu zwingen. Ich weiß es eh. Aber ich fahre Sommer wie Winter mit dem Fahrrad und führe die Kinder in Kindergärten und Schulen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Erzählen Sie uns nichts von Freiheit!)* Sie können sich wieder ein bisschen beruhigen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie auch!)* Es ist alles gut! Es wird alles gut! *(GR Johann Herzog: Der Lärm von euch ist auch unerträglich!)*

Das heißt, den Tag damit zu beginnen, noch einmal mit dem Kind in die Schule oder in den Kindergarten zu radeln, ist ein Gefühl von Freiheit. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Vor allem, wenn es schneit!)* Das kennen Sie einfach nicht. Das Tolle ist aber, immer mehr Menschen steigen aufs Fahrrad um. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist ja schön!)* Das ist ein Faktum. Immer mehr Menschen benützen das Fahrrad in unserer Stadt. Das ist etwas, was Sie nicht wahrhaben wollen! *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bitte klatscht ein bisschen, weil sonst ist die Motivation nicht gegeben! Eine kleine kreative Pause! Es ist Zeit genug! Gehen Sie in den Keller lachen?)*

Das heißt, konkret hat man den Eindruck, dass hier die FPÖ versucht, Autofahrer und Autofahrerinnen an ein Lenkrad zu fesseln, ihnen die Ohren zuzustopfen und eine Augenbinde aufzulegen. Im Grunde wäre Ihnen am liebsten, die Leute wären 24 Stunden am Tag im Auto am Lenkrad gefesselt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir sind ja nicht der Phettberg!)* Befreien Sie sich ein bisschen von diesem Zwang! *(GR Johann Herzog: Wie ist das mit den Parkuhren?)* Autofahrer, Autofahrerinnen sind Menschen, die unterwegs sind im Alltag, die manchmal Rad fahren. Weg von diesem Bild, dass Sie sie einsperren können! Sie verhindern dadurch einfach Zukunft! Sie verhindern einfach eine Zukunft in der Stadt! Die Leute sind schon viel weiter als Sie selbst! Das ist nämlich das

Problem!

Ein Wort noch an die ÖVP: Das kann ich Ihnen nicht ersparen. Wenn man googelt: „Wien ÖVP Verkehrspolitik Wahlkampf“, kommt relativ rasch das Geilomobil. Spannend. Ich glaube, dass Sie mit diesem Bild, dass das Auto die Prestigesache schlechthin ist, noch mit einer jungen Frau auf dem Kotflügel, keinen Meter mehr gewinnen werden. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Sache der ÖVP!)* Diese Zeiten sind vorbei. Das ist gut so! *(StR Mag Manfred Juraczka: Darum ist Sebastian Kurz schon Staatssekretär geworden!)*

Sie sind so unruhig in dieser Frage. Das kann nur bedeuten, wir sind auf einem guten Weg in dieser Stadt! Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Super!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir haben noch eine Wortmeldung. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Jetzt kommt der Verkehrsexperte Ebinger. Ich muss schon etwas sagen. Also, ganz ehrlich, ein echter Jammer, dieses Polemisieren hier *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*, was uns jetzt die Frau Kollegin Hebein erzählt hat.

Sie ist gegen Feinstaubbelastung. Sie ist dafür, dass jeder in der Stadt Platz hat, dass jeder die Freiheit hat. Und dann wird sofort junktimiert, dass wir das verbieten. Im Gegenteil, wir wollen, dass es ein bisschen geregelt ist, dass die Radfahrer auch ein Nummernschild bekommen. Wir wollen nicht, dass sie nicht fahren. Das hat auch keiner gesagt. Also, es redet hier jeder aneinander vorbei. Deswegen habe ich mir doch gesagt, ich melde mich noch kurz, weil es wird alles so unernst weggetan.

Ich fahre selbst mit dem Rad. Es lässt sich kaum leugnen. Man sieht mich. Ich bin Teilzeitradfahrer. Ich bin neulich einmal mit dem Rad gefahren, da kam die Frau Vizebürgermeisterin. Gerade vor ihr hat der Chauffeur das Faltelektrograd im Hof des Rathauses zum Kofferraum des Dienstwagens geschoben, als ich meines gerade von der Kette befreit habe. Also, ich fahre mit dem Rad und ich fahre vorsichtig mit dem Rad. Ich sage ganz offen, ich fahre bergab, vom Wiedner Gürtel quasi hinunter die Argentinierstraße, dort sausen sie und man muss aufpassen, unten ist Querverkehr, und ich bin nicht lebensmüde. Ich weiß, wie das ist. Ich fahre vorsichtig. Man kann immer einen Unfall bauen, aber man kann auf Fußgänger schauen, man kann auf alles, was vor einem ist, schauen. Aber worauf man nicht schauen kann, muss man ehrlich sagen, sind meistens Radfahrer, die von allen Seiten, von hinten vorkommen, und die doch oftmals sehr undiszipliniert fahren. Man ist nämlich auch als Radfahrer in Gefahr. Wenn man einen kleinen Schlenker macht, dann ist schon einer da, der einen von irgendwo überholt. Es gilt auch nicht, links zu überholen, sie kommen von überall. Wenn hier ein bisschen mehr die Anonymität genommen werden und ein bisschen mehr Disziplin Einzug halten würde, wäre es sicher gut.

Ich fahre ja nicht Rad, weil ich ein Grüner bin. Es gibt ja auch viel mehr Radfahrer als Grüne. Das kann ja kein

grünes Thema sein. Mir hat der Arzt auch gesagt, wenn man abnehmen will, soll man ein bisschen Bewegung machen. Also, Radfahren ist eine angenehme Bewegung zum Büro und zurück oder zum Rathaus und zurück, aber immer echt vorsichtig, speziell in der Stadt.

Es gibt auch viele Radfahrer, die sofort mit jedem Fußgänger anhängen, wenn er am Radweg geht. Bitte, am Ring ist das gang und gäbe. Es hat keinen Sinn, sich aufzuregen. Viele Touristen sehen das halt nicht. Ich weiß nicht, was besser ist, ob das übergeht nur mit einem Strich oder ob eine Kante ist. Weil wenn eine Kante ist, haut es einen als Radfahrer gleich wieder auf.

Jedenfalls geht es hier nicht darum, dass wir für Feinstaubbelastung und gegen Platz für alle oder gegen die Freiheit der Menschen sind. Wir wollen, dass alle miteinander existieren können. Wie Henriette Frank richtig gesagt hat, die Freiheit hört dort auf, wo sie den anderen die Freiheit einschränkt. Man sollte solche Dinge auch ein bisschen ernsthafter betrachten.

Wenn ich schon am Wort bin, einen Satz noch: Die Frau Vizebürgermeisterin ist, glaube ich, nicht mehr da. Vielleicht hört sie es doch. Ich bin nämlich auch Teilzeit-U-Bahn-Fahrer, also öffentliche Verkehrsmittel. So super ist das auch nicht mit den 365 EUR, weil dazu müsste ich eine Jahreskarte haben. Wenn ich aber gleichzeitig Radfahrer bin, ist es schade ums Geld für die Jahreskarte. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Die Wiener Linien müssen dir das wert sein!)* Meistens ist es schade ums Geld für die Wochenkarte, weil da müsste ich im Vorhinein schon wissen, ob ich mit dem Rad oder nicht damit fahre. Wenn es allerdings stark regnet, fahre ich nicht mit dem Rad. Manchmal fahre ich auch mit dem Taxi. Deswegen bin ich einer von denen, die dann, wenn sie mit der U-Bahn fahren, jedes Mal 2 EUR zahlen. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Das freut uns!)* - Ist das dein Privatbetrieb, oder was ist das? *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Aber um 2 EUR könntest du es dir leisten!)*

Dann sehe ich heute die neue Stimme in den Öffis. Bitte eine Anregung: Wenn man mit der U-Bahn fährt, gibt es eine automatische Stimme. Die automatische Stimme sagt immer, wenn man einsteigt, bei jedem Zumachen: „Bitte zurückbleiben.“ Da denke ich mir immer, das ist eine Aufforderung der rot-grünen Stadtregierung, sich nicht weiterzubilden, damit man all den Blödsinn glaubt, der einem gesagt wird. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn hingegen das Ganze sozusagen händisch passiert, wenn irgendetwas ausfällt, dann sagt er: „Bitte zurücktreten.“ Also, vielleicht kann man das „Zurückbleiben“ ändern, weil es ärgert mich in jeder Station. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Prof Harry Kopietz: Kollege Ebinger, das Zurücktreten gefällt dir besser! - GR Johann Herzog: Die Frage ist, wen es trifft!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Jetzt ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte über die Besprechung des Dringlichen Antrages ist somit beendet. Diesen Antrag weise ich zur weiteren Behandlung dem Herrn Bürgermeister zu.

Wir sind noch nicht fertig, liebe Freunde. Wir kommen nun zur nichtöffentlichen Sitzung.

Ich muss unsere Zuhörer bitten, kurz den Saal zu verlassen. Es passiert nichts Wesentliches mehr. (GR

*Kurt Wagner: Das war jetzt nicht notwendig!'*  
*(Schluss der öffentlichen Sitzung um 16.30 Uhr.)*